Geheimdienstkrieg gegen Deutschland

Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg

Herausgegeben von
Jürgen Heideking
und Christof Mauch

Vandenhoeck & Ruprecht
Göttingen

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Geheimdienstkrieg gegen Deutschland : Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg / hrsg. von Jürgen Heideking und Christof Mauch. – Göttingen : Vandenhoeck und Ruprecht, 1993
(Sammlung Vandenhoeck)
ISBN 3-525-01350-7
NE: Heideking, Jürgen [Hrsg.]

Umschlagabbildung: Flugblatt der Moral Operations Branch des Office of Strategic Services (OSS) aus dem Jahr 1944. National Archives, Washington, D.C.

Satz: pagina GmbH, Tübingen
Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Inhalt

Vorwort

Den Anstoß zu diesem Band gab ein Forschungsprojekt über die Auslandskontakte des deutschen Widerstands, das – von der Volkswagen-Stiftung finanziell gefördert – seit 1989 am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen durchgeführt wird. Die Mitglieder der Tübinger Historikergruppe – Heike Bungert, Jürgen Heideking, Petra Marquardt-Bigman und Christof Mauch – sind die ersten deutschen Wissenschaftler, die in amerikanischen Archiven, vornehmlich in den Washingtoner National Archives und der Franklin D. Roosevelt Library in Hyde Park, New York, umfassende und systematische Quellenstudien zum Thema ›Die USA und der deutsche Widerstand gegen das NS-Regime‹ betrieben haben. Das gemeinsame Forschungsinteresse verbindet sie mit der Schweizerin Catherine Schiemann und dem Österreicher Oliver Rathkolb, die aus der Sicht ihrer Länder Untersuchungen zu zentralen Aspekten der Geheimdienst- und Widerstandsproblematik während des Zweiten Weltkriegs beisteuern.

Die Vereinigten Staaten übernahmen ab 1942/43 die Rolle der wichtigsten ›Anlehnungsmacht‹ für die verschiedenen Widerstandsgruppen und -bewegungen, die sich im besetzten Europa und in Deutschland selbst gegen die nationalsozialistische Herrschaft formierten. Die Organisation, die in Washington mit der Einschätzung, Förderung und Beeinflussung des Widerstands betraut wurde, war der Geheimdienst ›Office of Strategic Services‹ (OSS). Daß die Akten dieser 1942 gegründeten und im Oktober 1945 wieder aufgelösten Behörde ab Mitte der achtziger Jahre deklassifiziert wurden und inzwischen fast vollständig freigegeben

sind, gehört zweifellos zu den bedeutendsten Ereignissen der internationalen Zeitgeschichtsforschung. Selbst die ansonsten recht zurückhaltende Leitung der Washingtoner National Archives hat die Übernahme der umfangreichen OSS-Bestände aus der Obhut der Central Intelligence Agency (CIA) als eine »acquisition of unprecedented significance« gewürdigt. Damit ist das OSS der erste moderne Geheimdienst, dessen Organisation, ideologische Ausrichtung und praktische Arbeit im Detail studiert werden können.

Die OSS-Dokumente bilden den quellenmäßigen Grundstock sämtlicher hier abgedruckter Beiträge. Auf diese Weise werden unsere Kenntnisse über die Hintergrundgeschichte des Zweiten Weltkrieges in doppelter Hinsicht signifikant erweitert. Zum einen erfahren wir neue Einzelheiten und Zusammenhänge des Ringens der Widerstandsbewegungen um Frieden und Überwindung der NS-Diktatur. Zum anderen gewinnen wir einen bislang beispiellosen Einblick in die Wahrnehmungsmechanismen und Entscheidungsvorgänge auf der mittleren Ebene der Washingtoner Regierungs- und Militärbürokratie, deren Analysen, Stellungnahmen und Empfehlungen ja in vielen Fragen den Ausschlag gaben.

Die Geschichte des OSS – der ersten zentralen, geheimen Nachrichtenagentur der Amerikaner – spiegelt nicht nur die Umrüstung der US-Bürokratie in eine Maschinerie der Kriegführung wider, sie symbolisiert zugleich den Aufstieg der USA zur Supermacht, deren ›intelligence community‹ geradezu zum Markenzeichen ihres globalen Engagements wurde. Da das OSS keinem Ministerium, sondern den mit Kriegseintritt eingerichteten Vereinigten Stabschefs unterstand, war der Handlungsspielraum der jungen Behörde verhältnismäßig groß. Der Leiter der Organisation, Wall Street-Rechtsanwalt und Weltkriegsveteran William J. Donovan, betonte von Anfang an den engen Zusammenhang von Informationsbeschaffung, Strategiebildung und subversiver Kriegführung. Nach den Direktiven der Vereinigten Stabschefs waren die zentralen Aufgaben des OSS, geheime wie öffentliche Informationen zu sammeln und auszuwerten, Sabotage- und Propagandaaktionen zu organisieren sowie Widerstandsbewegungen in vom Feind beherrschten Ländern zu fördern.

Ein Novum in der Geschichte der Geheimdienste war dabei die Einbeziehung einer großen Zahl führender Wissenschaftler, die anfangs bevorzugt aus amerikanischen Eliteuniversitäten rekrutiert wurden und fast sämtliche akademischen Disziplinen reprä-

sentierten. Insbesondere die Research & Analysis Branch des OSS war ein gigantischer ›think tank‹. Dort wurden mit Blick auf Deutschland und Österreich nicht nur Wirtschafts- und Faschismusanalysen verfaßt, sondern auch Regionalstudien zu sozialen, politischen, ökonomischen und verwaltungspraktischen Aspekten der antizipierten Besatzung erarbeitet, die später teilweise der US-Militärregierung als Handbücher dienten.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes bieten einen Einblick in das breite Operationsspektrum des OSS, der im Krieg gegen das NS-Regime den deutschen Widerstand ins politische wie militärische Kalkül miteinbezog, der unkonventionelle Mittel zur Verkürzung des Krieges erprobte und neuartige Methoden psychologischer Kriegführung entwickelte. Ihre spezifische Brisanz gewinnen die Analysen und Aktivitäten des Geheimdienstes gerade auch im Hinblick auf das zukünftige Verhältnis zur Sowjetunion und den Wiederaufbau eines demokratischen Deutschland. Insofern weisen die aus den OSS-Quellen gewonnenen Erkenntnisse weit über das Kriegsende hinaus und tragen zur Diskussion über Ursachen und Anfänge des Kalten Krieges bei.

Die Herausgeber und die Autoren dieses Bandes sind den Mitarbeitern der National Archives in Washington, speziell den Archivaren John Taylor und Lawrence MacDonald, für ihren fachmännischen Rat und die Unterstützung im Umgang mit den OSS-Dokumenten zu großem Dank verpflichtet. Beim Lesen der Korrekturen haben insbesondere Ralf Neubauer (Tübingen) und Marc Frey (Köln) geholfen; Kurt Schneider (Tübingen) sorgte für die formale Einheitlichkeit der Texte und erstellte das Literaturverzeichnis. Auch ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Autoren verantwortlich. Ansonsten gehen alle Fehler und Versäumnisse, die nicht ausgemerzt werden konnten, zu Lasten der Herausgeber.

Tübingen, November 1992

JÜRGEN HEIDEKING

Die ›Breakers‹-Akte

Das Office of Strategic Services und der 20. Juli 1944

Die Dokumente, die vom amerikanischen Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) unter dem Kennwort ›Breakers‹ gesammelt wurden, erlauben einen faszinierenden Blick hinter die Kulissen der westalliierten Kriegführung gegen Hitler-Deutschland. Sie zeigen, wie die wichtigsten OSS-Abteilungen die oppositionellen Kräfte innerhalb und außerhalb des NS-Regimes einschätzten, wie sie auf den gescheiterten Staatsstreich gegen Hitler reagierten, und welchen Einfluß der Geheimdienst auf politische und militärische Entscheidungen nehmen konnte. Im folgenden geht es im wesentlichen um Fragen der internen Meinungsbildung und der Perzeption: Dabei wird bewußt die amerikanische Perspektive gewählt, um Aufschlüsse über die Absichten, Ziele und Mentalitäten der am Entscheidungsprozeß beteiligten US-Repräsentanten zu erhalten.[1]

I. Die Vorgeschichte bis zur alliierten Landung in der Normandie

1. Die Berle-Initiative vom April 1942 und Allen Dulles' Vorstellungen zur psychologischen Kriegführung gegen Hitler-Deutschland

Nach der deutschen Niederlage in der Winterschlacht vor Moskau wurde in der Washingtoner Administration erstmals die Frage erörtert, ob es möglich sei, den Krieg durch den Sturz Hitlers abzukürzen. In einem Memorandum vom 23. April 1942 plädierte Adolf Berle, ehemals enger New Deal-Berater Präsident Roosevelts und nun Unterstaatssekretär im Außenministerium, für eine massive Propagandakampagne »to upset the Nazi Government in Germany.« Es lägen Informationen vor, wonach eine Gruppe deutscher Generäle auf einen Regimewechsel hinarbeite, um die Grundlage für Friedensverhandlungen zu schaffen. Aus katholischen Quellen verlaute zudem, daß sich in Kreisen der hohen Bürokratie der Kern einer zivilen Übergangsregierung sammle. Ein Friedensschluß mit den deutschen ›Militaristen‹ komme zwar aus amerikanischer Sicht nicht in Frage; wenn es aber gelänge, das deutsche Volk davon zu überzeugen, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei und daß es den Alliierten in erster Linie um die Beseitigung der ›Nazi-Sklaverei‹ gehe, dann könnte der Zusammenbruch Deutschlands möglicherweise ebenso plötzlich und unerwartet erfolgen wie im Herbst 1918.[2]

Berles Idee einer Neuauflage von Präsident Woodrow Wilsons ›Kreuzzugs‹-Propaganda fand allerdings weder im State Department noch im Weißen Haus ein positives Echo, und sie stieß auch im Kreis der Geheimdienstexperten um den ›Coordinator of Information‹, General William J. Donovan, auf Skepsis. Allen Dulles, der sich als Chef des New Yorker COI-Büros Gedanken über die psychologische Kriegführung machte, riet von einer auf die Person Hitlers gezielten Kampagne ab: Sie würde die Stellung des Diktators gegenüber seinen Generälen eher stärken als schwächen. Vielmehr sollte man den Fehlschlag der deutschen Sommeroffensive an der Ostfront abwarten und dann mit allen erdenklichen Propagandamitteln versuchen, einen Keil in die Führung des Dritten Reiches zu treiben. Das Ziel müsse weniger die Eliminierung Hitlers sein, als das Anstiften eines offenen Machtkampfes zwischen den Nazi-Autoritäten und den hohen Militärs, der sich zur allgemeinen Revolution ausweiten würde.[3]

Dieser Meinungsaustausch deutete bereits an, daß es schwierig werden würde, eine einheitliche politische Linie zu finden. In der Praxis geschah vorerst wenig, zumal im Sommer und Herbst 1942 die Überführung der COI-Organisation in das neue ›Office of Strategic Services‹ und dann die Planung des Nordafrika-Feldzugs alle Aufmerksamkeit und Energie absorbierten. Im November 1942 trat Allen Dulles seinen Posten als OSS-Stationschef in Bern an, kurz bevor die Schweiz durch den deutschen Einmarsch nach Südfrankreich ringsum von diktatorischen Mächten eingeschlossen wurde.[4] Seine ersten Berichte an die Washingtoner Zentrale verrieten noch die herkömmlichen Denkmuster. So kommentierte er ein Memorandum von Adam von Trott zu Solz, das er im Januar 1943 durch die Vermittlung seines deutschen Mitarbeiters Gero von Schulze-Gaevernitz erhielt, sehr zurückhaltend: Er gebe dieses nur weiter, weil es für das Programm der psychologischen Kriegführung von Nutzen sein könnte, nicht jedoch, weil er der Meinung sei, »daß in Deutschland eine ernstzunehmende organisierte Opposition existiere, oder daß wir den Deutschen Hoffnungen machen sollten, sie könnten – abgesehen von einem vollständigen militärischen Sieg der Alliierten – irgendeine Ermutigung oder gar geheime Verhandlungen erwarten.«[5]

Wenig später befürwortete Dulles jedoch, offenbar unter dem Eindruck der ersten Gespräche mit dem Abwehr-Offizier und Canaris-Vertrauten Hans Bernd Gisevius, eine gründliche Überprüfung des bisherigen Propagandakonzepts. Solange das Nazi-Regime an der Macht sei, könne Deutschland einen Verteidigungskrieg führen; werde es jedoch gestürzt, dürfte der Widerstand rasch zusammenbrechen: »Zusammenfassend habe ich den Eindruck, daß dies der richtige Augenblick ist für einen energischen Vorstoß mit dem Ziel, die Nazis und Hitler vom deutschen Volk zu trennen und gleichzeitig dem deutschen Volk die Hoffnung zu vermitteln, daß Kapitulation nicht gleichbedeutend mit der Vernichtung des Individuums und der Zerstörung des Staates ist.« Die Forderung nach ›bedingungsloser Kapitulation‹, die Churchill und Roosevelt gerade auf der Casablanca-Konferenz erhoben hatten, lasse sich durchaus mit diesem Ansatz vereinbaren: es müsse lediglich klargestellt werden, daß ›unconditional surrender‹ weder eine erniedrigende Behandlung unschuldiger Deutscher noch die territoriale Zerschlagung des Deutschen Reiches beinhalte. Auf Rückfragen Donovans regte Dulles allerdings einen taktischen Winkelzug an, der von beträchtlicher Unsicher-

heit zeugte: am ehesten werde man Hitler loswerden können, wenn es gelänge, auf deutscher Seite den Eindruck zu erwecken, die Alliierten wollten ihn (wegen seiner katastrophalen militärischen Fehlentscheidungen im Osten) an der Macht halten.[6]

Der von Dulles angemahnte Propagandafeldzug blieb jedoch aus, da sich die verschiedenen Washingtoner Regierungsstellen und Stäbe nicht auf den konkreten Inhalt der ›unconditional surrender‹-Formel verständigen konnten. Stattdessen forcierten Briten und Amerikaner die Vorbereitungen für die Landung in Italien und verschärften den Bombenkrieg, mit dem sie die deutsche Kriegsmaschinerie lahmzulegen und die »Moral der Heimatfront« zu erschüttern hofften. Donovan sah die Hauptaufgabe des OSS nun in der ›unkonventionellen Kriegführung‹, speziell der Unterstützung von Widerstandsbewegungen in den von Deutschland besetzten Ländern, wie sie seit 1940 von der britischen ›Special Operations Executive‹ (SOE) betrieben wurde. Deutsche und österreichische Untergrundgruppen nach gleichem Muster wie etwa Jugoslawen, Polen und Franzosen zu bewaffnen, hatten die alliierten Stabschefs aber von vornherein ausgeschlossen.[7]

Die OSS-Außenstellen in Bern, Stockholm, Madrid und Istanbul registrierten in der Folgezeit zahlreiche Einzelkontakte mit deutschen und österreichischen Hitler-Gegnern, ohne daß sich daraus ein schlüssiges Gesamtbild ergab. Vieles sprach jedoch dafür, daß die Erosion der NS-Herrschaft bereits eingesetzt hatte und weiter voranschritt: die Verhaftung und Hinrichtung von Regimegegnern[8]; Hinweise auf Spannungen im engeren Führungskreis um Hitler, Goebbels, Bormann, Göring und Himmler; Gerüchte über Umsturzpläne und eine bevorstehende große ›Säuberung‹[9]; das Bemühen von Abwehr-Chef Admiral Canaris, persönlich mit hohen Repräsentanten der Alliierten ins Gespräch zu kommen[10]; und schließlich die offenkundige Anstrengung Himmlers, die ›unzuverlässige‹ Abwehr unter seine Kontrolle zu bringen.[11]

Immer deutlicher klang in Dulles' Telegrammen nun auch die Sorge vor den letzten Absichten der Sowjets an, die in seinen Augen mit dem ›Nationalkomitee Freies Deutschland‹ über eine wirksame Propagandawaffe verfügten.[12] Dulles war geneigt, seinen deutschen Gewährsleuten Glauben zu schenken, daß sich die Russen zwei Optionen offenhielten: Sie konnten so weit wie möglich militärisch vordringen und weite Teile Osteuropas ›bolschewisieren‹; oder sie konnten – eventuell durch japanische Vermitt-

lung – einen Separatfrieden mit Deutschland schließen, um den Westmächten die Rückkehr auf den Kontinent zu versperren. Die erste Gefahr trat in den Vordergrund, als sich nach dem Scheitern der deutschen Offensive bei Kursk und dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 ein baldiger Zusammenbruch des Reiches abzuzeichnen schien. Dulles hatte im September zwar immer noch keine klaren Anhaltspunkte für eine handlungsfähige innerdeutsche Opposition, machte für diesen Zustand aber nicht zuletzt die bisherige negative Haltung der Westmächte verantwortlich: »Bislang hinkt unsere politische Kriegführung hinter unserer militärischen Kriegführung her [. . .] Könnten die alliierten Führer nicht öffentlich klarmachen, daß bedingungslose Kapitulation zwar eine vollständige militärische Niederlage beinhaltet, andererseits aber doch auch neues Leben für die Unterdrückten in den Achsenmächten und in den von ihnen kontrollierten Ländern ermöglicht? [. . .] Wenn wir abgestimmte Maßnahmen auf dem psychologischen und militärischen Feld der Kriegführung ergreifen, können wir Deutschland knacken (crack) und den Krieg noch in diesem Jahr beenden.« Kurz darauf meldete er, daß Generaloberst Ludwig Beck als ›deutscher Badoglio‹ im Gespräch sei, andererseits militärische und konservative Kreise, den SS-Führer Heinrich Himmler als ›Brücke zu den Westmächten‹ benutzen möchten.[13] Am 21. September lieferte Dulles einen ersten Gesamtbericht über die deutsche Opposition, zu der er kirchliche Kreise, ›labor elements‹, Kommunisten, Vertreter der Regierungsbürokratie und verschiedene Armeezirkel zählte. Da alle diese Gruppen im Verborgenen arbeiten müßten, mangele es an Koordinierung. Generell zeichne sich eine Spaltung zwischen Befürwortern einer ›westlichen Lösung‹ und denjenigen ab, die ihre Hoffnung auf Zusammenarbeit mit den Sowjets setzten. Ausschlaggebend werde letztlich wohl die Haltung der Militärs sein. Anfang November ergänzte Dulles diese vorsichtige Einschätzung noch durch den Hinweis, daß der Gestapo-Terror eine effektive Organisation von Widerstand nicht zulasse. Unter den schätzungsweise 75% der Deutschen, die in Opposition zum Regime stünden, gebe es nur zwei Gruppen, von denen der Anstoß zur Aktion kommen könnte: »These are the Labor and the Military Groups.« Deshalb müsse man die zögernden Generäle ermutigen und den Arbeitern Sabotagetechniken beibringen.[14]

In der Washingtoner Regierung stritten, wie üblich, mehrere Behörden und Denkschulen über den richtigen Weg und die er-

forderlichen Maßnahmen. Der Präsident enthielt sich jeder Präzisierung der ›unconditional surrender‹-Forderung und ließ die militärische Planung auf Hochtouren laufen. Das Außenministerium agierte äußerst vorsichtig und verlangte von Donovan, über sämtliche Geheimdienstkontakte mit Vertretern der Achsenmächte informiert zu werden (woran der OSS-Chef sich aber nicht immer hielt).[15] Innerhalb des OSS schätzte die mit hochkarätigen Wissenschaftlern verschiedenster Disziplinen gespickte ›Research and Analysis‹-Abteilung (R&A) die Aussichten der deutschen Hitler-Gegner gering ein. Das lag weniger daran, daß R&A nur über einen Teil der von den OSS-Außenposten einlaufenden Nachrichten verfügte, als an einer gewissen ideologischen Voreingenommenheit des für Deutschland zuständigen ›Central European Desk‹. Hier bestimmten linksgerichtete deutsche Emigranten, allen voran Franz Neumann und Herbert Marcuse, den Diskurs. Auf Grund ihrer Vorstellungen vom Wesen des Nationalsozialismus und der richtigen Art seiner Überwindung ließen sie als ›Widerstand‹ nur solche Kräfte gelten, die auf eine ›soziale Revolution‹ hinarbeiteten; große Vorbehalte hatten sie gegen Junker, Militärs, Bürokraten und Industrielle, die sie für den Aufstieg des Nationalsozialismus und den deutschen Angriffskrieg verantwortlich oder zumindest mitverantwortlich machten. R&A ging davon aus, daß diese traditionellen Eliten eine Zerstörung ihres wichtigsten Machtinstruments, der Armee, nicht zulassen würden. Wie sie der NS-Bewegung 1933 an die Macht verholfen hatten, um ihre eigenen Interessen abzusichern, so könnten sie nun das Hitler-Regime beseitigen, bevor es ihre materielle Existenzgrundlage vernichtete. Wenn aber solche Elemente an die Macht kämen, würden sie lediglich eine ›demokratische Fassade‹ errichten, um ihr eigentliches Ziel, die Spaltung der Alliierten, besser verfolgen zu können: »Letzten Endes verläßt sich die Opposition im Militär, in der Industrie, unter den Junkern und in bürokratischen Zirkeln beim Griff nach der Macht doch eher auf die Methode des Staatsstreichs (coup d'état) als auf einen machtvollen Untergrund.« Entsprechend richteten die R&A-Experten ihr Hauptaugenmerk auf die Arbeiterschaft und linke Widerstandsgruppen, wobei sie allerdings einräumen mußten, daß unter den Bedingungen totalitärer Herrschaft von dieser Seite vorerst kein Umsturz zu erwarten sei.[16] Donovan selbst fand sich mit einer derart pessimistischen Prognose nicht ab, sondern forderte Dulles und die übrigen OSS-Außenstellenleiter auf, ihre Verbindungen

zu deutschen Emigranten und Oppositionellen enger zu knüpfen, um für alle Eventualitäten, »such as anarchy, surrender or collapse«, gerüstet zu sein.[17]

Damit reagierte Donovan nicht nur auf die Berichte aus Bern, sondern vor allem auf eine Diskussion, die seit September 1943 von den britischen und amerikanischen ›Joint Intelligence Committees‹, den höchsten Nachrichtendienstgremien der Generalstäbe, geführt wurde. Die britischen Experten hatten Anfang September »viele auffallende Ähnlichkeiten« zur Situation im Herbst 1918 ausgemacht und einen »plötzlichen Regimewechsel« vorhergesagt, der – wie in Italien – den Weg für ein deutsches Waffenstillstandsersuchen bereiten würde. Das amerikanische JIC hielt ein solch rasches Ende eher für unwahrscheinlich, da Deutschland immer noch hoffen könne, die Alliierten politisch zu spalten. Es sei aber durchaus möglich, daß die Regierungsmacht demnächst an Repräsentanten der Armee und der Großindustrie überginge: »Während solch ein Führungswechsel den Anfang vom Ende des deutschen militärischen Widerstands markieren könnte, dürfte das wirkliche Ende nicht erreicht werden, bevor weitere Veränderungen in der Führungsschicht stattgefunden haben.«[18] Vor diesem Hintergrund wird Donovans Eile verständlich, seine europäischen OSS-Kontingente für den »possible German collapse« in Stellung zu bringen und die geheimdienstliche Durchdringung (penetration) des Reiches mit Blick auf die Nachkriegszeit in Angriff zu nehmen.

2. Die Morde-Papen-Episode und die OSS-Debatte um den ›Herman-Plan‹

Während sich Dulles in Bern mit einer Gruppe von Mitarbeitern und Emigranten auf diverse Zusammenbruchssituationen vorbereitete, wurden in Istanbul neue Fäden zwischen der deutschen Opposition und den USA geknüpft. Die erste Aktion trug bizarre Züge, war aber durchaus ernst gemeint. Im Mittelpunkt stand ein junger amerikanischer Journalist, Theodore A. Morde, der nacheinander für den COI, das Office of War Information (OWI) und den US-Botschafter in Ägypten, Alexander C. Kirk, gearbeitet hatte. Mitte 1943 war er aus dem Regierungsdienst ausgeschieden und Repräsentant der Zeitschrift ›Reader's Digest‹ im Nahen Osten geworden. Im Oktober 1943 reiste er mit Rückendeckung

Donovans und alliierter Militärs in Kairo nach Istanbul. Dort vermittelte ihm Alexander Rüstow, ein prominenter deutscher Wissenschaftler, der unter dem Decknamen ›Magnolia‹ für das Istanbuler OSS-Büro arbeitete, am 5./6. Oktober zwei Gespräche mit Botschafter Franz von Papen. Morde stellte sich als Emissär amerikanischer Regierungskreise vor und fragte den ehemaligen Reichskanzler ganz unverblümt, ob er bereit sei, Hitler zu stürzen und nach italienischem Vorbild eine westlich orientierte Regierung zu bilden. Konkret sollten der Diktator und seine engsten Vertrauten in Berlin festgenommen und dann per Flugzeug in alliiertes Gewahrsam nach Island, Nordafrika oder Nordirland gebracht werden. Morde fertigte ein ausführliches Memorandum über seine Geheimtreffen an, in dem es hieß, von Papen sei zur Zusammenarbeit bereit, falls die US-Regierung direkt mit ihm verhandle. In Washington übergab er diesen Bericht Ende Oktober an Donovan und an OWI-Direktor Robert Sherwood. Die Reaktionen der beiden hätten kaum unterschiedlicher ausfallen können: Der Tatmensch Donovan, der als Republikaner und Geschäftsmann keine Berührungsängste vor deutschen Konservativen verspürte, bat den Präsidenten, das Memorandum sorgfältig zu prüfen: »Es enthält eine Idee, die Ihr Geschick und Ihre Phantasie (imagination) entwickeln könnte [. . .] Wenn der Plan gelänge, und wenn die Schuldigen ausgeliefert und auf geeignete Weise verurteilt und hingerichtet würden, und wenn die bedingungslose Kapitulation das Ergebnis wäre, dann würde das ihre Position auf der Friedenskonferenz moralisch stärken.« Demgegenüber alarmierte Sherwood, ein vom Geist des New Deal durchdrungener Intellektueller, umgehend das State Department und warnte Roosevelt vor den ›gefährlichen Aktivitäten‹, die Morde in der Türkei entfaltet habe. Washingtons harter Kurs gegenüber Deutschland, den OWI weisungsgemäß propagiere, werde vom ›Reader's Digest‹ bewußt konterkariert. Das Resultat war eine schwere Schlappe für Donovan und das OSS: der Präsident ging gar nicht auf den Inhalt des Memorandums ein, sondern stimmte am 10.November 1943 Sherwoods Vorschlag zu, Morde kein Visum mehr für Auslandsreisen zu erteilen.[19]

Dieser Vorfall trug sicher mit dazu bei, daß eine wichtige Initiative, die Helmuth James Graf von Moltke im Auftrag von Admiral Canaris in Istanbul startete, von vornherein unter einem ungünstigen Stern stand.[20] Moltke nutzte zwei Dienstreisen im Juli und Dezember 1943, um Verbindung zu alliierten Stellen in

der Türkei aufzunehmen. Erste Ansprechpartner waren wiederum Rüstow und dessen Freund Hans Wilbrandt (›Hyacinth‹), die Kontakte zur US-Botschaft und dem örtlichen OSS-Büro herstellten. Moltke vertraute sich aber auch Paul Leverkühn an, einem ehemaligen Geschäftspartner, der nun die Abwehr-Organisation in der neutralen Türkei leitete. Sowohl US-Botschafter Bruce Steinhardt als auch OSS-Stationschef Lanning Macfarland und dessen tschechischer Spitzenagent Alfred Schwarz (›Dogwood‹) unterstützten Moltkes Bemühen, Verhandlungen zwischen der deutschen Anti-Hitler-Opposition und den Westalliierten zustande zu bringen. Für Dezember war ein Treffen mit Alexander Kirk, dem US-Botschafter in Kairo geplant, den Moltke aus seiner Berliner Zeit gut kannte. Nach der Konferenz von Teheran Ende November 1943, auf der die ›großen Drei‹ allen Separatfriedensideen abgeschworen und ein gemeinsames Vorgehen gegen Deutschland vereinbart hatten, hielt sich Kirk jedoch betont zurück. Unter diesen Umständen konnte Moltke nicht mehr tun, als gemeinsam mit Rüstow und Wilbrandt einen Verhandlungsvorschlag der deutschen Opposition zu formulieren, den Rüstow anschließend schriftlich fixierte und den Amerikanern zuleitete. In diesem Dokument, dem das OSS nach Moltkes Decknamen die Bezeichnung ›Herman-Plan‹ gab, wurde erstmals von deutscher Seite ein Eingehen auf das ›unconditional surrender‹-Verlangen signalisiert. Die Opposition bot an, eine alliierte Landung in Frankreich zu ermöglichen und das NS-Regime zu beseitigen; danach sollten die Westmächte mit der neuen Regierung über die Art und Weise der militärischen Besetzung Deutschlands und den demokratischen Neuaufbau verhandeln. Einziger, aber wesentlicher Vorbehalt war der Wunsch, im Osten bis zum Friedensschluß die Linie Tilsit-Lemberg gegen die Rote Armee halten zu dürfen.

Moltke hoffte noch, bei einem weiteren Besuch persönlich mit Alexander Kirk sprechen zu können. Am 10. Januar 1944 schrieb Kirk jedoch an den US-Militärattaché in Istanbul, General Tindall, den die Amerikaner zum Mittelsmann bestimmt hatten, ein solches Treffen »berge derzeit größere Risiken und beschwöre ernstere Komplikationen für die Vereinten Nationen herauf, als die problematischen Vorteile rechtfertigen würden.« Bevor Rüstow und Leverkühn diese Botschaft nach Berlin weitergeben konnten, nahm die Gestapo Moltke während der Vorbereitung seiner dritten Türkeireise fest. (Dies geschah im Zusammenhang mit dem Schlag gegen den sogenannten ›Solf-Kreis‹; ob die Ge-

stapo von Moltkes geheimen Istanbul-Aktivitäten Wind bekommen hatte, ist ungewiß). Als im Februar mehrere Abwehr-Agenten in der Türkei zu den Alliierten überliefen, wurde Leverkühn von seinem Posten abgelöst. Zurück in Berlin, konnte er seinen Kopf offenbar nur deshalb aus der Schlinge ziehen, weil Moltke über die Istanbuler Geheimkontakte Stillschweigen bewahrte. Himmlers SD nutzte die Überläufer-Affäre natürlich weidlich aus, um Admiral Canaris und die Abwehr weiter zu diskreditieren und ›gleichzuschalten‹.

Inzwischen hatte Macfarland das gesamte ›Herman‹-Dossier an die OSS-Zentrale nach Washington geschickt. Eingedenk der Teheraner Beschlüsse und des Morde-Papen-Fiaskos, hütete sich Donovan jedoch, den Präsidenten unmittelbar zu befassen.[21] Vielmehr wies er Macfarland an, alles zu unterlassen, »was möglicherweise als Schritt in Richtung auf Frieden mit Deutschland betrachtet werden könnte.« Ende Februar ließ er dann von dem gerade in New York weilenden Karl Brandt, deutscher Emigrant und Stanford-Professor, der Trott zu Solz kannte, ein Gutachten zum ›Herman-Plan‹ erstellen. Brandt gelangte zu einem überaus positiven Schluß: Er wertete den Moltke-Vorschlag »als die einzige und allerletzte Chance, die ›Festung Deutschland‹ von innen heraus aufzuweichen, während die Invasion von Westen voranschreitet; als einzige verfügbare und wirkungsvolle Sicherheit dafür, daß das hohe Risiko des Verlustes von hunderttausenden amerikanischer Leben und extremer Verzögerungen der endgültigen Entscheidung auf ein erträgliches Maß reduziert werden könne; und als einzig praktikablen und politisch zulässigen Weg, Rußland aus Mitteleuropa herauszuhalten.«

Nun erbat Donovan Stellungnahmen zum ›Herman‹-Plan und zum Brandt-Gutachten von seinen wichtigsten OSS-Mitarbeitern, aber auch von informierten Außenstehenden, wie dem ehemaligen US-Botschafter in Berlin und engen Freund Moltkes, Wallace P. Deuel. Die Kommentare fielen durchweg vorsichtig zurückhaltend bis ablehnend aus. Niemand riet dazu, sofort auf den Vorschlag einzugehen; alle Autoren wünschten zunächst genauere Informationen über Organisation, Stärke und Absichten der Hitler-Gegner. Einige bezweifelten, daß die Opposition ohne stillschweigende Duldung oder Billigung von seiten der Gestapo und SS agieren könne; andere, unter ihnen Deuel, kritisierten die anti-sowjetische, ›spalterische‹ Stoßrichtung beider Dokumente. Die klarsten Empfehlungen gab R&A-Chef William Langer in

einem Memorandum vom 15. März 1944: »(a) Die Verbindung aufrecht zu erhalten und so viel wie möglich über die Verfassung und Aussichten dieser Gruppe herauszufinden; (b) die Russische Regierung zu unterrichten, daß wir in dieser Weise angesprochen worden sind, aber nicht vorschlagen, uns festzulegen, es sei denn in Übereinstimmung mit den anderen alliierten Mächten; (c) falls Rußland und Großbritannien nichts dagegen haben, der Gruppe so viel Hilfe und Rückhalt wie möglich zu geben mit Blick darauf, daß man sie später als Kern für eine deutsche Nachkriegsregierung (post-Nazi government) verwenden könnte; (d) alle militärischen Pläne so zu entwickeln, als gäbe es diese Gruppe nicht.«

Auf dieser Grundlage entwarf Donovan eine Denkschrift an die Joint Chiefs of Staff (JCS), in der er eine Art Tauschhandel mit den Sowjets vorschlug: Moskau sollte über die ›Herman‹-Initiative unterrichtet werden und im Gegenzug die eigenen Kenntnisse über östlich orientierte deutsche Widerstandskreise offenbaren. Den Abschluß bildete dann am 3. April 1944 eine Sitzung der hochrangigen OSS-Planning Group unter Vorsitz von Donovans Stellvertreter Whitney Shepardson, bei der Macfarland und kurzzeitig auch Donovan selbst zugegen waren. In einem wesentlichen Punkt widersprach das Gremium Donovans Empfehlungen: Da der ›Herman-Plan‹ für die Russen völlig unannehmbar sei, habe es keinen Sinn, ihn auf der Ebene der JCS zu behandeln oder gar nach Moskau zu schicken. Vielmehr sollte das OSS auf eigene Faust die Verbindungen ins Reich ausnutzen, »um die Invasions-Anstrengungen ungeachtet irgendwelcher Überlegungen etwa betreffend die Zukunft Europas oder die Zukunft Deutschlands voranzutreiben.« Macfarland, der noch nichts von Moltkes Verhaftung wußte, wurde ermächtigt, »diese Gruppe als ein potentielles Reservoir von Doppelagenten zu benutzen oder sie in irgendeiner anderen Weise kalt berechnend einzusetzen, um den Erfolg der Invasion zu befördern, ohne jede Rücksicht auf die einzelnen beteiligten Deutschen, ihre Sicherheit, persönliche Beziehungen zu ihnen, oder die letztendliche Wirkung auf Deutschland im Falle einer erfolgreichen Invasion.« Diese Weisung der Planning Group gibt mit ihrer unterkühlten Zweckrationalität in erster Linie Aufschluß über die Vorstellungen, die sich die OSS-Führung von Aufgaben und Arbeitsweise eines Geheimdienstes machte: Er mußte seine Verbindungen zum Gegner für den militärischen Kampf instrumentalisieren, und er mußte diese Kontakte wenn möglich monopolisieren, um sie als Trumpf

im internen bürokratischen Wettstreit um Anerkennung und Haushaltsmittel in der Hinterhand zu halten. Natürlich berücksichtigte der Beschluß auch die generelle Skepsis des State Department gegenüber deutschen ›Friedensfühlern‹; und ebenso stand er im Einklang mit der unnachgiebigen Haltung des Präsidenten, der kurz zuvor den Wunsch der JCS abgeschlagen hatte, die ›unconditional surrender‹-Forderung in einem der psychologischen Kriegführung günstigen Sinne zu präzisieren und einen öffentlichen Verzicht auf die territoriale Zerschlagung Deutschlands auszusprechen. Äußerstenfalls wäre Roosevelt bereit gewesen, *nach* gelungener Landung gemeinsam mit Churchill und Stalin zu erklären, daß das Kriegsziel nicht die Vernichtung des deutschen Volkes, sondern die Ausmerzung der aggressiven NS-Weltanschauung sei. Aber auch diese Idee wurde angesichts negativer Reaktionen aus London und Moskau wieder fallengelassen.[22]

Donovan erörterte die Frage, ob die Sowjetunion in die Moltke-Initative eingeweiht werden sollte, noch mit britischen Regierungsstellen. Dabei gelangte man, wie er später im Zusammenhang mit dem 20. Juli festhielt, zu dem Ergebnis, »daß es klüger sei, die Sowjets nicht zu informieren, (1) weil es eher ihr Mißtrauen uns gegenüber erwecken könnte, als daß sie von unserem Wunsch, hilfreich zu sein, beeindruckt sein würden, und (2) weil es Anhaltspunkte dafür gab, daß die östlich orientierte Gruppe (des deutschen Widerstands) bereits mit ihren Vorschlägen an sie herangetreten war.«[23]

3. Die ›Breakers‹-Kontakte bis zum Attentat auf Hitler

Die Washingtoner Debatten über den ›Herman-Plan‹ und das Prinzip des ›unconditional surrender‹ warfen natürlich auch einen Schatten auf die immer engeren Beziehungen, die Dulles mit der deutschen Opposition pflegte. Am 29. November 1943 hatte er Donovan gekabelt, er stehe nun mit einer Gruppe in Kontakt, »von der man am ehesten annehmen darf, daß sie – zumindest vorübergehend – die Macht ergreifen wird, wenn Deutschland zusammenbricht.«[24] Im Januar 1944 gab er dieser Gruppe bzw. den gegen Hitler zusammenarbeitenden Gruppen den Code-Namen ›Breakers‹, der suggerieren sollte, daß der Widerstand zum ›Brechen‹ oder ›Aufbrechen‹ der NS-Herrschaft fähig sei. Er

erläuterte ferner, daß es sich bei den Angehörigen um »verschiedene Intellektuelle aus gewissen militärischen Zirkeln und Regierungskreisen« handele. Als Verbindungsleute in der Schweiz nannte er die Abwehr-Offiziere Hans Bernd Gisevius, Eduard Waetjen und Theodor Strünck. Mit Blick auf die Stimmung in Washington fügte er an, daß die ›Breakers‹ trotz ihrer Westorientierung einen tiefgreifenden sozialen Wandel befürworteten: »Diese Gruppen setzen sich aus gebildeten und liberalen Individuen zusammen, aber sie haben dennoch keine rechten Tendenzen und sind zuversichtlich, daß die Regierung in Zukunft wirklich links orientiert sein muß.« In dieselbe Richtung zielte der Hinweis vom 4. Februar, daß neben Generaloberst Beck und Karl Goerdeler auch der Sozialdemokrat und Gewerkschafter Wilhelm Leuschner zu den führenden Köpfen des ›German underground‹ gehöre.[25]

Die OSS-Zentrale begrüßte Dulles' Fortschritte, machte ihm aber klar, daß die allgemeinen Lage und die restriktive Haltung des State Department jegliches politische Zugeständnis an die Oppositionellen verbiete. Wiederholt wurde Dulles ermahnt, die ›Breakers‹ in erster Linie als Nachrichtenquelle auszunutzen und einzelne Mitglieder als Agenten zu rekrutieren, um mit ihrer Hilfe in Deutschland Geheimdienstnetze aufzubauen.[26] Nachdem es den Deutschen im Herbst und Winter gelungen war, die militärische Lage in Italien und an der Ostfront zu stabilisieren, rechnete die OSS-Führung ohnehin nicht mehr mit einem raschen Regierungswechsel. Ende des Jahres befand die R&A-Abteilung, die Unzufriedenheit in den Führungsschichten habe sich nicht zur Aktion verdichtet: »Führungskräfte aus Industrie und Finanzwelt sind zwar geneigt, sich einem Staatsstreich anzuschließen, können aber aus eigener Kraft die Nazis nicht beseitigen, und die Wahrscheinlichkeit einer Machtergreifung der Wehrmacht hat sich durch die jüngsten Ereignisse verringert.« Die Auswirkungen des Bombenkrieges auf die Kampfkraft und den Kampfeswillen der Deutschen seien unbedeutend. Im Februar 1944 konstatierte R&A sogar eine »substantielle Stärkung der deutschen Moral«, bewirkt vor allem durch die NS-Propaganda, die das ›unconditional surrender‹-Thema geschickt für ihre Zwecke ausschlachte. Der regelmäßige R&A-Monatsbericht vom April 1944 sah keine Anzeichen mehr für einen deutschen Zusammenbruch in der nahen Zukunft; ganz im Gegenteil: »Es gibt Belege dafür, daß die Solidarität der deutschen herrschenden Gruppen so stark wie eh und je ist.«[27]

Das wachsende Interesse Donovans an einer ›Penetration‹ des Deutschen Reiches stand hauptsächlich im Zusammenhang mit der Planung der Invasion, zu deren Erfolg OSS und SOE durch Aufklärung, Täuschungsmanöver, Sabotage und subversive Kriegführung beitragen sollten. Unter dem Code-Namen *RANKIN* bereiteten sich die britischen und amerikanischen Stabschefs (Combined Chiefs of Staff, CCS) auf drei militärisch-politische Szenarien vor: die Deutschen leisten ›normalen Widerstand‹ und müssen niedergekämpft werden (*RANKIN* A); der Widerstand ist gering und die Westfront wird teilweise freiwillig geöffnet (*RANKIN* B); das NS-Regime bricht vor oder während der Landung zusammen (*RANKIN* C). Im Falle von *RANKIN C* war eine sofortige militärische Besetzung Deutschlands durch westalliierte Truppen bis zu der Demarkationslinie vorgesehen, die man mit den Sowjets im Rahmen der European Advisory Commission in London festlegen wollte.[28] Um für die beiden letzten Fälle gerüstet zu sein, forderte OSS-Washington die Außenposten, insbesondere Bern, zu verstärkten Anstrengungen und zur Eile auf. Unter dem Kennwort GERPLAN sollten sie praktische Maßnahmen wie etwa die Aufstellung ›weißer Listen‹ mit den Namen vertrauenswürdiger und kooperationswilliger Deutscher in Angriff nehmen, die eine rasche Besetzung des Reiches erleichtern würden. Andererseits wurde Dulles aber bedeutet, daß Emigranten keine führende Rolle in dem ›neuen Deutschland‹ zugedacht sei und er sie deshalb nicht ›unterstützen‹ dürfe.[29] Donovan dachte bei seinen ›Penetrations‹-Plänen bereits an einen weltweit operierenden amerikanischen Geheimdienst, der sich auch in Friedenszeiten mit dem britischen SIS und dem russischen NKVD messen konnte.[30]

Dulles' eigene Haltung war keineswegs eindeutig, sondern verriet Unsicherheit und Ambivalenz. Ohne sichtbaren Erfolg warb er in Washington um Verständnis für die patriotischen Motive und das moralische Dilemma seiner deutschen Kontaktleute: »Individuen wie unser Freund [Waetjen] werden sich uns nicht vorbehaltlos zur Verfügung stellen, bevor wir eine positive Politik haben, und ich kann kaum etwas anderes von ihnen erwarten.« Die OSS-Zentrale reagierte ungerührt mit einem Katalog gezielter Fragen zur deutschen Politik und Kriegführung, die sich Dulles von den ›Breakers‹ beantworten lassen sollte, »als Beweis für ihre guten Absichten, für mögliche Beziehungen in der Zukunft oder für ähnliche Zwecke.«[31] Diese Hinhaltetaktik bereitete Dulles

Kummer, zumal aus seiner Perspektive vieles auf eine bevorstehende schwere Krise des NS-Regimes hindeutete. Anfang März erfuhr er, daß Admiral Canaris seines Amtes enthoben worden war, daß sich Helmuth v. Moltke und Mitglieder des ›Solf-Kreises‹ bereits in Haft befanden, und daß Trott zu Solz im Zusammenhang mit der Istanbuler Abwehr-Affäre in Schwierigkeiten geraten war.[32] Einen Monat später informierten ihn Gisevius und Waetjen über Putschpläne der Beck-Goerdeler-Gruppe und unterbreiteten ein – dem ›Herman-Plan‹ ähnliches – konkretes Verhandlungsangebot: Die Opposition sei bereit, die NS-Herrschaft zu brechen, den ›Führer‹ zu eliminieren und eine alliierte Landung zu ermöglichen, wenn sie die Zusicherung erhielte, daß danach alle praktischen Fragen ausschließlich mit den Westmächten geklärt werden könnten. Es gehe einzig und allein darum, zu verhindern, daß Mitteleuropa von den Sowjets überrollt und das nationalsozialistische Gewaltregime durch einen linken Totalitarismus abgelöst werde. Dulles gab diese Botschaft mit einem skeptischen Kommentar an die OSS-Zentrale weiter: »Wir müssen davon ausgehen, daß die Gestapo Bescheid weiß und zuwartet, entweder weil man erst durchgreifen will, wenn die Situation dafür reif ist, oder weil man einen Rettungsanker nach Westen behalten möchte [. . .] Die Breakers-Botschaft wirft wieder das alte Dilemma auf, gegenüber dem Osten oder dem Westen zu kapitulieren; die Deutschen können sich niemals die dritte Alternative vorstellen: nach beiden Seiten hin gleichzeitig zu kapitulieren.« Als Antwort kam aus Washington die Weisung, in Fortsetzung der bisherigen Politik die Verbindung aufrechtzuerhalten, ohne »falsche Erwartungen« zu wecken.[33] Mitte April übersandte Dulles ein weiteres Trott zu Solz-Memorandum, das die Westalliierten – gerade auch namens sozialdemokratischer Kreise – eindringlich beschwor, der russischen Propaganda und dem wachsenden kommunistischen Einfluß endlich mit einer wirksamen Strategie zu begegnen. Die OSS-Zentrale, die Trott ohnehin mißtraute, zeigte sich wenig beindruckt. Das Hauptziel bleibe, so hieß es am 24. April, »die Infiltration des Reiches durch unsere Leute.«[34] Deshalb hielt man es vorerst auch weder für nötig noch für opportun, die britischen Geheimdienste in die ›Breakers‹-Kontakte einzuweihen.

Mitte Mai gab Gisevius Dulles im Auftrag der Beck-Goerdeler-Gruppe die Namen von weiteren an der Verschwörung beteiligten hohen Militärs preis und signalisierte die Bereitschaft

der Hitler-Gegner, drei alliierte Fallschirmdivisionen im Raum Berlin landen zu lassen sowie amphibische Landungen bei Bremen und Hamburg zu ermöglichen.[35] Dulles nahm die Mitteilung entgegen, unterstrich aber erneut die Bündnistreue der Westmächte gegenüber der Sowjetunion. In seinem Bericht nach Washington äußerte er erhebliche Bedenken: Die Enthüllungen deuteten darauf hin, »daß es in der Tat einige Nazi-Generäle gibt, die sich ihrer Verantwortung vor der Geschichte entledigen wollen, indem sie am Aufbau eines starken anglo-amerikanischen Bollwerks gegen ein von Rußland kontrolliertes Europa mitarbeiten.« Zweifel am Mut und an der Entschlossenheit dieser Leute seien angebracht; vielleicht könne man ihre Aktivitäten aber ausnützen, »um die militärische Moral in den höchsten Rängen zu schwächen.«[36]

Donovan brachte die Neuigkeiten aus Bern umgehend dem Präsidenten, dem Außenminister und den Stabschefs zur Kenntnis. Er billigte ausdrücklich Dulles' Verhalten und wertete die deutschen Offerten in erster Linie als Ausdruck wachsender Verzweiflung und schwindenden Kampfgeistes der hohen Militärs.[37] Bestärkt wurde die OSS-Führung in dieser Auffassung durch weitere Kontaktversuche und ›Friedensfühler‹, die im Frühjahr und Frühsommer aus Stockholm, Madrid und Istanbul gemeldet wurden. An allen drei Orten traten Emissäre deutscher Oppositionsgruppen auf, die über Putschpläne zu berichten wußten und Namen möglicher Hitler-Nachfolger – neben v. Papen und Himmler auch den in Princeton, N.J. lebenden ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning – ins Gespräch brachten.[38] Von Washington aus war die Lage nach wie vor schwer durchschaubar; in der OSS-Zentrale ging man aber mittlerweile davon aus, daß ein Zusammenhang zwischen der ›Herman‹-Initiative in Istanbul und den Schweizer ›Breakers‹-Verbindungen bestand, und daß es sich bei den anderen Kontaktleuten wohl ebenfalls um »Breakers of one kind or another« handelte.[39] In keinem Fall ließen sich OSS-Repräsentanten auf politische Gespräche mit deutschen Abgesandten ein; vielmehr blockierten sie gelegentlich sogar Bemühungen, die ihnen suspekt erschienen, wie etwa Otto Johns Versuch, Brüning eine schriftliche Einladung zur Rückkehr nach Deutschland zukommen zu lassen.[40] Die OSS-Spitze sah keinen Anlaß mehr, dazu beizutragen, daß die NS-Herrschaft durch ein ebenso unerwünschtes »military tradition regime« abgelöst würde.[41]

Spätestens nach der Landung in der Normandie am 6. Juni

1944 war den Verschwörern klar, daß sie auf eigene Faust und ohne westalliierte Zusicherungen handeln mußten. Angebote einer einseitigen Kapitulation hatten ebensowenig gefruchtet wie die Warnungen vor dem Bolschewismus, und auch letzte Bemühungen, über Schweden eine Verbindung zur Moskauer Führung herzustellen, waren fehlgeschlagen.[42] Am 12. Juli brachte der ›Breakers‹-Kurier Strünck, der Dulles und Schulze-Gaevernitz letztmals zum Zeitpunkt der Invasion über die Ausweitung des Verschwörerkreises informiert hatte[43], die Nachricht in die Schweiz, daß »ein dramatisches Ereignis« unmittelbar bevorstehe. Angesichts des alliierten Vormarsches im Westen und der Großoffensive der Roten Armee blieben der Opposition nur noch wenige Wochen, um den Schlag gegen Hitler zu führen und ein ›respectable government‹ einzusetzen. Man hoffe dabei auf die Mitwirkung des Polizeipräsidenten von Berlin, Graf Helldorf, sowie der Generäle Olbricht, Fromm und Zeitzler, die sich im Raum Berlin aufhielten. Nach der Aktion sei ein geordneter Rückzug im Westen und die Überführung der kampfstärksten Divisionen an die Ostfront vorgesehen. Strünck kehrte daraufhin mit Gisevius nach Deutschland zurück, während Waetjen den Kontakt zu OSS-Bern hielt.[44]

Dulles zweifelte zwar immer noch an der Entschlossenheit der Generäle und der Fähigkeit der Opposition, unter den Augen der Gestapo einen Staatsstreich durchzuführen.[45] Auch äußerte er Verständnis für den in Washington vorherrschenden Gedanken, »daß Deutschlands Niederlage mit dem verbrecherischen Programm des Führers und der Nazi-Clique gekoppelt werden muß.« Andererseits richtete er aber seine Blicke – wie manche der Verschwörer – schon über das Kriegsende und die Besatzung hinaus in die Zukunft: Eine mutige Tat mit der Absicht, die eigenen Angelegenheiten in Ordnung zu bringen, hätte moralische Konsequenzen, die Deutschlands Stellung im Europa der Nachkriegszeit sicherlich zugute kämen. Deshalb sollten die Westmächte ihre bisherige Zurückhaltung aufgeben: »Eine öffentliche Stellungnahme des Präsidenten, die Goebbels' Propagandafeldzug gegen angebliche alliierte Pläne zur vollständigen Vernichtung des deutschen Volkes durchkreuzt, würde die Anti-Nazi-Gruppen ermutigen.«[46]

II. Der gescheiterte Staatsstreich und seine Folgen

1. Die unmittelbare Reaktion des OSS auf das Attentat vom 20. Juli

Obgleich seit Mitte Juli zahlreiche Indizien auf einen baldigen Umsturzversuch hindeuteten, war man in den westlichen Hauptstädten und selbst in alliierten Geheimdienstkreisen von der Aktion am 20. Juli überrascht. So zirkulierte in Washington just zu dieser Zeit ein Memorandum des Londoner Joint Intelligence Committee über »German Strategy and Capacity to Resist«, in dem es hieß: »Die einzige wirkliche Alternative zur Nazipartei wäre eine Machtübernahme durch führende Militärs [. . .] Bislang gibt es aber keinerlei Anzeichen dafür, daß sich die Militärs in diese Richtung bewegen.«[47] Zwischen dem 21. Juli und Ende Juli herrschte dann telegraphischer und telephonischer Hochbetrieb im Dreieck Washington-London-Bern. Nun erst verständigte man sich darauf, die britischen Geheimdienste SIS und SOE – im Austausch mit deren Informationen über die deutsche Opposition – in das ›Breakers‹-Material einzuweihen.[48]

Die ersten konkreten Nachrichten über den Bombenanschlag auf Hitler trafen am Nachmittag des 21. Juli aus Bern in Washington ein.[49] Dulles ging davon aus, daß sich der Vorfall im Berchtesgadener Hauptquartier des Diktators auf dem Obersalzberg ereignet hatte. Der Irrtum wurde erst im September aufgeklärt.[50] Den Attentäter Stauffenberg bezeichnete er als Verbindungsmann zwischen den älteren Generalstabsoffizieren und der Gruppe jüngerer Offiziere, an deren Spitze bis zu seiner Verhaftung Helmuth v. Moltke gestanden habe.[51] Aus dem Umstand, daß Hitler mit dem Leben davon gekommen war und die Putschisten keinen Radiosender in ihre Gewalt gebracht hatten, schloß er auf einen Mißerfolg und ein blutiges Strafgericht der Gestapo: »The BREAKERS movement [. . .] appears to be breaking [. . .] Of course the blood purge will be ruthless.« Noch hielt er es aber für möglich, daß sich die Opposition in einigen Teilen Deutschlands würde behaupten können. Für den Fall schlug er folgende Maßnahmen vor: 1. der Präsident sollte in einer Botschaft an das deutsche Volk Mißverständnisse über die ›unconditional surrender‹-Forderung ausräumen; 2. Berchtesgaden sollte aus psychologischen Gründen und zur Behinderung der Kommunikation bombardiert werden; 3. die Alliierten sollten bekanntge-

ben, daß alle deutschen Städte, die sich der Gegenregierung anschlössen, von weiteren Bombenangriffen verschont blieben; 4. um die Aktion zu unterstützen, sollte man massenhaft Flugblätter über dem Reich abwerfen.[52]

Donovan leitete diese und die folgenden Botschaften unverzüglich an die höchsten militärischen und zivilen Stellen einschließlich des Weißen Hauses weiter[53]; über OSS-London gelangten Dulles' Vorschläge auch an das alliierte Hauptquartier SHAEF, wo OSS-Stationschef David Bruce und US-Botschafter Winant sie mit dem amerikanischen General Thomas J. Betts erörterten. Betts startete die Flugblatt-Kampagne, wollte ansonsten aber Weisungen aus Washington abwarten.[54] Das rasche Scheitern des Putsches enthob die Stabschefs und die politische Führung jedoch der Notwendigkeit, praktische Entscheidungen zu treffen. Präsident Roosevelt hätte ohnehin nicht sofort eingreifen können, da er sich auf einer Reise befand.

In den weiteren, von Donovan als »sensationell« bewerteten Berichten versuchte Dulles, den Umfang der Verschwörung zu bestimmen, die Ursachen und mögliche Folgen ihres Fehlschlags zu ergründen, und Handlungsanleitungen für die alliierte psychologische Kriegführung zu geben. Vorübergehend zählte er neben den bekannten Personen auch die Feldmarschälle Keitel und v. Manstein zu den ›Breakers‹. Er vermutete, die Verschwörer seien zu übereiltem Losschlagen gezwungen worden, um Gegenmaßnahmen der NS-Führung – die Ablösung der Generäle Rundstedt und Falkenhausen, die Liquidation der Abwehr durch den SD, speziell aber Himmlers Ernennung zum Oberbefehlshaber des Ersatzheeres – zuvorzukommen. Auch habe die Gestapo wohl einen rechtzeitigen Hinweis auf den Putsch aus dem Verschwörerkreis erhalten.[55] Die Verhaftung und Exekution hoher Offiziere werde, ganz gleich wie die Angelegenheit ausgehe, der Moral der Wehrmacht schweren, möglicherweise irreparablen Schaden zufügen. Diesen Effekt könne die alliierte Propaganda verstärken, indem sie Ausmaß und Bedeutung des Putschversuchs hoch veranschlage und den Konflikt zwischen Armee und Partei schüre: »Alles weist darauf hin, daß eine beträchtliche Anzahl herausragender deutscher militärischer und ziviler Führer hinter der versuchten Revolution standen.« Nach der Ausschaltung der westlich orientierten Opposition werde nun allerdings der Einfluß der Sowjets wachsen, die sich politisch ohnehin besser auf die inneren Verhältnisse Deutschlands eingestellt hätten als Amerikaner und

Briten: »Der nächste Versuch, das Hitler-Regime von innen heraus zu stürzen, wird wahrscheinlich von einer östlich orientierten Gruppe unternommen werden, möglicherweise sobald ein Teil Ostpreußens besetzt sein wird und eine deutsche Regierung à la Seydlitz dort installiert ist.«[56]

Gegen Ende Juli glaubte Dulles auf der Grundlage seiner Quellen eine verstärkte Unterordnung der Wehrmacht unter die SS sowie wachsende sowjetfreundliche Neigungen in der Armee wahrnehmen zu können.[57] Im August wurde der Tonfall seiner Berichte zunehmend pessimistisch, und die Warnungen vor kommunistischen Machtbestrebungen nahmen an Eindringlichkeit zu: »Es gab eine Chance, daß sich die Breakers-Kontakte auszahlen würden, aber die besteht nun wohl nicht mehr. Die am besten für weitere Untergrundarbeit gerüstete Organisation ist die kommunistische Gruppe.« Nach dem Scheitern der Breakers würden die Kommunisten vermutlich den nächsten Schritt wagen; sozialistische Zirkel und nicht-kommunistische Führer neigten zwar auch zur Aktion, doch fehle es auf ihrer Seite vollkommen an einer Koordination des Widerstands.[58]

Die Reaktion der R&A-Abteilung auf die Ereignisse des 20. Juli fiel – getreu ihrer bisherigen Linie – im wesentlichen distanziert und negativ aus. In drei Memoranden vom 24., 27. und 28. Juli wurde der ›Coup d'etat‹ als die Kulmination eines lange schwelenden Konflikts zwischen der NS-Führung und der »military class« dargestellt.[59] Die Initiative sei von hohen Offizieren ausgegangen, die eine Orientierung zu den Westmächten bevorzugt und in der – von Himmlers SS bedrohten – Kontrolle über die Armee den einzigen Trumpf für mögliche Verhandlungen gesehen hätten: »Das Ziel des Putsches war nicht allein die Ermordung Hitlers, sondern die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Verschwörer in der Absicht, vor den Westmächten zu kapitulieren.« Andererseits hätten die Putschisten weder die Hilfe einer breiten Widerstandsbewegung gesucht noch über ein »positives politisches Programm« verfügt; bei ihnen handele es sich um »bankrotte Generäle, national gesinnte Intellektuelle und (möglicherweise) nationalistische Sozialdemokraten und Bürokraten [. . .] Die Vernichtung (extermination) der Gruppe behindert deshalb nicht die politische Erneuerung Deutschlands.« Die NS-Führung werde das Attentat nun zum Vorwand für eine umfassende Säuberungsaktion nehmen, die sich gegen jede Form von Opposition richte: »Während man also wohl davon ausgehen

kann, daß die Revolte den Defätismus in Deutschland verstärkt, wird ihr Scheitern wahrscheinlich die weitere Entwicklung effektiver innerer Oppositionskräfte verhindern. Deshalb hängt ein deutscher Zusammenbruch jetzt offenbar mehr als jemals zuvor davon ab, daß die deutsche Armee von den alliierten Streitkräften vollständig geschlagen wird.« Bis dahin werde der Einfluß der nach Osten orientierten Kräfte in Deutschland zweifellos zunehmen, und für die unmittelbare Nachkriegszeit sei mit dem »Aufstieg national-bolschewistischer Bewegungen« zu rechnen. Im Unterschied zu OSS-Bern zeigten sich die R&A-Mitarbeiter von solchen Aussichten aber kaum beunruhigt und brachten sie auch nicht mit eventuellen sowjetischen Expansions- und Hegemoniebestrebungen in Zusammenhang.

Die Mitteleuropa-Experten von R&A schätzten demnach die Vorgänge des 20. Juli nicht als Widerstandshandlungen ein, sondern betrachteten sie als ›Palastrevolte‹ und regime-internen Fraktionskampf. Dies bestätigt die generelle Erkenntnis, daß die besten Nachrichten in Form von ›raw intelligence‹ wenig bewirken können, wenn sie auf ein festes Wahrnehmungsmuster treffen und entsprechend ›gefiltert‹ und interpretiert werden. Anstatt vorgefaßte Meinungen im State Department, bei den Militärs und im Weißen Haus in Frage zu stellen, bestärkte und verfestigte die R&A-Abteilung mit ihren Berichten das vorherrschende »climate of opinion«, ein Klima, das geprägt war durch feindselige Distanz zu den deutschen bürgerlichen Eliten und Vertrauen auf den guten Willen der sowjetischen Führung.[60]

Eine weitere OSS-Abteilung, die für subversive (›schwarze‹) Propaganda zuständige Morale Operations-Branch (MO), fühlte sich durch diese negative Einschätzung ermutigt, auf recht skrupellose Weise aus der anlaufenden Verhaftungs- und Mordwelle in Deutschland Kapital zu schlagen. Am 26. Juli gab OSS-Washington eine vorläufige MO-Direktive an die wichtigsten europäischen Außenstellen durch, in der es hieß: »Versucht, der SS die Namen aller deutschen Offiziere und Nazis zuzuspielen, die Euch bekannt sind. Behauptet, sie seien in den Putsch verwickelt.« Diese Denunziationstaktik würde, so hoffte man, die Verwirrung in den Reihen von NSDAP und SS steigern und – durch die Ausschaltung fähiger Frontgeneräle – die deutsche Kampfkraft schwächen. Am 1. August wurde dieses Vorgehen in einer ›weekly directive‹ bekräftigt: »Setzt die Praxis fort, der SS Listen mit angeblichen Verschwörern zu übermitteln.«[61] Bedenken gegen

eine solche Praxis brachte nur Dulles vor: Man sollte alles unterlassen, was diejenigen gefährde, »die noch an Anti-Nazi-Aktionen mit pro-westlicher Tendenz teilnehmen können.«[62] Daraufhin übermittelte OSS-Washington den Außenstellen Listen mit den Namen mißliebiger Personen zur vorherigen Prüfung, damit niemand betroffen würde, der den Alliierten später möglicherweise ›von Nutzen‹ sein könnte.[63] Trotz dieser Einschränkung bewegte man sich hier in gefährlicher Nähe zu der zynischen Auffassung von John Wheeler-Bennet, der als New Yorker Verbindungsmann des britischen Geheimdienstes zum OSS kurz nach dem Attentat festgestellt hatte: »Die Gestapo und die SS haben uns einen schätzenswerten Dienst erwiesen, indem sie eine Auswahl derjenigen beseitigten, die sich nach dem Krieg zweifellos als ›gute Deutsche‹ ausgegeben, gleichzeitig aber einen Dritten Weltkrieg vorbereitet hätten. Es ist daher zu unserem Vorteil, daß die Säuberung weitergeht, da es uns vielfältige künftige Schwierigkeiten erspart, wenn Deutsche von Deutschen getötet werden.«[64]

Donovan selbst steuerte einen mittleren Kurs zwischen Dulles und den Analytikern bzw. Propagandaspezialisten im Washingtoner Hauptquartier. Einerseits versuchte er, das interne Ansehen seiner Oganisation durch den Nachweis zu heben, daß OSS-Bern offenkundig über bessere Informationsquellen in Deutschland verfügte als die britischen Geheimdienste. Andererseits achtete er aber peinlich genau darauf, sich politisch abzusichern. Als feststand, daß es keinen Umsturz und Zusammenbruch geben würde, ordnete er noch einmal strikte politische Enthaltsamkeit an: »Ich bin überzeugt, daß es für die Menschheit von größerem Nutzen ist, wenn die Deutschen es in Deutschland untereinander ohne unsere Hilfe auskämpfen.«[65] Die offizielle Sprachregelung lautete, Dulles' Befugnisse seien beschränkt gewesen auf die »passive Entgegennahme von Nachrichten bezüglich des Wunsches der Breakers, irgendeinen Ausweg zu finden. Wir haben uns auf keinerlei Verhandlungen eingelassen[. . .]«[66] Da die OSS-Vertreter – wie bei den ›Herman‹-Kontakten in der Türkei – keine eigenen Initiativen entfaltet hätten, brauche man auch die Russen nicht ins Vertrauen ziehen. Von einem solchen Schritt, der in London kurzfristig erwogen worden war, hatte Dulles entschieden abgeraten.[67] Danach lenkte Donovan das Interesse seiner Mitarbeiter wieder auf ihre vordringlichen Aufgaben hin, die nachrichtendienstliche ›Durchdringung‹ Deutschlands und die Förderung eines deutschen ›underground resistance movement‹.[68]

2. Das OSS und die Anfänge der Geschichtsschreibung des 20. Juli 1944

Die Wertungen und Prognosen von OSS-Washington, insbesondere der R&A-Abteilung, fanden Eingang in die Beratungen auf höchster militärischer Ebene. Das Joint Intelligence Committee der amerikanischen Stabschefs kam bei seiner ersten Bestandsaufnahme Anfang August zu dem Ergebnis, ein erfolgreicher Umsturz in Deutschland sei nach dem Fehlschlag vom 20. Juli noch unwahrscheinlicher geworden. Eine saloppe Randbemerkung läßt erkennen, daß die Experten den Putsch für schlecht vorbereitet und dilettantisch durchgeführt hielten: »The attempted coup was lousy. It had not been planned out. The fact that the bomb did not kill Hitler should not have scotched the whole show.« Immerhin sei mit einer Schwächung der Wehrmacht zu rechnen, weil erfahrene Offiziere durch Nazis ersetzt werden müßten. Angesichts des günstigen Verlaufs der Invasion gab das JIC den Deutschen allenfalls noch vier Monate bis zum Zusammenbruch: »Organized resistance will not continue beyond 1 December 1944.« Mitte August resumierte das Joint Intelligence Sub-Committee: »Deutschlands militärische Fiaskos der letzten Monate haben den Gegensatz zwischen zwei Fraktionen auf die Spitze getrieben: Die Gemäßigten glauben, daß die Zeit reif ist für einen Frieden, der – ganz gleich welche Bedingungen er enthält – Deutschland noch die Hoffnung läßt, seinen Rang als militärische Großmacht zurückzugewinnen; die Extremisten dagegen und speziell die Nazi-Partei bleiben entschlossen, bis zum Letzten standzuhalten, ungeachtet der Kosten, die Deutschland daraus entstehen.« Das Komitee fügte noch die Warnung an, daß man der ersten Kategorie von Deutschen ebensowenig trauen dürfe wie der zweiten: »Es gibt Hinweise darauf, daß einige Wirtschaftsführer und hohe Staatsbeamte eine offene Identifizierung mit dem Nazi-Regime vermeiden, um sich als zukünftige Unterhändler mit den Alliierten in Reserve zu halten. Diese Personen und die von ihnen repräsentierten Gruppen könnten später leicht zu Förderern einer nationalsozialistischen Nachkriegspolitik werden.«[69]

Da die politische und militärische Führung der Westmächte nun also voll auf den Sieg der Waffen setzte, verlagerte sich der Schwerpunkt der OSS-Aktivitäten in Richtung ›penetration‹ und ›resistance support.‹ Dennoch ging die Beschäftigung mit dem 20. Juli weiter. Auf der Grundlage der Breakers-Akten erstellte die

Washingtoner Zentrale eine Kartei, in der alle Informationen über die Verschwörung verzeichnet wurden und die man fortlaufend ergänzte. Die meisten Nachrichten kamen weiterhin aus Bern, und sie betrafen in der Hauptsache das Schicksal der von den Säuberungen und Prozesse erfaßten Personen. Dulles und sein deutscher Assistent Schulze-Gaevernitz tappten dabei zunächst im Dunkeln: sie mußten sich auf Zeitungsberichte und andere dubiose Informationsquellen stützen, weil ihre ›Breakers‹-Kontakte vorübergehend unterbrochen waren. Anfang August meldete Dulles, daß eine Million Mark Belohnung für die Ergreifung von Goerdeler ausgesetzt sei und daß sich das Netz um die Verschwörergruppe immer enger zusammenziehe. Ein ähnliches ›Kopfgeld‹ für Arthur Nebe wurde als Bestätigung dafür angesehen, daß Gestapo-Kreise in den Putsch verwickelt waren.[70] Als am 10. August die Hinrichung Hans-Bernd v. Haeftens und York v. Wartenburgs bekannt wurde, telegraphierte Dulles, es sei zu befürchten, »daß die Gestapo die Widerstandskräfte in der Arbeiterpartei, der Kirchenbewegung und der Verwaltung kennt. Die Ausschaltung der Abwehr-Führung ist durch die Verhaftung von Hansen vervollständigt worden, und 670 [Waetjen] wird bald ein Flüchtling sein.«[71] Kurz danach keimte noch einmal Hoffnung auf, als Dulles erfuhr, daß Gisevius in einem Berliner Versteck überlebt hatte. Ein ›Breakers‹-Kurier berichtete von zahlreichen Verhaftungen und Hinrichtungen, aber auch von der möglichen Bereitschaft Feldmarschalls v. Kluge, den Kämpfen im Westen ein Ende zu setzen. Die Westalliierten brauchten jetzt nur entschlossen zu handeln, »and the entire structure will collapse.«[72] Rasch erwies sich dieser Silberstreif am Horizont aber als eine Illusion; es sollte nicht die letzte sein, denn Putsch- und Kapitulationsgerüchte wurden immer wieder in Umlauf gebracht und kolportiert.[73]

Der Kurier aus Berlin übermittelte eine weitere Botschaft von Gisevius, die das OSS noch länger beschäftigen sollte. Danach war es in letzter Minute vor dem Attentat unter den Verschwörern zu einem ernsten Zerwürfnis gekommen. Während Goerdeler und Beck weiterhin für eine ›westliche Lösung‹ eingetreten seien, hätten viele der beteiligten Militärs einschließlich Stauffenberg einen separaten Friedensschluß mit den Russen befürwortet. Auf Rückfrage Donovans bestätigte Dulles die Glaubwürdigkeit dieser Nachricht und versuchte eine Erklärung: »Zwar hatte man mir die Identität mehrerer beteiligter Generäle im voraus anver-

traut; die Tatsache aber, daß andere, ebenso prominente Verschwörer (vermutlich die östlich orientierten) nicht genannt wurden, läßt mich daran zweifeln, daß 512 [Gisevius] über diese Entwicklung voll im Bilde war, bevor er aus der Schweiz nach Berlin zurückkehrte.«[74]

Zeitgleich mit diesem Bericht traf aus London die Meldung ein, Goerdeler sei verhaftet worden. Eine Woche später bestätigte Dulles die Festnahme v. Trotts und fügte an, der Gestapo sei offenbar eine Liste mit den Namen aller derjenigen in die Hände gefallen, die für Ämter in der Beck-Goerdeler-Regierung vorgesehen gewesen waren.[75] Aus unterschiedlichen Quellen ließ sich rekonstruieren, daß am 20. Juli nicht nur in Deutschland, sondern auch in Paris, Wien und Prag Aktionen gegen die SS und Hitler-Anhänger unternommen worden waren. Selbst in Norwegen erfolgten laut Stockholmer OSS-Außenstelle Verhaftungen im Zusammenhang mit dem gescheiterten Staatsstreich.[76] Japanische Diplomaten ließen OSS-Vertreter wissen, daß die brutale Behandlung der Oppositionellen, insbesondere das Erhängen vieler hoher Offiziere, das Vertrauen Tokios und der Satellitenstaaten auf dem Balkan in die Berechenbarkeit des Hitler-Regimes schwer erschüttert hätte.[77]

Ein deutscher Gewährsmann nannte Dulles Mitte September die Zahl von 20.000 Verhaftungen, darunter ca. 4.000 ›Breakers‹, sowie von 2.600 Hinrichtungen oder Morden.[78] Am 22. Dezember mußte Dulles schließlich konstatieren, »daß alle Persönlichkeiten von irgendwelcher Bedeutung, selbst wenn sie nur eine untergeordnete Rolle in der Opposition gespielt hatten, am 20. Juli oder danach verhaftet worden sind bzw. auf andere Art unschädlich gemacht wurden.« Die Folge sei zunehmende Apathie im deutschen Volk.[79] Als Dulles und Gaevernitz im Januar 1945 erfuhren, daß Helmuth v. Moltke zum Tode verurteilt worden war, initiierten sie eine Rettungsaktion für den Mann, den sie als geeigneten Repräsentanten des ›neuen Deutschland‹ betrachteten. Auf ihre Veranlassung hin forderte OSS-Washington das State Department auf, über diplomatische Kanäle alles zu tun, um eine Hinrichtung Moltkes zu verhindern. Als Präzedenzfall sollte man die Schonung des Staatssekretärs Erwin Planck anführen, die der japanische Botschafter Oshima erwirkt habe. Aber auch dieser letzte verzweifelte Versuch blieb erfolglos: Am 8. März mußte Dulles nach Washington melden, daß Moltke exekutiert worden war.[80]

Nicht nur über die geographische Ausdehnung der Verschwörung und die Identität der Opfer, sondern auch über den Tathergang brachte das OSS im Laufe der Zeit viele Einzelheiten in Erfahrung. OSS-Stockholm berief sich am 5. August auf einen Informanten mit Gestapo-Kontakten, der Stauffenbergs Aktion im Führerhauptquartier einschließlich des Modells der Bombe (»eine Art Landmine«) und ihrer Explosionswirkung beschrieb.[81] Mitte August sprachen OSS-Mitarbeiter im Vatikan mit Jesuitenpater Georg Leiber, dem Privatsekretär von Papst Pius XII., der das Stauffenberg-Attentat in eine Reihe von gescheiterten Putschversuchen stellte. Als Hauptproblem nannte er dem Bericht zufolge »das Fehlen einer ehrlichen Anti-Nazi-Einstellung auf Seiten der Verschwörer, die sich von opportunistischen Beweggründen leiten ließen.«[82] Ein solch negatives Urteil war natürlich Wasser auf die Mühlen der R&A-Experten. Aus Madrid gelangte im September ein mehrseitiger Augenzeugenbericht nach Washington, den Otto John (›Nikolaus‹), der sein Anwaltsmandat für die Lufthansa mit einer Agententätigkeit im Dienste der Abwehr verband, über den dramatischen Verlauf des 20. Juli in Berlin angefertigt hatte. John war mehrere Stunden lang im Kriegsministerium in der Bendlerstraße gewesen, wo er die Aktivitäten Stauffenbergs, Olbrichts und Graf Schwerins aus nächster Nähe verfolgen konnte. Er beschrieb auch die verhängnisvolle Rolle, die der Kommandant des Wachregiments, Major Remer gespielt hatte, und gab an, die Verschwörung sei von Hitler-treuen Wehrmachtsoffizieren im Keim erstickt worden; Himmler und die SS hätten es deshalb leicht gehabt, die Situation unter Kontrolle zu bringen und das blutige ›housecleaning‹ vorzunehmen. OSS-Washington fügte dem Dokument biographische Informationen aus seiner Kartei an und schickte es dem nach Europa gereisten Donovan mit dem Wink nach, man könne es dazu verwenden, »to emphasize the far-sighted intelligence developed by OSS.«[83] Im bürokratischen Tauziehen um Einfluß, Prestige und Haushaltsmittel war das für die Geheimdienstler mindestens ebensoviel wert wie der tatsächliche Erkenntnisgewinn über den 20. Juli.

Als sich die im Sommer gehegte Erwartung eines baldigen Sieges über Deutschland nicht erfüllte, wurden die Geheimdienstprognosen zunehmend vorsichtig und pessimistisch.[84] Die ›Penetration‹ des Reiches kam – nicht zuletzt wegen britischer Bedenken, deutsche Emigranten und Oppositionelle als Agenten einzusetzen – nur langsam voran, und mit wirkungsvollem internen Widerstand gegen das NS-Regime war kaum noch zu rechnen. Um Partei und Wehrmacht zu verunsichern, bemühte sich die alliierte Propaganda nun, den Deutschen die Existenz einer breiten Widerstandsbewegung vorzugaukeln. In diesen Zusammenhang gehört die Verbreitung der angeblichen Oppositionszeitung ›Das Neue Deutschland‹ ebenso wie eine vorgetäuschte Radioansprache Generaloberst Becks, in der er verkündete, er habe den 20. Juli überlebt und arbeite weiter auf den Sturz Hitlers hin.[85] Technisch waren das beeindruckende Leistungen; politisch erzielten sie jedoch kaum meßbare Wirkungen. OSS-Bern beteiligte sich an diesen subversiven Aktivitäten, doch Dulles' Hauptziel blieb es, einen ›Keil‹ in das morsche NS-Regime zu treiben, um das Kriegsende zu beschleunigen. Gemeinsam mit Schulze-Gaevernitz betrieb er die Bildung eines Komitees kriegsgefangener deutscher Offiziere, das als Gegengewicht zum Nationalkomitee Freies Deutschland dienen und Wehrmachtseinheiten im Westen zur Aufgabe des sinnlosen Kampfes bewegen sollte. Von den Regierungen in London und Washington wurde das Projekt aber aus politischen Gründen gestoppt.[86] Dulles selbst war angesichts der Entwicklung in Osteuropa und auf dem Balkan immer weniger bereit, Rücksicht auf russische Empfindlichkeiten zu nehmen. Das zeigte sich an seiner wachsenden Neigung, auch Offerten auszuloten, die aus den Reihen der SS und dem Umkreis Himmlers kamen. Einen späten Erfolg konnte er mit der ›Operation Sunrise‹ verbuchen, die Ende April 1945 zur Kapitulation der deutschen Truppen in Norditalien führte.[87]

Dulles' zentrales Motiv – das man in Washington sehr wohl erkannte und entschieden mißbilligte – war die Sorge vor einem zu weiten Eindringen der Roten Armee nach Mitteleuropa. Diese Idee des ›Wettlaufs‹ zwischen den Westmächten und der Sowjetunion war zweifellos durch die Erfahrungen mit den ›Breakers‹ beeinflußt worden und hatte sich nach dem 20. Juli 1944 verfestigt. Neue Nahrung erhielt sie, als es dem OSS Anfang 1945

gelang, Gisevius mit Hilfe in London gefälschter Ausweispapiere über die Schweizer Grenze in Sicherheit zu bringen.[88] Seine intensive Befragung und die schriftlichen Berichte, die er mit Hilfe von Schulze-Gaevernitz für das OSS verfaßte, enthüllten viele zusätzliche Einzelheiten und lieferten neue Anhaltspunkte für das Scheitern des Putsches. Gisevius zufolge hatten es die Verschwörer versäumt, die führenden Repräsentanten des NS-Regimes umgehend festzusetzen; nach zwei mißglückten Anläufen am 6. und 16. Juli seien die Nerven der Beteiligten derart überreizt gewesen, daß sie es nicht geschafft hätten, wesentliche Voraussetzungen wie etwa die Unterbrechung der Nachrichtenverbindungen des Führerhauptquartiers zur Außenwelt zu erfüllen. Politisch brisant war aber, daß Gisevius eine »fundamentale Meinungsverschiedenheit der Verschwörer über Deutschlands zukünftigen Kurs« für den Fehlschlag mitverantwortlich machte. Im Gegensatz zu den konservativen, westlich orientierten Generälen hätten die jüngeren, dynamischen Leute wie Stauffenberg und Trott zu Solz in der anglo-amerikanischen Politik keine Hoffnung für die Zukunft Deutschlands gesehen und seien bereit gewesen, ihr Glück mit Rußland zu versuchen.[89] Dulles griff dieses Argument auf und forderte, daß endlich Mittel und Wege gefunden werden müßten, »die amerikanische und britische Besetzung zumindest Westdeutschlands zu erleichtern, bevor die Auswirkungen der russischen Erfolge im Osten ein völliges Chaos in ganz Deutschland schaffen. Selbst wenn Rußland keine Absicht haben sollte, und wahrscheinlich auch nicht hat, Deutschland zu bolschewisieren, glauben viele Deutsche, daß dies eine Verständigung mit Rußland einfacher machen würde, und sie arbeiten in diese Richtung, unterstützt durch den Verlauf des Geschehens.«[90]

OSS-Washington beurteilte Gisevius' Darstellung als eine »unimpeachable personal narrative« von größtem Nachrichtenwert, deren zentrale Punkte verdienten, den höchsten Regierungsstellen zur Kenntnis gebracht zu werden.[91] Das trug sicher mit dazu bei, daß Dulles trotz erheblicher Bedenken der politischen Führung seine ›Sunrise‹-Bemühungen fortführen konnte. Andererseits änderten die Nachrichten aus der Schweiz wenig an der grundsätzlichen Einstellung der OSS-Zentrale zu den Verschwörern des 20. Juli. Als der ausführliche Gisevius-Report vorlag (der zur Grundlage des Buches ›Bis zum bittern Ende‹ wurde), kommentierte Donovan-Stellvertreter Whitney Shepardson am 27. Februar 1945 trocken, er handle von einer »unglaublichen An-

sammlung eifriger und dummer Deutscher, die offensichtlich nicht den geringsten Schimmer davon gehabt hätten, wie man verschwörerische Aktivitäten betreibt.« Gisevius' fatalistische Schlußbemerkung, es hätte wohl alles so kommen müssen, wie es gekommen sei, erinnerte den Amerikaner an Richard Wagners ›Ring des Nibelungen‹.[92]

Diese skeptisch-distanzierte Haltung herrschte auch nach Kriegsende in den politischen Führungskreisen und in der Öffentlichkeit der westlichen Siegermächte vor. Sie spricht ebenso aus einer sechzigseitigen ›Field Intelligence Study‹ mit dem Titel ›Political Implications of the 20th of July‹, die der R&A-Mitarbeiter Franklin Ford bis zum Oktober 1945 für das OSS (das um diese Zeit gerade von Präsident Truman aufgelöst wurde) anfertigte.[93] Ford hatte sich vom 19. bis 31. August in London und Paris aufgehalten, um die verfügbaren Dokumente der amerikanischen und britischen Nachrichtendienste zu studieren und Personen zu befragen, die mit einzelnen Aspekten der Verschwörung vertraut waren. Sein Hauptaugenmerk galt der Eignung von Überlebenden des 20. Juli, »die jetzt im politischen Leben Deutschlands unter der Militärregierung in den Vordergrund treten.«[94] Trotz einiger Irrtümer und Lücken bezeugt diese Schrift einen insgesamt hohen Kenntnisstand und ein differenziertes Urteil über die deutsche Widerstandsbewegung. Den Ausgangspunkt bildete die Beobachtung, daß die Verschwörung schon an ihrem ersten Jahrestag viel öffentliche Aufmerksamkeit gefunden hatte und daß die Tendenz bestand, Teilnahme oder auch nur Mitwisserschaft zu einem wichtigen Kriterium für politische Zuverlässigkeit und Verwendbarkeit beim demokratischen Neuaufbau zu machen. Ford bescheinigte den meisten Beteiligten ›physical courage‹ und bestritt nicht, daß viele »from a genuine moral revolt against the Nazi program« zum Handeln getrieben worden seien. Andererseits hob er die politisch-ideologische Heterogenität der Opposition hervor: »So weitreichend waren jedoch die Verästelungen der Verschwörung und so komplex die Interessenunterschiede, von denen sich die mehreren hundert beteiligten Individuen leiten ließen, daß Teilnahme kaum a priori als absolute Garantie für demokratische Impulse und persönliche Zuverlässigkeit gelten kann.»(S. 2) Mindestens sechs Gruppen ließen sich unterscheiden: »Army dissidents, civil servants, renegade Nazis, Social Democratic leaders, churchmen and intellectuals.»(S. 13) In abgemilderter Form kam Ford wieder auf Gisevius' Theorie der Ost-

West-Spaltung zurück: »Bis in die allerletzten Tage vor dem Attentat hinein stellte der Gegensatz zwischen der von Stauffenberg und Leber vertretenen Ostorientierung und Becks und Goerdelers Vertrauen auf die Westmächte eine ständige Bedrohung für die Einheit des Verschwörerzirkels dar [. . .] So war die Verschwörung selbst am Tag des Handelns noch ein locker geknüpfter Komplex unterschiedlicher Elemente, der in sich fundamentale Konfliktpunkte über die zukünfige deutsche Innen- wie Außenpolitik barg. Die einigende Kraft, die das Unternehmen zusammenhielt, blieb der von allen beteiligten Gruppen geteilte Wunsch, Adolf Hitler und seine Regierung auszumerzen (eradicate).« (S. 43f.) Vor diesem Hintergrund gelangte Ford zu dem Schluß, »daß einer Beteiligung am 20. Juli nur dann politische Relevanz zugesprochen werden kann, wenn sie im Zusammenhang mit den anderen Qualifikationen des betreffenden Individuums gesehen wird [. . .] So dramatisch die Verschwörung war und so kostspielig sie sich für die potentielle Führung Nachkriegsdeutschlands erwiesen hat, so darf sie doch nicht als etwas genommen werden, das alle Beteiligten mit einem besonderen Maß an politischer Zuverlässigkeit und moralischem Wert ausstattet.« (S. 58)

Allen Dulles' Vorschlag, Fords Studie als Ausgangspunkt für eine umfassende, gründliche Darstellung des 20. Juli zu machen, die eine »valuable contribution to history« sein könnte, fiel der Auflösung des OSS zum Opfer. Schon zuvor hatte sich aber der Leiter der Europa-Afrika-Abteilung von R&A, Sherman Kent, gegen diese Idee ausgesprochen: Zum einen sei es nicht Aufgabe von OSS, Geschichtsforschung zu betreiben, und zum anderen finden wir, »daß die meisten in den Putsch verwickelten Elemente Kräfte in der deutschen Gesellschaft repräsentieren, die dem Wiederaufbau eines friedlichen und demokratischen Deutschland nicht förderlich sind. Wir erkennen zwar an, daß einige Männer wie Goerdeler gute Demokraten waren, aber Leute seines Schlages machten nur einen außerordentlich kleinen Teil der gesamten Teilnehmerschaft aus. Auf der anderen Seite waren unerwünschte militärische Elemente sehr stark vertreten.« Der aus einer wohlhabenden und einflußreichen kalifornischen Familie stammende Sherman Kent ging also im Kern mit der kritischen Einschätzung konform, wie sie von den sozialistischen und linksliberalen deutschen Emigranten um Franz Neumann in der R&A-Abteilung vertreten worden war. Franklin Ford veröffentlichte ein Jahr später eine Zusammenfassung seiner Ergebnisse in der *American*

Historical Review und griff auf diese Weise als Privatmann in die beginnende historiographische Kontroverse über den 20. Juli und den deutschen Widerstand insgesamt ein.[95]

Den zurückhaltend-abwertenden Urteilen westlicher Kommentatoren im Stile Sherman Kents und Franklin Fords entgegenzuwirken, machten sich Dulles und Schulze-Gaevernitz nach Kriegsende zur Aufgabe. Gestützt auf seine in Bern gesammelten Erkenntnisse, betrieb Schulze-Gaevernitz im Dienst des OSS ab Mai 1945 gründliche Nachforschungen mit dem Ziel, die Zusammenhänge weiter aufzuhellen und die Motive der Verschwörer zu ergründen. Zu diesem Zweck konsultierte er beschlagnahmte Akten, führte Gespräche mit Überlebenden und ließ sich von ihnen Erlebnisberichte anfertigen. Dulles konnte sich auf die akribischen Forschungen seines deutschen Mitstreiters stützen, als er das Manuskript in Angriff nahm, das 1947 unter dem Titel ›Germany's Underground‹ bei Macmillan in New York erschien. Das Buch sollte dazu beitragen, im Interesse einer zukünftigen Verständigung und Zusammenarbeit die heftige antideutsche Stimmung in der amerikanischen und englischen Öffentlichkeit abzubauen und den Deutschen selbst die Chance einer positiven Identifikation zu bieten. Im beginnenden Kalten Krieg wurden Dulles' Warnungen vor der kommunistischen Gefahr allerdings sorgfältiger registriert als die detaillierten Informationen über die Hintergründe des 20. Juli 1944. Es kennzeichnet die gewandelte politische Atmosphäre, daß die US-Militärregierung die 1948 in Zürich gedruckte deutsche Fassung des Dulles-Buches (›Verschwörung in Deutschland‹) zu Umerziehungszwecken kostenlos in der amerikanischen Besatzungszone verbreitete.[96]

Dulles und Schulze-Gaevernitz ließen sich nicht allein von politischen Erwägungen leiten, sondern leisteten auch unmittelbare Hilfe für die Überlebenden des 20. Juli und für Angehörige der Opfer. In Washington gründeten sie ein Komitee, das Geld für Unterstützungsmaßnahmen sammelte und jungen Deutschen Aufenthalte in den USA ermöglichte. Zu den ersten Empfängern eines solchen Stipendiums gehörten eine Tochter Goerdelers und ein Sohn Hans v. Dohnanyis. Über seine Amtszeit als CIA-Chef hinaus blieb Dulles mit Schulze-Gaevernitz und dem ›Breakers‹-Gewährsmann Gisevius freundschaftlich verbunden, selbst wenn letzterer ihm durch private Affären und geschäftliche Kapriolen gelegentlich erheblichen Kummer bereitete.[97]

Anmerkungen

1 Die vielfältigen Untergrundaktivitäten und das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen dem OSS und deutschen Oppositions- und Widerstandskreisen sollen hier nicht geschildert werden. Ebensowenig werden die Kenntnisse der Amerikaner über interne politische Vorgänge im »Dritten Reich« auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft. In den Deutschland-Berichten vermischten sich, wie fast immer bei Geheimdienstnachrichten, Tatsachen und Gerüchte, Fakten und Vermutungen, zutreffende Einsichten und Spekulationen.

2 »Political Propaganda Campaign Directed Toward Germany«, 23.4.1942, NA RG 226 E 106 B 9 f 70.

3 Memoranden Dulles an Donovan, 7. u. 8.5.1942, NA RG 226 E 106 B 9 f 70.

4 Siehe Jürgen Heideking, Die »Schweizer Straßen« des europäischen Widerstands, in: Schulz, Geheimdienste und Widerstandsbewegungen, S. 143–87; Neal H. Petersen, From Hitler's Doorsteps:Allen Dulles and the Penetration of Germany, in: Chalou, Secret War, S. 273–94.

5 Tel.14.1.1943, NA RG 226 E 134 B 307.

6 Dulles an OSS-Washington, 23.1., 2.2. u. 4.2.1943, NA RG 226 E 134 B 307.

7 Siehe Jürgen Heideking, Amerikanische Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg, in: Schulz, Partisanen und Volkskrieg, S. 147–77.

8 Dulles berichtete am 17.4.1943 über die Verhaftung von Generalmajor Hans Oster und Hans v. Dohnanyi; am 24. bzw. 30.4.1943 über die Hinrichtung Rudolf v. Schelihas und zahlreicher Mitglieder des Schulze-Boysen-Harnack-Kreises. NA RG 226 E 134 B 307.

9 In einem Tel. vom 23.6.1943 nannte Dulles u. a. Feldmarschall Erwin v. Witzleben im Zusammenhang mit einem »alleged plot against Hitler.« NA RG 226 E 134 B 307.

10 Aus einem Tel. Donovans vom 24.3.1943 an OSS-Kairo geht hervor, daß Canaris um diese Zeit in Frankreich kontaktiert worden ist. NA RG 226 E 134 B 298. In den »Breakers«-Dokumenten finden sich zahlreiche weitere Hinweise auf den Abwehr-Chef, der beim OSS unter der Code-Nummer 659 bzw. als »C« geführt wurde.

11 Am 6.4.1943 nannte Dulles erstmals Himmler als möglichen Nachfolger Hitlers; am 22.4.1943 berichtete er über Himmlers »drive toward taking over all intelligence work.« Im November 1943 sprach Dulles mit dem SD-Agenten Maximilian von Hohenlohe, der Himmler als einen nach Westen ausgerichteten, am Frieden mit den Anglo-Amerikanern interessierten Mann schilderte. Die Moskauer »Prawda« machte das Treffen Dulles-Hohenlohe publik und beschuldigte die westlichen Regierungen implizit, einen Separatfrieden anzustreben. NA RG 226 E 134 B 307; B 341 f 1821.

12 Daß die Sowjetunion die Errichtung einer »sozialistischen Republik Polen« beabsichtigte, vermutete Dulles schon am 10.2.1943. NA RG 226 E 134 B 341 f 1821. Die möglichen Gefahren des NKFD erörterte er u. a. am 29.7. u. 24.9.1943. NA RG 226 E 134 B 339 f 1817; B 340 f 1819. Siehe dazu den Beitrag von Heike Bungert in diesem Band.

13 Tel. 19.8., 26.8. u. 14.9.1943, NA RG 226 E 134 B 339 f 1817; B 340 f 1819. In diese Zeit fällt auch der Kontakt mit Fritz Kolbe, der bis Kriegsende als »George Wood« geheime Informationen aus dem Auswärtigen Amt an Dulles lieferte. Dieses als besonders wertvoll eingeschätzte Material wurde unter der Code-Bezeichnung »KAPPA« nach Washington weitergeleitet.

14 Tel. 21.9. u. 8.11.1943, NA RG 226 E 134 B 340 f 1819; B 341 f 1821.

15 Rundtelegramm Donovans an OSS-Außenstellen, 9.4.1943, NA RG 226 E 134 B 298. Das State Department registrierte sämtliche Kontaktversuche von deutscher Seite unter der Rubrik »peace-feeler approaches.« Siehe FRUS 1943, Bd.I, S. 484–512.

16 Vgl. R&A 1034, »Possible Political Change in Nazi Germany in the Near Future«, 10.8.1943; R&A 992, »The Underground Movement in Germany«, 27.9.1943; R&A 1340, »Conditions Under Which Germany Might Welcome a Separate Peace With Russia«, NA RG 59, Diplomatic Branch. In der R&A-Branch mischten sich Ideen des Progressivismus und des radikal-liberalen New Deal mit marxistischem Gedankengut: Siehe den Beitrag von Petra Marquardt-Bigman in diesem Band sowie Katz, Foreign Intelligence.

17 Nach der Moskauer Außenministerkonferenz vom Oktober 1943 sah Donovan »a new period of Nazi deterioration« voraus, »as the possibility of a split among the Allies vanishes.« Vgl. 30.10. u. 9.11.1943, NA RG 226 E 134 B 340 f 1818; B 341 f 1821.

18 »Probabilities of a German Collapse«, 9.9. u. 23.9.1943 (britisch) sowie 21. u. 25.10.1943 (amerikanisch), ABC, RG 165 ABC 381 Germany Sec 1–A, Sec 1–B, Sec 2–A. Zu dieser Diskussion trug auch die R&A-Abteilung des OSS bei: Siehe R&A 1483, »Possible Patterns of German Collapse«, 21.9.1943; R&A 1477, »The Process of German Collapse«, 4.12.1943, RG 59, NA Diplomatic Branch.

19 Siehe Memorandum Sherwood an F.D. Roosevelt, 26.10.1943; Memorandum Donovan an FDR (mit Morde-Aufzeichnungen), 29.10.1943; Under Secretary of State an Weißes Haus, 10.11.1943. Personal Papers of the President, FDRL. Vgl. Rubin, Istanbul Intrigues, S. 175–77.

20 Die Episode ist ausführlich dokumentiert in Heideking / Mauch, Herman-Dossier. Die Akten befinden sich überwiegend in NA RG 226 E 180, Donovan MF R 68.

21 Erst nach dem Attentat auf Hitler setzte Donovan den Präsidenten in einem Memorandum vom 29.7.1944 hierüber in Kenntnis: »Der kürzliche Versuch, Hitler zu ermorden und das Nazi-Regime zu stürzen, [. . .] ruft ein früheres Angebot in Erinnerung, das einem unserer Vertreter in Istanbul gegenüber gemacht wurde. [. . .] Es erfolgte zu einer Zeit, als klar war, daß unsere Beziehungen mit den Russen keine Verhandlungen mit einem solchen Kontaktmann erlauben würden, insbesondere weil der vorgetragene Plan darauf hinauslief, eine angelsächsische Besatzung Deutschlands unter Ausschluß Rußlands zu erlauben.«, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.

22 Vgl. Hoffmann, German Resistance, S. 229–30; FRUS 1944, Bd.I, S. 493–519.

23 Donovan an OSS-London (David Bruce), 28.7.1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.

24 NA RG 226 E 134 B 341 f 1821.

25 Tel. 27.1., 29.1. u. 4.2.1944, NA RG 226 E 134 B 228 f 1368; B 235 f 3296. Dulles weihte die britischen Geheimdienste in der Schweiz nicht ein, da sie sich deutschen Kontakten gegenüber äußerst reserviert verhielten. Als OSS-London um Erläuterung des Begriffs »Breakers« bat, antwortete die Washingtoner Zentrale am 17.3.1944: »Die Bezeichnung ›Breakers‹ bezieht sich auf eine deutsche Widerstandsorganisation, der liberale und gebildete Personen aus speziellen Regierungs- und Militärkreisen angehören; ihre Organisationsstruktur ist allerdings locker. Es wird berichtet, daß die ›Breakers‹ gern drastische soziale Veränderungen auf der Grundlage einer westlichen anstatt einer östlichen Orientierung sähen, daß sie aber fürchten, die Umstände würden Deutschland in Richtung eines östlichen Einflusses zwingen.«, NA RG 226 E 138 B 2.

26 So verwies Shepardson in einem Tel. vom 2.2.1944 wiederum auf die Haltung des State Department, das keine zweite »Prawda-Episode« (s. Fußnote 11) wünsche: »Adolf [Berle] verlieh erneut seinem extremen Widerwillen gegen jeden Schritt Ausdruck, der Deutschland helfen könnte, [. . .] Zwietracht unter den Alliierten zu säen. Diese vernünftige Vorsicht muß mit äußerster Genauigkeit beachtet werden, auch wenn sie unseren Handlungsspielraum sehr stark einengt; nichtsdestoweniger sollte es möglich sein, die Art von Information, auf die sich unser Telegramm Nr. 1177–78 bezieht, von den ›Breakers‹ zu bekommen.« NA RG 226 E 146 B 235 f 3269.

27 Vgl. R&A 1849, »German Misinterpretation of the Unconditional Surrender Policy and Its Effect on German Morale«, 3.2.1944; R&A 2215.1–5, »Monthly Reviews of Economic and Morale Factors Bearing on German Unconditional Surrender«, 24.12.1943 – 26.4.1944, NA RG 59, Diplomatic Branch.

28 Die RANKIN-Planungen der CCS begannen im August 1943. Die entsprechenden Dokumente finden sich in NA RG 165, ABC 384 NW Europe Sec 1–A bis 1–C.

29 Siehe u. a. OSS-Washington an Dulles, 10.3., 25.3., 10.4.1944; Dulles an OSS-Washington, 23.3., 12.6.1944, NA RG 226 E 134 B 341 f 1824; E 138 B 2.

30 Material über geplante »OSS Intelligence Activities in Europe following Cessation of Hostilities« in NA RG 165, OPD 334.8 OSS Sec XIX. Maßgeblichen Anteil an den Planungen hatte der spätere CIA-Direktor William J. Casey. Vgl. Casey, Secret War against Hitler, und die Darstellung von Persico, Piercing the Reich.

31 Dulles an OSS-Washington, 20.1.1944; OSS-Washington an Dulles, 2.2.1944, NA RG 226 E 146 B 235 f 3296.

32 Dulles an OSS-Washington, 5.3.1944, NA RG 226 E 134 B 228 f 1368.

33 Dulles an OSS-Washington, 6. u. 7.4.1944; OSS-Washington an Dulles, 10.4.1944, NA RG 226 E 138, B 2.

34 Dulles an OSS-Washington, NA RG 226 E 134 B 341 f 1823; E 146 B 235 f 3296.

35 Namentlich genannt wurden die Generäle Halder (»Ladder«), Heusinger (»Theta«), Zeitzler (»Zeta«) und Olbricht (»Eta«). Dulles an OSS-Washington, 12. u. 13.5.1944, NA RG 226 E 138 B 2.

36 Selbst Gisevius hatte Dulles angeblich freimütig versichert, »er sei geneigt, uns zu empfehlen, daß wir mit den Generälen nichts zu tun haben sollten, wenn wir uns des baldigen Sieges und einer schnellen Besetzung Deutschlands im Anschluß an die Invasion sicher seien.« Dulles an OSS-Washington, 12.5.1944, NA RG 226 E 138 B 2..

37 OSS-Memorandum »Overtures by German Generals and Civilian Opposition for a Separate Armistice«, 16.5.1944, NA RG 226 E 146 B 234 f 3294/5 (abgedruckt bei Hoffmann, German Resistance, S. 746–49); OSS-Washington an Dulles, 17.5.1944, NA RG 226 E 138 B 2. Eine Zusammenfassung des Memorandums vom 16.5. ging an die britische und die sowjetische Botschaft in Washington.

38 Unterlagen in NA RG 226 E 138 B 2; soweit die Informationen an das State Department gelangten, sind sie abgedruckt in FRUS 1944, Bd.I, S. 484–579.

39 OSS-Washington an Dulles, 24.4. u. 29.5.1944, NA RG 226 E 138 B 2.

40 Ebd. Mit Begleitschreiben vom 12.5.1944 hatte der OSS-Repräsentant Col. Hohenthal (»Argus«) aus Madrid zwei Briefe von John (»Nikolaus«) an Brüning und Louis Lochner übersandt. NA RG 226 E 146 B 234 f 3294/5. Die Foreign Nationalities Branch des OSS war unterdessen schon zu der Einschätzung gelangt, Brünings nationalistischen und anti-russischen Äußerungen disqualifizierten ihn für eine Mitarbeit am Neuaufbau Deutschlands nach dem Krieg.

41 OSS-Washington unterrichtete Hohenthal am 29.5.1944, die Angelegenheit sei »höchst gefährlich und biete keine angemessenen Profitmöglichkeiten mit Blick auf subversive oder nachrichtendienstliche Aktivität [. . .] Wir empfehlen, daß Sie dem Beispiel Berns folgen und den Kontakt aufrechterhalten, aber äußerste Diskretion beachten.« NA RG 226 E 146 B 235 f 3296.

42 Das OSS verfolgte die Bemühungen Trotts und Peter Kleists, in Stockholm mit sowjetischen Diplomaten ins Gespräch zu kommen, wußte aber nichts über die Ergebnisse. Trotz des Dementis der Gesandten Kollontai soll zumindest ein Treffen stattgefunden haben. Siehe Dulles an OSS-Washington, 21.7.1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a, sowie die Berichte von OSS-Stockholm über Kleist (12.7. u. 16.10.1944) und über den »Nazi official von Trott« (24.7.1944), NA E 134 B 303 f 1688; f 1690. Zum Hintergrund: Hoffmann, German Resistance, S. 232f., 244f.; Fleischhauer, Chance des Sonderfriedens.

43 Danach hofften die Verschwörer auf eine Mitwirkung General Blumentritts und Feldmarschall v. Rundstedts. Dulles an OSS-Bern, 10.6.1944, NA RG 226 E 138 B 2.

44 Dulles an OSS-Washington, 12., 13. u. 15.7.1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a. Ein zusammenfassendes OSS-Memorandum für die höchsten Regierungsstellen vom 18.7.1944 ist abgedruckt in Hoffmann, German Resistance, S. 749.

45 Um dieselbe Zeit behauptete Fritz Kolbe (»Wood«), Goerdelers Verhaftung stehe unmittelbar bevor. Dulles an OSS-Washington, 12.7.1944, NA RG 226 E 146 B 235 f 3296.

46 Dulles verwies in dem Zusammenhang auf die Erklärung Churchills vom 12. Juli, »that it would be better if the people of Germany were themselves to oust the Nazi regime«, sowie auf eine ähnliche Äußerung Clement Attlees. Dulles an OSS-Washington, 13. u. 15. 7. 1944. Vorsichtshalber stimmte er im gleichen Zusammenhang mit der OSS-Zentrale noch einmal die Decknamen aller ihm bekannten Teilnehmer der Verschwörung ab. NA RG 226 E 99 B 14 f 58a; E 146 B 235 f 3296.

47 JIC 82, 22. 7. 1944, NA RG 165 ABC 381 Germany Sec 1–B.

48 OSS-Washington an OSS-London, 24. 7. 1944, NA RG 226 E 146 B 235 f 3296. Tags zuvor hatte OSS-London bereits wichtige »Breakers«-Informationen unter dem Titel »Memorandum on Wotan Group« für die Briten zusammengefaßt. NA RG 226 E 138 B 2. Die britischen Gegenleistungen fielen dürftig aus. So bezeichnete SIS Waetjen, der auch für die Briten arbeitete, als einen der Führer der »leftist opposition«, und wußte über eine Botschaft von General Seydlitz an Goerdeler vom Oktober 1943 zu berichten. Dulles hielt besonders die erste Mitteilung für wenig glaubwürdig. Siehe OSS-London an OSS-Washington, 12. 8. 1944; Dulles an OSS-Washington, 15. 8. 1944, NA RG 226 E 146 B 235 f 3296.

49 Dulles an OSS-Washington, 21. 7. 1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.

50 Dulles an OSS-Washington, 14. 9. 1944, NA RG 226 E 146 B 235 f 3296.

51 Dulles war vor dem Attentat von den »Breakers«-Kurieren auf Stauffenberg hingewiesen worden, »but at that time we did not realize the part he would play.« Dulles an OSS-Washington, 25. 7. 1944, NA RG 226 E 146 B 235 f 3296.

52 Diese Vorschläge wurden am 22. 7. vormittags noch einmal wiederholt. Sie finden sich in einem ersten zusammenfassenden OSS-Memorandum für die höchsten Regierungsstellen. Im zweiten Memorandum vom Nachmittag (abgedruckt bei Hoffmann, German Resistance, S. 750–53) fehlen sie, da der Fehlschlag des Unternehmens inzwischen feststand. NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.

53 »Wir geben Ihren Berichten hier die allerbeste Verbreitung, inclusive Außenminister Hull, Präsident, General Marshall und Admiral Leahy. Wir vertrauen darauf, daß Sie in der Lage sind, mit derselben strapaziösen Geschwindigkeit während der nächsten alles entscheidenden 100 Tage weiterzuarbeiten.« Donovan an Dulles, 25. 7. 1944, NA RG 226 E 134 B 193 f 1222.

54 OSS-London an OSS-Washington, 24. 7. 1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.

55 Siehe Dulles' Telegramme bzw. Funktelephon-Meldungen vom 22., 23. u. 24. 7. 1944, alle in NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.

56 Dulles an OSS-Washington, 24. 7. 1944; als Memorandum am 26. 7. u. a. an den Präsidenten, den Außenminister und an Generalstabschef Marshall weitergeleitet, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.

57 Ebd., Berichte vom 27. u. 28. 7. 1944.

58 Dulles an OSS-Washington, 9. 8. 1944, NA RG 226 E 134 B 277 f 1579.

59 R&A 2383a, »Effects of the Attempted Coup d'Etat on the Stability of the German Regime«, 24.7.1944; R&A 2387, »The Attempt on Hitler's Life and Its Consequences« (26 S.), 27.7.1944; R&A 2383 S, »The German Coup d'Etat«, 28.7.1944, NA RG 59, Diplomatic Branch.

60 Zur öffentlichen Meinung in den USA siehe Walther Hofer, Das Attentat der Offiziere und das Ausland, in: Lill / Oberreuter, 20. Juli, S. 55f.

61 NA RG 226 E 134 B 302; B 321 f 1390.

62 2.8.1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.

63 Eine Liste vom 9.9.1944 nennt u. a. Erich Koch, Josef Terboven, Paul Koerner, Erhard Milch, Paul Pleiger, Hans Kehrl und Kurt Daluege. NA RG 226 E 134 B 193 f 1222. Zumindest in einem Fall konnte MO einen »Erfolg« verbuchen. Vgl. hierzu den Beitrag von Christof Mauch in diesem Band, S. 51ff., Anm. 45.

64 Zitiert nach Sweet, Versuch amtlicher Einflußnahme, VfZG 39, S. 295. Allerdings hatte selbst Dulles vor dem 20. Juli im Hinblick auf eine Oppositionsgruppe, die er »Jack and Jill« taufte, ähnliche Gedanken geäußert: »Ich bin mir unsicher, ob es nicht wünschenswert ist, sich der schlimmsten Teufel vor dem Zusammenbruch zu entledigen.« Gemeint waren wohl v. a. Major Pabst, Kapitän Ehrhardt, Graf Schlettow und Duesterberg. Zu »Jack and Jill« zählte Dulles aber auch die Generäle Thomas, Halder und Oster. Zwei Telegramme an OSS-Washington, 19.4.1944, NA RG 226 E 138 B 2.

65 Donovan an Dulles und Bruce, 28.7.1944. Dulles stimmte zwar prinzipiell zu, bezweifelte aber in seiner Antwort vom 1.8.1944, daß sich die Sowjets die gleiche Zurückhaltung auferlegen würden. NA RG 226 E 146 B 235 f 3296; E 99 B 14 f 58a.

66 Donovan an Dulles, 26.7.1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.

67 Als Grund führte Dulles eine mögliche Gefährdung der »Breakers« an, die sich bislang der Verhaftung hatten entziehen können. Telegramm, 26.7.1944, NA RG 226 E 146 B 235 f3296. Am 28. Juli kabelte Donovan an Bruce: »Wir werden den Russen auf keinen Fall die BREAKERS-Korrespondenz zeigen. Es ist leicht zu erkennen, [...] daß Bern nicht glaubte, wir hätten irgendwelche Möglichkeiten, den BREAKERS zu helfen, sondern im Gegenteil mit größtem Nachdruck erklärte, wir würden die Russen über jede Aktion informieren, die wir unternehmen.« Donovan wirkte auch darauf hin, daß weder die Briten noch das State Department »Breakers«-Informationen an die Sowjets weitergaben. NA RG 226 E 146 B 235 f 3296.

68 So erbat OSS-Washington z. B. am 3.8.1944 vom Stockholmer Stationschef Taylor Vorschläge für die kommende »penetration of Germany by intelligence and sabotage units and the establishment [...] of communication with OSS units in the field.« Zusammen mit dem Gesandten Johnson sollte Taylor auch eine Namensliste von Deutschen aufstellen, »who will assume leadership in underground resistance.« (OSS-Bern arbeitete bereits seit dem Frühjahr 1943 an solchen »weißen Listen.« S. Fußnote 29. Vgl. Wuermeling, Die weiße Liste.). Außerdem wurde bereits gefordert, sich auf »Nazi underground activities«, die gefürchteten »Werwolf«-Angriffe in der Besatzungszeit vorzubereiten. NA RG 226 E 134 B 304 f 1691.

69 Siehe JIC (USA) 206, 2.8. u. 5.8.1944; JISC, 10.8.1944; JIC 203/1, 12.8.1944, NA RG 165 ABC 381 Germany, Sec 2–A.

70 Dulles an OSS-Washington, 3., 5. u. 7.8.1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a; E 146 B 235 f 3296. Der letzte Bericht ging wieder an das Weiße Haus, das State Department und die Stabschefs.

71 York v. Wartenburg wurde als »Nachfolger« Moltkes bezeichnet. Dulles an OSS-Washington, 10.8.1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.

72 »Die Verschwörung war sowohl Rommel als auch Kluge bekannt[...] 512 [Gisevius] schickte uns einen Hinweis, wonach im Westen Kluge die Schlüssel zu der gesamten Situation in seinen Händen hält, und daß er, falls wir einen geeigneten kriegsgefangenen deutschen Offizier finden, den wir ihm schicken können, jetzt wohl bereit wäre, mit uns in der Hoffnung zusammenzuarbeiten, ein solcher Schritt würde den Westmächten erlauben, Teile des Reiches schneller zu besetzen.« Dulles an OSS-Washington, 11.8.1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a. Die Nachricht ging auch an OSS-London, von wo Bruce am 14.8. meldete, der Hinweis auf v. Kluge »was of the utmost interest to us at this end.« NA RG 226 E 99 B 14 f 58a. Unter dem Titel »The German Coup d'Etat (Continued)« ließ OSS-Washington den Report am 17.8. auf höchster Regierungsebene zirkulieren. NA RG 226 E 99 B 14 f 58a. Offenbar wollte Kluge am 15.8. im Kessel von Falaise mit den Alliierten in Verbindung treten. Hitler vermutete jedenfalls Verrat, worauf sich Kluge am 19.8. vergiftete. Hoffmann, German Resistance, S. 518f.

73 »Unter Vorbehalt« gab Dulles z. B. am 4.10.1944 Mitteilungen betr. eines Umsturzplans weiter, in den Angehörige der SS, des Generalstabs, der Landespolizei und des Ersatzheeres sowie Wehrmacht- und Luftwaffenkommandeure verwickelt sein sollten. NA RG 226 E 146 B 235 f 3296. Aus der »Gerüchteküche« stammte wohl auch der Hinweis, einige Generäle seien durch Hitlers Vorhaben, Millionen von ausländischen Zwangsarbeitern liquidieren zu lassen, zur Beteiligung am 20. Juli-Putsch veranlaßt worden. Die Information ging angeblich auf einen Brief zurück, den General Helmuth Stieff am 11. Juli 1944 einem Freund geschickt hatte. NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.

74 Donovan an Dulles, 15.8.1944; Dulles an Donovan, 18.8.1944, NA RG 226 E 146 B 235 f 3296.

75 Bruce an OSS-Washington, 18.8.1944; Dulles an OSS-Washington, 25.8.1944, NA RG 226 E 146 B 235 f 3296.

76 Vgl. die OSS-Berichte aus Bern vom 9.8., 14.9. u. 16.11., sowie aus Stockholm vom 19.9. u. 11.10.1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a; E 134 B 304 f 1690.

77 Dulles an OSS-Washington, 2. u. 3.9.1944, NA RG 226 E 146 B 235 f 3296.

78 Bei dem Informanten handelte es sich um einen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, v. Hentig. Dulles an OSS-Washington, 18. u. 26.9.1944, NA RG 226 E 146 B 235 f 3296. Der britische Geheimdienst verfügte über folgende Zahlen: Bis 1.8.1944 1.200 Offiziere verhaftet; 760 Offiziere und Zivilisten getötet. Bruce an OSS-Washington, 25.8.1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a. Ein OSS-Report gab nach Kriegsende die Zahl der Opfer, die direkt oder indirekt auf den 20. Juli

zurückgehen, mit 4.980 an: s. Fußnote 93. Laut Hoffmann wurden im Zusammenhang mit dem 20. Juli weniger als 1000 Personen verhaftet und weniger als 200 hingerichtet: Hoffmann, German Resistance, S. 712f., Anm. 21; S. 720f., Anm. 38.

79 Fritz Kolbe behauptete später, Goerdeler habe unter der Folter die Namen vieler Mitverschworener preisgegeben. Dulles an OSS-Washington, 22.12.1944 u. 7.2.1945, NA RG 226 E 138 B 2.

80 Dulles an OSS-Washington, 19.1.1945; OSS-Memorandum an den Secretary of State, 20.1.1945, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a. In der Personenbeschreibung, die dem Memorandum beilag, hieß es, Moltkes »genuin kooperativer Geist könnte in der Wiederaufbauphase nützlich sein.« Über die britische Gesandtschaft versuchte Schulze-Gaevernitz, London im gleichen Sinne zu mobilisieren. Erwin Planck, der schon im Oktober zum Tode verurteilt worden war, wurde am gleichen Tag wie Moltke, dem 23.1.1945, hingerichtet.

81 Taylor an OSS-Washington, 5.8.1944, NA RG 226 E 134 B 304 f 1690.

82 Bericht des 2677th Regiment OSS (Prov.) Headquarter Detachment, R&A Branch, vom 20.8.1944 an OSS-Washington, R&A-Branch, NA RG 226 E 136 B 14.

83 W.A. Kimbel an Donovan, 15.9.1944, mit Anlage vom 1.9.1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a. Auch John erwähnte übrigens v. Kluge (der sich bereits am 19. August das Leben genommen hatte) als mögliche Kontaktperson für die Kapitulation im Westen. S. Fußnote 72. Weitere Informationen zum Verhalten Remers lieferte am 23.10.1944 Dulles, der außerdem das Kennwort der Verschwörer, »Walküre«, in Erfahrung brachte. NA RG 226 E 134 B 298.

84 Die britisch-amerikanischen CCS erklärten gegen Ende Januar 1945 alle Annahmen über einen deutschen Zusammenbruch für »höchst spekulativ und vermutlich irreführend[. . .] Seit dem Scheitern des Putschversuchs vom 20. Juli ist die Möglichkeit eines Volksaufstandes immer weiter in die Ferne gerückt.« CCS 660/3, 24.1.1945, NA RG 165 ABC 381 Germany, Sec 2–B. Nun übten die Militärs auch wieder deutlichere Kritik an der »unconditional surrender«-Forderung und gaben Projekte zur psychologischen Kriegführung in Auftrag, mit denen der »German will to resist« gebrochen werden sollte. NA RG 165 ABC Europe, Sec 1–B.

85 »Das Neue Deutschland« wurde vom OSS bereits seit Juli 1944 im Reich verbreitet: Siehe die MO-Direktive von OSS-Washington, 1.8.1944, NA RG 226 E 134 B 231 f 1390. Die Ansprache »Becks« erfolgte im Rahmen der Operation MATCHBOX, für die das alliierte Hauptquartier SHAEF verantwortlich zeichnete. NA RG 165 ABC 384 Europe Sec 1–B. Siehe dazu den Beitrag von Christof Mauch in diesem Band.

86 Dulles an OSS-Washington, 5.2.1945, NA RG 226 E 138 B 2.

87 Dazu ausführlich Catherine Schiemann in diesem Band.

88 »512 ist gerade mit dem letzten Expreßzug, der noch aus Berlin abfuhr, nach hier entkommen mit Papieren, die von C&D London hergestellt wurden.« Dulles an OSS-Washington, 24.1.1945, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.

89 Dulles an OSS-Washington, 28.1.1944, NA RG 226 E 146 B 235 f 3296.
90 Dulles an OSS-Washington, 25.1.1944, NA RG 226 E 146 B 235 f 3296.
91 Die diesbezüglichen Telegramme und Memoranden vom 27. bis 31.1.1945 befinden sich ebenda.
92 Shepardson an Donovan, 27.3.1945; in der Anlage die englische Fassung des Gisevius-Reports (45 S.). NA RG 226 E 99 B 14 f 58a.
93 Das Dokument und weitere Unterlagen zur Geschichte des 20. Juli befinden sich im Nachlaß Schulze-Gaevernitz im BA-MA Freiburg i.Br. Siehe auch Jürgen Heideking, Gero von Schulze-Gaevernitz, in: Bosch/Niess, Widerstand im deutschen Südwesten, S. 281–90.
94 OSS Mission to Germany, Progress Report, R&A: Germany, 1–31 Aug. 1945, NA RG 226, E 99, B 7, f 26.
95 Zit. Sherman nach Progress Report, R&A/Germany, 1 Nov. 1945, NA RG 226 E 1 B 16. Der Titel von Fords Aufsatz lautet »The 20th of July in the History of the German Resistance,« AHR, Juli 1946, S. 609–26. Ausführlich hierzu Marquardt-Bigman, Deutschlandanalysen, S. 158f.
96 Wichtige Dokumente, die über Entstehung und Wirkung des Buches sowie über die Intentionen von Dulles und Schulze-Gaevernitz Aufschluß geben, finden sich in den Allen Dulles Papers.
97 Siehe Dulles' Briefwechsel mit Gisevius und Schulze-Gaevernitz, Allen Dulles Papers.

Christof Mauch

Subversive Kriegführung gegen das NS-Regime

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Kalkül des amerikanischen Geheimdienstes OSS

Beim Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg war der amerikanische Geheimdienst OSS noch nicht einmal existent; und fast bis zum Zeitpunkt der alliierten Landung in Nordafrika lieferte die erst eineinhalb Jahre junge US-Behörde das Bild einer dilettierenden Institution mit nur vage definierten Kompetenzen und einem im Trial-and-Error-Verfahren entwickelten Methoden- und Operationsarsenal.[1] Auch bei der Beurteilung des innerdeutschen Widerstands gegen Hitler verfügten die Diagnostiker des OSS zunächst noch nicht über ein fest umrissenes Programm. Vielmehr war man zum einen auf die Erfahrungen des britischen Seniorpartners, zum anderen auf die Zusammenarbeit mit der politischen Emigration angewiesen. Daß beide Ratgeber die eminente Bedeutung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung als subversive Instanz im Kampf gegen den Nationalsozialismus hervorhoben, dürfte die ideologische Ausrichtung – wenn nicht gar die institutionelle Entwicklung – des OSS wesentlich beeinflußt haben.

Bereits im März 1941, noch bevor er zum Chef des ersten zentralen US-amerikanischen Geheimdiensts (COI, später OSS) ernannt wurde, war William J. Donovan mit dem britischen SOE-Chef und Labour-Führer Hugh Dalton zusammengetroffen, der ihn in die Geheimnisse des englischen Radiokrieges einweihte und ihm sein Konzept von Subversion, Guerillakrieg und Propaganda erläuterte. Als Sozialist glaubte Dalton an die Möglichkeit eines durch Geheimdienstpropaganda mobilisierbaren, von Agenten gesteuerten Aufstands der proletarischen Arbeitermassen gegen

den Faschismus.[2] Im Verlauf des Krieges wurde das Konzept von Subversion und Sabotage dann nicht in London, sondern in Washington bis zur Perfektion weiterentwickelt.

Unter dem Einfluß europäischer Emigranten setzte sich im US-Geheimdienst die Meinung durch, daß die Arbeiter und Fremdarbeiter im Deutschen Reich ein enormes Oppositonspotential darstellten, das man durch gezielte Propagandaaktionen oder das Einschleusen von Agenten für Sabotageaktionen oder gar für die Sache einer sozialen Revolution gewinnen könnte. Demgegenüber hielt man die Verschwörer des 20. Juli für einen fragwürdigen konspirativen Verband, dem die Fähigkeit zur Mobilisierung einer sozialen Massenbasis (außerhalb der Armee) in den meisten Abteilungen des OSS rigide abgesprochen wurde.[3]

Der folgende Beitrag setzt sich zum Ziel, das noch kaum erforschte Spektrum der Einschätzung und Beeinflussung des deutschen Widerstandes durch das OSS in repräsentativen Ausschnitten vorzustellen, ohne dabei die sehr unterschiedlichen und häufig nebeneinanderlaufenden Aktionen in ein chronologisches Raster zu zwingen. Er bietet eine Tour d'horizon, die nacheinander den Impuls zur Gründung der OSS-Labor Section, die Widerstandsanalysen der OSS-Forschungsabteilung, die Methoden zur Stimulierung des Widerstands durch subversive Propaganda, die Instrumentalisierung von Fremdarbeitern sowie die Aktivitäten der nach Deutschland eingeschleusten OSS-Agenten in den Blick nimmt.

Paul Hagen und die Entstehung der Labor Section

Daß die deutschen Emigranten während des Zweiten Weltkriegs keinen maßgeblichen Einfluß auf die öffentliche Meinung oder die Politik der USA ausgeübt hätten, gilt in der historischen Forschung als gesichert.[4] Nicht zuletzt verhinderten Fraktionsbildungen infolge ideologischer Differenzen ein geschlossenes politisches Auftreten.[5] Dem Office of Strategic Services gehörten jedoch zahlreiche deutsche Emigranten als Angestellte, mitunter in prominenten Positionen, oder als externe Spitzenberater an. Auch unterhielten deutsche Sozialdemokraten wie Rudolf Katz und Friedrich Stampfer schon vor dem Überfall auf Pearl Harbor einen regelmäßigen Gedankenaustausch mit dem späteren Direktor des OSS, dem damaligen Colonel und COI-Chef William J. Do-

novan.[6] Wo es um die Beurteilung der gegen den Nationalsozialismus gerichteten Oppositionsbewegungen oder das Knüpfen von Kontakten zum Widerstand ging, war die zentrale Geheimdienstbehörde auf die Kooperation und Expertise der politischen Emigranten angewiesen.

Der erste entscheidende Anstoß kam von einem Österreicher namens Dr. Karl Frank alias Paul Hagen. Hagen war alles andere als eine unumstrittene Persönlichkeit des amerikanischen Exils: als Organisator der Gruppe ›Neu Beginnen‹, die eine der effektivsten Untergrundorganisationen im nationalsozialistischen Deutschland der Vorkriegszeit unterhalten hatte,[7] war Hagen ein in konspirativer Arbeit geschulter Widerstandskämpfer mit einer ausgeprägten Neigung zum (politischen) Abenteuer.[8] Unter anderem hatte er zwischen 1933 und 1939 bei mehreren illegalen Grenzübertritten ins nationalsozialistische Deutschland[9] , für die sich das OSS später sehr interessieren sollte, ein ausgeprägtes Faible für die riskante Praxis von Untergrundaktionen bewiesen.[10] Im April 1942 nahm Paul Hagen erstmals mit dem amerikanischen Geheimdienst Kontakt auf. Seine Vorschläge richtete er an den kurz zuvor vom COI rekrutierten Mitarbeiter Allen W. Dulles.[11] Sie betrafen ein bis dato ungenutztes ›Anti-Nazi-Potential‹ in Deutschland: den Widerstand der Arbeiter, der im Jargon Paul Hagens – und später auch im OSS – als ›deutscher Untergrund‹ bezeichnet wurde.[12] Im Rahmen der Recherchen für sein Buch über die Heimatfront in Hitler-Deutschland, das nur wenige Wochen später bei Harper & Brothers in New York erscheinen sollte,[13] hatte der Österreicher den wirtschaftlichen Schaden errechnet, den die Arbeiter in Deutschland durch passiven Widerstand und verlangsamte Arbeit anrichten könnten. Wenn man von einem industriellen Produktionsrückgang von nur 10% ausgehe, argumentierte Hagen, sei der Betrag bereits höher als die Summe der Pacht- und Leihzahlungen, die die USA an ihre europäischen Verbündeten leisteten. Die Unterstützung des Arbeiterwiderstands erschien nach Paul Hagens raffinierter Kalkulation nicht als moralische Pflicht, sondern als ein Imperativ rechnerischer Vernunft. Überdies suggerierte er dem amerikanischen Geheimdienst in einer Anspielung auf frühere gemeinsame Aktionen von US-Armeeinheiten und Untergrundbewegungen (in Asien und Südamerika), daß die grundlegenden Voraussetzungen einer Unterstützung von Oppositionsbewegungen durch die USA gegeben und sogar historisch erprobt seien. Im Zentrum von Ha-

gens Ausführungen stand ein Katalog mit Vorschlägen für konkrete Aktionen, die der US-Geheimdienst zur Unterstützung des organisierten Untergrunds einleiten solle: zunächst müsse man, so Hagen, eine Sonderagentur zur sorgfältigen Erfassung der Untergrundbewegungen sowie zum Aufbau von Kontakten – insbesondere via Schweiz und Schweden – einrichten. In den USA solle ein Forschungsbüro sämtliche verfügbaren deutschen Tageszeitungen und Publikationen systematisch auswerten und die Befragung von Kriegsgefangenenen durchführen. Ein besonders empfindlicher Bereich sei der Aufbau von Kontakten zu Gegnern des NS-Regimes in den neutralen Ländern Europas und in Südamerika; die Mitarbeiter für entsprechende ›Expeditionsaufträge‹ sollten sich in erster Linie an die großen Arbeiterorganisationen und an die sozialdemokratischen Parteien wenden. In einer späteren Phase sei zum einen an die Rekrutierung antifaschistischer Kriegsgefangener zu denken, zum anderen an das Einschleusen von Fallschirm-Agenten nach Deutschland. Den Erfolg der geplanten Aktionen sah Hagen dadurch gewährleistet, daß die Mitarbeiter der Sonderagentur sich nicht als V-Männer fühlen müßten, sondern als Vorhut eines künftigen, antinationalsozialistischen Deutschland: nicht als Agenten, sondern als Verbündete. Erstaunlicherweise wurden Hagens gewagte und unkonventionelle Vorschläge selbst von politisch konservativen Mitarbeitern des US-Geheimdiensts positiv aufgenommen. Dulles, der Paul Hagens Eifer unter den gegebenen Umständen »eher für eine Tugend als für ein Laster« hielt,[14] leitete die Hagenschen Vorschläge umgehend an den jungen Geheimdienstagenten und späteren Richter am Supreme Court, Arthur J. Goldberg, weiter.[15] Dieser richtete nur wenige Wochen danach, im Juni 1942, eine neue Unterabteilung der Secret Intelligence Branch ein – die Labor Section des OSS, die sich zum Ziel setzte, systematische Kontakte zu oppositionellen Arbeitern und Gewerkschaftern aufzubauen. Goldbergs Abteilung übernahm einen Großteil jener Funktionen, die Paul Hagen für die von ihm projektierte Spezialagentur vorgesehen hatte. In London, dem Sitz der meisten Exilregierungen und Aufenthaltsort zahlreicher Vertreter der emigrierten europäischen Arbeiterbewegungen, entstand das erste Feldbüro der Labor Section. Von dort aus nahm OSS-Major Goldberg im September 1942, unmittelbar nach seiner Ankunft in der englischen Hauptstadt, Kontakte zum internationalen Gewerkschaftsbund unter Sir Walter Citrine auf, zur internationalen

Transportarbeiter-Föderation unter J. Oldenbroek sowie zu Gewerkschaftern und exilierten Sozialdemokraten in mehreren europäischen Ländern.[16] Beim Zusammenwirken mit den Arbeiterorganisationen verfolgte das OSS in erster Linie das Ziel, geheime Nachrichten über Nazideutschland zu beschaffen. Unter den Eindrücken der alliierten Landung in Salerno, die Major Goldberg und dessen Londoner Nachfolger George O. Pratt während einer Tagung der Labor Section in Algier im September 1943 aus nächster Nähe miterlebten, entschloß man sich dazu, operative Einsätze hinter den feindlichen Linien – für Frankreich wie für Deutschland – vorzubereiten. Salerno hatte gezeigt, wie wichtig direkte Kontakte zu den Oppositionsbewegungen der Kriegsgegner waren. So wurde aus dem Londoner Horchposten ein aktives Operationsbüro. Die Hauptaufgabe eines traditionellen Geheimdiensts – die Beschaffung geheimer Informationen – war von nun an in der Labor Section untrennbar mit der Vorbereitung und Durchführung verdeckter Aktionen verbunden. In enger Zusammenarbeit mit dem britischen Geheimdienst SOE begann George O. Pratt mit dem Aufbau einer Subversionstruppe aus politisch linksgerichteten Agenten.[17] Die Affinität zwischen dem Anfang 1942 von Paul Hagen vorgeschlagenen Projekt und dem organisierten Aufbau von Kontakten zum Anti-Nazi-Untergrund durch die OSS-Labor Section (sowie durch einige weitere Unterabteilungen des OSS) war eklatant. Hagen war der festen Überzeugung, daß allein die Arbeiterbewegung eine effektive Anti-Hitler-Opposition darstellte.[18] Arthur J. Goldbergs Labor Section war gewissermaßen die institutionelle Konsequenz einer solchen Auffassung. Aber auch mehrere OSS-Deutschlandexperten sowie Allen Dulles, der seit Juli 1942 Hagens Kontaktleute als Agenten in der Schweiz und in Schweden einsetzte, hatte sich von den Plänen des Österreichers inspirieren lassen.[19]

In der Gründungsphase des OSS war man offensichtlich in den meisten Abteilungen der Behörde weniger an den Ideen der älteren Sozialdemokraten interessiert als an der Zusammenarbeit mit jenen sozialistischen (jedoch antikommunistischen) Gruppen, die wie Paul Hagens ›Neu Beginnen‹ Kontakte zum Untergrund unterhielten, aktionistische Konzepte vertraten und das utopische Moment eines revolutionären, von der Arbeiteropposition herbeigeführten Umsturzes in Deutschland betonten. Die zugrundeliegende ideologische Bereitschaft war zugleich Ausdruck jener amerikanischen Frontier-Mentalität, die sich in der Person

des OSS-Gründers und Direktors, des Wall Street Lawyers und ehemaligen Kriegshelden ›Wild Bill‹ William Joseph Donovan idealtypisch verkörperte.

Die Frankfurter Schule im Kampf gegen Hitler

War im Falle Hagens der Einfluß des politischen Exils auf die Praxis des US-Geheimdiensts lediglich vermittelt gegeben, so wirkten mit den Emigranten Franz Leopold Neumann, Herbert Marcuse und Otto Kirchheimer drei sogenannte ›primadonnas‹[20] in Schlüsselpositionen des OSS. Zehn Jahre lang hatten die Protagonisten der ›Frankfurter Schule‹ im International Institute of Social Research, unter der akademischen Protektion der Columbia University, die Möglichkeiten einer Revolution im nationalsozialistischen Deutschland erforscht, bevor sie Ende 1942, von Walter Dorn angefordert, in die Mitteleuropa-Sektion der Forschungs- und Analyseabteilung (R&A) überwechselten, um ihre wissenschaftliche Tätigkeit unter veränderten Vorzeichen und mit dem Auftrag geheimdienstlicher Strategiebildung fortzusetzen. Wenngleich die NS-Analysen von R&A unter den diplomatischen und militärischen Entscheidungsträgern der US-Administration kaum ein Echo fanden, so trugen sie doch innerhalb der OSS-Bürokratie entscheidend zur Urteilsbildung über den prospektiven Zusammenbruch des Nazi-Regimes und die Aktionsaussichten der innerdeutschen Oppositionsbewegungen bei. Ohne konkrete Vorstellungen von den Strategien und den geplanten Militäroperationen der Alliierten zu besitzen, waren die R&A-Mitarbeiter vor die komplexe Aufgabe gestellt, den jeweiligen Kriegsverlauf zu analysieren, die Relevanz politischer, militärischer und wirtschaftlicher Faktoren abzuwägen und ein Bild möglicher Szenarien für den Ausgang des Krieges zu extrapolieren. Hierfür wählte man ein dialektisches Verfahren, bei dem der historische Positivismus Rankescher Provenienz mit den Methoden der modernen Sozialwissenschaften verknüpft wurde:[21] auf der Basis »totaler und totalitärer Nachrichtenbeschaffung«,[22] die das Anzapfen aller erdenklichen Informationsträger umfaßte – von alten Landkarten bis zu internationalen Tageszeitungen, von Emigranten- und Kriegsgefangenenbefragungen bis zu Berichten der Gegenspionage, von ministeriellen Akten bis zu den Papieren von Privatreisenden[23] –, wurden detaillierte Situationsanalysen

erstellt und im Rahmen politischer Vorgaben interpretiert. Daß Franz Leopold Neumanns 1942 publizierter monumentaler Faschismusstudie ›Behemoth‹[24] in diesem Zusammenhang zentrale Orientierungsfunktion zukam, ist unbestritten.[25]

›Behemoth‹, die mythische Gegeninstanz zum ›Leviathan‹ (dem Hobbesschen Sinnbild des Totalitarismus), wurde für Neumann zur Metapher jenes geistigen und gesellschaftlichen Chaos, das er in den gegenwärtigen Verhältnissen des nationalsozialistischen Deutschland zu erkennen glaubte. Der behaupteten Ordnungslosigkeit der NS-Gesellschaft entsprach im Hinblick auf die Einschätzung des innerdeutschen Oppositionspotentials ein charakteristisches Schwanken zwischen zwei Beurteilungspolen: zum einen vertrat man in der Gruppe um Neumann, Marcuse und Gilbert ab September 1943 die Überzeugung, daß letztendlich von einer militärischen Niederlage Deutschlands auszugehen sei; zum anderen sah man durchaus Chancen für eine soziale Massenerhebung in Deutschland – unabhängig von möglichen Veränderungen der alliierten Bündniskonstellation, für die man eine komplizierte Kasuistik entwickelte.[26] Die Nazis, so hieß es, hätten aus der Situation des ausgehenden Ersten Weltkriegs gelernt. Je näher die militärische Niederlage und die damit verbundene Gefahr einer Revolution heranrücke, um so stärker würden die gesellschaftlichen Kontrollen und Repressionen. Die *objektiven* Verhältnisse sprächen demnach *gegen* eine Revolution. *Subjektiv* sei einerseits (infolge der gesellschaftlichen Atomisierung) davon auszugehen, daß es eine prononcierte Opposition lediglich in versprengten Gruppen (›sectarian groups‹) gebe, deren Wirkungschancen sich zumeist auf einzelne Regionen beschränkten. Andererseits habe die Stimmung in der deutschen Bevölkerung einen nie dagewesenen Grad der Radikalisierung erreicht; hiervon sei vor allem die Arbeiterschaft betroffen, aber auch viele Intellektuelle, Landwirte und Angehörige der Mittelschicht.[27] Die Antizipation einer militärischen Niederlage der Deutschen hinderte die R&A-Experten nicht daran, Hoffnungen auf den antinationalsozialistischen Widerstand zu setzen und Propagandastrategien für dessen Unterstützung zu entwickeln. Fluchtpunkt aller Überlegungen war das Zusammenwirken externer alliierter Aktionen und einer internen antinationalsozialistischen Massenerhebung. Die theoretisch denkbare Unterstützung eines gegen Hitler gerichteten Staatsstreichs wurde in den R&A-Berichten und Diskussionen weitgehend ausgeblendet, da ein Staatsstreich ledig-

lich dem Machterhalt der ›traditionell herrschenden Klasse‹ dienen konnte. Nach Ansicht Franz Neumanns war ein coup d'etat kein Mittel zur Veränderung der Verhältnisse, sondern im Gegenteil Instrument zur Verhinderung des sozialen Umbruchs. Coup d'etat und Revolution waren für ihn antinomisch aufeinander bezogen.[28]

In der Auffassung der emigrierten deutschen Forscher kam den Spitzenpolitikern und Militärs die Aufgabe zu, »mit den führenden deutschen Oppositionellen bei der Koordination und weiteren Aktivierung der verbliebenen Kräfte des Untergrundes« zusammenzuwirken. Das lief, wie man im September 1943 resümierend formulierte, »im wesentlichen auf eine Unterstützung der Arbeiter-Untergrundbewegung hinaus«. Neumann und seine Mitarbeiter waren keineswegs so naiv zu glauben, daß die zwischen ›Klassenloyalität‹ und ›nationalem Krieg‹ gefangene Arbeiterschaft Deutschlands ohne alliierte ›Führung und Unterstützung‹ eine soziale Revolution auslösen könnte.[29] Die von R&A gesammelten Daten ließen unzweideutig darauf schließen, daß es sich beim Arbeiterwiderstand nicht um eine umfassende, sondern um eine partikulare Erscheinung handelte. Die akkumulierten Informationen über den deutschen Widerstand wurden freilich ideologisch, im Lichte der Utopie einer demokratischen (Arbeiter-)-Massenerhebung interpretiert.[30] Als sich die politischen Hoffnungen im Laufe des Jahres 1944 zunehmend als Illusion erwiesen, blieb einzig ihr komplementäres Pendant: die ideologisch fundierte Aversion gegen den konservativen Widerstand. Entsprechend despektierlich fiel die Charakterisierung des Verschwörerkreises vom 20. Juli aus, der sich in der Beurteilung der Forschungsabteilung aus »bankrotten Generälen, national gesinnten Intellektuellen und (möglicherweise) nationalistischen Sozialdemokraten und Bürokraten zusammensetzte, die sich« – wie Franz Neumann nach dem mißglückten Hitler-Attentat formulierte – »dem Westen zu verkaufen hofften, um gegen die Sowjetunion vorzugehen«.[31] Kein Wunder, daß die Mitarbeiter der Forschungsabteilung, als sie Ende 1944 für die amerikanische Militärregierung einen Kriterienkatalog zur Identifikation von Anti-Nazis erarbeiten sollten, hervorhoben, man müsse zwischen genuin revolutionären Bewegungen auf der einen Seite und Staatsstreichen oder Palastrevolutionen auf der anderen unterscheiden: Wer nur eine antidemokratische Regierungsform durch eine andere ersetzen wolle, könne keinesfalls als Anti-Nazi eingestuft werden.[32]

Eine derartig krasse, negative Einschätzung des konservativen Widerstandes war nicht allein auf die Forschungsabteilung beschränkt.[33] Sie spiegelte sich noch in einer Anfang 1945 durchgeführten Befragungsserie der Abteilung für Gegenspionage (X–2).[34] Damals wurde neben mehreren prominenten Deutschen der von den Amerikanern in Haft genommene Korvettenkapitän von Tirpitz, Sohn des legendären deutschen Großadmirals und Schwager des Diplomaten im Widerstand Ulrich von Hassell,[35] gefragt, wer nach seinem Dafürhalten einer deutschen Nachkriegsregierung angehören sollte. Tirpitz nannte neben einigen hochkarätigen Vertretern der IG-Farben[36] und des Düsseldorfer Stahlvereins[37] fast ausschließlich Personen, die sich als leidenschaftliche nationalkonservative Gegner des Hitler-Regimes hervorgetan hatten oder diesem bereits – ohne Tirpitz' Wissen – zum Opfer gefallen waren. Unter ihnen: der preußische Finanzminister Johannes Popitz, der Geograph Albrecht Haushofer, Professor Constantin von Dietze, Pastor Martin Niemöller, der Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker, Oberstleutnant Ulrich von Sell, der Diplomat Kurt von Lersner und der Wirtschaftsbeauftragte Gotthard Freiherr von Falkenhausen.[38] Bei der Bitte um ein Verzeichnis integrer Personen handelte es sich jedoch um nichts anderes als eine Finte der OSS-Gegenspionage. Die Liste war mit dem geheimen Ziel erbeten worden, »die Namen derjenigen Männer zu erhalten, die man um jeden Preis aus der Bildung einer zukünftigen deutschen Regierung heraushalten sollte«. In der Vorbemerkung zum Tirpitz-Interview erklärte der ungenannte Interrogator: »Die Befragung von Korvettenkapitän *von Tirpitz* wurde einzig in der Absicht durchgeführt, herauszufinden, wie eine Person, die dem Befrager als Mitglied des Herrenklubs bekannt ist – das bedeutet der Clique um *von Papen*, *von Neurath*, *von Hugenberg* – über folgende Fragen denke[39]: a. Deutschlands Schuld am Kriegsausbruch; b. Die Schuld des deutschen Volkes an den Greueltaten, die an den eigenen Bürgern und alliierten Gefangenen begangen wurden; c. Über die Zukunft Deutschlands«. Die ›weiße Liste› des deutschen Kapitäns wurde mit der Übergabe an den amerikanischen Geheimdienst zur ›black list‹, zum Verzeichnis korrumpierter Persönlichkeiten. Sie diente der politischen Eliminierung jener ›preußischen Junker‹, die der OSS-Berichterstatter in metaphorischer Manier als ›die Saat‹ charakterisierte, »aus der das ewige Kriegeführen der Deutschen entsprossen« sei.[40]

Die Ablehnung des nationalkonservativen und des militärischen Widerstands durch das OSS und die analoge Befürwortung oder gar Förderung der innerdeutschen Arbeiteropposition waren nie Selbstzweck. Sie gewannen einen wesentlichen Impuls aus dem pragmatischen Ziel der Eliminierung des Nazismus und der damit verbundenen politischen Orientierung auf eine demokratische Erneuerung. Galt demnach die Kontaktaufnahme mit dem demokratischen Widerstand als Voraussetzung für ein mögliches zukünftiges Zusammenwirken innerdeutscher und alliierter Kräfte, so fungierte der Widerstand darüber hinaus als Seismograph für die Stimmung in der deutschen Bevölkerung; je stärker die ›anti-Nazi resistance‹ – so lautete vereinfacht die Geheimdienstformel – um so schwächer war das Regime, um so näher das Ende des Krieges.

Medienkrieg und Schwarze Propaganda

Das Scheitern des 20. Juli und die anschließenden SS-›Säuberungsaktionen‹ führte den amerikanischen Geheimdienstdiagnostikern drastisch vor Augen, wie engmaschig das Netz von Überwachung und Verfolgung im Sommer 1944 in Deutschland war. Die Apathie in der deutschen Bevölkerung hatte einen Höhepunkt erreicht und mit einer erfolgreichen Erhebung gegen die Nazis konnte ohne externe Führung und Unterstützung kaum noch gerechnet werden. Vier Tage nach dem Attentat erklärte General Donovan in einem Memorandum an den Präsidenten, »die alliierte Propaganda« habe »niemals zuvor eine vergleichbar günstige Gelegenheit gehabt, ins Herz der Kriegsanstrengungen der Nazis zu treffen«. Alle Indizien wiesen darauf hin, »daß eine beträchtliche Zahl ausgezeichneter Militärs und Zivilisten hinter dem Revolutionsversuch« vom 20. Juli stünden. Dies könne »weitreichende Folgen für die Stimmung der Deutschen sowohl zu Hause wie auch an der Front« haben.[41]

In dieser Situation spielte die Morale Operations Branch (MO) die Rolle des Franktireurs im Nervenkrieg der Amerikaner. Ihre Mitarbeiter versuchten, mittels schwarzer (das heißt ihre Herkunft verleugnender) Propaganda die deutschen Massen gegen Hitler zu mobilisieren.[42] Über Rundfunkkanäle und durch gefälschte Zeitungen, Papiere und Verlautbarungen, die MO-Agenten ab Juli 1944 in großen Massen nach Deutschland lancier-

ten,[43] wurde die militärische und zivile Moral der Deutschen systematisch unterminiert: Der Widerstand, und sei er noch so partikular, sollte stimuliert und verbreitert werden. Wo es keine Opposition gab, sollte sie künstlich – durch subversive Propaganda – erzeugt werden. Und wo der Amoklauf der Nazis nicht mehr zu stoppen war, sollte er wenigstens zum Untergang des NS-Regimes mit beitragen. So lautete die Philosophie der Mitarbeiter der Morale Operations Branch, die sich bei der psychologischen Kriegführung mitunter sehr unkonventioneller, den wahren Wortsinn des Branchnamens ironisierender Mittel bedienten. So gab die MO-Zentrale in Washington sechs Tage nach dem 20. Juli folgende Aufforderung an ihre europäischen Filialen heraus: »Versucht, der SS die Namen aller deutschen Offiziere und Nazis zuzuspielen, die Euch bekannt sind. Behauptet, sie seien in den Putsch verwickelt. Wenn dies funktioniert, wird die Aktion in der SS Verwirrung stiften und zur Liquidierung der denunzierten Personen führen.«[44]

Der Erfolg solcher Kampagnen, die über mehrere Monate hinweg fortgesetzt wurden, war trotz einiger ›positiver‹ Rückmeldungen, wie etwa der Entlassung des vom OSS denunzierten Generals Walter Schieber,[45] vermutlich gering. Ihre Relevanz lag im Erproben subversiver Strategien, die – ohne direkte Kontaktaufnahme oder das Einschleusen von Agenten – ein Einwirken auf die innerdeutsche Situation ermöglichten.

Eine der wichtigsten Funktionen der schwarzen Propaganda bestand in der Mobilisierung potentieller Regimegegner. Ihnen wurde suggeriert, daß die Casablanca-Formel von der ›bedingungslosen Kapitulation‹ nicht alle Deutschen beträfe, sondern nur systemtreue Nationalsozialisten und Militärs. Damit verfolgte das OSS eine Strategie, die der harten, offiziellen Informationspolitik der eigenen Regierung widersprach und dadurch den antinationalsozialistischen Widerstand befördern und die Stimmung der Deutschen für die Ziele der Westalliierten einnehmen konnte. Die verdeckten OSS-Operationen boten den Amerikanern eine nie zuvor genutzte Möglichkeit zur Manipulation der politischen Ereignisse. Da sich der Geheimdienst des Sprachrohrs einer deutschen Untergrundbewegung bediente, konnten im Zweifelsfalle weder die US-Regierung noch die Militärs belangt werden. Notfalls, so hatten die US-Stabschefs in einem geheimen Memorandum erklärt, würde man die amerikanische Herkunft der Propaganda offiziell dementieren.[46]

Eines der erfolgreichsten Instrumente im subversiven Propagandakrieg der Amerikaner war die zunächst in Algier und später in Rom gedruckte OSS-Zeitung ›Das Neue Deutschland‹, die sich als Organ einer Untergrundbewegung und geheimen Friedenspartei in Deutschland ausgab.[47] (Daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ihr Parteiorgan später ›Neues Deutschland‹ nannte, gehört im übrigen zu den Ironien der deutsch-deutschen Geschichte.) Agenten schleusten das OSS-Blatt in die Reihen deutscher Soldaten an der Westfront ein, außerdem nach Italien, Österreich und Ungarn.[48] Darüber hinaus wurden – mit der OSS-Operation ›Cornflake‹ – zahlreiche Nummern des ›Neuen Deutschland‹ mit Adressen versehen, in Postsäkke verpackt und in der Nähe zusammengeschossener deutscher Züge abgeworfen.[49] So gelangte das Untergrundblatt auf dem Weg über die Reichspost an viele deutsche Haushalte. Eine Million Exemplare mit der irreführenden Aufschrift »This fell into Allied hands when Paris was taken« hatte man bereits im Sommer 1944 über Wien abgeworfen.[50]

Oberstes Prinzip für die Beiträge im ›Neuen Deutschland‹ war ihre Glaubwürdigkeit. Um jeden Preis wollte man vermeiden, daß die amerikanische Herkunft der Texte erkannt würde. Stattdessen hofften die OSS-Propagandastrategen, daß auch die alliierte Presse auf die Fälschung hereinfiele.[51] Nicht zuletzt deshalb unterlagen die einzelnen Ausgaben des ›Neuen Deutschland‹ der strikten Zensur eines Redaktionsstabes, dem außer dem renommierten Chicagoer Journalisten und OSS-Mitarbeiter Wallace Deuel auch Hans Speyer vom Office of War Information und James Riddleberger vom State Department angehörten.[52]

In den halbmonatlich erscheinenden Ausgaben forderte ›Das Neue Deutschland‹ einmal zur Sabotage auf, ein andermal zur Desertion. So erklärte die Zeitung im Oktober 1944, daß der Aufruf zum Brigantentum als Signal für den Befreiungskampf der Neues Deutschland-Bewegung anzusehen sei. »Wer irgend kann« solle sich »der Eingliederung in den ›Volkssturm‹ durch Krankmelden oder ›Uebersiedlung‹ entziehen.« Die Bewegung werde »jeden Kameraden, der sich versteckt hält, tatkräftigst unterstützen«. »Lebensmittel und Geld« seien »bereits zu diesem Zweck vorbereitet worden.« Wo aber »die Eingliederung in den Volkssturm unvermeidlich« sei, habe »jeder gute Deutsche die von ihm gefassten Waffen sofort an einem sicheren Ort zu verstecken« – zur »Ausrottung unserer Mörder, der Gestapo und SS«. Jetzt lie-

ge es an den Deutschen zu entscheiden, ob sie »den Untergang Deutschlands besiegeln« wollten, indem sie »aus dem deutschen Volk eine Partisanenbande« machten, oder ob sie »die Gelegenheit ergreifen wollten, Deutschland von den Parteifesseln und Parteibonzen für immer und ewig zu befreien.« Der sogenannte Aktionsausschuß der Neues Deutschland-Bewegung, der den Oktoberappell unterzeichnet hatte, schloß seinen Widerstandsaufruf mit der pathetischen Parole: »Die Wahl wird jedem echten Deutschen leicht fallen. Volkssturm, ja . . . aber *Volkssturm gegen die Partei* !!!«[53]

Die Neue Deutschland-Bewegung hatte nicht nur ihren im Zeitungskopf abgedruckten politischen Sinnspruch, – »Die Zukunft gehört jenen, die sich auf sie vorbereiten!« – sondern sogar eine eigene Erkennungsmelodie: ein vom amerikanischen Geheimdienst getextetes und komponiertes deutsches Marschlied,[54] das den einzelnen Nummern als Flugblatt-Partitur beigefügt wurde und in simpler, musikalischer Eingängigkeit die phönixhafte Wiedergeburt Deutschlands aus der Asche des Drittes Reiches beschwor.[55] Dem amerikanischen Geheimdienst war es gelungen, eine Untergrundzeitung in hohen Auflagen unter die deutsche Bevölkerung zu bringen, ohne daß man das Organ für eine Fälschung gehalten hätte. Im Gegenteil: einige der befragten Kriegsgefangenen nahmen für sich in Anspruch, aktive ›Freiheitskämpfer‹ der Neues Deutschland-Bewegung zu sein. Sie waren den Aufrufen der Redakteure gefolgt und hatten eigene Widerstandszellen eingerichtet. Von den über 3000 kooperationsbereiten deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai und Juni 1945 von MO-Agenten befragt wurden, erklärten 44,9%, sie hätten vom ›Neuen Deutschland‹ gehört, 14% hatten es angeblich sogar gelesen,[56] und nur ein einziger hielt es für ein verdecktes Propagandablatt der Alliierten.

Ende März und im April 1945 setzte ›Radio 1212‹, eine schwarze Rundfunkstation des OSS, die Gerüchteserie um die Existenz der ›Neues Deutschland-Partei‹ fort. In den letzten zwanzig Tagen des Krieges wurden die zuverlässigen Frontnachrichten, mit denen der Sender das Interesse einer breiten Zuhörerschaft aufgebaut hatte, von Handlungsanweisungen für die fiktiven ›Neue Deutschland-Gruppen‹ unterbrochen. Damit versuchte ›1212‹, anders als die meisten anderen alliierten Sender, die Deutschen zur Revolte anzureizen statt zur Kapitulation: »Deutschland, unser Vaterland, blutet aus tausend Wunden«, hieß es in der Sen-

dung vom 6. April 1945, »wer immer dem Frieden im Weg steht, muß um Deutschlands willen vernichtet werden. Die elende Partei, der wir lange Jahre Opfer gebracht haben, und die uns zum Dank dafür belogen und betrogen hat, muß beseitigt werden«.[57] – Die Mitglieder der Neues Deutschland-Bewegung, die vorgeblich in allen großen Städten des Reiches vertreten war, wurden dazu aufgefordert, den zweiten, vierten und fünften Buchstaben der Parteiinitialen – NSDAP – auszulöschen, so daß allein das Monogramm ND für ›Neues Deutschland‹ übrigbliebe. In mehreren Orten Deutschlands fanden die Rundfunkanweisungen der Geheimdienststrategen ein Echo. Damit war es dem OSS mit ›Radio 1212‹ wenigstens ansatzweise gelungen, den Widerstand in Deutschland extern, über Funk zu steuern.[58]

Verwirrung stiftete auch die geheime Radiooperation ›Joker‹. Nach dem 20. Juli waren die OSS-Propagandisten auf die abstruse Idee verfallen, General Ludwig Beck, einen der Hauptverschwörer des Attentats, der am Abend des Putsches Selbstmord begangen hatte, über einen BBC-Transmitter wieder zum Leben zu erwecken.[59] Damit schürten die Amerikaner ein Gerücht, das im Sommer 1944 bereits zum zweiten Mal kursierte: erstmals war Ludwig Beck 1938, nach seiner Entlassung, nachgesagt worden, er habe Selbstmord begangen. Damals waren es die Nazis, die das Gerücht in die Welt gesetzt hatten. Nun verbreitete der amerikanische Geheimdienst die Legende vom Wiederauftauchen Becks; ein im englischen Brondsbury internierter Major lieh dem deutschen General zu diesem Zweck seine sonore Stimme, während vier weitere deutsche Kriegsgefangene die von MO elaborierten Beckschen Rundfunkansprachen in die Diktion der Nazis übertrugen. ›Becks‹ Reden, die gezielt zu einem psychologisch günstigen Zeitpunkt ausgestrahlt wurden – nachdem Aachen als erste deutsche Stadt an die Alliierten gefallen war – kontrastierten das militärische Know-how des deutschen Generalstabs mit dem Stümpertum eines von krankhaften Eingebungen getriebenen Führers. Ob es um die geplante Invasion Englands oder den Angriff auf Moskau ging, um Stalingrad oder um das strategisch absurde Westwallprojekt, immer habe Hitler die vernünftigen Vorschläge seiner Wehrmachtberater in den Wind geschlagen. Der falsche General, der in seinen Reden immer wieder auf Clausewitz' Buch ›Vom Kriege‹ zurückgriff, trieb seine Rhetorik bis zum Sarkasmus, wenn er mit Zitaten aus Hitlers ›Mein Kampf‹ zum Aufstand gegen den Führer aufrief: sobald die Regierung

ihre Macht mißbrauche und das Volk in die Zerstörung führe, sei eine Rebellion nicht allein Recht, sondern Pflicht jedes einzelnen Bürgers.[60]

Pseudo-Beck hatte kaum eine Gelegenheit, seine Ansprachen an die deutsche Bevölkerung zu richten, denn bereits bei der zweiten Ausstrahlung wurde der Sender von den Nazis gestört. Auf den Titelseiten englischer und schwedischer, später auch amerikanischer und französischer Zeitungen erschienen Berichte und Spekulationen über die Verfassung der militärischen Opposition in Nazi-Deutschland; an der Authentizität der Sendungen hatte man jedoch keine Zweifel.[61] So wurde die Bevölkerung insbesondere Englands in die Irre geführt, während in Hitler-Deutschland das aufwendige Unternehmen nach kurzer Sendezeit im Äther verpuffte.

Kein Wunder, daß die Briten bei Propagandaaktionen, die die Gefahr der Manipulation der eigenen Bevölkerung einschlossen, von nun an große Vorbehalte hegten. So scheiterte beispielsweise die vom OSS konzipierte Radiooperation ›Matchbox‹ am Veto der Briten: Die projektierten schwarzen Rundfunksendungen stammten vorgeblich von einer Gruppe aus Kreisen der deutschen Wehrmacht, Industrie und Politik, die Ende 1944 zur Ansicht gelangt war, daß der Krieg unrettbar verloren sei, und daß ein Weiterkämpfen lediglich die Härte alliierter Vergeltung vergrößern und alle menschlichen, moralischen und industriellen Ressourcen in Deutschland ruinieren würde. Durch subtile Hinweise auf Spannungen zwischen zwei fiktiven Nazifraktionen – den fatalistischen und rücksichtslos brutalen Nazis um Himmler und einer Gruppe patriotischer, aber zum Frieden bereiter Realisten – beabsichtigte das OSS, die Deutschen an der Wende zum Jahr 1945 von der Sinnlosigkeit weiteren militärischen Ausharrens zu überzeugen. Die hypothetische Opposition sollte ihre Bereitschaft zu Friedensverhandlungen mit den Alliierten über Rundfunk kundtun. Als sich General Eisenhower im Dezember mit einigem Nachdruck für die Durchführung von ›Matchbox‹ einsetzte,[62] wurde ihm von den britischen Stabschefs eine klare Absage erteilt, da das Projekt die Gefahr einer Aufdeckung durch den Feind einschließe und die Aktion leicht gegen die eigene Öffentlichkeit verwendet werden könnte, wenn man dieser zeige, daß sie durch ihre Regierung über die realen Friedensaussichten getäuscht worden war.[63] Kurzum: ›Matchbox‹ wurde von den Briten für inakzeptabel (für ›inflammable‹) erklärt. Der Name des

Projekts verhieß ein schlechtes Omen. Mit dem Feuer wollten die Engländer nicht spielen; vor allem das fingierte Friedensangebot erschien als zu riskant.

Die Morale Operations Branch reagierte umgehend mit einem Alternativvorschlag, der parallel entwickelt worden war und – mit Ausnahme des Friedensangebots – das gesamte Spektrum der Matchbox-Möglichkeiten bot. ›Capricorn‹, der Steinbock, nach dem die Operation benannt wurde, war der neue Hoffnungsträger: als suggestive Chiffre stand er für Beweglichkeit und Überleben unter widrigen Bedingungen. Sprecher der Operation war der OSS-Agent Stephan Schnabel, der sich unter dem Pseudonym Hagedorn seit dem 26. Februar 1945 an die deutsche Bevölkerung wandte und Nachrichten über fiktive Untergrundorganisationen verbreitete. Auf keinen Fall, betonte Hagedorn, solle man in der gegenwärtigen Situation einen weiteren Putschversuch unternehmen: Der 20. Juli sei das Gelegenheitsgeschäft einer kleinen Clique zum Zwecke des Machterhalts der Offizierskaste gewesen. Jede künftige Revolte müsse aber von der gesamten deutschen Bevölkerung getragen sein. Die zehn- bis fünzehnminütigen Reden Hagedorns, die jeweils zur vollen Stunde (cum tempore) wiederholt wurden, waren von einem vierköpfigen, die Zeitumstände akribisch recherchierenden OSS-Inteligence-Team in Zusammenarbeit mit Hans Rehfish [sic!] als Ghostwriter erarbeitet worden. In der Schweiz und in Stockholm, wo das OSS Umfragen durchführen ließ, hielt man Hagedorns Reden für absolut authentisch und lobte deren überzeugende Rhetorik.[64]

Welche Resonanz Hagedorn im nationalsozialistischen Deutschland fand, läßt sich freilich kaum bestimmen, da die OSS-internen Evaluationen mit einiger Wahrscheinlichkeit von apologetischen Interessen diktiert waren. Vertraut man dennoch den diaristischen Aufzeichnungen der Morale Operations Branch, so stieß der schwarze Rundfunksender in den neun Wochen, in denen er ungestört operieren konnte, auf relativ breite Zustimmung. Am 21. März 1945 beispielsweise, nachdem eine von Eisenhower unterzeichnete SHAEF-Direktive zur Evakuierung wichtiger Industriezonen ausgegeben worden war, rief Hagedorn die Bevölkerung in den daran angrenzenden Zonen dazu auf, weiße Friedensfahnen oder -tücher zu hissen. Später berichteten US-Jagdflieger über das Resultat der ›Weißen Aktion‹: sie hätten, insbesondere in den dicht besiedelten Regionen des Rheinlandes, ein wahres Fahnenmeer in Weiß überflogen.

Im Kalkül der Morale Operations Branch des OSS war der Widerstand – anders als etwa in der Forschungsabteilung – auf seine instrumentelle Funktion reduziert. Die Opposition gegen Hitler wurde nicht als soziales Phänomen gesehen, sondern als von außen manipulierbare Größe: als psychologische Waffe im Kampf um die Zermürbung der deutschen Moral und um den vollständigen militärischen Sieg.

Fremdarbeiter als Saboteure

Schon kurz nach Gründung des OSS hatten deutsche Emigranten wie Toni Sender und Kurt Bloch den amerikanischen Geheimdienst auf das millionenstarke Fremdarbeiterpotential im nationalsozialistischen Deutschland aufmerksam gemacht.[65] In einem für die Foreign Nationalities Branch des OSS erstellten Memorandum über die ›Deutsche Opposition‹ hob Bloch zwei eigentümliche soziologische Phänomene hervor, die den NS-Staat charakterisierten: Zum einen habe sich die deutsche Bevölkerung in einem Zeitraum von nur zehn Jahren zu einem Stammesverband zurückentwickelt, mit verbindlichen Heiratsvorschriften, einem Totemsymbol, irrationalen Stammesriten und einem Häuptling (Adolf Hitler), der alle Kennzeichen eines Kriegsführers, Medizinmanns und Heiligen auf sich vereinige; die aus dieser Situation resultierenden kriminellen Instinkte der Bevölkerung könnten zwar durch den Krieg sublimiert und in nationale Tugenden verwandelt werden, ein demokratisches Regime könnte jedoch unter den gegebenen Umständen keinesfalls überleben. Auch in einem zweiten Punkt unterscheide sich das nationalsozialistische Deutschland von allen übrigen modernen, westlichen Gesellschaften: durch den umfangreichen Einsatz von Fremdarbeitern im eigenen Land. Ohne Zweifel handle es sich bei diesen zur Arbeit gezwungenen Menschen um die größte Ansammlung von Sympathisanten und Freunden, auf die die Alliierten zählen könnten. Auf der Liste der oppositionellen Kräfte in Deutschland seien sie die Nummer Eins, und weder für die politische Kriegführung noch im Hinblick auf die Lösung der europäischen und deutschen Probleme der Nachkriegszeit dürfe man sie unberücksichtigt lassen.[66]

Im weiteren Verlauf des Krieges versuchte das OSS, alle erdenklichen Informationen über die Fremdarbeiter in Deutschland

zusammenzutragen. Man führte Buch über deren Beruf und Verwendung, über Aufenthaltsorte und nationale Herkunft, studierte offizielle Informationen aus dem Reich und registrierte die Kontrollen und Repressionen des Regimes; man analysierte das Verhältnis der Fremdarbeiter zur deutschen Bevölkerung und reflektierte potentielle Formen der Kontaktaufnahme mit den internierten Millionen.[67] In einem umfangreichen Memorandum vom September 1943 gelangten die Forscher und Analytiker des OSS zu dem Schluß, daß das Fremdarbeiterpotential vom Geheimdienst auf zwei unterschiedliche, einander ausschließende Arten genutzt werden könnte: Auf der einen Seite habe man die Möglichkeit, Feindseligkeiten zwischen Fremdarbeitern und Deutschen zu entfachen, indem man die Fremdarbeiter als ›disruptive agents‹ oder Unruhestifter einsetze; auf der anderen Seite könne man die Kooperation zwischen Deutschen und Fremdarbeitern befördern und dadurch den Widerstand bestimmter sozialer Gruppen (wie Arbeiter, Bauern und Frauen) gegen das NS-Regime ausweiten. Die erstgenannte sei die naheliegendere, aber nicht unproblematische Methode: An der Ostfront verbreite die russische Propaganda bereits mit großem Erfolg die Nachricht, daß die Fremdarbeiter eine Bedrohung für das Zuhause der Frontsoldaten, für deren Arbeitsplätze und Familien darstelle. Diese Methode komme jedoch auch der Politik der Nazis entgegen, die auf eine Entfremdung der beiden Gruppen abziele, um sie dadurch besser kontrollieren zu können.[68] Die zweite Methode sei schwieriger durchzuführen, verspräche jedoch größeren Erfolg, da die Fremdarbeiter den deutschen Untergrund mobilisieren und damit den Boden für eine europäische Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit bereiten könnten. Diese ›kooperative Variante‹ blieb als schriftlich fixierte Utopie in den Aktenschränken des OSS. Angesichts der politischen Vorgaben und militärischen Zwänge der alliierten Kriegführung hatte sie keine Chance.

Erst ab Sommer 1944 wurden größere OSS-Operationen zur Instrumentalisierung von Fremdarbeitern im Kampf gegen das NS-Regime durchgeführt. Konkrete Vorschläge kamen in erster Linie von der OSS-Außenstelle in London, wo man eng mit den englischen Geheimdiensten zusammenarbeitete. Eine der abenteuerlichsten Geheimdienstaktivitäten ging sogar auf eine Idee Winston Churchills zurück,[69] der sich im Jahre 1942 – vermutlich durch die Lektüre von John Steinbecks Roman ›The Moon is Down‹ – zu einer Operation hatte inspirieren lassen, die den

Codenamen ›Braddock II‹ erhielt: sie umfaßte die Produktion von simplen Brandwaffen, die zur Verwendung durch Fremdarbeiter in großen Mengen über Deutschland abgeworfen werden sollten. Im Vorfeld der Operation startete das OSS zusammen mit dem englischen Geheimdienst SOE die Propagandakampagne ›Trojan Horse‹, mit der man die Fremdarbeiter zur verlangsamten Arbeit und zu Sitzstreiks aufrief. ›1.000.000 Arbeiter‹, so lautete der Propagandaslogan, könnten »in 100 Stunden die deutsche Kriegsmaschinerie endgültig zum Stillstand bringen«. Die nationalsozialistische Presse fühlte sich daraufhin bemüßigt, die Öffentlichkeit zu beruhigen. So betonte die Kölnische Zeitung: Die Fremdarbeiter könnten es sich nicht leisten, einen Aufstand zu proben; sie wüßten viel zu genau, daß jedes abweichende Verhalten sich zu ihrem eigenen Schaden und zu dem ihrer Heimatländer auswirken würde.[70] Mit der Unterstützung Churchills und Lord Selbournes wurden erstmals am 25. September 1944 in der Großregion Frankfurt-Mainz (und dort wiederum gezielt in Gegenden mit hoher Fremdarbeiterdichte) 250.000 Brandkapseln, die dazugehörigen Benutzungsanleitungen sowie subversive Pamphlete abgeworfen. Am gleichen Tag hatten bereits zahlreiche englische Rundfunksender in mehreren Sprachen einen Appell General Eisenhowers ausgestrahlt, der die Fremdarbeiter und den deutschen Untergrund dazu aufrief, Sabotage zu treiben, um dadurch zur Schwächung der deutschen Kriegsindustrie und zur Verkürzung des Krieges beizutragen. Mehrere Beobachter teilten der schwedischen Presse kurz nach der ersten Braddock-Aktion mit, sie hätten Brände registriert, die nicht von alliierten Brandbomben stammten, sondern von aktivierten Feuerkapseln.[71] Auch die Reichskriminalpolizei reagierte verunsichert. In einem ausführlichen Gazettenbericht vom 3. November 1944 wurden insbesondere die Außenstellen der Gestapo über die von England aus gesteuerten Widerstandsaktivitäten der Fremdarbeiter sowie über technische Details des explosiven Sabotagematerials aufgeklärt.[72] Im Spätherbst 1944 mehrten sich im OSS-Außenposten Bern Berichte über Widerstandsaktionen von Fremdarbeitern in einzelnen Industriebetrieben; die deutschen Behörden, so hieß es, versuchten so viele Fremdarbeiter wie möglich aus Berlin zu entfernen und durch deutsche Arbeitskräfte zu ersetzen; auch hätte sich ein ›Komitée Maquis in Deutschland‹ gebildet.[73] Von einer einheitlichen Widerstandsfront könne jedoch nicht einmal ansatzweise die Rede sein.[74]

Trotz dieser Einschätzung einigten sich englische und amerikanische Geheimdienstler am 10. Januar 1945 auf einen BBC-Code, mit dem man geheime, umstürzlerische Instruktionen an eingeweihte Agenten und Fremdarbeiter übermitteln konnte.[75] Auch im Oberkommando der Alliierten Streitkräfte (SHAEF) wurden die Diskussionen um die Fremdarbeiteropposition fortgesetzt. Dort gelangte man zu dem Schluß, daß die Fremdarbeiter in Nazi-Deutschland eine verläßliche Formation bildeten, auf die die Alliierten gegebenenfalls zurückgreifen könnten. Die Repressalien der Nazis gegen Ausländer hätten bereits zur Bildung ›embryonaler Maquisgruppen‹ geführt; falls diese Gruppen auf alliierte Unterstützung hoffen könnten, dürfe mit weiteren, spontanen revolutionären Erhebungen gerechnet werden. Am 22. Januar 1945 wurde deshalb beschlossen, die Ausrüstung der Fremdarbeiter mit amerikanischen Waffen vorzubereiten. Nach Berechnungen der Forschungsabteilung des OSS und des britischen Ministry of Economic Warfare war davon auszugehen, daß sich sieben bis achteinhalb Millionen Fremdarbeiter im Deutschen Reich aufhielten, von denen annähernd zwei Millionen (vor allem Franzosen und Polen) zum Widerstand gegen das Nazi-Regime bereit seien. Eine halbe Million glaubte man, unter den gegebenen Bedingungen gezielt aus der Luft mit Waffen versorgen zu können.[76] Die bis ins Detail geplante Aktion kam nie zur Ausführung. Trotzdem ist davon auszugehen, daß das OSS im Falle eines Nazimassakers, das als permanentes Damoklesschicksal den Fremdarbeitern drohte, die streng geheime Aktion durchgeführt und die Fremdarbeiter zur Revolte gegen die Nazis mobilisiert hätte.[77] Daß die Operation ausdrücklich auf das Territorium westlich von Berlin beschränkt bleiben sollte, um damit die russische Einflußsphäre nicht zu tangieren,[78] ist symptomatisch für das polit-strategische Denken der OSS-Special Operations Branch in der letzten Kriegsphase.

Angesichts der scharfen Gestaporepressionen und der Abwehrkraft des NS-Überwachungsstaats war das Projekt einer Erhebung der Fremdarbeiter gegen Hitler kaum mehr als eine (strategisch motivierte) Illusion. Humanitäre Motive mochten mitschwingen: der Beistand für die Fremdarbeiter war unter anderem ein Akt der Solidarität gegenüber den militärisch Verbündeten, aus deren Bevölkerungen das Gros der Fremdarbeiter stammte. Vor allem jedoch bot die in ihrer Existenz bedrohte, zahlenmäßig starke Gruppe der Fremdarbeiter eine reale Möglichkeit, das Sa-

botage- und Subversionsprogramm der alliierten Geheimdienste unter den Bedingungen des zu Ende gehenden Krieges durchzuführen. In informellen, politischen Diskussionen der Supreme Headquarters war Anfang 1945 festgelegt worden, keinesfalls »einheimische Oppositionsbewegungen von Deutschen« zu unterstützen.[79] Das Stimulieren kollektiver Widerstandsaktionen von Fremdarbeitern erschien unter diesen Voraussetzungen als einzig prospektive Alternative. Als im Herbst und Winter 1944 die ersten nach Deutschland eingeschleusten OSS-Agenten ihre Nachrichten an die Londoner Zentrale telegraphierten, zeigte man sich erstaunt, daß »im Grunde die gesamte zivile männliche Bevölkerung in Deutschland im Alter zwischen 16 und 50 Jahren aus ausländischen Arbeitern« bestehe, und daß man dieser Gruppe einen »gewissen Grad an Bewegungsfreiheit eingeräumt« habe, »damit sie ihrer Kriegsbeschäftigung nachgehen konnte«.[80] Die vom OSS mit dem Cover ›Fremdarbeiter‹ nach Deutschland eingeschleusten Agenten profitierten von diesen gesellschaftlichen Gegebenheiten.

OSS-Agenten im Deutschen Reich

Die in den Kriegstagebüchern des OSS festgehaltenen Geschichten amerikanischer Geheimdienstagenten im nationalsozialistischen Deutschland[81] lesen sich wie Spionageromane – es sind aufregende, aber auch tragische Berichte, abgefaßt im quasi-militärischen Beamtenjargon des OSS. Sie nehmen ihren Anfang in der Nacht zum 2. September 1944, als der ehemalige Funktionär des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), der OSS-Agent Jupp Kappius alias Jack Smith von einer britischen Maschine bei Papenburg per Fallschirm abgesetzt wurde, um die Gewerkschaftsbewegung im Ruhrgebiet, dem industriellen Herzen Deutschlands, zu reanimieren.[82] Zusammen mit seiner Frau Änne, die, als Rotkreuzschwester getarnt, bereits im April über die Schweizer Grenze nach Deutschland gelangt war, knüpfte Kappius ein Untergrundnetz, das in seinen Ausläufern bis Ulm, Hamburg und Berlin sowie in Gewerkschaftskreise reichte, die an der Verschwörung des 20. Juli beteiligt gewesen waren und seither darniederlagen.[83] Kappius' amerikanische Auftraggeber waren ambitiös. Sie hofften, daß ihr Agent eine funktionsfähige Untergrundorganisation in Deutschland aufbauen würde, die den in-

ternen Widerstand gegen das NS-Regime befördern, Sabotageaktionen in kriegswichtigen Betrieben durchführen und, mittels subversiver Propaganda, ein Durcheinander an der deutschen Heimatfront verursachen könnte. Dafür hatten sie ihm ein ›wasserdichtes‹ Cover und einen sicheren Unterschlupf in Bochum besorgt. Innerhalb weniger Wochen gelang es Kappius, einen im wesentlichen aus Fabrik- und Bergarbeitern zusammengesetzten Zirkel aufzubauen, dem darüber hinaus Kontaktpersonen in gehobenen Positionen bei der Deutschen Bank in Essen, der Reichsbahn sowie bei Stinnes und Krupp angehörten. Erstaunlicherweise blieb die Infrastruktur der ISK-Untergrundbewegung intakt, obwohl eine Gestapo-Provokationsagentin kurzzeitig in den Ring eingedrungen war.[84] – Hätte die Royal Air Force die von Kappius angeforderten Schußwaffen im Ruhrtal abgeworfen, wäre die kleine Partisanentruppe bereit und wohl auch in der Lage gewesen, ihre offensiven Pläne durchzuführen, Eisenbahnlinien zu sprengen und Fluchtwege von NSDAP-Parteiführern zu blockieren. Das hiermit verbundene Risiko hätte dies kaum gerechtfertigt.

Auch ohne die Mobilisierung einer aktiven innerdeutschen Widerstandsbewegung gehörte ›Downend‹, wie Kappius‹ Operation im Geheimdienst-Code genannt wurde, zu den relativ erfolgreichen OSS-Missionen: ›Downend‹ lieferte Nachrichten über die Produktion einzelner Industriebetriebe in Mitteldeutschland, berichtete desillusionierend, aber realistisch über die Mobilisierung von Arbeitern für subversive Aktionen, verhinderte das Entkommen einiger Nazis, als die deutsche Niederlage drohte und ließ in den letzten Kriegstagen Lebensmitteldepots und Fabriken vor der Zerstörung sichern.[85] Der größte Erfolg für den amerikanischen Geheimdienst war mit Sicherheit das Überleben eines Agenten wie Jupp Kappius in einem Land omnipräsenten Terrors. Die Briten hatten den Amerikanern auf Grund eigener, bitterer Erfahrungen nahezubringen versucht, daß Geheimdienstmissionen innerhalb Deutschlands absolut undurchführbar seien; viel zu wenig entgegenkommend sei die deutsche Bevölkerung, viel zu stark die Gestapo.[86] Dennoch wurden bis April 1945 über 100 Agenten-Teams (via England, Skandinavien, Holland, Frankreich und die Schweiz) unter OSS-Regie nach Deutschland eingeschleust.[87] Die Verluste waren nach OSS-Angaben nicht annähernd so hoch wie befürchtet, die deutschen Kontrollen weit weniger effektiv als angenommen.[88]

Ein Grund für den Erfolg war die Einrichtung der sogenannten ›Bach Section‹ der OSS-Außenstelle in London, in der die Agenten ausgerüstet und auf ihren Einsatz vorbereitet wurden. Bach hieß sie nach dem Lieblingskomponisten ihres Leiters, Lazare Teper.[89] Teper wußte um die notorische Vorliebe der Deutschen für Verordnungen und entwickelte sich schnell zu einem ausgezeichneten Kenner des Verhaltens- und Verordnungskatechismus in Hitler-Deutschland. Zusammen mit einem zehnköpfigen festen Mitarbeiterstab, dem Erich Ollenhauer und Ludwig Rosenberg beratend zur Seite standen, erhielten die Agenten eine völlig neue Identität inklusive Familiengeschichte, authentischer Adresse, Name der besuchten Schulen sowie Orte und Zeiten der Beschäftigung.[90] Die jeweilige Deckidentität war dafür ausschlaggebend, welche (von der C&D-Abteilung des OSS gefälschten) Dokumente wie Kennkarte, Wehrpass, Ausmusterungsschein oder Parteimitgliedskarte dem Agenten ausgestellt wurden.

Spannungen gab es bei der Rekrutierung kommunistischer Agenten. Auch hier ging das OSS seinen eigenen Weg. Von England aus führte Lieutenant Joseph Gould, gegen Widerstände und ideologische Ressentiments aus den eigenen Reihen, mehrere Operationen mit Exil-Kommunisten durch, da sich diese wegen ihrer Verbindungen in den Untergrund und eindeutig antinationalsozialistischen Gesinnung in besonderer Weise für konspirative Aufträge eigneten. So gehörten beide Agenten der erfolgreichen OSS-›Hammer Mission‹, die am 1. März 1945 per Fallschirm nach Berlin gelangt waren und sich dort annähernd vier Wochen lang aufhielten, dem moskauorientierten Nationalkomitee Freies Deutschland an,[91] dessen Tendenzen zur Bildung einer Einheitsfront dem OSS hinlänglich bekannt waren.[92] Bei der Rekrutierung war offensichtlich weniger die politische Couleur der Agenten relevant als deren Fähigkeit, ein Netz von Kontakten aufzubauen, das dem OSS geheime Nachrichten übermitteln konnte. Daß die OSS-Kommunisten sogleich nach Kriegsende entlassen wurden, unterstreicht den pragmatischen und durchaus unpolitischen Charakter der Missionen.

Die zahlreichen aus Deutschland an die jeweilige Operationsbasis gesandten Vor-Ort-Berichte über Militärbewegungen, Industrieproduktion und Bevölkerungsmoral in Nazi-Deutschland waren ein wesentliches Komplement zu allen übrigen OSS-Analysen. Die Agentenberichte waren authentisch und aktuell und fingen Impressionen aus dem Alltag im NS-Staat ein, die ge-

legentlich trivial erschienen, für das Überleben mancher später eingeschleuster, mit den Gegebenheiten weniger vertrauter Spione jedoch von größter Wichtigkeit sein konnten.

Merkwürdigerweise zeichnen die ex post verfaßten OSS-Berichte über Agenteneinsätze in Deutschland das Bild einer reibungslos funktionierenden Großaktion. William Casey, der die ›Penetration of Germany‹ von London aus kontrollierte, ein Mann, von dem man in späteren Jahren noch hören sollte (von 1981–1987 war er Direktor der CIA), schilderte die Agenteneinsätze als harmlose Exkursionen durch das nationalsozialistische Deutschland: »Die wenigen Agenten, die im Jahr 1944 ohne Verbindung nach außen in Deutschland eingesetzt wurden, überlebten nicht nur, sie ließen es sich gut ergehen«, heißt es gefährlich verklärend in den Memoiren. »Sie [die Agenten] richteten sich ein, zogen umher, fanden Freunde und Helfer. Die vielen, die 1945 absprangen, taten das gleiche mit weniger Aufwand. Sie fanden Arbeitsplätze [. . .], Freunde, eine Unterkunft. [. . .] Die Zerstörung des deutschen Großstadtlebens datiert ins Jahr 1943 zurück. Verschleppte reisten ohne Schwierigkeiten und frei durch die deutschen Städte – trotz der Gestapo. Die Folgerung, daß wir Deutschland schon früher mit Agenten infiltrieren hätten sollen, erscheint unausweichlich«.[93]

An der Legende von der einfachen Durchführbarkeit der Agentenoperationen hatten die Mitarbeiter des OSS bereits unmittelbar nach Kriegsende gewoben. Aus ihr wurde der Mythos von der geglückten Infiltration. Einer genaueren Überprüfung hält dieser Mythos jedoch keineswegs stand: die Ausbeute an strategisch relevanten Nachrichten war relativ gering, technische Unzulänglichkeiten machten nicht selten jedwede Kommunikation unmöglich,[94] einige Agenten blieben vermißt, etliche kamen ums Leben; und die Untergrundnetze, die militärische Informationen sammeln und weitertragen oder Sabotageaktionen durchführen sollten, waren fast ausnahmslos brüchig, manche linke Gruppen hegten darüber hinaus prinzipielle Vorurteile gegen eine Zusammenarbeit mit Amerikanern. Hinzu kam das Problem einer allzu ehrgeizigen und durchaus diffusen Zielsetzung, mit der die OSS-Aktionen verbunden waren: Zum einen sollten geheime Nachrichten an den Geheimdienst lanciert, zum anderen der aktive Widerstand der Arbeiterschaft befördert werden. Daß eine konsequentere Entfachung der Widerstandstätigkeit das Ende der rudimentären, oppositionell ausgerichteten Arbeiter- und Ge-

werkschaftszirkel bedeutet hätte, die durch die ›präventiven‹ Gestapoüberfälle vom August 1944 ohnehin geschwächt waren,[95] wurde vom OSS kaum reflektiert. Hätten die amerikanischen Agenten eine substantielle Gefahr für das Reich dargestellt, so wären die bereits eingeleiteten Maßnahmen gegen die ferngelenkte Subversion mit Sicherheit verschärft worden. Auch die Organisation von Streiks im Transportwesen, die nach dem Vorbild der gemeinsamen Aktionen von französischer Maquis und englisch-amerikanischem Geheimdienst vom OSS organisiert wurden, war im Deutschen Reich zum Scheitern verurteilt. Was im teilbesetzten Frankreich glückte, stieß in Deutschland auf unüberwindliche Schwierigkeiten. In geheimen Memoranden berichtete Gerhard van Arkel, der bis Juli 1943 die ersten deutschen OSS-Agenten in Nordafrika rekrutiert hatte und seit September 1944 Leiter der OSS-Labor Section in Bern war, daß die hohe Konzentration von Gestapospitzeln die projektierten Reichsbahnstreiks verhindere; auch hätten die vielen im Transportwesen tätigen ausländischen Arbeiter keinerlei Erfahrung in Streikmethoden und Gewerkschaftsarbeit; darüber hinaus gebe es auch Kommunikationsprobleme: wenn Berliner Arbeiter einen Streik erklärten, könnten die Arbeiter in Hamburg davon nicht rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden.[96] Die vom OSS für Anfang 1945 geplanten Streikaktionen gehörten nach van Arkels Auffassung in den Bereich des ›wishful thinking‹.[97] Mit der Infiltration von Agenten nach Deutschland begab sich das OSS auf ein schwieriges und überdies illegales Terrain. Nicht nur hätte die Rekrutierung von deutschen Emigranten (oder gar Kriegsgefangenenen) der Genehmigung des State Department bedurft;[98] die bevorzugte Behandlung, die man den Agenten für die Nachkriegszeit versprach, verstieß sogar ausdrücklich gegen eine von Präsident Roosevelt ausgegebenen Direktive.[99]

Resümee

Im Blick auf die Aktivitäten und Analysen des OSS zum deutschen Widerstand fällt die frappierende Überschätzung der Opposition von Arbeitern und Fremdarbeitern ins Auge. Bereits mit der Einrichtung der OSS Labor Section im Jahre 1942 waren die Weichen für eine großangelegte Kontaktaufnahme mit der Arbeiterschaft gestellt, die man zum bevorzugten Adressaten sub-

versiver Propaganda sowie zum Hoffnungsträger einer potentiellen Massenerhebung gegen das Hitler-Regime erhob; darüber hinaus unterstützte und finanzierte das OSS ein von der deutschen Sozialdemokratin Toni Sender geleitetes Projekt zur Erforschung der Situation der europäischen Arbeiterschaft (European Labor Research).[100] Selbst als die mangelnden Aussichten einer Massenrevolte der Arbeiterschaft erkannt wurden und immer mehr Signale auf die Ausweitung konservativer und militärischer Widerstandszirkel hinwiesen, nahm man im OSS keine wesentliche Kurskorrektur vor. Daß OSS-Chefagent Allen Dulles in Bern auf eigene Faust mit den Verschwörern des 20. Juli Kontakt aufnahm,[101] und daß ein Mann wie Willy Brandt als OSS-Informant in Stockholm ein realistischeres Bild von den Oppositionsbewegungen in Deutschland zeichnete,[102] sei wenigstens notiert.

Seit Anfang 1944 wurden im OSS immer mehr Stimmen laut, die neben der Arbeiterschaft auch in den Kirchen eine ernstzunehmende oppositionelle Bewegung sahen.[103] Im Oktober 1944 schlug OSS-Abteilungschef Stewart W. Herman,[104] der spätere Mitorganisator der Wiederaufbau-Abteilung des Ökumenischen Rates der Kirchen, vor, man solle für die Kontaktaufnahme mit den Kirchen ähnliche Konzepte entwickeln, wie man dies mit der OSS-Labor Section bereits für die Arbeiterschaft getan habe.[105] Herman hielt es für möglich, daß Württembergs Landesbischof Theophil Wurm auf Grund seiner Zugehörigkeit zum Widerstand in der Nachkriegszeit zivile Funktionen übernehmen könnte – kurze Zeit später waren die Bischöfe Wurm und Preysing, wie aus Boston verlautete, sogar als mögliche Interimschefs einer deutschen Nachkriegsregierung im Gespräch.[106] Anders als die Arbeiter und Fremdarbeiter im Reich versuchte das OSS die Kirchen jedoch nicht für konkrete Widerstandsaktionen zu gewinnen, sondern sah ihre Funktion vor allem im Blick auf die politische Stabilisierung der Nachkriegssituation. Zu diesem Zweck erstellte die Emigrantin Emmy Rado weiße Listen mit den Namen oppositioneller Kirchenführer (sogenannter ›Crown Jewels‹), die beim Wiederaufbau Deutschlands eine führende Rolle spielen sollten.[107]

Einen eigenständigen Beitrag zur psychologischen Kriegführung der Amerikaner lieferte die Morale Operations Branch des OSS. Während die harte Propagandalinie einer bedingungslosen Kapitulation von Seiten der US-Regierung nie verlassen wurde, suggerierte das OSS der deutschen Bevölkerung mittels subversi-

ver Propaganda, daß Regimegegner oder »Neutrale« auf eine positive Haltung der Westalliierten hoffen dürften.

Ob das gleichzeitige Abwerfen amerikanischer Bomben und Flugblätter die Unzufriedenheit und damit den Widerstand der Deutschen gegen das NS-Regime beförderten, ist mehr als fraglich. Dies gehört zu den Paradoxien moderner Kriegführung wie auch die Beteiligung politischer Emigranten am Geheimdienstgeschäft; denn diese brachten zum einen konkrete Vorschläge für die Stärkung der innerdeutschen Opposition ein, zum anderen für die gezielte militärische Zerstörung des Reiches – der Sozialdemokrat Grzesinski hatte dem OSS beispielsweise die Bombardierung der Edertalsperre empfohlen.[108]

Sähe man das Kapitel der Einschätzung und Beeinflussung des linken, innerdeutschen Widerstands durch das OSS allein unter dem Aspekt der meßbaren Erfolge, so könnte es von der historischen Forschung getrost unterschlagen werden. Vor dem Hintergrund der enormen Kriegsapparate, die im Zweiten Weltkrieg zum Einsatz gelangten, erscheint die Gruppe widerstandsbereiter linker Kräfte als eine quantité négligeable und seine Unterstützung durch das OSS mitunter als naiv. Aus dem Geheimdienstkrieg wurden aber auch Lehren für die Zukunft gezogen. Bezeichnenderweise hatte das OSS die meisten Operationen experimentell angelegt und die Effektivität seiner Projekte kritisch analysiert. Hatte man zu Anfang des Krieges das Sammeln von geheimen Nachrichten über den Widerstand in den Vordergrund gestellt, so stand das letzte Kriegshalbjahr vor allem im Zeichen geheimdienstlicher Agenteneinsätze. Diese Entwicklung trug unter anderem dazu bei, daß die 1947 gegründete CIA nach dem organisatorischen Vorbild des OSS strukturiert wurde: Damit blieben die beiden in anderen Geheimdiensten strikt voneinander getrennten Funktionen des Sammelns von Informationen einerseits und der Agenteneinsätze oder verdeckten Operationen andererseits untrennbar miteinander verbunden. Subversive Operationen wurden von nun an notorisch auch in Friedenszeiten von den USA durchgeführt. Sie waren ein fragwürdiges Erbe des OSS.

Anmerkungen

1 Einen Einblick in die mangelhafte Vorbereitung der OSS-Italienoperationen gibt Corvo, O.S.S. in Italy, S. 130ff; vgl. auch die Memoiren von H. Stuart Hughes: Gentleman Rebel, S. 143ff. – Überdies war es im Jahr 1942 zunächst zu Spannungen und später zu heftigen, teils ideologisch bedingten, offenenen Auseinandersetzungen zwischen dem COI (OSS) und anderen Informationsagenturen der US-Regierungsbürokratie gekommen. Außerdem fehlten für die Durchführung der Aufgaben psychologischer Kriegführung, mit der das OSS im Dezember 1942 betraut wurde, über lange Zeit die elementarsten technischen Voraussetzungen , wie beispielsweise Funkgeräte. Vgl. hierzu Bradley F. Smith, Shadow Warriors, S. 117–121; außerdem »Functions of the Office of Strategic Services«, 23. 12. 1942, Directive 155/4/D, JCS, 1942–45, Strategic Issues, reel 11, no. 0379, NA RG 218.

2 Vgl. Dalton, Fateful Years, S. 307 und S. 368; außerdem Stafford, Britain and European Resistance, S. 25; Donovan übernahm Daltons Terminologie (ohne die zugrundeliegende politische Philosophie) und schlug Präsident Roosevelt nur wenige Monate nach dem Englandbesuch die Durchführung subversiver Kriegsoperationen und Propaganda vor: Memorandum of Establishment of Service of Strategic Information, 10. 7. 1941, FDRL PSF B 141. Drei Tage später wurde der erste zentrale, ausschließlich zum Zweck der Informationssammlung gegründete amerikanische Geheimdienst geschaffen, der Coordinator of Information (COI).

3 Daß Allen Dulles, der als OSS-Chef in Bern den Kollaps des NS-Regimes aus nächster Nähe verfolgte, diese Einschätzung nicht teilte, sei wenigstens angemerkt. Vgl. den Beitrag von Jürgen Heideking im vorliegenden Band.

4 Anthony J. Nicholls, American Views of Germany's Future during World War II, in: Kettenacker, Das »Andere Deutschland«, S. 77–87, besonders S. 83f. Für die Situation in Großbritannien liegen analoge Ergebnisse vor, vgl. Lothar Kettenacker, The Influence of German Refugees on British War Aims, in: Hirschfeld, Exile in Great Britain, S. 101–128.

5 Einen ausgezeichneten Einblick bieten eine Reihe von erst kürzlich freigegebenen Berichten der Foreign Nationalities Branch (FNB) des OSS; sie übertreffen durch Hintergrundinformationen den Stand der heutigen, auf Quellen basierenden Emigrationsforschung. Ein geschichtlicher Überblick über die FNB-Branch findet sich in NA RG 226 E 99 B 74 f 29. Unter den Diagnosen seien besonders hervorgehoben: »German Emigration in U.S.«, 24. 12. 1941, INT–13GE–68, NA RG 227 E 100; »German Political Refugee Groups in U.S.A.«, 24. 6. 1942, NA RG 226 E 100, MF INT–13GE–243; »German Refugees on Germany«, 31. 5. 1945, NA RG 226 E 100, MF INT–13GE–98; »German Anti-Nazis in the United States still Seeking National Committee«, 15. 10. 1943, NA RG 226 E 100, MF INT–13GE–54; »German political refugees and refugee organizations, NA RG 226 E 100, MF INT–13GE–1718. Vgl. außerdem R&A 1568: »The German Political Emigration«, 3. 12.1943, NA RG 59.

6 Glees, Exile Politics, S. 115, 118.
7 So hatte Otto Bauer geurteilt, dessen Einschätzung das OSS übernahm: R&A 1568: »The German Political Emigration«, 3. 12. 1943, NA RG 59; vgl. auch Otto Bauers im französischen Exil erschienene Studie: Die illegale Partei.
8 So war der junge Österreicher Mitte der zwanziger Jahre, damals als Mitglied der KPD, gewaltsam gegen einen Sozialdemokraten vorgegangen, was ihm eine mehrmonatige Gefängnisstrafe einbrachte. In einem Interview der Foreign Nationalities Branch des OSS äußerte sich Hagen folgendermaßen über den Vorfall: »He [Hagen] said that in his opinion the struggle over naval rearmament started Germany on the road to its present plight. He became deeply involved in the conflict with the Social Democratic group which favored a degree of rearmament and it was at this time that he used a ruse to keep away from his broadcast a Social Democrat who was to speak in favor of naval rearmament. He said that he didn't kidnap him. He simply came and said that he was from the Reich Radio and would take the man, a certain Schwartz, to the radio station for the broadcast. Instead he took him out of town and left him there to get back as best he could but did him no harm and did not use any force. Meantime a Communist spoke for him. For this Hagen was arrested and put in jail for some months. When he got out of prison, he left the Communist Party. He had come to the conclusion that the Communists were endangering the Repulic and, accordingly, doing more harm than good to the workers cause«. »A Conversation with Paul Hagen«, 5. 7. 1942, NA RG 226 E 106 B 12 f 88. Vgl. auch R&A 1568: »The German Political Emigration«, 3. 12. 1943, NA RG 59.
9 Zu den in den USA lebenden Personen, die Paul Hagens illegale Deutschlandreisen bezeugen konnten, gehörten unter anderem Paul Hertz, Friedrich Adler, Georg Eliasberg, Charles Yost, Ester Brunauer(!), Maurice Goldbloom und Lene Boegler. Paul Hagen an Arthur J. Goldberg, 11. 6. 1942; Arthur J. Goldberg an Allen W. Dulles, 11. 6. 1942, NA RG 226 E 106 B 12.
10 In der Gruppe »Neu Beginnen« galt für die emigrierten Mitglieder das Prinzip, sich dem gleichen Risiko auszusetzen wie die in Deutschland zurückgebliebenen. Paul Hagen an Arthur Goldberg, 10. 6. 1942, NA RG 226 E 106 B 12.
11 »How to Prepare Collaboration with the Anti-Nazi Underground Movement«, 10. 4. 1942, NA RG 226 E 106 B 12 f 88. Bereits zuvor war Allen Dulles in Bolivien in geheimer Mission für die US-Regierung unterwegs gewesen, wo er den deutschen Einfluß auf die bolivianische Luftfahrtgesellschaft neutralisieren sollte.
12 Vgl. etwa die erste große Studie der OSS-Forschungs- und Analyseabteilung: R&A 992: »The Underground Movement in Germany«, 27. 9. 1943, NA RG 59.
13 Hagen, Will Germany Crack? Vgl. hierzu die ausführliche und ausgesprochen positive Rezension von George N. Shuster in der New York Times vom 14. 6. 1942.
14 Allen Dulles an Colonel Donovan, 18. 7. 1942: »we [. . .] quite understand his [Paul Hagen's] impatience as that is a natural characteristic

of a man of his make-up, and under present circumstances I think impatience is a virtue rather than a vice«. NA RG 226 E 106 B 12 f 89.

15 Dulles an Goldberg, 12.5.1942, NA RG 226 E 106 B 12 f 88. Zu Goldberg vgl. Richard Harris Smith, OSS, S. 12 sowie O'Toole, Encyclopedia, S. 207.

16 Innerhalb weniger Wochen hatte Goldberg Kontakte zu Gewerkschaftern aus Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Italien, Luxemburg, Belgien, Polen und Holland geknüpft. George O. Pratt an David K.E. Bruce via William Maddox, »Plans for Proposed Operations on the Continent – Labor Desk«, 23.3.1944, NA RG 226 E 110 B 48 f 493. George O. Pratt, der bereits am 2. November 1942 die Nachfolge Goldbergs und damit die Leitung des London Desk übernahm, lieferte in seinem Schreiben an Bruce einen ausführlichen Überblick über die Geschichte des von ihm geleiteten Feldbüros.

17 Im März 1944 schrieb George O. Pratt: »I am posted with SOE, and am a member of that organization. Indeed a very close relation exists between the SI Labor Section and SOE Labor Desk«. George O. Pratt an David K.E. Bruce via William Maddox, »Plans for Proposed Operations on the Continent – Labor Desk«, 23.3.1944, NA RG 226 E 110 B 48 f 493.

18 In seinem Buch »Will Germany Crack?«, hatte Paul Hagen die Ansicht geäußert, es gebe in Deutschland neben der Arbeiterschaft, eine politische Opposition auch im Bürgertum und unter den Landwirten. Gegenüber dem OSS gab er jedoch seine eigentliche Überzeugung preis: daß allein die Arbeiteropposition effektiv sei. Vgl. das Interview, das ein ungenannter Mitarbeiter der Foreign Nationalities Branch und Freund Dewitt C. Pooles' am 5.7.1942 mit Hagen führte. Goldberg leitete das Interview am 12.7.1942 an Dulles weiter. »A Conversation with Paul Hagen«, NA RG 226 E 106 B 12 f 88.

19 Dulles an Donovan, 18.7.1942, NA RG 226 E 106 B 12 f 89. Wallace Deuel, ein enger Mitarbeiter von Geheimdienstchef Donovan, hatte Hagens Buch euphorisch besprochen, und die OSS-Deutschlandexperten Walter Dorn und Franz Leopold Neumann waren mit Hagen freundschaftlich verbunden. Dorns ebenso legendäre wie voluminöse OSS-Studie über die Wirkungschance der politischen Emigration und deren Einfluß auf den innerdeutschen Widerstand läßt keinen Zweifel an den Sympathien des Verfassers. In einem von Emmy C. Rado kommentierten Interview mit Paul Hagen heißt es: »He [Dorn] came to the conclusion that the German Labor Delegation and the affiliated groups are very unimportant. His report of over 250 pages may be responsible for the fact that one member of the German Labor Delegation who has been appointed recently by the OSS [. . .] has been fired after a stay of only one week in the Office«. Emmy C. Rado an Dewitt C. Poole and Malcolm Davis, 24.9.1943, NA RG 226 E 106 b 13 f 96. Auch Söllner betont die Idealisierung, die Dorns Beurteilung der Gruppe »Neu Beginnen« zugrundeliegt. Söllner, Zur Archäologie der Demokratie, Bd. 1, S. 43.

20 R&A Branch History, RG 226 E 99 B 76 f 45.

21 Vgl. Katz, Foreign Intelligence, S. 78.

22 Brown, Secret War Report, Bd.2, S. 348.

23 Mit der Central Information Division (CID) verfügte das OSS über ein Zentralarchiv, in dem bis zu 10.000 Informationseingänge pro Monat registriert und über einen ca. 2 Millionen Karten umfassenden Index erschließbar waren. Der größte Teil des Index befindet sich (ohne Entry-Nummer) in der Military Branch der National Archives in Washington, D.C., wo er unter bestimmten Bedingungen eingesehen werden kann. Das CID-Archiv entspricht im wesentlichen den Entries 16, 19 und 21 von RG 226.
24 Franz Neumann, Behemoth.
25 Vgl. Söllner, Zur Archäologie der Demokratie, Bd.1, S. 13f. sowie Katz, Foreign Intelligence, S. 36ff. Vgl. Arnold H. Price in: The Journal of Military History 55 (1991), S. 275–276.
26 R&A 1483: »Possible Patterns of German Collapse«, 21.9.1943, RG 59; zur Autorschaft vgl. R&A 1113.34 vom 13.11.1943.
27 Vgl. den Paragraphen »The Possibilities of a Revolution« von R&A 1483: »Possible Patterns of German Collapse«, 21.9.1943, RG 59.
28 In dem bereits zitierten Bericht von Neumann, Marcuse und Gilbert heißt es: »A revolution today will certainly take a much more radical turn than it did in 1918. The traditional ruling class will, for this reason, stick to the Nazi Party in its attempt to ward off a revolution, pinning their hopes on a coup d'etat and on support from all or some of the United Nations«, R&A 1483: »Possible Patterns of German Collapse«, 21.9.1943, RG 59.
29 R&A 992; zitiert nach der deutschen Übersetzung bei Söllner, Zur Archäologie der Demokratie, Bd.1.
30 Eine derartige ideologische Interpretation steht offensichtlich dem Anspruch entgegen, wonach ein geheimer Nachrichtendienst vorurteilsfrei zu berichten hat. In diesem Sinne hatte Franz Neumann einmal als seine Devise formuliert: »We report nothing but facts«. Dies berichtet der amerikanische Historiker Dr.Arnold H. Price, der während des Krieges der R&A-Abteilung angehörte und nach 1945 im State Department unter anderem mit Neumann, Marcuse und Kirchheimer zusammenarbeitete. Gespräch mit dem Verfasser im September 1990.
31 R&A 2387: »The Attempt on Hitler's Life and Its Consequences«, 27.7.1944, NA RG 59.
32 »Some Criteria for the Identification of Anti-Nazis in Germany. A Political and Social Analysis«, 5.11.1944, NA RG 59. Im Rahmen der Recherchen zu ihrer umfassenden Dissertation über die Deutschlandanalysen von Research and Analysis hat Petra Marquardt-Bigman herausgefunden, daß der Bericht auf Herbert Marcuse zurückgeht. Vgl. Marquardt-Bigman, Deutschlandanalysen, S. 152.
33 Dort wurde freilich die Maxime eines Wiederaufbaus aus dem Geiste demokratischer, innerdeutscher Kräfte am deutlichsten artikuliert. Die spezifische Ideologie von R&A zeigt sich exemplarisch in einem Office Memorandum vom 10. Oktober 1944, in dem Franz Neumann auf die Differenzen zwischen Forschungs- und Gegenspionageabteilung in der Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland Bezug nimmt: »The difference between X–2 and R&A seems to amount to this: X–2 believes that the elimination of Nazism can and should be achieved exclusively by action of the occupying powers, that is, by their intelligence and

enforcement agencies. R&A believes that this requires a coordinated purge executed both by the occupying powers and the Germans«, R&A: »Critical Comments made by X–2 on Certain Civil Affairs Guides Prepared by the Central Europe Section«, 10. 10. 1944. Franz L. Neumann and William Langer (through Sub-Division and Division offices), NA RG 226 E 110 B 47 f 3.

34 Die Bezeichnung X–2 entstand in Anlehnung an das Double Cross Committee (XX-Committee des britischen Geheimdiensts MI–5), das sich auf das »Umdrehen« gefangener deutscher Agenten, die damit zu Doppelagenten wurden, spezialisiert hatte.

35 Dr.rer.pol. Wolfgang von Tirpitz (1887–1968) gehörte von 1940 bis 1944 dem Oberwerftstab Paris an. Er war mit Elisabeth Sering verheiratet. In den Tagebüchern Ulrich von Hassells wird er mehrfach erwähnt, vgl. Die Hassell-Tagebücher 1938–1944; Gaertringen, Ulrich von Hassell, besonders S. 83,85,144,157,187,198,225ff.,293.

36 Gajewsky, Gierlichs, Helmenking, Silcher und Wurster.

37 Carl Voegeler und Helmuth Poensgen.

38 Auf seiner Liste notierte Tirpitz außer Name, ungefährem Alter und Beruf jeweils die Adresse der vorgeschlagenen Personen sowie Beobachtungen zu deren Fähigkeiten. An den OSS-Mitarbeiter Sherman schrieb er: »Whether the Men mentioned will be ready to play a part in the Reconstruction of Germany or to be advisers of the various Military Administrations, I cannot judge. Much will depend, of course, on the basic tendencies of the Allied Military Administrations. In any case, I can assure you that none of those Men is a failure (à la QUISLING); they are Men enjoying consideration and with a standing«. Tirpitz an Sherman, 20. 4. 1945, NA RG 226 E 19 B 341 XL 25791.

39 Hervorhebung der Namen im Original durch Großbuchstaben.

40 »Interrogation of Korvettenkapitaen von Tirpitz«, X–2 Branch, 19. 4. 1945, RG 226 E 19 B 341 XL 25791.

41 Donovan an Roosevelt, Memorandum for the President, 24. 7. 1944, NA RG 226 E 99 B 14 f 58a. Donovans Memorandum gab im wesentlichen eine von Allen Dulles über Sprechfunk nach Washington übermittelte Nachricht wieder. Am 26. 7. wurde der Bericht auch General Marshall vorgelegt.

42 Vgl. Brown, Secret War Report, Bd.2, S. 525.

43 MO Field Units, undatiert, NA RG 226 E 139 B 113 f 1563.

44 Sechs Tage nach dem Attentat gab die MO-Zentrale in Washington an ihre europäischen Filialen die Direktive aus: »Attempt to give SS the names of all German officers and Nazis, known to you, and state that they were involved in Putsch. This will have the effect, if it works, of creating confusion in the SS, and of liquidating the people denounced.« Washington an Stockholm, 26. 7. 1944, NA RG 226 E 134 B 303 (Stockholm).

45 Am 24. 2. berichtete der Leiter der European and Mediterranean Section der Morale Operations Branch an seinen Vorgesetzten Lt.Col. John S. Roller: »It will interest you to know that the Germans have recently announced (13 January 1945) the dismissal of Gen. Walter Schieber, one of Speer's right-hand men. You will recall that on Sep-

tember 26, 1944, the MO's Weekly Directive suggested denouncing this man. The apparent connection between the two events is cause for congratulations«. David Williamson an John S. Roller, 24.1.1945, NA RG 226 E 139 B 113 f 1569–70. Außer General Schieber standen am 9. September folgende Personen auf der »Abschußliste« von Männern, »who will never be of use because of their Nazi fanaticism: Erich Koch, Josef Terboven, Fritz Reinhardt, Paul Koerner, Erhard Milch, Wilhelm Meinberg, Fritz Voss, Paul Pleiger, Adolf Baron von Steengracht-Moyland«: NA RG 226 E 134 B 193 f 1222.

46 »Black Propaganda Treatment of Unconditional Surrender«, 27.11.1944, NA RG 226 E 139 B 179 f 2327: »It is recognized that in conducting black propaganda operations, the real source of the propaganda may be suspected, but its dissemination is handled in such a manner that neither the Allied Military commanders nor their Governments can be implicated, and all such propaganda may, if necessary, be officially disavowed«.

47 Example of an MO Newspaper »Das Neue Deutschland« – (»The New Germany«), August 1944, NA RG 226 E 99 B 69 f 306.

48 »Black Propaganda Treatment of Unconditional Surrender«, 27.11.1944, NA RG 226 E 139 B 179 F 2327.

49 »Comebacks on Das Neue Deutschland. Excerpt from MO/ Mediterranean Field Report of 15–30 April 1945«, NA RG 226 E 99 B 69 f 306.

50 Example of an MO Newspaper »Das Neue Deutschland« – (»The New Germany«), August 1944, NA RG 226 E 99 B 69 f 306.

51 Am 28. Juni 1944 kabelte die MO-Zentrale in Washington an Allen Dulles in Bern: »Please be on the alert for a publication called ›Neues Deutschland‹, which will claim to be the mouthpiece of an underground liberal party in the Reich. It is possible that copies of it will get into Switzerland through clandestine channels. Make foreign and allied correspondents (OWI included) think that it is genuine. After July 20th, have them inquire of their home offices regarding its policies, scope and existence.«, NA RG 226 E 134 B 14.

52 »The ›New Plan‹«, [August 1944], NA RG 226 E 99 B 69 f 306.

53 Aufruf zum ›Volkssturm‹ gegen die Partei, Das Neue Deutschland. Im Oktober des sechsten Kriegsjahrs [=1944], NA RG 226 E 190 B 102 f 214.

54 Der in der Morale Operations Branch tätige Emigrant Eddie Lindner hatte die Hymne getextet und komponiert. »Marching Tune of the Movement ›Das Neue Deutschland‹«, o.D., NA RG 226 E 139 B 115 f 1594.

55 Der Text des Marschlieds »Das Neue Deutschland« lautete: »Neues Leben blüht aus den Ruinen, Neues Leben wird wieder ersteh'n! Dem Neuen Deutschland alle wir jetzt dienen; das Dritte Reich, das muss dann untergeh'n! Kein Klassenkampf! Kein Rassenhass! Kein Führer, kein Monarch! Dem Neuen Deutschland als freie Menschen dienen; – Das Neue Deutschland wird für ewig steh'n.«, o.D., NA RG 226 E 190 B 102 f 214.

56 Insgesamt 5698 deutsche Kriegsgefangene wurden im Mai und Juni 1945 von MO befragt. 3050 waren zur Auskunft bereit. Legt man statt

der Zahl der kooperationsbereiten Kriegsgefangenen die Gesamtzahl zugrunde, so wußten immerhin noch 23,9% von der Existenz des »Neuen Deutschland« und 7,6% hatten es gelesen. »Evidence of Effectiveness of DND. MO Interrogations of German PWs, May and June 1945«, 9.7.1945, NA RG 226 E 99 B 69 f 306.

57 «›Operation Annie‹ – Sample Program.«, 6.4.1945, NA RG 226 E 99 B 15A f 65b.

58 Mehrere ausführliche Berichte über Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf »Radio 1212« finden sich in NA RG 226 E 99 B 15A f 65b. Vgl. außerdem Burger, Operation Annie, New York Times Magazine vom 17.2.1946; Becker, Black Propaganda, ASR 13 (1949), S. 221–235; Soley, Radio Warfare, S. 145.

59 Vgl. hierzu und zum folgenden: »General Beck speaks again«, 31.10.1944, NA RG 226 E 139 B 115 f 1539 sowie Soley, Radio Warfare, S. 136f.

60 »Beck I (Final)«, o.D., NA RG 226 E 139 B 115 f 1539.

61 Var det general Beck?, in: Aftonbladet, 1 November 1944, S. 1; Was it general Beck?, ebd., S. 18; außerdem »General Beck Speaks Again, 31.10.1944, NA RG 226 E 139 B 115 f 1539.

62 Eisenhower an War Department, 5.1.1945, Proposal »SCAF 166«, NA ABC 384 Europe Sec 1–B.

63 Memorandum by the Representatives of the British Chiefs of Staff. Plan »Matchbox«, CCS 771, 18.1.1945, NA ABC 384 Europe Sec 1–B.

64 Ende März 1945, als das »Svenska Dagbladet« über einige deutsche Untergrundsender berichtete, hob der schwedische Korrespondent hervor, daß »Radio Hagedorn« ohne Frage der interessanteste unter ihnen sei. Svenska Dagbladet, 31.3.1945, vgl. »Comeback from an MO Operation. Excerpt from OWI News Digest«, 7.4.1945, NA RG 226 E 139 B 113 f 1569.

65 Im Rahmen des European Labor Project ließ Toni Sender für das OSS mehrere Übersichten und Studien zu den Fremdarbeitern in Deutschland erstellen. Der erste umfangreiche Report erschien am 14. Oktober 1942; bereits zuvor waren zwei kleinere Memoranden zu den Themen »Periodicals for foreign workers« und »Recent figures on foreign workers « erschienen. NA RG 226 E 168 B 64 f 833. Allen Dulles war schon im August durch einen ungenannten Informanten »W« auf das Fremdarbeiterpotential hingewiesen worden: »W feels that we have an extraordinary opportunity for working on Germany through the large number of laborers of foreign nationality who are now being imported there, as well as among the French prisoners of war who are working in German factories«. Allen W. Dulles an Hugh R. Wilson, 21.8.1942, NA RG 226 E 106 B 9 f 70–72.

66 Kurt Bloch, »German Opposition«, 16.12.1942, INT–13GE–559, NA RG 100.

67 Einen Einblick in die subtilen Formen der OSS-Analyse gibt der OSS-Bericht »The Foreign Laborer in Germany as an MO Target«, für den neben zahlreichen geheimen Informationen nicht weniger als 30 internationale Zeitungen herangezogen wurden. R&A 1243: »The Foreign Laborer in Germany as an MO Target«, 30.9.1943, NA RG 59.

68 R&A 1243: »The Foreign Laborer in Germany as an MO Target«, 30.9.1943, NA RG 59.

69 »Operation Braddock II«, 16.11.1944, NA RG 226 E 190 B 286 f 1271.

70 Kölnische Zeitung, 23.9.1944. Vgl. die Sammlung vom OSS gesammelter Exzerpte: »Reactions to Appeal to Foreign Workers«, NA RG 226 E 190 B 286 f 1271.

71 Svenska, 30.9.1944, zit. in: »Operation Braddock II«, 16.11.1944, NA RG 226 E 190 B 286 f 1271.

72 Die Polizei- und Gestapoberichte wurden vom OSS in englischer Übersetzung gesammelt: »Enemy Sabotage in the Reich Involving the Cooperation of Foreign Workers and Supply of Sabotage Material by Enemy Aircraft«, in: Special Supplement to the German Criminal Police Gazette, 3.11.1944, NA RG 226 E 190 B 286 f 1271.

73 »Resistance Activities in Berlin«, 3.12.1944, NA RG 226 E 108 B 1–20; »Clandestine Supply to Foreign Workers«, 22.1.1945, NA RG 190 B 284 f 1252.

74 »Resistance Activities in Berlin«, 3.12.1944, NA RG 226 E 108 B 1–20; »Report from Switzerland: 1. Anti-war Demonstration by Women in Mannheim; 2. Foreign Workers in Frankfurt/Oder«, 23.11.1944, NA RG 226 E 108 B 1–20; »OSS-Report on Morale. Bomb Damage. Sabotage. Foreign Workers«, 3.12.1944, NA RG 226 E 108 B 1–20. Vgl. auch den auf verläßliche polnische Informationen zurückgehenden Bericht aus London über Aufstände von Fremdarbeitern in Danzig: »Riots at Danzig«, 16.11.1944, NA RG 226 E 145 B 57 f 99.

75 »Minutes of Meeting on Special Activities in Germany«, 10.1.1945, NA RG 226 E 190 B 286 f 1266: Vorsitzender der Versammlung war Colonel Alms von der Nachrichtenabteilung der SHAEF; das OSS war durch William Casey, Colonel Jackson, Lt. Colonels Canfiel und Brebner sowie durch zwei Zivilisten vertreten; vom englischen SOE waren Major General Templar mit zwei seiner Kollegen anwesend.

76 »Clandestine supply to Foreign Workers«, 22.1.1945, NA RG 190 B 284 f 1252.

77 Vgl. zum größeren Zusammenhang der Diskussionen über eine Bewaffnung von Widerstandsbewegungen durch den amerikanischen Geheimdienst: Jürgen Heideking, Amerikanische Geheimdienste, in: Schulz, Partisanen und Volkskrieg, S. 147.

78 In dem bereits zitierten, umfangreichen OSS-Memorandum vom 22.1.1945, das an den Supreme Commander der Allied Expeditionary Force ging, hieß es: »Since the territory EAST of BERLIN falls within the RUSSIAN sphere, it is believed that a decision not to supply foreign workers in that territory is advisable«, »Clandestine supply to Foreign Workers«, 22.1.1945, NA RG 190 B 284 f 1252.

79 Die »Discussion: SHAEF Policy« findet sich in: »Clandestine supply to Foreign Workers«, 22.1.1945, NA RG 190 B 284 f 1252.

80 Captain Robert E.S. Thompson an George O. Pratt, »Report and Analysis of SI Operations in Germany/ September-February«, 26.5.1945, NA RG 226 E 110 B 49.

81 Vgl. inbesondere die entsprechenden Kapitel im annähernd einhundert

Einzelbände umfassenden »London War Diary«, NA RG 226 [E 91] MF 1623 R 1–10.

82 Vgl. hierzu und zum folgenden den detaillierten Bericht über die »Downend Mission«, in: »London War Diary«, Bd. 6, Book II, Secret Intelligence Branch: Labor Division, S. 380–394: NA RG 226 MF 1623 R 4, T 11; »London Labor Projects«, April 1945, NA RG 226 E 190 B 32 f [148], Bern; außerdem Persico, Piercing the Reich, S. 74ff; vgl. aus deutscher Perspektive: Link, IJB und ISK, S. 313.

83 Vgl. neben dem »London War Diary« das im Februar 1945 von Donovan angeforderte Memorandum Colonel Lada-Mocarskis: »U.S. Intelligence Penetration of Germany«, 6.2.1945, NA RG 226 E 99 B 14 f [59] ETO-Germany: Penetration; außerdem Persico, Piercing the Reich, S. 83f.

84 Link, IJB und ISK, S. 321.

85 Ebd.; Persico, Piercing the Reich, S. 88.

86 M.R.D. Foot, The OSS and SOE. An Equal Partnership? in: Chalou, Secret War, S. 299.

87 Landkarten der Einsatzorte finden sich im SI-Bericht »Agent Teams Successfully Dispatched to Germany«, SI Branch, OSS, ETO & Field Detachments, NA RG 226 E 110 B 49.

88 R.E.S. Thompson an George O. Pratt, »Final Operations Report«, 28.5.1945, NA RG 226 E 110 B 49. In der Summary des »Final Operations Report« räumt Thompson ein: »At the outset of German operations a loss of 50% had been anticipated«.

89 Teper hatte zuvor für die International Research Division of the International Ladies' Garment Workers' Union gearbeitet. Sein Mitarbeiter Henry Sutton war von Toni Senders Labor Research Project in New York in die SI-Bach Section übergewechselt. »The Bach Section«, in: »London War Diary«, Bd. 6, Book I, S. 137–162, hier S. 137f, NA RG 226 MF 1623 R 4.

90 Ebd., S. 151f. Vgl. außerdem Persico, Casey, S. 73f.

91 Vgl. zur Einschätzung des NKFD durch das OSS den Artikel von Heike Bungert in diesem Band.

92 »London War Diary«, Bd. 6, Book I, Secret Intelligence Branch: Labor Division, S. 254–256, NA RG 226 MF 1623 R 4, T 11.

93 Casey, Secret War against Hitler, S. 262.

94 Vgl. hierzu und zum folgenden das Abschlußmemorandum des für die deutschen Operationen zuständigen OSS-Hauptmanns Robert E.S. Thompson. Darin berichtet dieser lapidar: »W/T as a means of communication from inside Germany, was a failure. It proved to be an entirely different matter to drop men and W/T equipment into Germany than to reception committees in France«, Robert E.S. Thompson an George O. Pratt, »Report and Analysis of SI Operations in Germany«, 26.5.1945, NA RG 226 E 110 B 49. Mit dem eigens für das OSS entwickelten Funkgerät »Joan Eleanor«, das eine wechselseitige Kommunikation zwischen OSS-Agent und Flugzeugpilot erlaubte, wurden zwar ab Ende 1944 erste Kommunikationserfolge erreicht; dennoch gab es Probleme, da die Agenten die vereinbarten (und überdies viel zu seltenen) Funkzeiten häufig nicht einhalten konnten.

95 Nach dem 20. Juli 1944 war an eine großangelegte Revolte der deutschen Arbeiter nicht einmal mehr zu denken, zumal die Gestapo am 17. August im Rahmen der Aktion »Gitter« befohlen hatte, präventiv »alle früheren Reichs-und Landtagsabgeordneten sowie Stadtverordneten der KPD und SPD« sowie »die ehemaligen Partei-und Gewerkschaftssekretäre der SPD [. . .] im Reich festzunehmen«: Geheimes Formschreiben Nr. 6400, SS-Gruppenführer Müller an alle Stapo(Leit)stellen; Nachricht an Inspektoren der SIPO und des SD, 17.8.1944, BA Koblenz R 58/ 775.

96 »Railroad Strike«, 399 [= van Arkel] an 304, 23.2.[1945], NA RG 190 B 32 f [148] Bern.

97 Realistischerweise müsse man sich, so van Arkel, auf den Einsatz von Sabotageflugblättern als Aktionsmittel konzentrieren. »Re: Hans Jahn«, 399 [= van Arkel] an Devoe, 16.2.[1945], NA RG 190 B 32 f [148], Bern.

98 Robert Murphy hatte in dieser Sache im Februar 1945 interveniert. Memorandum Louis A. Wiesner und Robert Murphy: »Activities of German Refugees Brought into Germany by OSS«, 15.6.1945, IfZ München MF 260 POLAD TS 32/10.

99 Am 27.2. berichtete Donovan an Dulles in Bern: »He [Roosevelt] does not believe that we should offer any guarantees of protection in the post hostilities period to Germans working for our organization. He considers that the carrying out of such guarantees would be difficult and probably widely misunderstood both in this country and abroad. He anticipates that an increasing number of Germans will try to save themselves by coming over to our side at the last moment and he points out that among this group there will be some who should properly be tried for war crimes or at least arrested for active participation in Nazi activities. Even with necessary controls he is not prepared to authorize the giving of guarantees.« Donovan an Dulles, 27.2.1934, NA RG 226 E 138 B 2.

100 Toni Sender war von 1920–33 sozialdemokratische Abgeordnete im Deutschen Reichstag und Herausgeberin mehrerer Gewerkschaftspublikationen in Berlin, Frankfurt und später in Antwerpen. Ihre Autobiographie (Autobiography of a Rebel) erhielt im Jahr 1940 eine Auszeichung des British Labor Book Club. Die Projekte und die Geschichte von Toni Senders European Labor Office böten Material für eine eigene Darstellung. Bereits im Mai 1942 hatte Sender die Agentur gegründet und rasch Kontakte zu politischen Emigranten in den USA, Südamerika und Europa aufgebaut. Zu den wichtigsten Informanten gehörten Willy Brandt, Walter Auerbach, Erich Ollenhauer, Hans Vogel, Wilhelm Sander, Ernst Reuter, Anna Vollenweider, Hertha Gotthelf, Fritz Heine, Otto Karrer, Hans Jahn, Fritz Tarnow und Wenzel Jaksch. Im Laufe des Krieges versuchte Toni Sender via London zu annähernd fünfhundert Sozialdemokraten in Stockholm und der Schweiz Kontakt aufzunehmen. Toni Sender leitete ihre Berichte über die Rolle von Untergrundbewegungen, Fremdarbeitern und Gewerkschaften unter anderem an Arthur J. Goldbergs Labor Division sowie an Allen Dulles in Bern weiter. »Report on the first three months of our activities. August 15 – No-

vember 15, 1942«, NA RG 226 E 168 B 66 f 842; Memorandum Mortimer Kollender an Arthur J. Goldberg, 14. 7. 1943, NA RG 226 E 168 B 66 f 841; Allen Dulles an Hugh R. Wilson, 3. 6. 1942 sowie Arthur J. Goldberg an Allen W. Dulles, 27. 5. 1942, NA RG 226 E 168 B 64 f 832 (im Anhang Details von Toni Senders Biographie); Eleanor G. Coit an David C. Shaw »Re: Gathering of Inside Information from Germany via London«, 17. 2. 1943, NA RG 226 E 168 B 66 f 842. Der größte Teil der Berichte und Analysen von Toni Senders Projekt finden sich in NA RG 226 E 168 B 64–67.

101 Vgl. hierzu den Beitrag von Jürgen Heideking im vorliegenden Sammelband.

102 Vgl. den umfangreichen, vom OSS London als »reliable« eingeschätzten Bericht: [Willy Brandt], »Oppositional Movements in Germany«, OSS London an OSS Washington, 25. 9. 1943, NA RG 226 E 120 B 15 f 41 sowie in NA RG 226 MF INT–13GE–928 und in RG 226 E 16, 53118 (dort auch in norwegischer Sprache). Ein Großteil des Berichts ist zum Abdruck vorgesehen in: Heideking / Mauch, USA und deutscher Widerstand. Brandt fungierte unter anderem als Verbindungsmann zwischen den OSS Labor Sections in London sowie in Bern und der Untergrundgruppe »Neu Beginnen« in Stockholm. Vgl. »London War Diary«, Bd. 6, Book I, Secret Intelligence Branch: Labor Division, S. 254–256, NA RG 226 MF 1623 R 4, T 11.

103 Der vom OSS mit Interesse registrierte Kirchenkampf – insbesondere die Proteste gegen Konzentrationslager, »Euthanasiepraktiken« und neuheidnische Tendenzen der Führerverehrung – ließen die großen Kirchen aus US-amerikanischer Perspektive als moralisch integre Institutionen erscheinen, deren Nachkriegsstatus man notfalls gegen antiklerikale Übergriffe verteidigen wollte. R&A 1655.22: »Civil Affairs Guide. The Protestant and the Catholic Churches in Germany, War Department«, 22. 7. 1944 (War Department Pamphlet No. 31–120), NA RG 59.

104 Herman leitete die Central European Section der Special Operations Branch des OSS. Zur Person Hermans vgl. Jörg Thierfelder, Einleitung, in: Besier / Thierfelder/ Tyra, Kirche nach der Kapitulation, S. 17–18; außerdem Besier, Ökumenische Mission, KZG 1 (1988), S. 151–187; ebd., S. 316–352.

105 Stewart W. Herman an Allen Dulles, »Recent Report on German Protestant Church«,17. 10. 1944, RG 226 E 125 B 8 f 133.

106 Stockholm Embassy to Foreign Office (Mallet), 12. 1. 1944, PRO 371/39085: »I learn from source reliability A3 of a plan in Germany for the immediate constitution of an interim Government of ecclesiastics immediately after the overthrow of the Nazi régime. The leaders of this movement are Monseigneur Preysing, Catholic Archbishop of Berlin, and the Protestant Archbishop of Stuttgart. Their idea is to form an administration and appeal to all Christians of every denomination throughout Germany to support them in preventing the outbreak of anarchy«.

107 Emmy Rado hatte bereits Mitte 1943 – zusammen mit Ann Stewart, Dr. Tormann und Dr. Kempner – ein OSS-Projekt »Biographical Records« zur Erstellung weißer, schwarzer und neutraler Listen zur

deutschen Bevölkerung begonnen, die bald auch in der Forschungsabteilung auf großes Interesse stießen. Nacheinander entstanden Listen zu verschiedenen Berufsgruppen wie Ärzten, Journalisten und Rechtsanwälten. Im Frühherbst 1944 begann Emmy Rado eine Studie zur Bekennenden Kirche in Deutschland, und im Dezember hatte sie bereits Hintergrundinformationen zu 174 evangelischen Theologen in Deutschland gesammelt. Mortimer Kollender an Arthur J. Goldberg, 8.6.1943, NA RG 226 E 168 B 66 f 841; William Langer an John C. Hughes, 21.8.1943, NA RG 226 E 159 B 1 f 4; »Field Unit, N.Y.C. of Biographical Records. Report on First Year Activity, June 7, 1943 – June 7, 1944. Conclusions & Recommendations«, NA RG 226 E 159 B 1 f 5; John C. Hughes an David C. Shaw, »The Confessional Church in Germany«, 3.3.1945, NA RG 226 E 159 B 1 f 6.

108 Vgl. das Memorandum Grzesinskis »Mittel um den Krieg fuer die Alliierten zu gewinnen« vom 7. Juli 1942, das am 13. Juli an OSS-Mitarbeiter Hugh Wilson gelangte. NA RG 226 E 106 B 11 f 80. Vgl. außerdem das am 18. Mai 1943 – kurz nach der Bombardierung durch die britische Luftwaffe verfaßte Schreiben Spencer Phenix' an Hugh R. Wilson, NA RG 226 E 106 B 9.

Heike Bungert

›Ein meisterhafter Schachzug‹

Das Nationalkomitee Freies Deutschland in der Beurteilung der Amerikaner, 1943–1945

Am 12./13. Juli 1943 gründeten deutsche kommunistische Emigranten und Kriegsgefangene unter sowjetischer Schirmherrschaft in Krasnogorsk bei Moskau das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD). Präsident wurde der kommunistische Schriftsteller Erich Weinert. Am 21./22. September folgte die Konstituierung des Bundes Deutscher Offiziere (BDO) unter dem Vorsitz von General Walther von Seydlitz. Diese Ereignisse, noch heute in Deutschland heiß umstritten als ›Verrat hinter Stacheldraht‹ einerseits, eine lobenswerte bzw. verständliche Form des Widerstandes gegen das Dritte Reich andererseits,[1] wurden von den USA sofort in der Tragweite ihrer Bedeutung erkannt. Der Leiter der Planungsgruppe des amerikanischen Geheimdienstes Office of Strategic Services (OSS), James Grafton Rogers, stellte Ende Juli 1943 fest, das State Department betrachte die Gründung des Nationalkomitees als »einen der weitreichendsten Schritte, den die sowjetischen Regierungsstellen bis jetzt mit Auswirkungen auf ihre zukünftigen Beziehungen zu den Vereinten Nationen unternommen haben.«[2] In der Forschungsabteilung des OSS, Research and Analysis (R&A), beurteilte man die Gründung des Nationalkomitees gar als »die wichtigste Entwicklung auf dem deutschen Kriegsschauplatz seit Ausbruch des Krieges mit Rußland.«[3] Während bisher in der Forschung allgemein angenommen wurde, die amerikanische Regierung habe der Gründung des Nationalkomitees keine weitere Beachtung geschenkt,[4] wurden in Wirklichkeit die Aktivitäten des Nationalkomitees und seiner ›Ableger‹ in westlichen Ländern von Juli 1943 bis über das

Kriegsende hinaus besonders vom OSS aufmerksam und argwöhnisch beobachtet. Der vorliegende Beitrag soll in einem ersten Resümee zusammenfassen, was der amerikanische Geheimdienst über das Nationalkomitee und den Bund Deutscher Offiziere wußte, wie er die beiden Organisationen und ihre Zweigkomitees einschätzte und welche Konsequenzen die Amerikaner aus der Konstituierung und den Aktivitäten von NKFD und BDO zogen. Letztlich soll versucht werden zu ermitteln, inwieweit die Gründung der beiden Organisationen die amerikanische Perzeption der sowjetischen Politik und dementsprechend die amerikanische Deutschlandpolitik beeinflußten.

Obwohl die Gründung des Nationalkomitees von der OSS-Führung als sehr wichtig bezeichnet wurde und Rundbriefe mit der Bitte um eventuelle Hintergrundinformationen an alle OSS-Stellen gingen,[5] wurde das Nationalkomitee sofort in Verbindung mit der schon länger bekannten kommunistischen Volksfrontstrategie gebracht und dadurch relativiert. So analysierten R&A-Mitarbeiter die ›Vorläufer‹ des Nationalkomitees und alle Deutschland betreffenden, das OSS zum Teil beunruhigenden Äußerungen Stalins in einem Bericht vom 4. September 1943. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Unterscheidung Stalins zwischen dem deutschen Volk einerseits und Hitler und den Nationalsozialisten andererseits zuteil. Immer wieder habe der sowjetische Staatschef klargemacht, daß er nicht die Ausrottung des deutschen Volkes und die Vernichtung des deutschen Staates plane, sondern lediglich die Zerschlagung des Nationalsozialismus, da, wie er am 23. 2. 1942 sagte, »die Hitlers kommen und gehen, aber das deutsche Volk bleibt.«[6] Als Vorformen auf dem Weg zum Nationalkomitee sah man in R&A die Aufrufe der Exil-KPD in der UdSSR und die sowjetisch gesteuerten Aktivitäten deutscher Kriegsgefangener, wie z. B. den Appell von 158 Kriegsgefangenen des Lagers 58 zum Sturz Hitlers vom 8. Oktober 1941.[7] Anfang 1943 erschien in der kommunistischen Presse der publizistisch stark hervorgehobene Aufruf einer ›Nationalen Friedenskonferenz‹ im Rheinland vom Dezember 1942, der nach Ansicht des OSS schon stark an des Manifest des Nationalkomitees erinnerte.[8] Schließlich war im Januar 1943 in Mexico City das Freie Deutsche Komitee (Comité Alemania Libre) als eine Art Versuchsballon gegründet worden.[9] Aus all diesen Ereignissen zog das OSS den Schluß, daß eine Entwicklung hin zu einer immer breiteren nationalen Front und die Abwendung von einer kom-

munistisch revolutionären Linie klar zu erkennen seien.[10] Zeitlich schien das Nationalkomitee dem OSS von langer Hand geplant zu sein.[11] All diese Gesichtspunkte spielten eine Rolle bei der Beurteilung der möglichen Motive der Sowjetunion, wie später zu zeigen sein wird.

Über die Vorgänge bei der Gründung des Nationalkomitees und über seine Zusammensetzung war das OSS dank der Auswertung sowjetischer, amerikanischer und englischer Zeitungen sowie sowjetischer Rundfunksendungen relativ gut informiert. So wußte man, daß der Versammlungssaal sowie die neu gegründete Zeitung 'Freies Deutschland‹ mit der alten schwarz-weiß-roten Reichsflagge dekoriert waren, um eine größere Anziehungskraft auf konservativ-national gesinnte Deutsche auszuüben.[12] Andererseits unterstrich das OSS, daß alle zivilen Mitglieder des Nationalkomitees Kommunisten oder kommunistisch orientierte Schriftsteller seien.[13] Nachdem über die wichtigsten der 33 namentlich genannten Persönlichkeiten des Nationalkomitees Erkundigungen eingezogen worden waren, fiel die Bewertung der kommunistischen Funktionäre meist sehr negativ aus: so wurde zum Beispiel Walter Ulbricht folgendermaßen beschrieben: »Ein Mann ohne Persönlichkeit und ohne eigene Ideen. Ein Opportunist und Aufsteiger, ein Lügner, illoyal, der schlimmste Typ des Funktionärs der früheren Dritten Internationale. Er hat arrogante Manieren, liebt Intrigen und nimmt keine Rücksicht auf persönliche Überzeugungen anderer Leute. Rücksichtslos in seinen Methoden, wird er sicherlich versuchen, das in Moskau etablierte Komitee zu dominieren«.[14] Während einige OSS-Mitarbeiter auch unter den militärischen Angehörigen des Nationalkomitees und des Bundes Deutscher Offiziere Kommunisten oder zumindest linke Arbeiter vermuteten und beispielsweise Heinrich Graf von Einsiedel als Kommunisten einschätzten,[15] war der allgemeine Eindruck, daß die etwa hundert im Offiziersbund zusammengeschlossenen Offiziere integre, von der militärischen und politischen Notlage überzeugte Persönlichkeiten seien, die sich erst nach langem inneren Kampf zum Beitritt entschlossen hätten. In diesem Zusammenhang verwiesen OSS-Mitarbeiter auch darauf, daß die Wehrmacht in den 20er Jahren mit der Roten Armee zusammengearbeitet habe und teilweise nationalbolschewistisch orientiert sei.[16]

Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Manifest des Nationalkomitees zuteil.[17] Immer wieder betonten die OSS-Mitarbeiter,

daß der Aufruf keine wirklich kommunistischen Auffassungen enthalte, sondern im Sinne guter psychologischer Kriegführung Breite und Offenheit zeige, um möglichst viele Deutsche sowohl in der Wehrmacht als auch in Deutschland selbst anzusprechen.[18] Das Heer wurde aufgefordert, geschlossen den Rückzug zu den deutschen Grenzen anzutreten, um dann mit Hilfe der deutschen Bevölkerung Hitler zu stürzen. Daraus folgerte R&A, daß die UdSSR die deutsche Wehrmacht erhalten wolle.[19] Weiterhin forderte das Manifest eine »wahrhaft nationale Regierung«,[20] die den militärischen Kampf beenden, auf alle Eroberungen verzichten und mit Friedensverhandlungen beginnen solle. Die Stärke des Manifests lag nach Ansicht der R&A-Abteilung darin, für die Zeit nach dem Sturz Hitlers einen gerechten Frieden und nationale Unabhängigkeit in Aussicht zu stellen. Das Programm spreche durch seine revolutionären Teile (Verurteilung der Kriegsverbrecher, Enteignung der Kriegsgewinnler, Recht auf Arbeit) bei gleichzeitiger Betonung nationaler Gesichtspunkte auf demokratischer Basis[21] (Freiheit der Wirtschaft und des Handels, Recht auf rechtmäßig erworbenes Eigentum) sowohl Arbeiter als auch Mittelklasse, Intellektuelle, Bauern und Armee an. Das Nachkriegsprogramm des NKFD-Manifests blieb, wie im OSS verschiedentlich angemerkt wurde, denkbar vage: allgemein versprach das Manifest eine starke, wehrhafte Demokratie, die nichts mit dem schwachen, hilflosen Weimarer Regime gemein haben solle. Damit schien dem OSS die Basis für eine Verschwörung gegen Hitler, aber nicht für eine spätere Regierungskoalition gegeben.[22]

Was die Motive der Sowjetunion bei der Gründung des Nationalkomitees und des Bundes Deutscher Offiziere betraf, so war man sich nicht schlüssig. Einerseits handelte es sich um eine Zeit der Krise der interallierten Beziehungen und des gegenseitigen Mißtrauens wegen der hinausgeschobenen Zweiten Front und der fehlenden Absprachen für die Nachkriegszeit. Andererseits war man wegen der öffentlichen Sympathie für die schwer bedrängte Sowjetunion in den USA und Großbritannien geneigt, der UdSSR manches nachzusehen.[23] Um die Motive des Kreml besser zu ergründen, wurden in einer konzertierten Aktion das State Department mitteleuropäische Diplomaten, Journalisten und deutsche Emigranten um ihre Meinung zum Nationalkomitee befragt.[24] Dieser gesamte Personenkreis wie auch die Mitglieder des OSS unterstrichen die Bedeutung des Komitees als eines hervor-

ragenden Mittels der psychologischen Kriegführung.[25] In diesem Zusammenhang wurden das allgemein gehaltene Manifest, der Einsatz nichtkommunistischer Deutscher im sowjetischen Rundfunk, die insinuierte Unterstützung des Komitees durch die Sowjetunion sowie die angedeutete Möglichkeit eines Verhandlungsfriedens erwähnt.[26] Nach Ansicht vieler war Propaganda aber nicht die einzige Absicht der Sowjetunion.[27]

Ein weiteres häufig vermutetes Motiv war der Wunsch der Sowjetunion, das Nationalkomitee Freies Deutschland als Trumpfkarte in interalliierten Verhandlungen zu benutzen. Das Nationalkomitee war in den Augen vieler ein Zeichen dafür, daß die Sowjetunion nach dem Krieg eine große Rolle in Mitteleuropa zu spielen beabsichtige.[28] Gleichzeitig wurde es als Warnung gesehen, daß die UdSSR sich nicht mit einer anglo-amerikanischen Vorherrschaft in Europa abfinden werde.[29] So fiel auf, daß die Gründung des Nationalkomitees kurz nach der Aufforderung Roosevelts und Churchills an die Italiener vom 6. 7. 1943 zum Sturz der faschistischen Regierung erfolgte. Die Sowjetunion schien sich hier ausgeschlossen zu fühlen.[30] Außerdem wurde auf die Verbindung zwischen dem Nationalkomitee und sowjetisch inspirierten volksfrontartigen Bewegungen in anderen Ländern verwiesen wie der Union of Polish Patriots, der Hungarian Front for National Independence und der Partisanenbewegung in Jugoslawien.[31] Im Gegensatz zu den offensichtlich detaillierten sowjetischen Nachkriegsplanungen für Europa beschränke sich die Politik der USA auf militärische Kriegführung und definiere keine politischen Kriegsziele.[32]

Besonders fürchtete man nicht nur im OSS, daß das Nationalkomitee den Deutschen sowjetische Verhandlungsbereitschaft im Hinblick auf einen Separatfriedensschluß signalisieren solle, zumal bei weiterhin ausbleibender Zweiter Front.[33] Seit Anfang 1943 hatten sich die Gerüchte über einen deutsch-sowjetischen Separatfrieden gemehrt und klangen erst im Oktober mit der Moskauer Konferenz wieder ab, als die Sowjetunion ihre Territorialforderungen durch die Westalliierten erfüllt sah.[34] Besonders beunruhigend war gerade für Europakenner wie den jugoslawischen Botschafter Constantin Fotich das indirekte sowjetische Angebot, mit einer Nicht-Hitler-Regierung zu verhandeln. Dies schien in krassem Gegensatz zu der seit Januar 1943 nicht zuletzt zur Beruhigung der UdSSR propagierten westlichen Forderung nach bedingungsloser Kapitulation zu stehen.[35] Zwar wurde in

den Radiosendungen des Nationalkomitees vor einem Separatfrieden gewarnt, aber die Formel ›bedingungslose Kapitulation‹ wurde nie erwähnt.[36] Die OSS-Planungsgruppe, das höchste Beratungsgremium des OSS, war so besorgt über die Möglichkeit eines deutsch-sowjetischen Sonderfriedens unter Mitwirkung des Nationalkomitees, daß sie einen warnenden Bericht an die Joint Chiefs of Staff verfaßte.[37] Eine künftige Kombination russisch-deutscher Stärke wirkte insbesondere auf einen Konservativen wie den Stellvertretenden Direktor der Foreign Nationalities Branch und Mitglied der Planungsgruppe, John C. Wiley, äußerst bedrohlich: »Eine Moskau-Berlin-Achse wäre trotz aller Kriegsmüdigkeit furchterregender als es die Achse Berlin-Rom je war.«[38] Die eher sozialistisch eingestellte R&A-Abteilung schätzte die Gefahr eines Sonderfriedens als weniger real ein. In einer speziell zu diesem Zweck angefertigten Studie kam sie zu dem Schluß, daß die UdSSR die Grenzen von 1914 verlangen und nur mit einer Regierung ohne Hitler Frieden schließen werde. Deutschland werde diese harten Bedingungen lediglich annehmen, falls es von der UdSSR Material für die Fortsetzung des Krieges gegen den Westen erhielte, was nur der Fall wäre, wenn die Sowjetunion glaube, Deutschland zu einer Barriere gegen eine anglo-amerikanische Penetration des Kontinents machen zu müssen.[39] Allgemein waren sich die R&A-Mitarbeiter aufgrund von Befragungen von Kriegsgefangenen darüber im klaren, daß die meisten Deutschen nach einem Jahrzehnt der Indoktrination durch die Nationalsozialisten eher antibolschewistisch eingestellt waren und Angst vor der Sowjetunion hatten. Dennoch rechnete man mit einer Hinwendung zum Osten, falls der Westen keine Verhandlungsbereitschaft gegenüber Deutschland zeige.[40]

Auch vor dem Beginn des Kalten Krieges und in einer Periode der offiziellen Partnerschaft mit der Sowjetunion zeigt sich interessanterweise bereits oder immer noch das Mißtrauen maßgeblicher amerikanischer Kreise gegenüber der Sowjetunion. So findet sich häufig die Vermutung, die Sowjetunion plane die Bolschewisierung Deutschlands und könne das Nationalkomitee als Kern einer zukünftigen Regierung benutzen.[41] Obwohl in den meisten Denkschriften ein kommunistisches Deutschland nur als eines von mehreren eventuellen Motiven der UdSSR bei der Gründung des Nationalkomitees erwähnt wird,[42] ist es dennoch bezeichnend für die gestörten interalliierten Beziehungen 1943, daß dieser Verdacht aufkam. Besonders die von der Foreign Na-

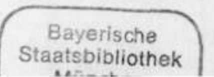
tionalities Branch über das Nationalkomitee befragten mitteleuropäischen Diplomaten warnten vor einer Sowjetisierung Europas.[43] Der konservative Wiley nahm diese Angst vor der Expansionstradition der russischen Politik auf und beschwor in einem Memorandum für Präsident Roosevelt die Gefahr einer ›Vergewaltigung‹ großer Teile Europas.[44] Der Einfluß mitteleuropäischer Diplomaten wurde ausgeglichen durch Interviews mit sowjetischen Vertretern in den USA, die zu Protokoll gaben, die UdSSR verlange aus Sicherheitsgründen ein Stimmrecht bei der Kontrolle Deutschlands sowie Mitsprache bei den Nachkriegsentscheidungen in Mittel- und Südosteuropa, aber nicht eine Sowjetisierung Deutschlands.[45] Eine mittlere Position nahm R&A ein. In der Forschungsabteilung zeigte man sich zwar beunruhigt ob der Möglichkeit einer sowjetischen Vorherrschaft in Europa, falls sich die UdSSR von Großbritannien und den USA in eine untergeordnete Stellung gedrängt fühle. Man war aber der Ansicht, daß die sowjetische Regierung keine soziale Revolution erwarte, wenn sie sich auch vom Nachkriegschaos einen ihr zugute kommenden Trend nach links erhoffe.[46] Da »es nicht unbillig ist zu vermuten, daß die Bildung des Komitees eine sowjetische Ankündigung darstellt, daß die UdSSR eine starke Rolle in der Nachkriegs-Reorganisation Europas zu spielen beabsichtigt, [. . .] scheint daraus zu folgen, daß die Sowjetunion eine starke Annäherung an Nachkriegsdeutschland suchen wird«.[47] Allgemein habe die sowjetische Regierung durch das Nationalkomitee Freies Deutschland klargemacht, daß sie von einem Nachkriegsdeutschland eine ›demokratische‹ Innenpolitik und eine pro-sowjetische Außenpolitik erwarte, wobei auf das spezifisch sowjetische Verständnis des Wortes ›Demokratie‹ hingewiesen wurde.[48] Auch im State Department war man der Meinung, die UdSSR erwarte ein moskaufreundliches Deutschland, schloß aber eine von Moskau kontrollierte künftige deutsche Regierung nicht aus.[49]

Gerade im Hinblick auf die Separatfriedens- und Bolschewisierungsbefürchtungen schien es sehr wichtig, die Reaktion der Deutschen auf die Gründung des Nationalkomitees und des Bundes Deutscher Offiziere zu analysieren.[50] Da das OSS hier auf Berichte von Deutschlandreisenden und deutschen Emigranten und deren Untergrundkontakten angewiesen war, variierten die Prognosen über die kommunistischen Erfolgsaussichten in Deutschland je nach Zeitpunkt der Analyse. Obwohl man wegen Informationsmangels keine sicheren Folgerungen ziehen konnte,

war R&A immer skeptisch gegenüber den Chancen der Kommunisten, solange den Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Katholiken soziale Reformen erlaubt würden.[51] Im August 1943 kam R&A – vielleicht beeinflußt von eigenem eher sozialistischen Wunschdenken, da der Verfasser der Studie Franz Neumann war – zu dem Schluß, der deutsche Untergrund sei von einem demokratischen Sozialismus geprägt und strebe Unabhängigkeit von der Sowjetunion an.[52] Es erscheint paradox, daß einerseits der weitverbreitete Antibolschewismus in Deutschland betont wurde, andererseits aber sowohl viele Offiziere als auch die Arbeiterklasse als pro-russisch dargestellt wurden. Für das OSS war jedenfalls erwiesen, daß die Kommunisten die am besten organisierte Kraft in Deutschland seien.[53]

Die meisten OSS-Mitglieder führten die Gründung des Nationalkomitees auf ein Zusammentreffen mehrerer Motive zurück.[54] Trotz einiger Interpretationsunterschiede[55] waren sich die Mitarbeiter des OSS darin einig, daß das Nationalkomitee Freies Deutschland einen ›meisterhaften Schachzug‹[56] der UdSSR in der psychologischen Kriegführung und in den Beziehungen zu den Alliierten darstelle.[57] Als besonders gelungen erschien , daß das Nationalkomitee zwar indirekte Unterstützung durch die Sowjetunion in Form von Sendezeiten im Rundfunk, einer eigenen Zeitung und eines Gebäudes in Moskau erhielt, zugleich aber nicht offiziell von der sowjetischen Regierung anerkannt war, so daß es jederzeit fallengelassen werden konnte.[58]

Bei der Analyse der sowjetischen Motive zur Gründung des Nationalkomitees stand im OSS stets die Frage möglicher amerikanischer Gegenmaßnahmen im Mittelpunkt. Diskutiert wurden u. a. die Etablierung eines Gegenkomitees, die Verbesserung der amerikanischen Propaganda im Sinne der psychologischen Kriegführung, eine verstärkte Umerziehung und ein eventueller Einsatz deutscher Kriegsgefangener in den USA, die Aufgabe der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation sowie die Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion. Eine besondere Note erhielt diese Diskussion durch das Drängen deutscher Informanten, der Westen solle sich mehr um Deutschland bemühen und die bürgerlichen Emigranten stärker unterstützen.[59] Besonders der OSS-Vertreter in Bern, Allen Dulles, war für solche Ideen empfänglich. Antikommunistisch eingestellt,[60] befürchtete er eine bolschewistische Machtübernahme in Deutschland während der Nachkriegswirren und schlug daher vor, als Gegengewicht frü-



here Mitglieder der Zentrumspartei und der Sozialdemokraten aktiv zu fördern.[61] Die R&A-Abteilung tendierte mit ihren Vorschlägen in die gleiche Richtung, war allerdings radikaler. Von eher links orientierten Emigranten aus der Frankfurter Schule wie Franz Neumann beeinflußt,[62] drängte sie auf weitgehende soziale und politische Reformen in Zusammenarbeit mit der antinationalsozialistischen linken Arbeiteropposition als Gegengewicht zu der durch das Nationalkomitee gestärkten kommunistischen Partei.[63] In der OSS-Planungsgruppe wurde die Idee der Gründung eines Gegenkomitees kurz andiskutiert, sei es in Form einer deutschen Exilregierung, sei es als Konferenz aller deutschen Nazigegner unter Einbeziehung des Nationalkomitees.[64] Der Vorschlag Irving H. Shermans aus dem New Yorker Büro des OSS, ein ›Save Germany‹-Komitee aus acht bis zehn herausragenden deutschen Emigranten aller Richtungen zu bilden, wurde nach Konsultationen mit dem State Department Ende September 1943 abgelehnt. Obwohl Sherman beteuerte, sein Projekt sei älter als das Nationalkomitee und als Ergänzung des russischen Komitees gedacht, schien ein derartiges Programm keine Angelegenheit für das OSS zu sein und eine effektive Zusammenarbeit von politisch derartig disparaten Persönlichkeiten wie Hermann Rauschning, Wilhelm Sollmann, Kurt Riezler, Hans von Hentig, Paul Tillich, Thomas Mann, Max Brauer und Oskar Maria Graf nicht möglich.[65] Das State Department sprach sich gegen die Bildung ausländischer Komitees aus, weil die amerikanische Regierung nicht ihre Handlungsfreiheit verlieren wolle, weil sie derartige Gruppen manipulieren könne und v. a. weil »das Department keine Schritte unternehmen will, die als Nachahmung verstanden werden könnten oder eventuell zu Rivalität mit dem in Moskau gebildeten Komitee führen könnten, zumindest nicht bevor die anstehende Dreier-Konferenz die sowjetische Haltung gegenüber Deutschland geklärt hat«.[66] Außerdem fürchtete man die Beherrschung eines Emigrantenkomitees durch die Kommunisten.[67] Ein paradoxes Ergebnis der Gründung des sowjetischen Komitees war, daß Pläne des Direktors der Foreign Nationalities Branch, Clinton DeWitt Poole, eine von der sozialdemokratischen German Labor Delegation geplante Emigrantenbewegung zu unterstützen, aufgegeben werden mußten. Das State Department, das seine Zustimmung bereits gegeben hatte, zog sie aus Angst vor Fehlinterpretationen durch die UdSSR wieder zurück.[68]

Das Mißtrauen gegenüber den deutschen Emigranten wurde genährt durch Beobachtungen über deutsche Emigrantenvereinigungen in anderen westlichen Ländern, die amerikanische Diplomaten nach Washington meldeten. Seit dem Zusammenschluß deutscher Emigranten in Mexiko zu einer Freien Deutschen Bewegung im Januar 1943[69] schossen ähnliche Komitees, inspiriert durch das Nationalkomitee, Ende 1943/Anfang 1944 in vielen Ländern Lateinamerikas, in England, Schweden, Frankreich und der Schweiz aus dem Boden. Das Programm dieser Freien Deutschen Komitees sah vor, die alliierten Kriegsanstrengungen zu fördern, die alliierte Öffentlichkeit zu informieren und die deutschen Emigranten in einer Organisation zu vereinen. Das OSS merkte eher kritisch an, daß allen Komitees die Befürwortung des NKFD-Manifests sowie eine starke kommunistische Präsenz gemein seien. Im Rahmen einer Umfrage vom April 1944 stellte das OSS mit Unbehagen fest, die Komitees in London, Bern, Mexico City und wohl auch in Stockholm hätten Kontakt mit Moskau und erhielten zum Teil von dort Instruktionen, so daß trotz Auflösung der Komintern im Mai 1943 die Kommunisten nach wie vor von Moskau gesteuert zu sein schienen.[70] Zur amerikanischen Beruhigung vermerkte das OSS aber auch, daß nirgendwo die Sozialdemokraten in größerem Maße die Freien Deutschen Komitees unterstützten. Deshalb galt für das OSS trotz des relativ großen Erfolgs der Komitees in England und Lateinamerika eine Einigung aller Emigranten als unwahrscheinlich.[71] Dies war um so mehr der Fall, als die Freien Deutschen Bewegungen seit Mai 1944 im Zuge eines von Moskau erzwungenen Eintretens für einen harten Frieden mit Gebietsabtretungen an Anhängerschaft verloren.[72]

OSS-Mitarbeiter beobachteten mit besonderem Mißtrauen die Einigungsbestrebungen der deutschen Emigranten in den USA, die ihrer Meinung nach auch ein Freies Deutsches Komitee planten. Dabei wurden mitunter die Versuche des Führers der linkssozialistischen Gruppe »Neu Beginnen«, Paul Hagen, die deutschen Emigranten unter dem Vorsitz des protestantischen Theologen Paul Tillich im Council for a Democratic Germany zu sammeln, nicht zuletzt aufgrund von Hetzschriften der Antistalinistin und kommunistischen Renegatin Ruth Fischer,[73] als ein kommunistisch inspiriertes Unternehmen mißverstanden. Der letztlich erst im Mai 1944 gegründete Council for a Democratic Germany wurde auch deshalb dem linken Spektrum zugerechnet, weil er die

Mitgliedschaft von Kommunisten zuließ, Anhänger der kommunistisch inspirierten German American Emergency Conference an seiner Gründung mitwirkten, und der Organisator Hagen früher der KPD angehörte hatte.[74] Zudem hatte Hagen zusammen mit Reinhold Niebuhr ein Glückwunschtelegramm an das Nationalkomitee gesandt.[75]

Wenn sich die amerikanische Regierung auch gegen die Etablierung eines Emigrantenkomitees wehrte, so versuchte man im OSS dennoch, als Reaktion auf das Nationalkomitee Freies Deutschland zumindest die verstärkte Mitarbeit deutscher Emigranten in nach Deutschland gerichteten amerikanischen Radiosendungen durchzusetzen.[76] Vor allem strebte man eine allgemeine Verbesserung der amerikanischen Propaganda an.[77] Vereinzelt wurde zum Beispiel in R&A bereits die Idee des Einsatzes deutscher Emigranten im Rahmen der psychologischen Kriegführung durch den Gedanken der Verwendung deutscher Kriegsgefangener ergänzt.[78] Diese Idee sollte aber erst Ende 1944 Fuß fassen.

Nach der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland mehrten sich auch Stimmen, die die niemals unumstrittene Formel der bedingungslosen Kapitulation kritisierten.[79] Die Forschungsabteilung R&A spielte vorsichtig darauf an, daß das Nationalkomitee »eine eindringliche Erinnerung an die Armseligkeit der bedingungslosen Kapitulation« (a forcible reminder of the poverty of unconditional surrender) sei.[80] Wiley forderte in einem Memorandum an Präsident Roosevelt, die bedingungslose Kapitulation auf ›Hitler-Deutschland‹ zu beschränken, damit das Manifest des Nationalkomitees für die Deutschen nicht verlockender sei als die bedingungslose Kapitulation, die Deutschland nicht einmal vor der Rache seiner Nachbarstaaten schütze.[81] Die OSS-Planungsgruppe entschied sich im August 1943 nach längerer Diskussion ihres Memorandums über das Nationalkomitee, zumindest vorsichtig auf die Schädlichkeit der Formel des ›Unconditional Surrender‹ vom militärisch-psychologischen Standpunkt aus hinzuweisen, selbst wenn dies vom Weißen Haus als Einmischung angesehen würde.[82] Vor allem Allen Dulles in Bern kritisierte die bedingungslose Kapitulation und stellte ihr die Versprechungen des NKFD-Manifests gegenüber. Zu einem Zeitpunkt, da die Russen praktisch allein auf dem Kontinent militärisch präsent seien und unaufhaltsam gen Deutschland vordrängen, würde die UdSSR sämtliche Propagandamöglichkeiten nutzen, während die USA deutsche Städte bombardierten und die

bedingungslose Kapitulation forderten.[83] Dulles tadelte, daß die Westalliierten nichts täten, um Goebbels' Gleichsetzung von bedingungsloser Kapitulation mit wirtschaftlichem Ruin und militärischer Katastrophe zu berichtigen, während die Sowjets das Nationalkomitee Freies Deutschland als Hoffnungsträger vorstellten. Allerdings gab er zu, daß viele Deutsche das NKFD als ›Falle‹ betrachteten.[84] Dennoch sah er schon eine Veröffentlichung der Pläne zu einer gemeinsamen Besetzung Deutschlands als hilfreich.[85] Trotz wiederholter Vorstöße,[86] nicht zuletzt auch seitens des britischen Premierministers Winston Churchill und des sowjetischen Staatschefs Stalin Anfang 1944,[87] ließ sich Präsident Roosevelt nicht von der Formel der bedingungslosen Kapitulation abbringen. Sie sollte als Prinzip bestehen bleiben, damit Deutschland keinen Keil zwischen die Alliierten treiben könne und es im Gegensatz zu 1918 seine Niederlage anerkennen müsse. Auch auf Deutschlands Satellitenstaaten sollte die Formel angewandt werden, wie Roosevelt Anfang April 1944 ausdrücklich festlegte.[88]

Als Reaktion auf die Gründung des Nationalkomitees drängte das OSS am häufigsten und dringlichsten darauf, eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion anzustreben. Auf diesem Gebiet war Roosevelt auch tatsächlich bereit zu handeln. Das OSS führte als Argumente für seine Position an, daß ohne eine interalliierte Einigung das Nationalkomitee schnell zu einem machtpolitischen Instrument werden könne.[89] Man müsse verhindern, daß Deutschland die Alliierten gegeneinander ausspiele.[90] Der Rußland-Experte des OSS, Dr. Geroid T. Robinson, kam in seiner Analyse der russisch-amerikanischen Beziehungen zu dem Ergebnis, daß die Vereinigten Staaten möglichst schnell auf dem Kontinent militärisch präsent werden müßten, um aus einer Position der Stärke heraus mit der Sowjetunion verhandeln zu können. Könne man die sowjetische Regierung nicht dazu bringen, auf ihre Maximalforderung der Beherrschung Deutschlands und ganz Europas zu verzichten, so sei der Krieg als verloren zu betrachten. Eine Ausrichtung Deutschlands nach dem Osten müsse unbedingt verhindert werden.[91] »Wir können und müssen sowohl den Krieg als auch den Frieden gewinnen.«[92] Gerade R&A-Mitarbeiter drängten auf konkrete Vereinbarungen mit den Sowjets, um einer Sowjetisierung Europas zuvorzukommen.[93] Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Präsident Roosevelt von den dringlichen Memoranden des OSS nicht unberührt blieb. Ende

September machte er in einem Gespräch Kriegsminister Henry L. Stimson gegenüber klar, daß die Gründung des Nationalkomitees ihn so beunruhige, daß ein Treffen mit Stalin nun unerläßlich sei.[94] So war die Entscheidung, im Oktober/November 1943 intensive Drei-Mächte-Verhandlungen in Moskau und Teheran aufzunehmen, nicht nur durch die neuerliche Verschiebung der Errichtung einer zweiten Front und die allgemeine Verschlechterung der interalliierten Beziehungen bedingt, sondern erhielt einen endgültigen Anstoß durch die Gründung des Nationalkomitees.

Obwohl die Sowjetunion in der Viermächteerklärung vom 1.11.1943 öffentlich für die Formel der bedingungslosen Kapitulation eintrat,[95] klang die amerikanische Furcht vor einem deutsch-sowjetischen Separatfrieden nie ganz ab. Ein R&A-Bericht vom 26. November 1943 wies darauf hin, daß die Sowjetunion zwar in Moskau der bedingungslosen Kapitulation zugestimmt habe, das Nationalkomitee aber weiterhin diese Formel vermeide. Allerdings sei die Möglichkeit, das Nationalkomitee Freies Deutschland als Instrument für einen Separatfrieden zu nutzen, seit dem Versprechen der Moskauer Konferenz, sich gegenseitig über deutsche Friedensfühler zu informieren, gering geworden, zumal viele der Programmpunkte des Nationalkomitees erklärten sowjetischen Zielsetzungen zuwiderliefen.[96] Außerdem war beim Moskauer Außenministertreffen im Oktober 1943 und beim Treffen der drei Staatschefs in Teheran im folgenden Monat eine partielle Einigung hinsichtlich einer gemeinsamen Deutschlandpolitik erzielt worden, so daß den meisten Amerikanern eine Kooperation mit der Sowjetunion möglich schien. Seit der erstmaligen Aussprache über vorläufige Nachkriegspläne für Deutschland, der endgültigen Planung der Zweiten Front für Mai 1944, der Einrichtung der European Advisory Commission als Beratungsgremium für die Nachkriegsplanung und des Beschlusses über die Etablierung einer internationalen Nachfolgeorganisation für den Völkerbund[97] war das OSS der Ansicht, das Nationalkomitee diene wohl hauptsächlich der psychologischen Kriegführung.[98] Außerdem hatte Stalin auf der Moskauer Konferenz auf konkrete Fragen hin versichert, das Nationalkomitee verfolge nur Propagandazwecke.[99] Dennoch wurden das Nationalkomitee und seine Ableger in westlichen Ländern weiterhin genau beobachtet.

Gesteigerte Aufmerksamkeit schenkte man dem Nationalkomitee wieder nach dem versuchten Attentat auf Hitler am 20. Juli

1944. Sofort nach dem mißglückten Putsch warnte Dulles aus Bern, daß eine Gruppe jüngerer Verschwörer um Oberst Graf von Stauffenberg kurz vor dem Attentat zum Osten übergeschwenkt sei und aus Verzweiflung über die kompromißlose amerikanische Haltung Kontakt zur russischen Botschafterin in Stockholm, Madame Kollontai, aufgenommen habe.[100] Diese Berichte, bis heute umstritten,[101] wurden Anfang 1945 von dem aus Deutschland geflohenen Mitglied der Verschwörung Hans Bernd Gisevius bestätigt, der behauptete, Stauffenberg habe über Madame Kollontai Kontakte zum Seydlitz-Komitee gehabt.[102] Dulles nutzte die Gerüchte über eine Ostorientierung des deutschen Widerstandes im Juli 1944 dazu, sich nochmals vehement für eine Milderung der Formel des ›Unconditional Surrender‹ einzusetzen: »Der nächste Versuch, das Hitler-Regime von innen heraus zu stürzen, wird wahrscheinlich von einer östlich orientierten Gruppe unternommen werden, möglicherweise sobald ein Teil Ostpreußens besetzt sein wird und eine deutsche Regierung à la Seydlitz dort installiert ist [...] Rußland hat durchweg eine realistischere Politik in bezug auf die innenpolitische Situation in Deutschland betrieben [...] und es ist möglich, daß von nun an das Seydlitz-Komitee an Einfluß gewinnen und einen größeren Handlungsspielraum erlangen wird. Dies ist eine Entwicklung, die wir nicht unterschätzen sollten«.[103] Doch obwohl auch die militärischen Befehlshaber auf eine Milderung der bedingungslosen Kapitulation drängten oder wenigstens darum baten, Roosevelt möge seine Weihnachtsbotschaft von 1943 wiederholen, daß die USA nicht die Versklavung des deutschen Volkes planten,[104] weigerte sich der Präsident, das Prinzip des ›Unconditional Surrender‹ anzurühren. Er ließ nur im September 1944 eine kurze Erklärung General Eisenhowers über die beginnende Militärregierung an das deutsche Volk zu.[105]

Während in bezug auf die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation keine Änderung erfolgte, gab es Neuansätze auf zwei anderen Gebieten: dem Einsatz deutscher Kriegsgefangener und den Kontakten zu deutschen Emigranten. Im Sommer 1944 kamen erstmals Pläne auf, Gegner des NS-Regimes unter den deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien im Rahmen der psychologischen Kriegführung zu nutzen. Im nachhinein läßt sich nicht mehr feststellen, ob dieses Projekt von deutscher Seite an die Briten herangetragen wurde[106] oder aber von Dulles und seinem Mitarbeiter Gero von Schulze-Gaevernitz stammte.[107] Im

Rahmen eines Programms zur Zermürbung des deutschen Widerstandswillens, das nicht zuletzt durch die vermeintlichen Erfolge des Nationalkomitees motiviert war, wurde der Einsatz kriegsgefangener deutscher Generäle in der Rundfunkpropaganda und bei Verbindungsaufnahmen zu deutschen Kommandeuren an der Westfront geplant. Auch an die Gründung eines Komitees unter dem Luftwaffengeneral Gerd Bassenge hatte man gedacht.[108] Dem vom Joint Intelligence Committee ausgearbeiteten Projekt stimmten der britische und amerikanische Generalstab, der britische Außenminister Eden und Winston Churchill zu.[109] Aufgrund der ungenügenden Quellenlage muß im Augenblick offenbleiben, ob der Plan am Veto Washingtons scheiterte, das sich gegen den Einsatz von deutschen ›Militaristen‹ sträubte,[110] zumal so kurz vor der deutschen Kapitulation, oder, was wahrscheinlicher ist, an den deutschen Generälen, die überhöhte Forderungen stellten und aus Angst um ihre Familien in Deutschland letzlich eine Mitarbeit ablehnten.[111]

Das zweite Projekt, das im Umkreis und als Konsequenz des Nationalkomitees in Angriff genommen wurde und auch zustande kam, war der Einsatz von Emigranten aus den Freien Deutschen Bewegungen für nachrichtendienstliche Tätigkeiten des OSS. Im Rahmen eines größeren OSS-Projekts zur Einschleusung von Agenten nach Deutschland, das von William Casey, Direktor der Spionageabteilung Secret Intelligence (SI) in Europa, und Arthur J. Goldberg, Direktor des Labor Desk, zur schnelleren Beendigung des Krieges initiiert worden war, rekrutierte Joseph Gould auf Vermittlung des amerikanischen Kommunisten Noel Field Ende 1944 sieben Mitglieder der Freien Deutschen Bewegung in England (FDB).[112] Trotz einiger Warnungen, daß diese Agenten sich für sowjetische Interessen einsetzen würden, stimmten OSS-Direktor William Donovan, der für das OSS in Europa zuständige David Bruce und Casey dem Plan zu, vorausgesetzt, die vorgeschlagenen Agenten würden einer sorgfältigen Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Außerdem galt die Prämisse, die FDB-Mitglieder nur individuell und nicht als Vertreter ihrer Organisation einzusetzen, diese kommunistischen Agenten sofort nach Kriegsende zu entlassen und keinerlei Verpflichtungen einzugehen.[113] Trotz technischer Schwierigkeiten kamen die FDB-Agenten zum nachrichtendienstlichen Einsatz in Deutschland. Interessanterweise stand in ihren Instruktionen, Kontakt mit den in Deutschland vermuteten Freien Deutschen Komitees aufzuneh-

men und diese als Informationsquellen für die militärisch-strategische Lage in Berlin, Leipzig, dem Ruhrgebiet und Bayern zu benutzen.[114] Der Plan der Special-Operations-Abteilung (SO) des OSS, 25–40 erfahrene Maquis- und Spanienkämpfern des laut R&A zu neunzig Prozent aus Kommunisten bestehenden Freien Deutschen Komitees für den Westen in Frankreich für Sabotageaktionen hinter den Linien einzusetzen, wurde allerdings nicht mehr verwirklicht, da ihr Training erst Ende April 1945 beendet war.[115]

Erneute größere Aufmerksamkeit wurde dem Nationalkomitee zur Jahreswende 1944/1945 geschenkt, als die Alliierten sich auf den baldigen Sieg vorbereiteten und versuchten, die Politik der Sowjetunion abzuschätzen. Eine gewisse Nervosität zeigten die Amerikaner bei der Beobachtung der kommunistischen Machtübernahme in vielen Ländern Osteuropas; einzelne sahen eine ähnliche Entwicklung in Deutschland voraus. So befürchtete Dulles Parallelen zwischen den Aktivitäten des am 1. 1. 1945 von den Sowjets als Provisorische Polnische Regierung eingesetzten Lubliner Komitees und einem möglichen Einsatz des Nationalkomitees in Deutschland.[116] Auch die Presse war inzwischen dem Nationalkomitee gegenüber mißtrauischer geworden.[117] Das OSS versuchte, in seinen Berichten unparteiisch und realistisch die eventuellen Gefahren des Nationalkomitees Freies Deutschland abzuschätzen. Die Europa-Expertin Betty Carp verneinte in einer auf Interviews mit Russen gestützen Analyse vom 10. Februar 1945 entschieden die Frage, ob die Russen das Komitee nach der Niederlage Hitlers als deutsche Regierung einzusetzen beabsichtigten. Sie trat damit Gerüchten in der Presse vom Januar 1945 entgegen, die Sowjetunion habe eine NKFD-Regierung unter Generalfeldmarschall Friedrich v. Paulus und General von Seydlitz in Königsberg eingesetzt.[118] Carp sah für das Nationalkomitee vor allem nach dem Mißerfolg des 20. Juli keine Rolle mehr, zumal die Sowjetunion den deutschen Generälen nicht traue. Allerdings plane die Sowjetunion, einzelne Antifaschisten und NKFD-Mitglieder während der Besatzungszeit mit Aufgaben zu betrauen.[119] Die Forschungsabteilung R&A war sich ihrer Sache nicht so sicher: Einerseits sei die KPD gut organisiert und werde wohl auch Hilfe von der UdSSR erhalten; zudem habe der deutsche kommunistische Untergrund über russische Kriegsgefangene und Fremdarbeiter Kontakt zum Nationalkomitee, und einzelne Komitees hätten sich auch in Deutschland gebildet, um dem Nationalkomitee

beim Einmarsch der Alliierten in Deutschland die Macht zu sichern.[120] Andererseits tendiere die deutsche Bevölkerung allenfalls zu einem liberalen demokratischen Kommunismus. Das Nationalkomitee sei auch nicht koalitionsfähig und werde seine Rolle verlieren, sobald der Antifaschismus als einendes Band entfalle. Vor allem aber werde das NKFD von den Kommunisten selber nur als Übergangsmaßnahme für die Besatzungszeit betrachtet.[121] In einer umfassenden 41 seitigen Studie, die Anfang 1945 von R&A über das Nationalkomitee verfaßt wurde, »The Free Germany Movement and its Political Future,« betonte die Forschungsabteilung die Offenheit der Situation und die Notwendigkeit einer interalliierten Einigung. Da die sowjetische Regierung sich Handlungsfreiheit bewahrt habe, hänge ihre Haltung gegenüber dem Nationalkomitee von den Westalliierten ab: komme es zu einer detaillierten interalliierten Übereinkunft, werde Moskau das Nationalkomitee wohl fallenlassen; beschränke man sich in dem Abkommen auf militärische Einzelheiten, werde das Komitee als Verhandlungsobjekt im Sinne eines ›bargaining counter‹ eingesetzt; überlasse man die Details der Besatzungspolitik den einzelnen Alliierten, werde die Sowjetunion das Nationalkomitee als Verwaltungsorgan in ihrer Zone benutzen; und gebe es überhaupt keine Einigung unter den Alliierten, werde das Nationalkomitee die politische Grundlage für eine zukünftige deutsche Regierung bilden. Selbst im günstigsten Falle, wenn die UdSSR die Organisation fallenlasse, habe man zumindest in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit dem Nationalkomitee Freies Deutschland als einem wichtigen politischen Faktor zu rechnen: »Die Freie Deutsche Bewegung hat innerhalb und außerhalb des Reiches soviel Macht gewonnen, daß sie im besiegten Deutschland mit oder ohne aktive russische Unterstützung in Erscheinung treten wird.«[122]

Trotz der eher zurückhaltenden und unparteiischen Berichterstattung des OSS blieb ein Rest an Mißtrauen gegenüber dem Nationalkomitee bestehen. Die R&A-Abteilung beispielsweise sah eine kommunistische Infiltration der anglo-amerikanischen Zonen voraus.[123] Dementsprechend gingen bis zur Auflösung des Nationalkomitees am 2. November 1945 regelmäßig Berichte über angebliche Aktivitäten und Pläne des Nationalkomitees von der OSS-Gegenspionage-Abteilung und vom politischen Berater der Militärregierung, Robert D. Murphy, ein.[124]

Die Einschätzung des Nationalkomitees Freies Deutschland durch die Amerikaner zu beurteilen, fällt schwer, nicht zuletzt, weil sie schwankte und sich einer einfachen Kategorisierung entzieht, wenn auch eine eher sozialistisch-sozialdemokratische Linie in R&A und eine antikommunistische Einstellung einiger Mitglieder der OSS-Planungsgruppe und der Foreign Nationalities Branch zu erkennen sind. Insbesondere über die Haltung der deutschen Bevölkerung nach dem Krieg konnte sich das OSS keine rechte Vorstellung machen.[125] Immerhin muß man sagen, daß, trotz mancher Überschätzungen der Bedeutung des Nationalkomitees,[126] die Urteile des OSS in bezug auf die Motive der Sowjetunion bei der Gründung des Nationalkomitees relativ realistisch waren, soweit sich das trotz der fortdauernden Unzugänglichkeit der sowjetischen Quellen beurteilen läßt. Vor allem mit der Vermutung, die sowjetische Regierung wolle unbedingt ihre Handlungsfreiheit bewahren, scheint das OSS richtig gelegen zu haben. Zumindest wird die Einschätzung, daß Stalin sich eine Bandbreite von Aktionsmöglichkeiten erhalten wollte, von Historikern bestätigt, die sich länger mit der sowjetischen Deutschlandpolitik beschäftigt haben.[127] Ansonsten variieren auch Historiker in der Gewichtung der Motive der Sowjetunion bei der Gründung des Nationalkomitees. Zwar sei das Komitee hauptsächlich zu Propagandazwecken und zur Umerziehung von Kriegsgefangenen konzipiert worden, wie Soley hervorhebt;[128] doch habe Stalin ohne militärische Entlastung durch eine Zweite Front, ohne eine Anerkennung der sowjetischen Gebietsansprüche durch England und die USA, konfrontiert mit der Möglichkeit einer osteuropäischen Föderation als ›cordon sanitaire‹ und ohne Hoffnung auf einen baldigen Sieg Nationalkomitee und Offiziersbund auch als Trümpfe für interalliierte Verhandlungen benutzt, um den Westen zu beunruhigen und den russischen Wünschen geneigter zu machen, wie Scheurig meint.[129] Alexander Fischer betont hingegen mehr den Separatfriedensaspekt: er sieht die Sowjetunion je nach militärischer und politischer Lage schwanken zwischen dem Beibehalten der Koalition mit den angelsächsischen Mächten und dem Zusammengehen mit einer nationalen Sammlungsbewegung aller Hitlergegner.[130] Auch Wolfgang Leonhard unterstreicht, daß das Nationalkomitee bis zur Konferenz von Teheran und eventuell bis zum 20. Juli 1944 als mögliche Verhandlungsbasis mit einer deutschen Regierung dienen sollte.[131] Die meisten Historiker bestreiten, wie die nüch-

terneren OSS-Experten, daß die Sowjetunion von Anfang an vorgehabt habe, das Nationalkomitee als künftige deutsche Regierung einzusetzen, nicht zuletzt, weil die russische Planung 1943 noch gar nicht so weit gediehen gewesen sei.[132] Allerdings habe die Möglichkeit immer bestanden; zumindest habe Stalin das Komitee zur Rekrutierung von Kadern für den Neuaufbau Deutschlands nutzen wollen, wozu es auch nach dem mißglückten Putschversuch vom 20. Juli 1944 kam.[133]

Als Fazit läßt sich festhalten, daß der amerikanische Geheimdienst wie auch das State Department ständig versuchten, über die neuesten Entwicklungen im Nationalkomitee und seinen Zweigorganisationen im Westen auf dem laufenden zu bleiben. Sie verarbeiteten diese Informationen in periodischen Analysen der Relevanz des Nationalkomitees Freies Deutschland für die amerikanische Außenpolitik, die bis zum Präsidenten gelangten. Daß das Handlungspotential des Nationalkomitees letztlich nur bedingt durch den Einsatz einiger ausgewählter Mitarbeiter in der sowjetisch besetzten Zone genutzt werden würde, war bis zum Ende des Krieges nicht abzuschätzen. Die Tatsache, daß das Nationalkomitee sowohl auf den Moskauer und Teheraner Konferenzen als auch bei der Konferenz von Jalta im Februar 1945 zur Sprache gebracht wurde,[134] beweist, daß das Nationalkomitee Freies Deutschland amerikanische Politiker und Regierungsangehörige stark beschäftigte und somit ihre Deutschland- und Rußlandperzeption beeinflußte, wohl nicht zuletzt ausgelöst durch die ausführlichen Berichte des OSS zu diesem Thema. Das doch relativ verbreitete Mißtrauen gegenüber dem Nationalkomitee und der Politik der UdSSR im allgemeinen läßt hier den Schluß zu, daß die Wurzeln des ›Kalten Krieges‹ weiter zurückreichen als bisher meist angenommen[135] , nämlich noch in die Phase des ›Heißen Krieges‹. Schließlich hat die Gründung von Nationalkomitee und Offiziersbund dazu geführt, daß man sich in den USA vertieft Gedanken über die Rolle der psychologischen Kriegführung machte. Dadurch kam es auch in den USA zum Einsatz von Kriegsgefangenen und linksorientierten Emigranten für nachrichtendienstliche und propagandistische Zwecke, wenn auch in kleinerem Rahmen als in der UdSSR. Insofern erlangte das Nationalkomitee Freies Deutschland als Beispiel eines gelungenen Propaganda-Schachzugs für die beschleunigte Entwicklung der psychologischen und subversiven Kriegführung auch für die USA Bedeutung.

Anmerkungen

1 Vgl. die Diskussionen um die Neueröffnung der ständigen Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin 1989, zusammengefaßt in Steinbach, NKFD und Widerstand, Exilforschung 8 (1990), S. 61–91.

2 »Memorandum for the Planning Group«, 29.7.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.

3 R&A: »European Political Report«, RAL–3–10, 11.5.1944, NA RG 243 E 36 B 96 f 155.

4 Steinbach, NKFD und Widerstand, Exilforschung 8 (1990), S. 75.

5 Z. B. James Grafton Rogers an Brigadier General John Magruder, Deputy Director des OSS, 22.7.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100; OSS Washington an OSS Bern, #333, 24.7.1943, NA RG 226 E 134 B 165 f 1057.

6 »Soviet Attitudes towards Germany as evidenced by Soviet periodicals, June 22, 1941, to June 1, 1943,« #44338, 4.9.1943, NA RG 226 E 16 B 482. Vgl. zum Themenkomplex der Vorläufer des NKFD: Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 16–25, 34, 46–53.

7 »The Rhineland Conference: Reflections of the German Policy of the Soviet Union,« FNB #110, 4.3.1943, NA RG 226 E 100 MF INT–13GE–13, CIS-Publication C0002.

8 Man vermutete bereits im OSS, daß es diese Konferenz nie gegeben habe, was allerdings vom Standpunkt der Strategieentwicklung der UdSSR her keine Rolle spiele, z. B. »The Rhineland Conference: Reflections of the German Policy of the Soviet Union,« FNB #110, 4.3.1943, NA RG 226 E 100 MF INT–13GE–13. Heute weiß man aus Memoiren ehemaliger Kommunisten, daß diese Konferenz in der Tat nie stattfand, sondern daß es sich bei dem sogenannten Dezembermanifest wohl um die Ausarbeitung einer Gruppe Berliner Kommunisten von Dezember 1941 handelte, die an das Zentralkomitee der KPD in Moskau gelangte und dort zu Propagandazwecken im Dezember 1942 veröffentlicht wurde, vgl. Leonhard, Revolution, S. 203; Bergmann, ›Freies Deutschland‹ in der Schweiz, S. 37, Fußnote 36.

9 R&A 1593: »›Free Germany‹: An Experiment in Psychological Warfare«, 26.11.1943, NA RG 59 MF 1221; »Memorandum for the Planning Group,« 29.7.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.

10 Ebd.; »The Rhineland Conference: Reflections of the German Policy of the Soviet Union«, FNB #110, 4.3.1943, NA RG 226 E 100 MF INT–13GE–13; R&A 1593, »›Free Germany: An Experiment in Political Warfare«, 26.11.1943, NA RG 59 MF 1221. Tatsächlich brachte die sowjetische Regierung die KPD wohl dazu, die Sammlung der antifaschistischen Kriegsgefangenen unter rein kommunistisch-klassenkämpferischen Parolen aufzugeben; Soley, Radio Warfare, S. 205; Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 46, 49.

11 Z. B. John C. Wiley, Mitglied der OSS-Planungsgruppe, an Präsident Franklin D. Roosevelt, 11.8.1943, FDRL PSF-Subject File B 167 f OSS 1941–1943.

12 R&A 1593: »›Free Germany: An Experiment in Political Warfare,« 26.11.1943, NA RG 59 MF 1221.

13 Z. B. R&A: »The Soviet Union and ›Free Germany‹«, 27. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100; »Moscow Manifesto of the National Committee of Free Germany, by Boris Ivanovic Nikolaevsky«, Bernard Yarrow an John C. Hughes, 13. 8. 1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96.
14 Biographische Notizen, 2. 12. 1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96. Aus den Notizen ist nicht ersichtlich, von wem sie zusammengestellt wurden. Ähnliche Formulierungen tauchen z. B. in einem Memorandum der Foreign Nationalities Branch auf, in dem Ulbricht als einer der »Beefsteak Boys« bezeichnet wurde: außen braun (NSDAP), innen rot (KPD), »Memorandum for the Planning Group,« 29. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.
15 R&A: »The Soviet Union and ›Free Germany‹,« 27. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.
16 Z. B. OSS Bern an Außenminister Cordell Hull, NA RG 226 E 134 B 171 f 1078; »›Free Germany‹ as Psychological Warfare«, Foreign Broadcast Intelligence Service Special Report #98, 3. 11. 1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96; »Memorandum for the Planning Group«, 29. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100. Hohe Offiziere wie General von Seydlitz und General Martin Lattmann waren wohl erst einverstanden, nachdem der russische NKVD-General Melnikov Deutschland bei einem Sturz Hitlers das sowjetische Eintreten für die Grenzen von 1937 versprochen hatte; z. B. Soley, Radio Warfare, S. 207; Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 54.
17 Z. B. in der Studie von Franz Neumann aus der R&A-Abteilung, R&A 1033: »The Free Germany Manifesto and the German People«, 6. 8. 1943, NA RG 59 MF 1221.
18 R&A 1593: »›Free Germany: An Experiment in Political Warfare,« 26. 11. 1943, NA RG 59 MF 1221; »Memorandum for the Planning Group,« 29. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.
19 R&A: »The Soviet Union and ›Free Germany‹«, 27. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.
20 R&A 1033: »The Free Germany Manifesto and the German People,« 6. 8. 1943, NA RG 59 MF 1221.
21 Memorandum DeWitt C. Poole, Leiter der Foreign Nationalities Branch, an OSS-Direktor William Donovan und Außenminister, 27. 7. 1943, OSS Numbered Bulletin #43, FDRL MR Files B 72.
22 R&A 1033: »The Free Germany Manifesto and the German People«, 6. 8. 1943, NA RG 59 MF 1221; »›Free Germany‹ as Psychological Warfare«, Foreign Broadcast Intelligence Service Special Report #98, 3. 11. 1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96.
23 Mastny, Russia's Road, S. 99, 109.
24 Memorandum Poole an Donovan und Außenminister, 27. 7. 1943, OSS Numbered Bulletin #43, FDRL MR Files B 72; »Memorandum for the Planning Group«, 29. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.
25 Z. B. Irving H. Sherman, OSS-Büro New York, an Hughes, 4. 8. 1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96; R&A 1593: »›Free Germany‹: An Experiment in Political Warfare«, 26. 11. 1943, NA RG 59 MF 1221; »›Free Germany‹ as Psychological Warfare«, Foreign Broadcast Intelligence Service Special Report #98, 3. 11. 1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96; »Report on the Political Impact of the Formation of the

›Committee for Free Germany‹ in Moscow, Based on Conversation Held with Russian Officials Residing in this Country«, 11.8.1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96.
26 »Memorandum for the Planning Group«, 29.7.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.
27 Z. B. ebd.
28 Z. B. Irving H. Sherman, OSS New York, an John C. Hughes, 4.8.1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96; R&A: »The Soviet Union and ›Free Germany‹«, 27.7.1943, NA RG 226 E 144 B 15, f 100; »Memorandum for the Planning Group«, 29.7.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f100.
29 R&A 1593: »›Free Germany‹: An Experiment in Political Warfare«, 26.11.1943, NA RG 59 MF 1221; Wiley an Präsident Roosevelt, 11.8.1943, FDRL PSF-Subject File B 167 f OSS 1941–1943; Memorandum Poole an Donovan und Außenminister, 27.7.1943, OSS Numbered Bulletin #43, FDRL MR Files B 72; »Memorandum for the Planning Group«, 29.7.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.
30 R&A: »The Soviet Union and ›Free Germany‹«, 27.2.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100; Dallek, FDR and American Foreign Policy, S. 416; William Standley, amerikanischer Botschafter in der UdSSR, an Außenminister, #977, 30.7.1943, FRUS 1943, Bd. III, S. 555–556; Standley an Außenminister, #1208, 28.8.1943, ebd., S. 567–568.
31 Wiley an Präsident Roosevelt, 11.8.1943, FDRL PSF-Subject File B 167 f OSS 1941–1943; »Memorandum for the Planning Group«, 29.7.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.
32 Z. B. ebd.
33 Wiley an Präsident Roosevelt, 11.8.1943, FDRL PSF-Subject File B 167 f OSS 1941–1943.
34 Bradley F. Smith, Shadow Warriors, S. 213; Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 61, 67. Tatsächlich wurden wohl 1943, mehr (Mastny) oder weniger (Fleischhauer) intensiv, wirklich Friedensfühler zwischen Deutschland und der UdSSR ausgestreckt, Fleischhauer, Chance des Sonderfriedens, S. 114–154, S. 177–202; Mastny, Stalin and the Prospects, AHR 77 (1985), S. 1366–1388.
35 Memorandum Poole, Direktor Foreign Nationalities Branch, an Donovan und Außenminister, 27.7.1943, OSS Numbered Bulletin #43, FDRL MR Files B 72; Memorandum Poole an Donovan und Außenminister, 23.7.1943, ebd.; O'Connor, Diplomacy for Victory, S. 53.
36 «›Free Germany‹ as Psychological Warfare«, Foreign Broadcast Intelligence Service Special Report #98, 3.11.1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96; Zusammenfassung der Situation vor der Moskauer Konferenz in R&A 1593: »›Free Germany‹: An Experiment in Political Warfare«, 26.11.1943, NA RG 59 MF 1221.
37 »Manifesto to German People by Moscow National Committee of Free Germany,« P.G. 40/1, 6.8.1943, NA RG 226 E 144 b 15 f 100.
38 Wiley an Präsident Roosevelt, 11.8.1943, FDRL PSF-Subject File B 167 f OSS 1941–1943; Bradley F. Smith, Shadow Warriors, S. 213.
39 R&A 1340: »Conditions under which Germany might Welcome a Separate Peace with Russia«, 12.10.1943, NA RG 59 MF 1221.
40 Ebd.

41 Z. B. R&A: »The Soviet Union and ›Free Germany‹«, 27. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100. Diese Ideen wurden angeheizt durch eingesandte Memoranden der KPD-Renegatin Ruth Fischer, die wiederholt davor warnte, das NKFD als Propaganda abzutun und es als Barriere und »Fremdenlegion« der UdSSR gegen den Westen bezeichnete; Emmy C. Rado, OSS-Analystin, an Donovan, 13. 8. 1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 104; »Stalin's ›Free Germany‹«, 15. 8. 1943, Autor Ruth Fischer, NA RG 226 E 106 B 13 f 104.; Soley, Radio Warfare, S. 212.

42 So z. B. im Memorandum der Planungsgruppe »Manifesto to German People by Moscow National Committee of Free Germany,« P.G. 40/1, 6. 8. 1943, NA, RG 226, E 144, b 15, f 100. Interessant ist hier, daß ein Streit darüber entbrannte, ob ein »russischer Friede« mit sowjetischer Dominanz in Europa nicht der Rückkehr zum »archaischen« System der Kleinstaaterei vorzuziehen sei, was Wiley energisch bestritt, Planning Group, undatiert (wohl Anfang August 1943), NA RG 226 E 144 B 15 f P.G. #40 National Committee of Free Germany.

43 Memorandum Poole an Donovan und Außenminister, 23. Juli 1943, FDRL MR Files B 72.

44 Wiley an Präsident Roosevelt, 11. 8. 1943, FDRL PSF-Subject File B 167 f OSS 1941–1943.

45 »Report on the Political Impact of the Formation of the ›Committee for Free Germany‹ in Moscow, Based on Conversation Held with Russian Officials Residing in this Country«, 11. 8. 1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96.

46 R&A 1593: »›Free Germany‹: An Experiment in Political Warfare«, 26. 11. 1943, NA RG 59 MF 1221; »Report on the Political Impact of the Formation of the ›Committee for Free Germany‹ in Moscow, 11. 8. 1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96.

47 R&A: »The Soviet Union and ›Free Germany‹«, 27. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.

48 V.a. »Manifesto to German People by Moscow National Committee of Free Germany,« Appendix A, P.G. 40/1, 6. 8. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.

49 »Memorandum for the Planning Group«, 29. 7. 1943, NA RG 226, E 144 B 15 f 100.

50 Vgl. OSS Washington an OSS Bern und andere OSS-Außenstellen, #333, 24. 7. 1943, NA RG 226 E 134 B 165 f 1057, in dem in einer Art Rundschreiben nicht nur Hintergrundmaterial über das NKFD, sondern v. a. Informationen über die Reaktionen auf die Gründung des NKFD in den jeweiligen Weltregionen erbeten wurden.

51 R&A: »European Political Report«, RAL–3–10, 11. 5. 1944, NA RG 243 E 36 B 96 f 155.

52 R&A 1033, »The Free Germany Manifesto and the German People«, 6. 8. 1943, NA RG 59 MF 1221.

53 R&A: »The Soviet Union and ›Free Germany‹«, 27. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100; R&A: »European Political Report«, RAL–3–10, 11. 5. 1944, NA RG 243 E 36 B 96 f 155; R&A 1550: »The German Communist Party«, 10. 7. 1944, NA RG 59 MF 1221.

54 »Memorandum for the Planning Group« 29. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.

55 Wobei Bradley F. Smiths Behauptung, nur die konservativen Antikommunisten hätten Mißtrauen gegenüber dem NKFD gezeigt, eine unzulässige Vereinfachung darstellt, ders., Shadow Warriors, S. 212–213. Zum Beispiel war Poole selbst 1946 noch nicht so antikommunistisch, daß er der Sowjetunion imperialistische Expansionsbestrebungen unterstellt hätte; vielmehr führte er die Verständigungsschwierigkeiten mit der UdSSR auf deren verständliches Mißtrauen zurück: »The Future of Germany,« Poole Speaking at Foreign Policy Association Luncheon, 19. 1. 1946, State Historical Society of Wisconsin, DeWitt Clinton Poole Papers, B 11. Noch unzutreffender ist Lawrence Soleys Unterstellung, das durch das NKFD bei den amerikanischen Konservativen ausgelöste Mißtrauen gegenüber den Kommunisten habe direkt zum Bruch mit der UdSSR nach dem Krieg und den antikommunistischen Kongreßuntersuchungen geführt; ders., Radio Warfare, S. 198–199, 214–216.

56 R&A 1043: »German Situation in 1918 and 1943«, August 1943, NA RG 59 MF 1221.

57 Vgl. auch Wiley an Präsident Roosevelt, 11. 8. 1943, FDRL PSF-Subject File B 167 f OSS 1941–1943.

58 Z. B. Sherman an Hughes, 4. 8. 1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96; Wiley an Präsident Roosevelt, 11. 8. 1943, FDRL PSF-Subject File B 167 f OSS 1941–1943; »Report on the Political Impact of the Formation of the ›Committee for Free Germany‹ in Moscow, Based on Conversation Held with Russian Officials Residing in this Country«, 11. 8. 1943, NA, RG 226 E 106 B 13 f 96.

59 Z. B. Willy Brandt in »Oppositional Movements in Germany«, OSS London an OSS Washington, 25. 9. 1943, NA RG 226 E 120 B 15 f 41; »German Trade Unionist Outlook«, 12. 2. 1944, NA RG 226 E 120 B 15 f 41.; »Memorandum for the Planning Group«, 29. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.

60 Vgl. hierzu z. B. Bradley F. Smith, Shadow Warriors, S. 213–14.

61 OSS Bern an OSS Washington, #2068–73, 15. 2. 1944, NA, RG 226 E 134 B 170 f 1077. Später schlug Dulles aus Angst vor einer Beherrschung Deutschlands durch das NKFD die Unterstützung einzelner Deutscher in der Schweiz als Berater für die Nachkriegszeit vor, Donovan an Präsident Roosevelt, 7. 2. 1945, FDRL PSF B 171 f OSS February 1945; der Präsident stimmte einer Mithilfe antinazistisch eingestellter deutscher Beamter bei der Beschaffung von Informationen über Deutschland zu, lehnte aber politische Aktivitäten oder gar die Bildung einer Bewegung ab, OSS Washington an OSS Bern, 27. 2. 1945, NA RG 226 E 134 B 228 f 1368. Nach Kriegsende ermöglichte Dulles dem sozialdemokratischen Politiker Dr. Wilhelm Hoegner und anderen antikommunistischen Politikern im Projekt CROWNJEWELS eine schnelle Rückreise nach Deutschland als Gegengewicht zur Gruppe um Ulbricht in der sowjetisch besetzten Zone; Bergmann, ›Freies Deutschland‹ in der Schweiz, S. 127, 148; Richard Harris Smith, OSS, S. 236.

62 Katz, Foreign Intelligence, S. 29–41. Auch sichtbar in Bemerkungen wie »die Arbeiterklasse ist die Klasse an der Heimatfront mit dem größten politischen Bewußtsein«, »The Free Germany Movement

within Germany«, European Political Report, Bd. II/2, 12.1.1945, NA RG 243 E 36 b 96 f 155.

63 R&A 1033: »The Free Germany Manifesto and the German People«, 6.8.1943, NA RG 59 MF 1221; R&A 1593: »»Free Germany«: An Experiment in Political Warfare«, 26.11.1943, NA RG 59 MF 1221; R&A: »The Soviet Union and ›Free Germany‹«, 27.7.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100; Richard Harris Smith, OSS, S. 13; Jürgen Heideking, Amerikanische Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg, in: Schulz, Partisanen und Volkskrieg, S. 154.

64 Planning Group, undatiert (wohl Anfang August 1943), NA RG 226 E 144 B 15 f P.G. #40: National Committee of Free Germany.

65 Sherman an Hugh R. Wilson, OSS Planungsgruppe, 6.8.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f P.G.#41 Save Germany Group; Sherman an Rogers, 9.10.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f P.G.#41 Save Germany Group; Bennett W. Hinks, Psychological Warfare Staff, an Planning Group, 23.9.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f P.G.#41 Save Germany Group.

66 Perry Laukhuff, State Department, an MacMurray, 22.9.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f P.G.#41 Save Germany Group.

67 Perry Laukhuff an John D. Hickerson und H. Freeman Matthews, Division of European Affairs, 13.9.1943, NA RG 59 Decimal File 1940–44 B 5355, 862.00/4363 1/2.

68 Poole an Sherman, 22.10.1943, NA RG 226 E 100 MF INT–13GE–834; Poole an Stellvertretenden Außenminister Adolf A. Berle, 7.8.1943, NA RG 59 Decimal File 1940–44 B 5358, 862.01/398; Matthews an Berle, 4.9.1943, NA RG 59 Decimal File 1940–44 B 5358, 862.01/441.

69 Sie schickte nach Gründung des NKFD eine Grußbotschaft nach Moskau und bot den Moskauern engste Zusammenarbeit an, »Situation Report #168 Mexican Freies Deutschland Endorses Moscow German Committee«, OSS Latin American Division, 7.8.1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 103.

70 OSS London (Ustravic) an OSS Washington, 3.4.1944, NA RG 226 E 106 B 13 f 96; »Opinion in Sweden re. Free Germany Committee«, 13.9.1943, NA RG 226 E 115 B 29 f 271 (18); OSS Stockholm (Twain) an OSS Washington, 23.10.1943, NA RG 226 E 134 B 173 f 1095; OSS Washington an London, 21.3.1944, NA RG 226 E 134 B 341 f 1823; R&A 1568: »The German Political Emigration,« 3.12.1943, NA RG 59 MF 1221. Die Freien Deutschen Bewegungen in Mexiko, Schweden und Frankreich behaupten, über Mittelsmänner Kontakt mit Moskau gehabt zu haben; Kießling, Alemania Libre, Bd. 1, S. 97, 175, 214; Peters, Exilland Schweden, S. 188–189; Pech, An der Seite der Résistance, S. 46, 78, 225; Perrault, Taupes Rouges, S. 37, 143. Der Wahrheitsgehalt dieser Feststellungen läßt sich schwer überprüfen; zum Vergleich sei angemerkt, daß der russische Kontakt zum kommunistischen Untergrund in Deutschland trotz gegenteiliger Behauptungen seit 1943 abgebrochen war; Mastny, Russia's Road, S. 90.

71 »Night Report #985 London Germans«, Overseas News Agency New York an OSS, 21.9.1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 103; A–16189 »The

›Free German Movement‹ in Great Britain«, 20.10.1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96; European Political Report R&A: »German Socialists in Great Britain«, RAL–3–19, 14.7.1944, NA RG 243 E 36 B 97 f 155; European Political Report »German Communists in Great Britain«, RAL–3–20, 21.7.1944, NA RG 243 E 36 B 96 f 155; OSS Stockholm (Twain) an OSS Washington, 23.10.1943, NA RG 226 E 134 B 173 f 1095; OSS Stockholm an Außenminister, #310, 31.1.1944, NA RG 226 E 134 B 337 f 1810; R&A 1568: »The German Political Emigration«, 3.12.1943, NA RG 59 MF 1221. Wie groß und erfolgreich die Freien Deutschen Bewegungen (FDBs) wirklich waren, ist bis heute nicht eindeutig festzustellen, zumal objektive Arbeiten über die FDBs in den westlichen Ländern fehlen; auf jeden Fall ist davon auszugehen, daß die Zahlen, die von Historikern aus der ehemaligen DDR angegeben wurden, stark nach unten zu berichtigen sind, vgl. Hartmut Mehringer / Dieter Marc Schneider, Deutsche in der europäischen Résistance, in: Löwenthal / Mühlen, Widerstand und Verweigerung, S. 263, 269.

72 »Volksfront or Communist Front?«, FNB an Donovan, #187, 12.5.1944, NA RG 226 E 100 MF INT–13GE–45; R&A 1550: »The German Communist Party,« 10.7.1944, NA RG 59 MF 1221.

73 Z. B. »Presenting Stalin's Quislings (or Ulbricht's),« Autor Ruth Fischer, NA RG 226 E 106 B 13 f 104.

74 Emmy C. Rado an Dewitt Poole, John C. Hughes etc., 24.9.1943, NA RG 226 E 106 B 13 f 96; »German Anti-Nazis in the United States still Seeking National Committee«, FNB B–93, 15.10.1943, NA RG 226 E 100 MF INT–13GE–26; »German National Committee Plans in the United States«, FNB B–126, 15.12.1943, NA RG 226 E 100 MF INT–13GE–30.

75 Poole an Rogers, 12.8.1943, NA RG 226 E 100 MF INT–13GE–746; »Volksfront or Communist Front?«, FNB #187, 12.5.1944, NA RG 226 E 100 MF INT–13GE–45; »Paul Hagen Discusses the Council for a Democratic Germany«, Poole an Außenminister und Donovan, FNB S–106, 15.6.1944, NA RG 226 E 100 MF INT–13GE–51; Walter F. Peterson, Zwischen Mißtrauen und Interesse: Regierungsstellen in Washington und die deutsche politische Emigration 1939–1945, in: Briegel / Frühwald, Erfahrung der Fremde, S. 51.

76 »German Trade Unionist Outlook«, 12.2.1944, NA RG 226 E 120 B 15 f 41; dieser Vorschlag schon in »How to Make the Best Use of German War Prisoners«, 1.3.1943, NA RG 226 E 168 B 66 f 842.

77 Soley, Radio Warfare, S. 198, 201; »Manifesto to German People by Moscow National Committee of Free Germany«, P.G. 40/1, 6.8.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100. Im Interesse einer effektiven Kriegführung wurde hier trotz aller Skepsis gegenüber dem NKFD darauf gedrungen, die Wirkung des NKFD in Deutschland keinesfalls zu behindern.

78 R&A: »The Soviet Union and ›Free Germany‹«, 27.7.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100; »Gerhart Seger discusses his new Committee on the Reeducation of German Prisoners of War«, Poole an Außenminister und Donovan, FNB S–105, 5.6.1944, NA RG 226 E 100 MF INT–13GE–48.

79 Z. B. Graf Coudenhove-Kalergi in Memorandum Poole an Donovan und Außenminister, 23.7.1943, FDRL MR Files B 72; R&A 1849: »German Misinterpretations of the Unconditional Surrender Policy and its Effect on German Morale«, 3.2.1944, NA RG 59 MF 1221.
80 R&A 1593: »›Free Germany‹: An Experiment in Political Warfare«, 26.11.1943, NA RG 59 MF 1221.
81 Wiley an Präsident Roosevelt, 11.8.1943, FDRL PSF-Subject File B 167 f OSS 1941–1943, Box 167.
82 Planning Group, 5.8.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f P.G. #40 National Committee of Free Germany; Planning Group, undatiert (wohl erste Hälfte August 1943), NA RG 226 E 144 B 15 f P.G. #40 National Committee of Free Germany. Man wies allerdings auch einen Weg aus dem Dilemma: durch eine beispielhafte Politik der Westalliierten in den ersten von ihnen besetzten Ländern werde man sich in Deutschland überzeugen, daß die bedingungslose Kapitulation keine Katastrophe sei; andere diskutierte Möglichkeiten waren eine Erklärung, die Deutschland vor der Rache seiner Nachbarn schützen sollte, sowie eine positive Botschaft an Deutschland ähnlich Eisenhowers Rede bei der Landung in Sizilien, »Free Germany National Committee,« 24.7.1943, NA RG 226 E 144 B 15f P.G. #40 National Committee of Free Germany; Planning Group, undatiert (wohl Anfang August 1943), ebd.
83 Z. B. OSS Bern an Außenminister, 27.9.1943, NA RG 226 E 134 B 171 f 1078. Er tat dies auch subtil durch die Art seiner Berichterstattung über die deutsche Moral, z. B. in OSS Bern an Präsident Roosevelt, OSS Numbered Bulletin #100, 2.2.1944, FDRL MR Files B 73.
84 »Germany: Reaction to Allied Psychological Warfare«, OSS Numbered Bulletin #115 auf der Basis von Berichten von OSS Bern, Magruder an Colonel Richard Park, Jr., White House MR, 5.4.1944, FDRL MR Files B 73 f 203 (12) Sec 4.
85 »Germany: Psychological Warfare Possibilities in Announcement of Reported Plan for Joint Allied Occupation of Germany«, OSS Numbered Bulletin #121, OSS Bern an Präsident Roosevelt, 5.5.1944, ebd.; »Germany: Internal Reactions to Rumored Allied Occupation Plans. What Does ›Unconditional Surrender‹ Mean?«, 20.5.1944, Basis OSS Official Dispatch Bern vom 13.5.1944, FDRL PSF-Subject File B 168 f OSS Apr-Jul 1944.
86 Z. B. »Effect of ›Unconditional Surrender‹ Policy on German Morale«, Joint Chiefs of Staff, 16.3.1944, JCS #718/1, NA RG 165 ABC 387 Germany (18Dec43) Sec 3; Edward R. Stettinius, Unterstaatssekretär, an Außenminister, 10.3.1944, FRUS 1944, Bd. I, S. 501; Breckinridge Long, Unterstaatssekretär, an Außenminister, 3.4.1944, ebd., S. 502–504; Außenminister an Präsident Roosevelt, 4.4.1944, FDRL PSF B 91 f State Department 1944 (Jan-Sep).
87 William Phillips, Political Advisor im Hauptquartier Supreme Allied Commander, an Außenminister, #W–8636, 17.12.1943, FRUS 1944, Bd. I, S. 484; Außenminister an Präsident Roosevelt, 22.12.1943, FDRL PSF B 93 f State Department Cordell Hull 1943; Außenminister an Präsident Roosevelt, 14.1.1944, FRUS 1944, Bd. I, S. 493.
88 Präsident Roosevelt an JCS, 1.4.1944, FRUS 1944, Bd I, S. 493.; Prä-

sident Roosevelt an Außenminister, 1.4.1944, FDRL PSF B 91 f State Department 1944 (Jan-Sep); Präsident Roosevelt an Hull, 5.4.1944, ebd.; Moltmann, Amerikas Deutschlandpolitik, S. 67, 69. Vorher bereits Präsident Roosevelt an Außenminister, 17.1.1944, FRUS 1944, Bd. I, S. 493–494.

89 R&A 1033: »The Free Germany Manifesto and the German People«, 6.8.1943, NA RG 59 MF 1221.

90 Wiley an Präsident Roosevelt, 11.8.1943, FDRL PSF-Subject File B 167 f OSS 1941–1943; »Manifesto to German People by Moscow National Committee of Free Germany«, P.G. 40/1, 6.8.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.

91 »Strategy and Policy: Can America and Russia Cooperate?«, Memorandum for Information #121, Donovan an Brigadegeneral John R. Deane (JCS), 20.8.1943, NA RG 218 B 276 CCS. 092; Wiley an Präsident Roosevelt, 11.8.1943, FDRL PSF-Subject File B 167 f OSS 1941–1943.

92 Ebd.

93 R&A: »The Soviet Union and ›Free Germany‹«, 27.7.1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.

94 Tagebucheintrag Henry L. Stimson, 1.10.1943, Henry L. Stimson Diaries, MF-Rolle 8, Bildnr. 767.

95 »Declaration of Four Nations on General Security«, Annex 1 Moscow Protocol, 1.11.1943, FRUS 1943, Bd. I, S. 755–756; O'Connor, Diplomacy for Victory, S. 61, 65.

96 R&A 1593: »›Free Germany‹: An Experiment in Political Warfare«, 26.11.1943, NA RG 59 MF 1221; Sainsbury, Turning Point, S. 312.

97 »Protocol Signed at Moscow, November 1, 1943, Annexes«, FRUS 1943, Bd. I, S. 749–769; »Protocol signed at Moscow, November 1, 1943, Most Secret Protocol«, ebd., S. 770–773; »Declaration of the Three Powers«, 6.12.1943, FRUS 1943, Bd. VII, S. 640–641; Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 63–74; Moltmann, Amerikas Deutschlandpolitik, S. 171–172; Dallek, FDR and American Foreign Policy, S. 342, 417, 421–423, 437–439, 472; Sainsbury, Turning Point, S. 293–308.

98 Z. B. R&A 1568: »The German Political Emigration,« 3.12.1943, NA RG 59 MF 1221; »Russian Policy Toward Germany«, Donovan an Präsident Roosevelt, 8.7.1944, FDRL PSF B 168 f OSS Apr-Jul 1944. Dort wird sogar die These aufgestellt, die Sowjetunion mißtraue den deutschen Kommunisten und wünsche deshalb kein kommunistisches Nachkriegsdeutschland. Seit Anfang 1944 gab es auch eine Zusammenarbeit zwischen OSS und dem sowjetischen Geheimdienst NKVD, Bradley F. Smith, Shadow Warriors, S. 337–49.

99 Averell Harriman, amerikanischer Botschafter in der Sowjetunion, an Außenminister, 114, 13.1.1944, FRUS 1944, Bd. IV, S. 805.

100 OSS Bern an SI Washington, 12.8.1944, NA RG 226 E 134 B 228 f 1369; Herschel Johnson, amerikanischer Gesandter in Stockholm, an Außenminister, #3661, 14.9.1944, FRUS 1944, Bd. I, S. 552–553; Bradley F. Smith, Shadow Warriors, S. 268.

101 Mastny glaubt an einen derartigen Kontakt; ders., Russia's Road, S. 163, Fleischhauer hält ihn für möglich; Chance des Sonderfriedens,

S. 236–54. Allerdings betont sie, bis zum Schluß habe wohl im Kreis der Verschwörer sowohl eine Ost- als auch eine Westlösung zur Debatte gestanden, S. 248–49. Der beste Kenner des deutschen Widerstandes um den 20. Juli, Peter Hoffmann, verneint derartige Kontakte, hält aber die Erwägung und den Versuch einer Kontaktaufnahme für wahrscheinlich, in ders., Widerstand, Staatsstreich, Attentat, S. 294, S. 305–310.

102 Dulles an Präsident Roosevelt, 27. 1. 1945, FDRL PSF B 170 f OSS January 1945; Zusammenfassung #4377, 28. 1. 1945, NA RG 226 E 146 B 235 f Breakers.

103 Donovan an Präsident Roosevelt, 24. 7. 1944, FDRL PSF B 168 f OSS July 15–29, 1944.

104 Außenminister an Präsident Roosevelt, 17. 4. 1944, FRUS 1944, Bd. I, S. 509–510; Elmer Davis, Direktor Office of War Information, an Präsident Roosevelt, 24. 5. 1944, FDRL PSF B 91 f State Department 1944 (Jan-Sep); Außenminister an Präsident Roosevelt, 11. 7. 1944, FRUS 1944, Bd. I, S. 527–529;

105 Präsident Roosevelt an Außenminister, 18. 7. 1944, ebd., S. 529. Im Mai 1944 hatte Roosevelt allerdings eine Botschaft an das deutsche Volk für den Zeitpunkt der Invasion vorgeschlagen, was damals Churchill und Stalin ablehnten, vgl. FRUS 1944, Bd. I, S. 513–519. Pogue, Supreme Command, S. 356–357; Moltmann, Amerikas Deutschlandpolitik, S. 70.

106 War Diary of M.I. 19 for March 1944, May 1944, PRO WO 165 B 41.

107 Dulles / Schulze-Gaevernitz, S. 52–53, 59; WCO an Foreign Office, »Plan to Undermine German Will to Resist«, 24. 1. 1945, PRO FO 371/46791/C320.

108 »Broadcast by German Generals«, Duncan Wilson an Director General, 15. 8. 1944, PRO FO 898 B 193 f Communism POL 108; »Broadcast by German Generals«, Duncan Wilson an Director General, 22. 8. 1944, ebd.;»Plan to Undermine German Will to Resist«, WCO an FO, 24. 1. 1945, PRO FO 371/46791/C320; »Breaking the German Will to Resist«, JCS 1218/2, 22. 1. 1945, NA RG 165 ABC 384 Europe (5Aug43) Sec 1–B; Dulles / Gaevernitz, S. 59. Laut Dulles / Gaevernitz versuchte General Bassenge, während der Kämpfe um die Kanalinsel Jersey die dort stationierten Deutschen zur Aufgabe zu bewegen; ihm war aber kein Erfolg beschieden, Dulles / Gaevernitz, S. 58.

109 »Plan to Undermine German Will to Resist«, W.C.O an Foreign Office, 24. 1. 1945, PRO FO 371/46791/C320; »Meeting to be Held 29 March 1945, Note on COS 459/5 »Breaking the German Will to Resist«, War Cabinet Chiefs of Staff Committee, 29. 3. 1945, PRO WO 193 B 857 f Germany 14 November 1944–April 1945.

110 Dulles / Gaevernitz, S. 60; Casey, Secret War Against Hitler, S. 179; Persico, Piercing the Reich, S. 61.

111 »Broadcast by German Generals«, Duncan Wilson an Director General, 15. 8. 1944, PRO FO 898 B 193 f Communism POL 108; »Broadcast by German Generals«, Duncan Wilson an Director General, 22. 8. 1944, ebd.; »Methods of Breaking German Will to Re-

sist«, COS (45) 69th M19, 15.3.1945, PRO FO 371/46791/C1313; »Report by General Sir Andrew Thorne,« Annex A to JIC (45) 123 (G), 11.4.1945, ebd. Ungefähr zur gleichen Zeit kam in den USA ein derartiger Aufruf zustande: 1391 von 3102 deutschen Gefangenen des anti-nationalsozialistischen Lagers Fort Devens, Massachusetts, unterzeichneten einen Aufruf an das deutsche Volk, den Krieg zu beenden, der daraufhin nach Deutschland ausgestrahlt wurde, »Appeal to German Army and People by German Prisoners of War in the United States«, Lord Halifax, britischer Botschafter Washington, D.C., an Foreign Office, 9.4.1945, PRO FO 371/46791/C1465; Jung, Die deutschen Kriegsgefangenen, S. 217.

112 Casey, Secret War against Hitler, S. 178, 184–89; Persico, Piercing the Reich, S. 17,19,166–67.

113 Casey, Secret War against Hitler, S. 189; Persico, Piercing the Reich, S. 13, 23, 169. Persico zitiert hier ein bonmot Donovans: »I'd put Stalin on the OSS payroll if I thought it would help defeat Hitler«.

114 Casey, Secret War against Hitler, S. 190, 194–96; Persico, Piercing the Reich, S. 171, 182, 322; »Weekly Operations Report 28.2.–5.3.1945«, 7.3.45, NA RG 226 E 115 B 1 f 6. Allerdings hatten auch die als Agenten eingesetzten Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes die Aufgabe, sich mit ihren Gesinnungsgenossen in Verbindung zu setzen, in diesem Falle wegen gemeinsamer Sabotageakte, »Draft Plan for Joint SOE/OSS Labor Desk Mission to German ISK and Trade Union Groups«, 18.4.1944, NA RG 226 E 115 B 1 f 5. Auch Dulles in Bern hatte Kontakt mit der Freien Deutschen Bewegung, die sich in der Schweiz 1943/44 etabliert hatte, und erhielt von ihren Mitgliedern Informationen aus Deutschland; sie war aber nicht zu direkter Agententätigkeit bereit, da Dulles ihrer Bitte um offizielle Anerkennung auswich; Bergmann, ›Freies Deutschland‹ in der Schweiz, Kapitel X.

115 »CALPO-Minutes of interbranch Meeting Held in Director's Office, 1500 hours, 10 January 1945«, NA RG 226 E 115 B 2 f 21; »SO Branch Use of German Nationals, Recruited Through CALPO for ›Coup de Main‹ Special Operations into Germany«, Gerald Miller an Chef European Theater of Operations, 5.2.1945, ebd.; »SO Branch Use of German Nationals, Recruited Through CALPO for ›Coup de Main‹ Special Operations into Germany,« Stuart O. Pusey, Chef SO Paris, an Leitenden Offizier OSS Paris, 14.2.1945, NA RG 226 E 190 B 424 f 882; »SO Project: CALPO Personnel«, Casey, Direktor Special Intelligence, an Jackson, 15.2.1945, NA RG 226 E 115 B 2 f 21; »Approval of SO Branch CALPO Project,« Willar, Chef Planning Section an SO London et al., 21.3.1945, ebd.; R&A: »Preliminary Report on the Comite ›Allemagne Libre‹ pour l'ouest«, 23.10.1944, ebd.; 3–66/1/576 »Operation CROSS«, Miller an Direktor SO und Chef OSS Paris, 4.5.1945, NA RG 226 E 190 B 348 f 257.

116 Dulles an OSS Washington, 5.2.1945, NA RG 226 E 138 B 2; Bradley F. Smith, Shadow Warriors, S. 283–284; Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 120, 134. Ende 1944 trauten nur noch 44% der Amerikaner den Russen – im Gegensatz zu 60%, die den Briten trauten; Dallek, FDR and American Foreign Policy, S. 506. R&A

z. B. aber sah den europäischen Linkstrend durchaus positiv und nicht unbedingt im Sinne einer Sowjetisierung Europas; Heideking in: Schulz, Partisanen und Volkskrieg, S. 157–159.

117 Laut Soley aufgrund der negativen Äußerungen vieler Regierungsangestellter, ders., Radio Warfare, S. 211, 213.

118 »German Refugees Here Discuss Rumored von Paulus ›Government‹,« FNB an Außenminister und Donovan, S–129, 31. 1. 1945, NA RG 226 E 100 MF INT–13GE–76; »Russians Condemn ›Poisoned Rumors‹«, 22. 2. 1945, NA RG 226 E 106 B 13 f 96; Hughes an General Magruder, 3. 2. 1945, NA RG 226 E 106 B 13 f 97.

119 »Committee for Free Germany«, 10. 2. 1945, NA RG 226 E 106 B 13 f 96.

120 R&A: »The Free Germany Movement and its Political Future«, RAL 139, 26. 1. 1945, NA RG 243 E 36 B 96 f 155; R&A: »Recent Policy of the Newspaper ›Freies Deutschland‹,« Appendix D »The Free Germany Movement and its Political Future«, RAL 139, 26. 1. 1945, ebd.

121 R&A 1550: »The German Communist Party«, 10. 7. 1944, NA RG 59 MF 1221; R&A: European Political Report »The Free Germany Movement within Germany«, Bd. II/2, 12. 1. 1945, NA RG 243 E 36 B 96 f 155.

122 R&A: »The Free Germany Movement and its Political Future«, RAL 139, 26. 1. 1945, ebd.

123 Bradley F. Smith, Shadow Warriors, S. 284, 287; R&A 1550: »The German Communist Party,« 10. 7. 1944, NA RG 59 MF 1221; R&A: European Political Report »A ›Free Germany‹ Committee in the West«, RAL–3–37, 17. 11. 1944, NA RG 243 E 36 B 97 f 155.

124 Robert D. Murphy, Political Advisor für Deutschland, an Matthews, 25. 4. 1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 243–244; Murphy an Matthews, 24. 2. 1945, ebd., S. 1033–1034; Murphy an Außenminister, #278, 8. 8. 1945, ebd., S. 1036–1037; »The National Committee for Free Germany in Leipzig«, undatiert (wohl Anfang Mai 1945), London X–2, NA RG 226 E 119 B 5 f 43; Harriman an Außenminister, #3764, 5. 11. 1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 1069.

125 Vgl. auch Bradley F. Smith, Shadow Warriors, S. 224.

126 Z.B. die Behauptungen von R&A im Jahre 1945, schon Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener hätten sich dem NKFD angeschlossen, das NKFD habe die Kapitulation der deutschen Heeresgruppe Mitte bewirkt, die Radiosendungen des NKFD seien die in Deutschland am häufigsten gehörten, und zwei Drittel der deutschen Linken seien Anhänger der KPD; R&A: »The Free Germany Movement and Its Political Future«, RAL 139, 26. 1. 1945, NA RG 243 E 36 B 96 f 155. Zum Teil war man auch einfach falsch informiert, wie Behauptungen der FNB zeigen, das NKFD plane ein Regierungstriumvirat aus Feldmarschall von Brauchitsch, Pastor Niemoeller und Dr.Schacht; Memorandum for the Planning Group, 29. 7. 1943, NA RG 226 E 144 B 15 f 100.

127 Mastny, Russia's Road, S. 81.

128 Moltmann, Amerikas Deutschlandpolitik, S. 68.

129 Scheurig, Freies Deutschland, S. 67–68, 117, 142.

130 Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 53.
131 Leonhard, Revolution, S. 296–297, 300.
132 Mastny, Russia's Road, S. 119; Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 55. Erst am 13. 1. 1944 gab der frühere Generalsekretär der Komintern, Georgi M. Dimitrov, dem deutschen KP-Führer Wilhelm Pieck den Auftrag, ein Programm für Nachkriegsdeutschland zu entwickeln; Mastny, Russia's Road, S. 146; Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 84. Ab dieser Zeit änderte sich auch die Propaganda des NKFD: nicht mehr der Rückzug des Heeres an die Reichsgrenzen, sondern das Überlaufen zum NKFD wurde propagiert; Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 83, was allerdings wohl v. a. auf die Abmachungen in Teheran zurückzuführen war; Scheurig, Freies Deutschland, S. 120.
133 Scheurig, Freies Deutschland, S. 68, 142; Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 84, 147.
134 Harriman an Außenminister, 114, 13. 1. 1944, FRUS 1944, Bd. IV, S. 805; Tagebucheintrag Henry L. Stimson, 1. 10. 1943, Henry L. Stimson Diaries, MF-Rolle 8, Bildnr.767; »Methods of Breaking German Will to Resist«, Hollis an Foreign Office, 24. 1. 1945, PRO FO 371/46791/C425; Soley, Radio Warfare, S. 213.
135 Meist wird der Beginn des Kalten Krieges auf Anfang 1946 angesetzt, z. B. Loth, Teilung der Welt, S. 118–120; Gaddis, The U.S. and the Origins, Kap. 9; einige Historiker sehen den Bruch mit dem Übergang des Präsidentenamtes auf Harry S. Truman im April 1945, unter anderen Diane S. Clemens, Averell Harriman, John Deane, the Joint Chiefs of Staff, and the ›Reversal of Cooperation‹, in: IHR 14 (1992), S. 306.

Petra Marquardt-Bigman

Nachdenken über ein demokratisches Deutschland

Der Beitrag der Research and Analysis Branch zur Planung der amerikanischen Deutschlandpolitik[1]

Wenn auch die Zeitgenossen immer wieder Veranlassung sahen, die amerikanische Deutschlandpolitik der ersten Nachkriegsjahre als ›Politik improvisierter Notbehelfe‹ zu kritisieren,[1] hatten in den USA schon lange vor Kriegsende zahlreiche Komitees und Planungsstäbe begonnen, Berichte, Studien und politische Empfehlungen zu allen nur denkbaren Aspekten der ›deutschen Frage‹ auszuarbeiten.[2] Auch in der Research and Analysis Branch (R&A), der Forschungsabteilung des amerikanischen Nachrichtendienstes OSS, wandte man sich seit Anfang 1943 neben den für militärische Operationen erforderlichen Arbeiten verstärkt der Frage zu, was mit Deutschland nach seiner ›bedingungslosen Kapitulation‹ geschehen solle. Die Deutschlandexperten der Abteilung – unter ihnen mehrere emigrierte deutsche Wissenschaftler – arbeiteten bis Kriegsende Hunderte von Berichten, Darstellungen und Analysen für die mit deutschlandpolitischen Fragen und der Vorbereitung der Besatzungspolitik befaßten Gremien aus.[3] Trotz dieser scheinbar so eindrucksvollen Bilanz haben sich bislang nur wenige Historiker für die von R&A geleistete Arbeit interessiert. Dies dürfte nicht zuletzt damit zu erklären sein, daß die in der älteren Fachliteratur vorherrschende negative Gesamtbeurteilung der amerikanischen Deutschlandplanung als inadäquat[4] von der neueren Forschung nicht grundsätzlich in Frage gestellt worden ist.[5]

Daß sich unter den R&A-Mitarbeitern viele namhafte Geistes- und Sozialwissenschaftler befanden, von denen nicht wenige ihre Arbeit an den Eliteuniversitäten der amerikanischen Ostküste zu-

rückgestellt hatten, um mit ihrem Fachwissen zum Kampf gegen die Achsenmächte beizutragen, hat einige Historiker immerhin veranlaßt, zumindest die von der Abteilung erbrachte intellektuelle Leistung zu würdigen.[6] Vor allem in Deutschland galt das Interesse dabei einer ganz bestimmten Gruppe der in R&A beschäftigten Akademiker: nämlich den seit 1943 als R&A-Mitarbeitern tätigen deutschen Emigranten. Zu ihnen gehörten, um nur die bekanntesten zu nennen, die Historiker Hajo Holborn und Felix Gilbert, der Politologe John Herz, der Staatsrechtler Otto Kirchheimer, der Philosoph Herbert Marcuse sowie der Jurist, Politik- und Sozialwissenschaftler Franz Leopold Neumann.[7] Besonders die Verbindungen der drei Letztgenannten zur ›Frankfurter Schule‹ bzw. dem von Max Horkheimer im Exil fortgeführten Institut für Sozialforschung[8] haben Alfons Söllner angeregt, 1986 eine Reihe ausgewählter R&A-Deutschlandanalysen herauszugeben und sie als Dokumente der politischen und wissenschaftlichen Emigration zu interpretieren.[9]

Söllner konzentrierte sich darauf, die ›Ungleichzeitigkeiten und Widersprüche‹ aufzudecken, die seiner Ansicht nach zwischen den politischen Idealen der dem sozialistisch-sozialdemokratischen Spektrum zuzurechnenden Emigranten und den Vorstellungen ihres ›Arbeitgebers‹ – der US-Regierung – bestehen mußten.[10] Daß dies ein »voraussetzungsreiches Unternehmen« ist, hat Söllner selbst eingeräumt, zumal bereits in einem von ihm geführten Interview mit dem ehemaligen R&A-Mitarbeiter John Herz angeklungen war, daß die auf den ersten Blick naheliegende Annahme einer grundsätzlichen Diskrepanz zwischen den politischen Vorstellungen deutscher Linksintellektueller und denen amerikanischer Regierungsbehörden nicht unproblematisch ist. Herz verwies in diesem Interview nämlich darauf, daß bei »der Darstellung der amerikanischen Besatzungspolitik [. . .] im allgemeinen zwei gegensätzliche Richtungen unterschieden [werden]: die eine, die Deutschland so schnell wie möglich zum amerikanischen Verbündeten gegenüber der Sowjetunion machen wollte; und die andere, die [. . .] Deutschland bestrafen, zerschlagen, ›pastoralisieren‹ wollte. Vernachlässigt wird, gerade auch von der deutschen Forschung, eine dritte Richtung, die dazwischen lag und die vielleicht sogar damals die vorherrschende war – bei den Emigranten ohnehin, aber eben auch in den amerikanischen Regierungsstellen. Sie folgte einer liberaldemokratischen Perspektive und glaubte an die Möglichkeit, ein demokratisches Deutschland jenseits

von Agrarisierung, aber auch jenseits des westlichen Kapitalismus schaffen zu können – ein Deutschland mit einer demokratischen Verfassung, die alle Optionen vorläufig offen lassen würde.«[11] Zusammen mit der immer wieder geäußerten Kritik, daß nachrichtendienstliche Materialien in vielen politik- und diplomatiegeschichtlichen Darstellungen nur als ›fehlende Dimension› erschienen,[12] soll der Hinweis von John Herz hier als Anregung aufgefaßt werden, die Arbeiten der R&A-Branch mit Blick auf ihre ursprüngliche Bestimmung zu untersuchen: nämlich als Informationsmaterial und Entscheidungshilfen für die am Prozeß der Formulierung, Planung und Umsetzung der amerikanischen Deutschlandpolitik beteiligten Beamten, Politiker und Militärs. Verdeutlicht werden soll dabei, daß die bisherige Interpretation der R&A-Deutschlandstudien als Zeugnisse eines ideen- und wissenschaftsgeschichtlich faszinierenden, aber politisch unbedeutenden Versuchs deutscher Linksintellektueller, ein ihren Idealen entsprechendes, doch kaum mit den Vorstellungen amerikanischer Regierungsbehörden zu vereinbarendes ›anderes Deutschland‹ auf den Weg zu bringen, zu kurz greift. Im folgenden soll vielmehr demonstriert werden, daß die von R&A vertretenen deutschlandpolitischen Konzeptionen nicht nur die von Herz angesprochene – in der Historiographie bislang tatsächlich weitgehend vernachlässigte – ›dritte Richtung‹ der amerikanischen Deutschlandplanung erkennen lassen, sondern darüber hinaus auch eine für das Verständnis der Entwicklung der amerikanischen Deutschlandpolitik relevante Alternative dokumentieren.

Voraussetzung für eine fundierte Beurteilung der von R&A vertretenen deutschlandpolitischen Positionen ist die Berücksichtigung der gesamten Arbeit der R&A-Deutschlandexperten im Kontext der in der Abteilung herrschenden Arbeitsbedingungen sowie der in Washington geführten deutschlandpolitischen Diskussion.[13] Da in dem hier zur Verfügung stehenden Raum nur einige Studien vorgestellt werden können, soll zunächst anhand einer für die Argumentation von R&A charakteristischen Analyse des nationalsozialistischen Deutschland verdeutlicht werden, daß die von der Abteilung vertretenen Konzeptionen konsequent auf dem von den R&A-Deutschlandexperten entwickelten Verständnis des ›Dritten Reiches‹ aufbauten. Welche Folgerungen sich daraus nach Ansicht von R&A für die amerikanische Besatzungspolitik ergaben, soll dann anhand einiger Arbeiten illustriert werden, die Teil eines umfangreichen Projekts waren, das das Kriegs-

ministerium im Rahmen der Vorbereitungen für die Übernahme von Verwaltungs- und Regierungsfunktionen in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Auftrag gegeben hatte. Abschließend soll skizziert werden, welche Kriterien R&A zur Beurteilung der im letzten Kriegsjahr diskutierten deutschlandpolitischen Maßnahmen entwickelte, wobei auch zu fragen sein wird, inwieweit diese Kriterien von Washingtoner Behörden und Planungsstäben geteilt wurden.

Wenn dabei immer wieder von den Positionen der R&A-Branch schlechthin gesprochen wird, ist dies insofern gerechtfertigt, als an den meisten Projekten der Abteilung mehrere Mitarbeiter beteiligt waren und alle Manuskripte abteilungsintern rezensiert wurden, bevor sie ohne Angabe des oder der Verfasser als R&A-Studien in Umlauf gebracht wurden. Die in R&A geltenden Richtlinien forderten eine präzise und möglichst knappe Ausdrucksweise, strikte wissenschaftliche Objektivität und eine logisch aufgebaute Darstellung.[14] Daß die Forderung nach wissenschaftlicher Objektivität im Verständnis der Abteilung auch politische ›Objektivität‹ bedeutete, wurde nicht als Widerspruch zum erklärten Ehrgeiz der R&A-Mitarbeiter empfunden, mit der eigenen Arbeit politische Entscheidungen zu beeinflussen. Die R&A-Studien reflektieren vielmehr die Überzeugung, daß eine wissenschaftlichen Anforderungen genügende Argumentation ›objektive‹ politische Schlußfolgerungen erlaube, und während man sich keinen Illusionen darüber hingab, daß jeder Versuch der Abteilung, offen eine politische Beratungsfunktion zu übernehmen, von den Washingtoner Ministerien als Anmaßung zurückgewiesen würde, scheute man sich in R&A meist nicht, eindeutige Empfehlungen zu formulieren.

Der ›links-hegelianische Weltgeist‹, der mit den deutschen Emigranten in die für deutschlandpolitische Studien zuständige Mitteleuropa-Abteilung der R&A-Branch Einzug gehalten hatte,[15] konnte so auch ungehindert Eingang in die Arbeiten der Abteilung finden. In hohem Maße reflektieren diese Arbeiten zudem den Einfluß, den Franz Neumann sowohl auf seine deutschen wie auf seine amerikanischen Kollegen ausübte, denn der Autor des Anfang 1942 erschienenen – und bald als »definitive Analyse des Deutschen Reiches« gepriesenen – Werkes ›Behemoth: The Structure and Practice of National Socialism‹[16] galt allgemein als der ›führende Kopf‹ der Abteilung.[17]

Besonders deutlich wird der Einfluß Neumanns bzw. der von ihm in ›Behemoth‹ vorgetragenen Argumentation in Studien, in denen wirtschaftliche Strukturen als Faktoren der nationalsozialistischen Macht untersucht werden. In vielerlei Hinsicht typisch für derartige Arbeiten ist eine im August 1943 vorgelegte Analyse zum Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Strukturen und Aggression in Deutschland.[18] Schon der Titel der Studie läßt an Neumanns These vom »der Struktur der deutschen Monopolwirtschaft« innewohnenden ›Imperialismus‹[19] denken, und, ähnlich wie in ›Behemoth‹, baut die Analyse auf eine Darstellung der Entwicklung Deutschlands vom Zeitalter der Industrialisierung bis hin zum NS-Staat auf. Als wichtigster Faktor erscheint in dieser Darstellung die Diskrepanz zwischen der in Deutschland zwar relativ spät einsetzenden, dann aber umso schneller voranschreitenden Industrialisierung und der nur zögernden Modernisierung politischer und gesellschaftlicher Strukturen. Wie ausgeführt wird, hätten Industrielle so zunehmend an Macht und Einfluß gewonnen, um dann zusammen mit den Großgrundbesitzern einen ›politischen Absolutismus‹ zu fördern, der die Ausbildung eines liberalen Bürgertums behinderte. Nach dem Krieg sei die Weimarer Republik zunächst von dem Machtkampf zwischen den »etablierten herrschenden Klassen – dem Landadel und den Industriellen – und dem deutschen Volk« geprägt gewesen, doch habe dann besonders die Schwerindustrie expandieren können und erheblich dazu beigetragen, den ihren Interessen am förderlichsten erscheinenden Nationalsozialisten den Weg zur Macht zu ebnen. Im Verständnis von R&A war der Nationalsozialismus so ganz eindeutig »eine Fortsetzung und Intensivierung der aggressiven Außenpolitik, die von der Schwerindustrie in den Jahren der Weimarer Republik und des Hohenzollern'schen Kaiserreiches gefördert wurde.«[20]

Für die Behandlung Deutschlands in der Nachkriegszeit leitete R&A daraus die Forderung ab, daß der Einfluß der Schwerindustrie auf die deutsche Politik als »Voraussetzung für den Aufbau einer friedlichen Weltordnung« eliminiert werden müsse. Nach Ansicht von R&A konnte dies jedoch nicht die Liquidierung der deutschen Schwerindustrie bedeuten, da der damit verbundene Niedergang der deutschen Wirtschaft sich auf ganz Europa negativ auswirken würde. Ein Verbot von Monopolen und anderen wirtschaftlichen Konzentrationen konnte nach Ansicht der Abteilung nur eine Teillösung bieten. Als weitaus wirksamer

wurde die Aufhebung von Handelsbarrieren und ähnlichen Beschränkungen beurteilt: Zwar sei zu erwarten, daß die deutsche Wirtschaftskraft dadurch wachsen würde, doch sei gleichzeitig mit einem so weitgehenden Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zu rechnen, daß Deutschland im Kriegsfalle nicht autark wäre. Durch zusätzliche politische Maßnahmen sollte nach Ansicht von R&A die Macht des Landadels und der Schwerindustrie eingedämmt werden; im einzelnen wurde in diesem Zusammenhang die Einführung einer demokratischen Regierungsform, eine Säuberung der Beamten- und Richterschaft sowie des Militärs, eine Bodenreform und die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie empfohlen.

Diese Empfehlungen der R&A-Deutschlandexperten entsprechen in auffälliger Weise dem, was Neumann in den Schlußpassagen des ›Behemoth‹ geschrieben hatte: »Wir haben nachzuweisen versucht, daß es keinen spezifisch deutschen Charakterzug gibt, der für Aggression und Imperialismus verantwortlich zu machen wäre, sondern daß der Imperialismus der Struktur der deutschen Monopolwirtschaft, dem Einparteiensystem, der Wehrmacht und der Bürokratie innewohnt. Um die Aggression zu beseitigen, muß außer der Entmachtung von Partei, Wehrmacht und hoher Bürokratie die Macht der Monopolwirtschaft endgültig gebrochen und die ökonomische Struktur Deutschlands grundlegend verändert werden.«[21]

Tatsächlich fassen diese wenigen Sätze auch das deutschlandpolitische ›Grundsatzprogramm‹ der R&A-Branch zusammen. Wie in Neumanns ›Behemoth‹ erscheint der deutsche Faschismus in den Analysen der R&A-Branch nicht als ein dem deutschen ›Nationalcharakter‹ eigentümliches Phänomen, dem durch jahrelange Überwachung und ›Umerziehung‹ oder durch einen drastischen Straffrieden beizukommen wäre. Das Verständnis des Nationalsozialismus als Resultat struktureller Probleme, deren Wurzeln in der sozialen und wirtschaftlichen Verfassung Deutschlands zu suchen waren, implizierte vielmehr einen grundsätzlichen Antagonismus zwischen ›Herrschenden‹ und ›Beherrschten‹[22] und legte als Lösung der ›deutschen Frage‹ eine tiefgreifende Demokratisierung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Strukturen nahe. Immer wieder wurde in den R&A-Deutschlandanalysen deshalb eine ›soziale Revolution‹ als unabdingbare Voraussetzung für eine Demokratisierung Deutschlands bezeichnet.

Detailliertere Vorstellungen darüber, wie sich diese Demokratisierung Deutschlands vollziehen sollte, entwickelte R&A dann im Rahmen eines umfangreichen Forschungsprogramms, das das Kriegsministerium im Juli 1943 im Rahmen der Vorbereitungen für US-Militärverwaltungen in Auftrag gegeben hatte.[23] Zusammen mit einigen anderen Behörden – insbesondere dem Außenministerium und dem Außenwirtschaftsamt (Foreign Economic Administration) – hatte R&A dafür eine Serie von Handbüchern und Verwaltungsführern auszuarbeiten, die den künftigen Offizieren der Militärregierung als Hintergrundinformationen und Orientierungshilfen bei ihrem Einsatz in der Verwaltung befreiter und besetzter Gebiete dienen sollten.[24]

Angesichts der Weigerung Präsident Roosevelts, sich frühzeitig auf eine eindeutig formulierte Nachkriegspolitik festzulegen, war freilich völlig unklar, unter welchen Bedingungen und mit welchem Auftrag die Militärregierung in Deutschland zu operieren haben würde. In R&A begab man sich deshalb nolens volens daran, in einer Reihe von abteilungsinternen Besprechungen klarzustellen, welche Funktionen und Aufgaben die amerikanische Militärregierung in Deutschland sinnvollerweise erfüllen sollte.[25] R&A versuchte dabei, sowohl die vom Kriegsministerium vertretene Konzeption von einer mit möglichst wenig politischen Aufgaben belasteten Militärregierung wie auch die vom Außenministerium vertretene Position, daß die Militärregierung in Deutschland Teil eines langfristigen Demokratisierungsprozesses sein sollte, zu berücksichtigen.

Die so formulierte R&A-›Linie‹ orientierte sich im wesentlichen an vier Grundprinzipien: »(1) Die Militärregierung ist ein begrenztes Instrument, das im unmittelbaren Gefolge von Kampfhandlungen rein operative Funktionen zu erfüllen haben wird; (2) zusätzlich zu diesen Funktionen sollte die Militärregierung unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen alle Erscheinungsformen des Nazismus auf das Gründlichste vernichten und entlassene Nazifunktionäre durch Anti-Nazi-Personal ersetzen; (3) nach Beendigung der Kampfhandlungen sollte die Hauptaufgabe in der Entfernung von Hindernissen für die Bildung demokratischer Einrichtungen bestehen; (4) die Militärregierung in Deutschland sollte von kurzer Dauer sein.«

Insgesamt läßt diese Definition der Aufgaben und Funktionen einer Militärregierung in Deutschland sicherlich den von R&A erhobenen Anspruch, man habe sich »realistisch und beständig«

darum bemüht, der Militärregierung keinerlei »messianische Rolle« zuzuweisen,[26] berechtigt erscheinen. Während sich aber das Außenministerium offenbar vorbehaltlos mit den in R&A erarbeiteten Positionen einverstanden erklärte,[27] glaubte man in R&A immer wieder feststellen zu müssen, daß das Außenwirtschaftsamt der Militärregierung die Aufgabe aufbürden wolle, »Deutschland zu einer ziemlich genauen Replik des New Deal zu formen«.[28]

R&A warnte dagegen vor der Hoffnung, daß die Alliierten die Probleme in Deutschland durch ›von oben‹ dekretierte Maßnahmen lösen könnten. Da man in R&A davon ausging, daß im ›Dritten Reich‹ ein grundsätzlicher Antagonismus zwischen den ›Herrschenden‹ und ›Beherrschten‹ bestehe, glaubte man erwarten zu können, »daß das Ende des Krieges in Deutschland politische Kräfte freisetzen wird, die – läßt man ihnen Zeit sich zu entwikkeln und sich in angemessenen Formen zu organisieren – in der Lage sein werden, alle oder jedenfalls einen großen Teil unserer grundlegenden Ziele in Deutschland zu realisieren.« Wie R&A ausführte, war es dann »von größter Bedeutung, daß die Militärregierung der Entwicklung solcher politischer Kräfte und Formen nicht im Wege stehen sollte.«

Vor diesem Hintergrund trat R&A immer wieder für eine sehr restriktiv verstandene und scheinbar ›unpolitische‹ Rolle der Militärregierung ein. Doch während man damit im Kriegsministerium tatsächlich die Vorstellung einer von langfristigen politischen Überlegungen möglichst unbehinderten, vorrangig an ›militärischer Notwendigkeit‹ orientierten Rolle der Militärregierung verband, knüpfte man in R&A ganz bestimmte politisch begründete Annahmen, Erwartungen und Hoffnungen an diese ›unpolitische‹ Rolle der amerikanischen Militärregierung.

Was man unter den von der Militärregierung zu beseitigenden »Hindernissen für die Bildung demokratischer Einrichtungen« zu verstehen hatte, war beispielsweise in einem R&A-Arbeitspapier über den »Zweck der Militärregierung«[29] deutlich ausgesprochen: »die Nazipartei; die Kaste der Militärs; die Kaste der Junker; die industriellen Monopole«. Wiederum bezeichnete R&A die »Zerstörung der gegenwärtigen Konzentration sozioökonomischer Macht« in Deutschland als Grundbedingung für einen dauerhaften Frieden; gleichzeitig wurde die von »einflußreichen Gruppen« vertretene Vorstellung, daß diese Grundbedingung einfach durch die physische Zerstörung der deutschen Industrie geschaffen wer-

den könnte, erneut mit der Begründung abgelehnt, daß dies »nicht nur unmoralisch, sondern tatsächlich [. . .] unmöglich« sei, weil damit eine Erschütterung des Wirtschafts- und Sozialgefüges ganz Europas verbunden wäre.

Die einzig sinnvolle Alternative dazu lag nach Ansicht von R&A in »tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen, die die Macht derjenigen Gruppen brechen, die für Deutschlands Aggressionspolitik verantwortlich sind.« Wie R&A erneut betonte, konnte dies jedoch nicht von einer Militärregierung geleistet werden, sondern einzig und allein »durch die Anstrengungen derjenigen Gruppen in Deutschland« bewirkt werden, »die die Politik imperialistischer Expansion ablehnen«. Allerdings könne eine Militärregierung die Bemühungen dieser ›demokratischen Gruppen‹ erheblich erleichtern, wenn sie sie »ermutige, mit ihnen zusammenarbeite und materielle und ideologische Unterstützung von Nazis, Militärs, Junkern, Industriellen und Ministerialbeamten vermeide«, denn diese seien als die »traditionell reaktionären Kräfte in Deutschland« anzusehen. Abschließend wurde nochmals ausdrücklich die Duldung und sogar die »aktive Begünstigung« derjenigen Gruppen empfohlen, »die grundlegende sozioökonomische Veränderungen (wie die Aufteilung von junkerlichen Landgütern, die Verstaatlichung von Monopolen und Banken) anstreben«. Derartige Empfehlungen lassen kaum Zweifel daran, daß die der Militärregierung von R&A immer wieder zugewiesene »rein negative [d. h. demokratiefeindliche Gruppen abblockende] Funktion im Hinblick auf das künftige Deutschland« in Wirklichkeit nicht ganz so ›negativ‹ gemeint war.

Im Kriegsministerium schien man die von R&A vertretenen Positionen, die der Militärregierung vordergründig eine der traditionellen ›Nicht-Interventions‹-Doktrin entsprechende Rolle zuwiesen, im allgemeinen zu billigen. Freilich bedeutete dies nicht, daß man, wie R&A hoffte, auch bereit war, auf Kosten von ›Recht und Ordnung‹ abzuwarten, ob sich die ›demokratischen Kräfte‹ in Deutschland tatsächlich als willige Vollstrecker amerikanischer bzw. alliierter ›Friedensziele‹ erweisen würden, und so schlug sich das Kriegsministerium in den darüber zwischen R&A und dem Außenwirtschaftsamt entbrennenden Kontroversen auch zuweilen auf die Seite des letzteren.[30]

Für die *grundsätzliche*[31] Stoßrichtung der von einer amerikanischen Militärregierung zu verfolgenden Politik hatte dies kaum Bedeutung: Sowohl R&A wie das Außenwirtschaftsamt befür-

worteten – ebenso wie das Außenministerium – tiefgreifende Veränderungen in der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verfassung Deutschlands. Strittig war, wie diese Veränderungen zu bewerkstelligen seien: Während R&A glaubte, daß sie von der Militärregierung nur initiiert und abgeschirmt werden sollten, sich aber im wesentlichen als eine von den demokratischen Kräften der deutschen Gesellschaft getragene ›soziale Revolution‹ vollziehen müßten, befürwortete das Außenwirtschaftsamt eher eine von der Militärregierung kontrollierte ›künstliche Revolution‹,[32] die gleichwohl nicht weniger radikal sein sollte.

Wie auch immer sich aber eine solche ›Umwälzung‹ zur Demokratie in Deutschland im einzelnen vollziehen würde, konnte sie nach Ansicht von R&A überhaupt nur dann erfolgen, wenn gewisse äußere Grundvoraussetzungen erfüllt wären. Bereits in der im August 1943 vorgelegten Studie zum »Zusammenhang zwischen Aggression und Wirtschaftsstruktur in Deutschland« war deutlich geworden, daß man in R&A den Aufbau einer internationalen Friedensordnung als übergreifenden Gesichtspunkt aller deutschlandpolitischen Überlegungen betrachtete, da ein demokratisches und friedfertiges Deutschland nach Ansicht der Abteilung nur innerhalb eines stabilen, befriedeten Europas denkbar war.

Auf der Basis dieser Prämissen entwickelte R&A nach Abschluß der Arbeiten für das Kriegsministerium im Frühjahr 1944 ein Set von Kriterien und Argumenten, das der Abteilung in allen Arbeiten zur Deutschlandpolitik als Folie für die Beurteilung der jeweils diskutierten Maßnahmen diente. Die in diesem Zusammenhang formulierten Konzeptionen lassen sich exemplarisch anhand einiger Positionspapiere vom ersten Halbjahr 1944 nachzeichnen. Ein von den leitenden Mitarbeitern der Abteilung ausgearbeitetes Memorandum zu den »Amerikanischen Sicherheitsinteressen an der Regelung in Europa« kann hierbei als Grundsatzpapier für die von R&A vertretenen Positionen angesehen werden.[33] In diesem Memorandum wurde ausgeführt, daß das amerikanische Interesse an der europäischen Nachkriegsordnung in erster Linie von Sicherheitsüberlegungen bestimmt sei; wirtschaftliche Interessen seien dagegen lediglich »von entschieden zweitrangiger Bedeutung«. Sicherheit wurde in diesem Zusammenhang im Sinne einer stabilen Friedensordnung verstanden, wobei R&A davon ausging, daß die Interessen der USA in Europa insofern eher indirekter Natur seien, als sie durch ein

stabiles, weder von Großbritannien noch der Sowjetunion dominiertes Europa, bereits gewahrt seien. Den USA mußte deshalb nach Ansicht von R&A vor allem daran gelegen sein, die Spaltung Europas in eine britische und eine sowjetische Einflußsphäre zu verhindern: »Regierungen, die weder ausschließlich an Rußland noch an Großbritannien orientiert sind, sind unabdingbare Voraussetzung für die Vermeidung von sehr ernsten Spannungen zwischen diesen beiden Mächten und somit für die Sicherheit Großbritanniens (und der Vereinigten Staaten).« Diese ›Neutralität‹ Europas konnte nach Ansicht von R&A nur durch eine Intensivierung der innereuropäischen Beziehungen erreicht werden; längerfristig bedeute dies »irgendeine Art europäischer Union, die sich weder gegen Großbritannien noch gegen Rußland richtet, sondern mit beiden in gutem Einvernehmen steht.«[34]

Dabei war Deutschland nach Ansicht von R&A für die europäische Nachkriegsordnung von zentraler Bedeutung. Zum einen gelte es, auch und vor allem in Deutschland, eine Spaltung in eine britische und eine sowjetische Einflußzone zu verhindern. Längerfristig sei deshalb die Einbindung Deutschlands in die europäische Wirtschaftsstruktur unabdingbar, was nach Ansicht von R&A durchaus damit zu vereinbaren war, daß Deutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit für den von ihm begonnenen Krieg zur Verantwortung gezogen werden sollte, denn, so argumentierte die Abteilung: »Die Deutschland auferlegten Bedingungen, gleichgültig wie hart sie sein mögen, werden nicht im Widerspruch zum Ziel der Integration Deutschlands in Europa stehen, wenn sie innerhalb eines vernünftig bemessenen kurzen Zeitraums erfüllbar sind und auch erfüllt werden, wenn diese Bedingungen keine dauerhaften politischen, territorialen oder wirtschaftlichen Einschränkungen vorsehen und wenn sie mit dem Aufkommen friedfertiger, demokratischer Kräfte in Deutschland allmählich gelockert werden.«[35]

Ausdrücklich warnte R&A, daß jeder Versuch, Deutschland auf Dauer wirtschaftliche Beschränkungen oder eine Teilung aufzuerlegen, dem amerikanischen Interesse an einer in sich stabilen europäischen Friedensordnung zum Schaden gereichen werde. So war nach den von R&A entwickelten Kriterien weder die in den Gesprächen der ›Großen Drei‹ immer wieder diskutierte Option einer Zerstückelung Deutschlands[36] noch der von Finanzminister Morgenthau im September 1944 vorgelegte ›Plan‹ geeignet,[37] den Frieden in Deutschland und Europa zu gewährleisten. Daß es »ein

friedliches und prosperierendes Europa mit einem dauerhaft niedergehaltenen oder geteilten Deutschland« geben könnte, gehörte nach Ansicht von R&A zu den »falschen Vorstellungen, die in gegenwärtigen Diskussionen über die europäische Ordnung gängig sind.« Ausdrücklich lehnte die Abteilung die Forderung nach einer Reduzierung der deutschen Wirtschaft auf den landwirtschaftlichen Bereich als unrealistisch und unsinnig ab. R&A plädierte statt dessen für ein »wirtschaftliches und politisches Programm, das darauf abzielt, eine wirkliche Grundlage für einen dauerhaften Frieden zu schaffen.«[38] Unverzichtbare Elemente dieses ›Programms‹ seien »a. Der politische und gesellschaftliche Wiederaufbau Deutschlands zum Zwecke der Eliminierung der aggressiven Elemente; b. Die spätere Wiederaufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft; c. Die Entwicklung und Wahrung einer übereinstimmenden Politik und einer Interessengemeinschaft zwischen den Großmächten auf der Basis des schrittweisen Abbaus wirtschaftlicher und politischer Interessenkonflikte.«

Insofern betrachtete R&A Deutschland gewissermaßen als ›Testfeld‹ für die alliierte Zusammenarbeit. Deshalb galt es im Verständnis der Abteilung in besonderem Maße, in Deutschland die Schaffung von konfliktträchtigen Situationen zu vermeiden, und die Frage nach dem eventuellen Konfliktpotential der jeweils zur Diskussion stehenden deutschlandpolitischen Maßnahmen wurde nun fast schon zum ›Markenzeichen‹ der R&A-Studien zur amerikanischen Deutschlandpolitik. Dabei reflektierte die immer wieder erhobene Forderung nach »Entwicklung und Wahrung einer übereinstimmenden Politik und einer Interessengemeinschaft zwischen den Großmächten« die Überzeugung, daß sich die Nachkriegsentwicklung Deutschlands – und Europas – zunächst einmal als Funktion des Verhältnisses der Siegermächte untereinander gestalten würde. Explizit oder implizit warnte R&A deshalb immer wieder davor, daß die Kriegskoalition nach dem gemeinsam errungenen Sieg auseinanderbrechen würde, wenn das sie verbindende Interesse – die militärische Niederringung des nationalsozialistischen Deutschlands – für die Nachkriegszeit nicht neu definiert werde. Die von R&A-Mitarbeiter Hajo Holborn später einmal geprägte Sentenz, daß »letztlich derjenige den Krieg gewinnt, der den richtigen Frieden erringt«,[39] hätte dabei insofern als ›Leitmotiv‹ über vielen der R&A-Studien zur amerikanischen Deutschlandpolitik stehen können, als sie die in den Arbeiten der

Abteilung immer wieder erkennbar werdende Überzeugung reflektiert, daß es so etwas wie einen ›richtigen‹ Frieden gebe, und daß dieser nach dem militärischen Sieg erst noch zu erringen sei. Konsequent trat R&A deshalb in allen deutschlandpolitischen Studien dafür ein, daß die unter dem Eindruck des Krieges diskutierten Maßnahmen zu einer dauerhaften Ausschaltung Deutschlands als Aggressor in der Nachkriegszeit nur mit politischem Augenmaß und Verantwortungsbewußtsein als ›Friedensziele‹ verwirklicht werden sollten.

Doch noch im Laufe des Jahres 1945 sollte sich abzeichnen, daß tatsächlich erst der Krieg, mitnichten aber auch schon der Frieden gewonnen war. Während sich R&A zugute halten konnte, viele der sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit stellenden Probleme antizipiert zu haben, bedeutete gerade die Tatsache, daß sich diese Probleme nun wirklich ergaben, daß die von R&A ausgesprochenen Empfehlungen und Warnungen wenn nicht ungehört, so doch unbeachtet geblieben waren. Die Entwicklungen der Nachkriegszeit bestätigten so zwar vielfach die Expertise der Abteilung, doch der Versuch, sie für den Prozeß politischer Entscheidungsfindung nutzbar zu machen, schien gescheitert.

Andererseits deuten eine ganze Reihe von ›Indizien‹ darauf hin, daß die von der Abteilung geleistete Arbeit in Washington durchaus geschätzt wurde.[40] Insbesondere das Außenministerium gehörte während des Krieges nicht nur zu den besten ›Kunden‹ der R&A-Branch, sondern vertrat auch häufig Positionen, die sich ganz ähnlich in R&A-Studien fanden. Eindeutige Belege für einen direkten Zusammenhang zwischen den vom Außenministerium und den von R&A vertretenen Positionen lassen sich jedoch nur selten finden.[41] Zwar mag beispielsweise bei den für die Konferenz von Jalta ausgearbeiteten Denkschriften über die Behandlung Deutschlands und die Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland auffallen,[42] daß der vom Außenministerium empfohlene politische Kurs in seinen Grundzügen den von R&A entwickelten Positionen entsprach und daß auch die als Begründung vorgebrachten Argumentationen immer wieder den in R&A-Studien vorgetragenen Überlegungen ähnelten, doch kann ein von R&A ausgehender Einfluß nur insofern nachgewiesen werden, als sich feststellen läßt, daß ein ehemaliger R&A-Mitarbeiter – nämlich der inzwischen im Außenministerium tätige Wirtschaftswissenschaftler Emile Despres – Verfasser der Denkschrift zur Wirtschaftspolitik war.[43] So wenig dieser Einzelfall allgemeinere Rück-

schlüsse auf die Verwertung von R&A-Studien erlaubt, illustriert er doch immerhin, daß ein zum Außenministerium überwechselnder R&A-Mitarbeiter seine bisherigen Konzeptionen nicht zu revidieren brauchte, um der von seinem neuen Arbeitgeber befürworteten politischen Linie zu entsprechen.

Allerdings war R&A mitnichten die einzige Institution, die das Außenministerium und andere Washingtoner Behörden mit Berichten und Analysen belieferte, und auch die von R&A vertretenen Positionen waren in keiner Weise ›exklusiv‹. Insbesondere die vom ›Council on Foreign Relations‹ gebildeten Ausschüsse, die sich schon seit Kriegsbeginn erfolgreich um eine institutionell wie personell verankerte Zusammenarbeit mit dem Außenministerium bemühten, scheinen in vielen Fragen zu Ergebnissen gekommen zu sein, die sich von den von R&A vertretenen Positionen kaum unterschieden.[44] In diesem Zusammenhang dürfte der Beobachtung, daß einzelne R&A-Mitarbeiter auch Mitglieder der vom Council gebildeten Studiengruppen waren,[45] eine über diese Einzelfälle weit hinausreichende Bedeutung zukommen, denn derartige personelle Verästelungen verweisen auf ein komplexes Netzwerk professioneller Kontakte und persönlicher Bekanntschaften, in deren Rahmen Diskussionen geführt und Ideen ausgetauscht wurden, ohne je dokumentiert zu werden.

Insgesamt sind definitive Aussagen über die politische Relevanz der von R&A geleisteten Arbeit so kaum möglich. Ex negativo läßt sich zwar mit größerer Bestimmtheit feststellen, daß die ehrgeizigen Hoffnungen der Abteilung, »Politik zu beeinflussen«, unerfüllt blieben, doch da man angesichts der Entwicklungen des letzten Kriegsjahres und der unmittelbaren Nachkriegszeit auch im Außenministerium Grund gehabt hätte, sich ähnlich frustriert zu fühlen, ist damit nicht unbedingt eine erschöpfende Antwort gegeben. In der Tat hieße es, sich den von R&A entwikkelten Ehrgeiz zu eigen zu machen, wenn man angesichts des offiziellen Status der Abteilung als eine Art Dienstleistungsbehörde die politische Relevanz der R&A-Arbeiten daran messen wollte, inwieweit die Nachkriegspolitik der USA den von R&A entwikkelten Konzeptionen folgte. Sehr viel realistischer ist es, nach dem Beitrag zu fragen, den R&A für die in den letzten beiden Kriegsjahren in Washington ausgearbeiteten politischen Planungen und für die in diesem Zusammenhang geführten Diskussionen leistete. In diesem Prozeß stellten die R&A-Studien zumindest ihrem Potential nach Denkanstöße, Argumentationshilfen und Konzeptio-

nen für diejenigen bereit, die Politik nicht als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln betrachteten, sondern für den Aufbau einer langfristig ausgerichteten, auf Interessenausgleich und Kooperation beruhenden Friedensordnung plädierten. Inwieweit dieses Potential tatsächlich genutzt wurde, ist nicht nachzuweisen, daß es aber geschätzt wurde, ist nicht zu bezweifeln: Dafür sprechen nicht nur die in R&A-Unterlagen gelegentlich notierten positiven Reaktionen einzelner R&A-›Kunden‹, sondern viel deutlicher noch die zuweilen die Grenzen der Arbeitskapazität der Abteilung überschreitende Nachfrage nach R&A-Studien und schließlich auch die Tatsache, daß R&A nach Kriegsende nicht wie andere OSS-Abteilungen zur Aufteilung bzw. Auflösung an das Kriegsministerium überstellt wurde, sondern im Außenministerium den Kern eines neu aufzubauenden Auslandsnachrichtendienstes bilden sollte. Selbst wenn eine genauere Bestimmung der politischen Bedeutung der von R&A geleisteten Arbeit letztlich kaum möglich ist, dürften diese bislang wenig beachteten Studien als ein Beitrag zu der in Washington geführten deutschlandpolitischen Diskussion zu werten sein, den es für ein Verständnis der längerfristigen Entwicklung der amerikanischen Deutschlandpolitik – gerade auch mit Blick auf den ›Kalten Krieg‹ – zu berücksichtigen gilt.

Anmerkungen

1 Die Quellenstudien, auf denen dieser Beitrag basiert, wurden durch ein Stipendium im Rahmen eines Austauschprogramms zwischen der Universität Tübingen und der Georgetown University, Washington, D.C., sowie durch ein Stipendium des Deutschen Historischen Instituts in Washington, D.C., ermöglicht. Die Verfasserin dankt diesen Institutionen für ihre Unterstützung.
Clay, Entscheidung in Deutschland, S. 25.

2 Vgl. z. B. die Dokumentation des Department of State, Postwar Foreign Policy Preparation 1939–1945, Publication 3580, sowie Paul Hammond, Directives for the Occupation of Germany: The Washington Controversy, in: Stein, American Civil-Military Decisions, S. 311–460; und Dorn, Debatte, VfZG 6 (1958), S. 60–77.

3 Die Originale befinden sich in den NA RG 59 sowie RG 226. Die in RG 59 befindlichen Berichte sind auch als Mikrofiche zugänglich: NA MF Publication MF 1221 (Reports of the Research and Analysis Branch of the Office of Strategic Services, 1941–1947). Zu Aufbau, Organisation und Arbeitsweise der R&A-Branch finden sich neben

den Unterlagen in RG 226 auch Hinweise in: War Report of the OSS. Einen knappen Überblick bietet Bradley F. Smith, Shadow Warriors, S. 360–389.

4 Vgl. z. B. die Einleitung bei Gimbel, American Occupation. Eine pointiert formulierte Kritik an der Planung der amerikanischen Besatzungs- und Deutschlandpolitik findet sich bei Peterson, American Occupation, S. 19–35.

5 Vgl. David Schoenbaum, Deutschland als Gegenstand der amerikanischen Nachkriegsplanung, in: Herbst, Westdeutschland, S. 27–36, insbes. S. 27 f.

6 So Katz, Foreign Intelligence; außerdem Winks, Cloak & Gown (bes. Kap. 2).

7 Kurze Biographien der Genannten finden sich in: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933.

8 Vgl. Wiggershaus, Die Frankfurter Schule, bes. S. 55–123, 147 ff., 327 ff; Katz, Criticism of Arms, Journal of Modern History 59 (1987), S. 439–478, und ders., Foreign Intelligence, S. 29ff.

9 Söllner, Zur Archäologie der Demokratie; vgl. außerdem ders., Wissenschaftliche Kompetenz und politische Ohnmacht. Deutsche Emigranten im amerikanischen Staatsdienst 1942–1949, in: Koebner / Sautermeister / Schneider, Deutschland nach Hitler, S. 136–150.

10 Söllner, Zur Archäologie der Demokratie, Bd. 2, S. 113, vgl. auch Bd. 1, S. 7 ff.

11 In: Söllner, Zur Archäologie der Demokratie, Bd. 2, S. 37.

12 So – nach einem Wort Sir Alexander Cadogans – Andrew / Dilks, Missing Dimension, S. 1.; vgl. auch die Einleitung von Gerhard Schulz zu: ders., Geheimdienste und Widerstandsbewegungen, S. 7 ff.

13 Die folgenden Ausführungen basieren auf Marquardt-Bigman, Deutschlandanalysen.

14 Siehe dazu und zum Folgenden RG 226 E 1 B 3: »Draft of proposed guide to preparation of political reports«, o.D., sowie ebd., B 9 f: *Political Reports (Preparation of)* (Überschrift im Original unterstrichen): »Guide to Preparation of Political Reports«, 5. 5. 1944.

15 So Herz, Vom Überleben, S. 136.

16 Neumann, Behemoth, Zitat im Nachwort von Gert Schäfer, S. 665, der ebd. eine Einführung in Neumanns Analyse bietet (S. 662–776).

17 RG 226 E 99 B 76 f 45 & 46: »History of the Research and Analysis Branch in the Office of Strategic Services, June 1941 – September 1944«, S. 76 (The Political Group), im folgenden zitiert als R&A-History. Vgl. außerdem H. Stuart Hughes, Franz Neumann between Marxism and Liberal Democracy, in: Fleming / Bailyn, Intellectual Migration, S. 446–462.

18 R&A 1145: »The Relation Between Aggression and Business Structure in Germany«, 25. 8. 1943 (36 S.).

19 Neumann, Behemoth, S. 549, ausführlich im Zweiten Teil »Die totalitäre Monopolwirtschaft«, S. 269 ff.

20 Eine weitere R&A-Studie zu den Verbindungen zwischen »big business« und der NSDAP zeichnet ein ähnliches Bild: R&A 934: »Banks, Industry and the Nazi Party«, o.D. (9 S.), aber, wie aus dem Text hervorgeht, offensichtlich nach Mai 1943. Vgl. auch die auf Anfrage

des Office of War Information zusammengestellten Kurzbiographien von »War Profiteers«, R&A 1313.2, Oktober/November 1943, als deren Verfasser Katz, Foreign Intelligence, S. 40, Anm. 31, Franz Neumann identifiziert. Neumann faßte die in diesen Studien aufgezeigten Entwicklungen in der zweiten (im Spätsommer 1944 erscheinenden) Ausgabe des Behemoth prägnant zusammen: »Die Praktiker der Gewalt werden mehr und mehr Unternehmer und die Unternehmer Praktiker der Gewalt.« (S. 660). Siehe außerdem den nur für OSS-internen Gebrauch bestimmten Bericht über Befragungen der Bankiers Max Warburg und Jakob Goldschmidt: R&A 1412: »Report on Important German Business and Financial Leaders and their Nazi Connections«, o.D. [Januar 1944] RG 238, B 26.

21 Neumann, Behemoth, S. 549f; vgl. in diesem Zusammenhang auch Broszat / Schwabe, Die deutschen Eliten. Ein Überblick über das in der neueren Historiographie entwickelte Verständnis des Nationalsozialismus findet sich z. B. in Bracher / Funke / Jacobsen, Nationalsozialistische Diktatur.

22 So z. B. R&A 1547: »German Social Stratification«, 26.11.1943 (19 S.); Katz, Foreign Intelligence, S. 43 (und Anm. 41) identifiziert Herbert Marcuse als Verfasser.

23 Dazu und zum folgenden RG 226 E 1 B 2 f: *Civil Affairs Division* (Überschrift im Original unterstrichen). Zur Vorbereitung der amerikanischen Besatzungspolitik vgl. neben den in Anm. 2 genannten Werken von Hammond und Dorn auch die entsprechenden Beiträge in Friedrich and Associates, American Experiences; sowie die relevanten Kapitel bei Holborn, American Military Government; Zink, United States in Germany, und Ziemke, U.S. Army in the Occupation.

24 R&A arbeitete im Rahmen dieses Projekts mehr als 40 Verwaltungsführer aus, von denen zwei Drittel vom Kriegsministerium gedruckt wurden; siehe dazu vor allem die Serien R&A 1655.1 ff., R&A 1758 ff., sowie R&A 1458: »Research in Preparation of AMG in Germany«, o.D., und R&A 2438: »The Civil Affairs Guide Program for Germany: An Analysis of its Principles and Aims«, 23.10.1944 (mit einer Auflistung aller Civil Affairs Guides). – Zum Beitrag emigrierter Juristen zu den von R&A im Rahmen dieses Projektes ausgearbeiteten Materialien neuerdings Stiefel / Mecklenburg, Deutsche Juristen, S. 148–176, insbeS. 154 ff. Katz, Foreign Intelligence, S. 45–49, 70–77, versucht, zwischen dem Beitrag der »Frankfurter Schule« und dem der Meinecke-Schüler Holborn und Gilbert zu unterscheiden.

25 Dazu R&A-History, Civil Affairs Guides, S. 98 f.; s. auch die Unterlagen in RG 226 E 1 B 1 f 8: »Proposed Outline for the Organization of Allied Military Government in Germany«, o.D., wahrscheinlich September 1943; »Conditions of Military Government over Germany«, 22.9.1943 (OSS, R&A, Europe-Africa Division, Psychological Warfare Sub-Division, Central European Section); »Forms of Military Government over Germany«, 21.9.1943 (OSS, R&A); »What is the Purpose of Military Government over Germany?«, 22.9.1943 (OSS, R&A, Europe-Africa Division, Psychological Warfare Sub-Division, Central European Section); »Military Occupation and International Control of Germany«, 22.9.1943 (USSR Division, R&A Branch,

OSS); »Will the Soviet Union Be Willing to Participate in a Joint Military Occupation and a Joint Military Government of Germany?«, 22.9.1943 (USSR Division, R&A Branch, OSS); »United Nations Military Government over Germany«, o.D., wahrscheinlich ebenfalls September 1943.

26 R&A-History, Civil Affairs Guides, S. 99.

27 Die Unterlagen in RG 226 E 44 (Europe-Africa Division, Civil Affairs Guides) belegen, daß das Außenministerium meist nur geringfügige Änderungen der von R&A ausgearbeiteten Entwürfe verlangte. Auch der ehemalige R&A-Mitarbeiter Louis A. Wiesner bestätigt diese Darstellung der R&A-History: »Die gemeinsame Position in der Central European Section des OSS, die nach internen Diskussionen akzeptiert worden war, war in den meisten Bereichen identisch mit der Position des Department of State«. Wiesner, Die organisierte Arbeiterbewegung im Nachkriegsdeutschland, in: Erd, Reform und Resignation, S. 172f.

28 R&A-History, Civil Affairs Guides, S. 100.

29 RG 226 E 1 B 1 f 8, »What Is the Purpose of Military Government Over Germany?«, 22.9.1943.

30 Dazu die Unterlagen in RG 226 E 44 B 1 ff. Vgl. zur politischen Bedeutung des »Civil Affairs«-Programms die Bemerkungen von Holborn: American Planning of the Military Government of Germany During World War II, in: ders., Germany and Europe, S. 250 ff.

31 Im Original unterstrichen.

32 Die These, daß die amerikanische Besatzungspolitik eine kontrollierte, »künstliche Revolution« anstrebte, hat Montgomery vertreten, in: ders., Forced to be Free.

33 RG 226 E 1 B 7 f: *Director's Committee 1944–1945* (im Original unterstrichen), R&A an Donovan, 17.7.1944, s. außerdem die von Paul A. Baran verfaßte Denkschrift »Germany and the Post-War Balance of Power« vom 16.5.1944 (ebd.), sowie einen Bericht zu »British Official and Unofficial Attitudes Towards Post-War Germany« vom Mai 1944 (ebd.); vgl. die bei Katz, Foreign Intelligence, S. 125 ff., diskutierte Studie Paul Sweezys mit gleichlautendem Titel vom 24.4.1944 und das in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnte Positionspapier des Londoner R&A-Büros zur »Three-Power Co-Operation and the Occupation of Germany«, o.D., sowie den auf S. 128 angesprochenen Entwurf Edward Masons »Treatment of Germany«, o.D. Alle diese Arbeiten fanden offenbar Eingang in das oben besprochene Memorandum vom 17.7.1944. – Interessant wäre ein Vergleich der von R&A entwickelten Konzeptionen mit den an der New School for Social Research bzw. am Institute of World Affairs erarbeiteten Positionen, vgl. Claus-Dieter Krohn, »Let us be prepared to win the peace«. Nachkriegsplanungen emigrierter deutscher Sozialwissenschaftler an der New School for Social Research in New York, in: Koebner / Sautermeister / Schneider, Deutschland nach Hitler, S. 127 ff.; vgl. auch die bei Wala, Winning the Peace, S. 48 ff. erwähnten »War and Peace Studies«.

34 Die Berücksichtigung dieser Überlegungen wäre für eine Beurteilung der Entwicklung der amerikanischen Nachkriegspolitik wichtig.

Frohn, Neutralisierung, geht auf eventuell relevante, während der letzten beiden Kriegsjahre entwickelte Vorstellungen nicht ein, und so war es seiner Darstellung zufolge (S. 72, vgl. auch S. 138) erst die intensive Diskussion im Frühsommer 1946, die im Außenministerium »bis Ende Juni 1946 zu einem weitgehenden deutschlandpolitischen Konsens« zugunsten eines neutralen, in eine europäische Ordnung fest eingebundenen Deutschlands führte.

35 Im Original unterstrichen.

36 Vgl. dazu und zum Folgenden R&A 2237.1: »Economic Consequences of Partitioning Germany«, 10. 7. 1944, sowie R&A 2237: »Preliminary Analysis of the Question of a Partition of Germany«, 14. 7. 1944. Zur Debatte um die Teilung Deutschlands siehe z. B. Graml, Die Alliierten.

37 R&A 2503: »An Analysis of the Proposal to Prohibit Heavy Industry in Germany«, 29. 8. 1944; R&A 2302: »The Economic Consequences of Depriving Germany of Her Heavy Industry«, 11. 11. 1944; eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse dieser Studie wurde in dem für die in Europa stationierten US-Truppen von R&A herausgegebenen »European Political Report« Ende Dezember 1944 abgedruckt: »Heavy Industry in the German Economy«, European Political Report, 29. 12. 1944, Bd. I, No. 41, S. 11–15, in: RG 243 E 36 B 96 (155); R&A 2762: »An Analysis of the Proposal to Prohibit Heavy Industry in Germany«, 9. 12. 1944. – Zum sog. »Morgenthau-Plan«: Morgenthau, Germany Is Our Problem; Kimball, Swords or Ploughshares.

38 R&A 1890.1: »Problems of German Disarmament«, [Preliminary Draft for Discussion and Review], 24. 3. 1944; vgl. außerdem R&A 2469: »US Policy Toward the Economic Disarmament of Germany«, o.D., jedoch offensichtlich nicht vor 1944.

39 Holborn, Germany and Europe, S. 240.

40 S. insbesondere die Unterlagen in RG 226 E 42: R&A, Europe-Africa Division, Monthly Progress Reports, Sept. 1943 – June 1945, sowie RG 226 E 59: Research and Analysis Branch, Projects Committee, Minutes of Meetings, Aug 1942 – Jan 1946. Der Rechenschaftsbericht für März 1945 (E 42) verzeichnet z. B. 73 fertiggestellte und vom Projects Committee gebilligte Studien (davon waren 10 von den JCS, 13 vom Außenministerium, 13 vom Kriegsministerium und weitere 7 von anderen Behörden angefordert worden; der Rest dürfte auf OSS- oder R&A-interne Initiative zurückgehen); 62 neue Projekte wurden vom Projects Committee genehmigt (davon waren 5 von den JCS, 11 vom Außenministerium und 7 von anderen Behörden angefordert worden). Außerdem wird die Verteilung von 10365 Kopien von R&A-Berichten verzeichnet (3450 in Washington, davon 594 an das Kriegs-, 123 an das Marine-, 785 an das Außenministerium, 1394 innerhalb des OSS und 554 an verschiedene andere Behörden). Ferner werden Beiträge zu OSS-internen Informationsmaterialien sowie zu der vom Joint Intelligence Committee wöchentlich für Spitzenpolitiker und Ministerialbeamte herausgegebenen Zusammenfassung aktueller Meldungen verzeichnet; außerdem seien zahlreiche »SonderMemoranden zu OSS-Meldungen von höchster Priorität zur sofortigen Verteilung auf höchster Ebene« ausgearbeitet und folgendermaßen verteilt worden:

Präsident – 25, JCS – 19, Außenminister – 25, Stellvertretende Außenminister – 8 sowie einzelne Meldungen an verschiedene andere Stellen. – Für eine Auswertung dieser Zahlen ist problematisch, daß sie nicht zwischen den von R&A ausgearbeiteten Analysen einerseits und Berichten oder Meldungen andererseits unterscheiden, die von R&A-Mitarbeitern lediglich überprüft und eventuell zu Kurzberichten ausgearbeitet oder mit einem Kommentar versehen wurden. – Vgl. im übrigen auch die Überlegungen bei Bradley F. Smith, Shadow Warriors, S. 373 ff., sowie die bei Katz, Foreign Intelligence, im Anhang wiedergegebene Graphik (Chart 3: Flow of R&A Intelligence Material).

41 Tatsächlich wurde in R&A kritisiert, daß das Außenministerium zwar ständig Studien in Auftrag gebe, aber nicht bereit sei, R&A-Mitarbeiter ins Vertrauen zu ziehen bzw. ihnen Gelegenheit zu geben, an Diskussionen im Ministerium teilzunehmen, vgl. RG 226 E 1 B 2, »Problems of the R&A-Branch«, Langer an Donovan, 11.6.1945, sowie »The Relation of R&A Papers to State Department Policy«, 16.5.1945. Als im Herbst 1945 die Auflösung des OSS anstand, hat das Außenministerium dann allerdings großes Interesse an der Übernahme von R&A gezeigt und sich mit Erfolg darum bemüht, vgl. dazu Troy, Donovan and the CIA, S. 305 ff.

42 FRUS 1945 (The Conferences at Malta and Yalta); Department of State, 12.1.1945, The Treatment of Germany, Publication 6199, S. 178–190; dass., Economic Policies Toward Germany, ebd., S. 190–193).

43 Dies geht aus einem von Despres Mitte Februar 1945 zirkulierten Memorandum hervor, in: RG 59, 862.50/2–1545.

44 Vgl. Wala, Winning the Peace, S. 48 ff.; s. außerdem die spätere Publikation des Council: Price / Schorske, Problem of Germany, sowie die Veröffentlichung der Brookings Institution: Moulton / Marlio, Control of Germany and Japan.

45 Vgl. die bei Wala, Winning the Peace, im Anhang (S. 282 ff.) zusammengestellten Listen, die folgende R&A-Mitarbeiter – entweder vor oder nach, aber auch während ihrer Tätigkeit für R&A – als Mitglieder einer oder mehrerer Studiengruppen des Council identifizieren: James P. Baxter III, William L. Langer, Edward M. Earle, Calvin B. Hoover, Crane Brinton, Geroid T. Robinson, Conyers Reed und Whitney H. Shepardson. Siehe außerdem die in Price / Schorske, Problem of Germany, im Vorwort aufgeführte Liste, die folgende (ehemalige) R&A-Mitarbeiter als Mitglieder der für dieses Projekt gebildeten Studiengruppe nennt: William L. Langer, Edward S. Mason, Shepard Morgan und DeWitt C. Poole.

Catherine Schiemann

Der Geheimdienst beendet den Krieg

›Operation Sunrise‹ und die deutsche Kapitulation in Italien

Einleitung

Die Tatsache einer gemeinsamen Bedrohung hatte die USA, die Sowjetunion und Großbritannien – trotz ihrer unterschiedlichen Interessen – 1941 im Kampf gegen das Dritte Reich zusammengeführt. Die Kooperation verlief nicht reibungslos, aber militärische Notwendigkeiten vermochten immer wieder, politische Differenzen in den Hintergrund zu drängen. Erst als der Sieg außer Zweifel stand, wurden die Spannungen im Ost-West-Verhältnis allmählich sichtbar. Seit der Konferenz von Jalta im Februar 1945 mehrten sich die Anzeichen für eine bevorstehende Krise der ›Großen Allianz‹. ›Operation Sunrise‹ war eines der Ereignisse, welche das gegenseitige Mißtrauen offen zu Tage treten ließ. Bei dieser Operation, auch ›Bern incident‹ genannt, handelte es sich um Kontakte zwischen deutschen Offizieren und dem amerikanischen Office of Strategic Services (OSS) in der Schweiz mit dem Ziel einer vorzeitigen Kapitulation der deutschen Armeen in Norditalien.

Die Lage der deutschen Armeen war Anfang 1945 an sämtlichen Fronten höchst kritisch geworden. Bereits im Herbst 1944 hatte die Rote Armee große Teile des Balkans überrannt, und bis Ende Februar 1945 hatte Deutschland alle noch besetzten polnischen Gebiete, Oberschlesien sowie Niederschlesien östlich der Oder verloren. Deutsche Verbände in Ostpreußen waren durch die Russen abgeschnitten. Marschall Schukow befand sich mit

seinen Armeen nur noch 150 Kilometer von Berlin entfernt.[1] Im Westen hatten die alliierten Truppen unter dem Oberbefehl General Eisenhowers Frankreich und die Beneluxländer befreit und machten sich daran, den Rhein zu überqueren.[2]

Im Süden war Italien bereits im Oktober 1943 aus der Achse ausgeschieden und kämpfte fortan auf der Seite der Alliierten. Aber der Vormarsch nach Norden kam nur langsam voran, da die deutschen Truppen und die Verbände Mussolinis zähen Widerstand leisteten. Im November 1944 kam die Front auf einer Linie südlich von Bologna zum Stillstand. 800.000 Deutsche standen einer halben Million Alliierter unter dem Oberbefehl von Feldmarschall Sir Harold Alexander gegenüber.[3] Die deutschen Truppen und die faschistischen italienischen Divisionen waren in der Heeresgruppe C zusammengefaßt und unterstanden dem Befehl von Generalfeldmarschall Albert Kesselring im Hauptkampfgebiet, vom ligurischen Golf bis zur Adria. Die Befehlsgewalt im rückwärtigen Operationsgebiet der Heeresgruppe C, das Vorarlberg, Tirol, Kärnten, Salzburg und die Steiermark umfaßte, übte seit Juli 1944 der höchste SS- und Polizeiführer in Italien, General Karl Wolff aus.[4] Bis zur Frühjahrsoffensive der Alliierten im April 1945 veränderte sich auf dem italienischen Kriegsschauplatz praktisch nichts mehr.[5]

In dieser für das Dritte Reich verzweifelten Situation kam es auf deutscher Seite vermehrt zu Versuchen, an allen Fronten Abmachungen zu treffen, um von Deutschland und seinen Strukturen zu retten, was noch zu retten war. Die meisten Friedensfühler richteten sich an die USA und Großbritannien, nur wenige an die Sowjetunion. Zentraler Hintergedanke aller Friedensfühler im Umkreis von Himmler und Hitler war, die ›Große Allianz‹ in zwei Lager zu spalten, mit den Westmächten ein Separatabkommen zu schließen und den Vormarsch der Roten Armee im Osten aufzuhalten. Obwohl die an die Westmächte gerichteten Angebote rundweg abgelehnt wurden, da die meisten auf einen deutsch-anglo-amerikanischen Separatfrieden hinausliefen, sah Hitler, in einer Erklärung an seine Generäle, am 11.Dezember 1944 im hessischen Hauptquartier ›Adlerhorst‹, Chancen für eine Auflösung der ›Großen Allianz‹: »Was wir an Gegnern heute besitzen, sind die größten Extreme, die überhaupt auf der Erde heute denkbar sind; Ultrakapitalistische Staaten auf der einen Seite und ultramarxistische Staaten auf der anderen Seite . . . Es sind Staaten, die in ihrer Zielsetzung schon jetzt Tag für Tag aneinandergeraten

... Wenn hier noch ein paar ganz schwere Schläge erfolgen, so kann es jeden Augenblick passieren, daß diese künstlich aufrechterhaltene gemeinsame Front mit einem riesigen Donnerschlag zusammenfällt.«[6]

Besonders beliebter Ansprechpartner war der Amerikaner Allen W. Dulles, Leiter des OSS-Büros in Bern. Ende 1944 hatte das OSS nämlich damit begonnen, gefangene deutsche Offiziere als Verbindungsglieder zu deutschen Armeeführern an der Westfront zu benützen, um eventuell lokale Kapitulationen arrangieren zu können.[7] Im November 1944 nahm der italienische Industrielle Franco Marinotti Kontakt mit den Briten in der Schweiz auf. Er sollte im Auftrag von General Harster, der sich wiederum auf Himmler berief, herausfinden, ob die Anglo-Amerikaner an einer gemeinsamen Front gegen die Sowjetunion interessiert waren. Die Amerikaner und Briten waren es nicht, und die Angelegenheit wurde fallengelassen.[8]

Auch der Vatikan schaltete sich in die Friedensbemühungen ein. Kardinal Ildefonso Schuster, Erzbischof von Mailand, versuchte, ein Abkommen zwischen Feldmarschall Kesselring und den norditalienischen Partisanen auszuhandeln. Die Deutschen sollten – so Schusters Vorschlag – beim Rückzug von der Zerstörung der norditalienischen Industrie absehen, dafür würden die Partisanen ihre Sabotageakte gegen die deutsche Armee einstellen. Die Alliierten sollten Druck auf die Partisanen ausüben, um sie zur Annahme des Projektes zu bewegen. Aber die Vereinigten Stabschefs lehnten rundweg ab.[9] Die Zurückweisung durch Dulles war weniger eindeutig. Diese Episode ermutigte ihn, an die Möglichkeit einer Verständigung – selbstverständlich zu alliierten Bedingungen – mit den Deutschen zu glauben: »Whatever the full meaning of this proposal was, it gave us, at the least, further indication that something was brewing in high Nazi circles in Italy such as we had not encountered in any other battle area.«[10]

Ende Dezember 1944 erschien der deutsche Konsul in Lugano, Konstantin von Neurath, beim OSS in Bern. Er erklärte, er wolle sich um die Kapitulation deutscher Truppen an der Westfront bemühen. Von Neurath berief sich auf direkte Kontakte mit Kesselring, Harster und Wolff. Als aber von Neurath im Januar 1945 mit Kesselring zusammentraf, war der Feldmarschall sehr zurückhaltend. Im Moment seien weder er noch Generalfeldmarschall Rundstedt bereit, an der Westfront ein Abkommen mit den Al-

liierten abzuschließen. Eventuell könnten aber Personen in weniger exponierter Position die Möglichkeiten einer Einigung weiterverfolgen.[11]

Aus den Fühlungsnahmen zwischen Deutschen und dem OSS in Bern schloß SS-Führer Karl Wolff, daß die Westmächte eventuell bereit wären, ein Separatabkommen abzuschließen.[12] Am 6. Februar 1945 traf Wolff in Berlin mit Hitler zusammen und informierte ihn über die bisherigen Kontakte. Er habe von Differenzen zwischen den Alliierten gehört, aber ohne Zutun von deutscher Seite würde die Allianz kaum auseinanderbrechen.[13] Hitler enthielt sich eines Kommentars, was Wolff als Zustimmung für weitere Versuche begriff, die feindliche Koalition zu Deutschlands Vorteil zu trennen.

Welches aber waren die deutschen Angebote, die die Alliierten zu Verhandlungen bewegen sollten? Wolff und seine Gesinnungsgenossen waren überzeugt, daß die Alliierten zu Konzessionen bereit wären, um eine Zerstörung der italienischen Industrie zu verhindern, wie sie von Hitler für den Fall des Rückzugs angeordnet worden war. Anderseits bauten die Deutschen auf alliierte Befürchtungen, ein ungeordneter Rückzug der deutschen Truppen und eine Politik der ›verbrannten Erde‹ werde Norditalien im Chaos zurücklassen, was die Chancen für eine Machtübernahme durch kommunistische italienische Partisanen erheblich steigern würde.[14] Aber inwieweit war es überhaupt realistisch, an das Zustandekommen einer vorzeitigen Kapitulation zu glauben? Die deutsche Armeespitze schreckte vor Kontakten mit dem Feind zurück, um keinen Vorwand für eine neue Dolchstoßlegende‹ zu liefern. Außerdem glaubten viele Militärs noch an die von Hitler versprochene Wunderwaffe, die den Ausgang des Krieges entscheiden könnte. Ein weiteres Hindernis war der persönliche Eid, den alle Wehrmachtsangehörigen auf den Führer schwören mußten.[15]

Allen Dulles und das OSS

Im November 1942 hatte der Anwalt Allen W. Dulles die Führung des OSS-Büros in Bern übernommen.[16] Er hatte selbst um diesen Posten gebeten. Er leitete die OSS-Operationen in Deutschland, Südosteuropa und in den besetzten Gebieten Frankreichs und Italiens.[17] Beim Lesen seiner Erinnerungen über

›Operation Sunrise‹ wird deutlich, in welchem Maße er Spionage aus Leidenschaft betrieb.[18] Unorthodox war auch seine Rekrutierungspraxis. Einige Leute übernahm er aus dem diplomatischen Dienst, andere Mitarbeiter waren Amerikaner, die aus privaten oder gesundheitlichen Gründen in der Schweiz lebten, und wieder andere waren ganz einfach im Land hängengeblieben, als nach der deutschen Besetzung Vichy-Frankreichs die Grenzen geschlossen wurden.[19] Dulles' engster Mitarbeiter war Gero von Gaevernitz, ein gebürtiger Deutscher, der in den USA lebte. Er war in geschäftlichen Angelegenheiten in der Schweiz unterwegs gewesen, als der Krieg ausbrach.[20]

Aufgrund ausstehender Resultate geriet Dulles immer mehr unter Erfolgsdruck. Alle Versuche, den Kriegsverlauf mit Hilfe des OSS maßgeblich zu beeinflussen, waren gescheitert. Dulles war aber davon überzeugt, daß ohne eine möglichst baldige Kapitulation Deutschlands ganz Europa unter sowjetischen Einfluß geraten würde. Aus diesem Grund war Dulles kein Verfechter der Politik der ›bedingungslosen Kapitulation‹.[21] Seiner Ansicht nach schreckte diese Politik viele deutsche Generäle ab, die sonst geneigt gewesen wären, gegen Hitler vorzugehen. Denn niemand wollte die Verantwortung für eine harte Behandlung Deutschlands übernehmen, wenn sich auch durch ein frühzeitiges Niederlegen der Waffen keine Vorteile ergaben. Das Beharren der alliierten Führung auf ihrer Formel zwang Dulles, deutsche ›Friedensfühler‹, stammten sie nun vom Widerstand oder aus dem Umkreis der nationalsozialistischen Führung, abzulehnen. Außer über eine ›bedingungslose Kapitulation‹ durfte er eigentlich über nichts verhandeln. [22]

›Operation Sunrise‹[23]

Ende Februar 1945 zeichneten sich endlich neue Möglichkeiten ab, mit den Deutschen ins Gespräch zu kommen. Am 21. Februar tauchte der italienische Baron Parilli in der Schweiz auf, um im Auftrag von SS-Hauptsturmführer Guido Zimmer eine Verbindung zu den Amerikanern herzustellen. Mittler zwischen Deutschen und Alliierten war der Schweizer Geheimdienstoffizier Max Waibel, ein Bekannter von Dulles. Er hatte die Aufgabe aus eigenem Antrieb und ohne Wissen seiner Vorgesetzten übernommen.[24] Nach Waibels Bericht über das Treffen mit Parilli

war Dulles jedoch noch sehr skeptisch. Zimmer und Parilli schienen kaum die geeigneten Leute, um die vorzeitige Kapitulation der deutschen Truppen in Italien arrangieren zu können.

Zur Überraschung des OSS wurde der Kontakt von deutscher Seite einige Tage später wieder aufgenommen.[25] Am 3. März informierte Waibel Dulles, Parilli sei in Begleitung von Zimmer und SS-Standartenführer Eugen Dollmann auf dem Weg nach Lugano.[26] Noch blieb Dulles vorsichtig. Sein Mitarbeiter Paul Blum sollte sich die deutschen Vorschläge anhören. Waibel hatte den Deutschen bereits klargemacht, daß die Diskussionsbasis nur eine ›bedingungslose Kapitulation‹ sein könnte. Auf Dollmanns Frage, ob die Alliierten mit Heinrich Himmler verhandeln würden, falls er hinter der separaten Kapitulation in Italien stünde, antwortete Blum mit einem klaren Nein. Dollmann mußte daraufhin eingestehen, daß er nur Verbindungen zu Karl Wolff hatte, aber keine zum entscheidenden Mann, Feldmarschall Kesselring.[27]

Dies wäre eigentlich die erste Gelegenheit gewesen, um die relative Aussichtslosigkeit künftiger Verhandlungen abzusehen. Eine Kapitulation der Wehrmacht in Italien gegen den Befehl Hitlers war ziemlich unwahrscheinlich. Zudem waren die Friedensfühler von der SS gekommen, die keinerlei Befehlsgewalt über die kämpfenden Truppen hatte. Der Schluß liegt nahe, daß Dollmann und Zimmer in erster Linie Kontakt zum OSS aufnahmen, um die Möglichkeiten eines Abkommens mit den westlichen Alliierten auszuloten, das den Deutschen den Rücken beim Kampf gegen die Sowjetunion freihalten würde. Vermutlich hofften sie gleichzeitig, ihre persönliche Position bei den Alliierten nach Kriegsende günstiger zu gestalten.

Dulles hatte sich aber trotzdem vorgenommen, die Deutschen auf ihr ehrliches Interesse an Verhandlungen und auf ihre Vollmachten zu testen. Seine Vorgesetzten informierte er darüber nicht, denn: »If [. . .] he (der Agent) tells too much or asks too often for instructions, he is likely to get some he doesn't relish, and, what is worse, he may well find headquarters trying to take over the whole conduct of the operation. Only a man on the spot can really pass judgement on the details as contrasted with the policy decisions, which, of course, belong to the boss at headquarters.«[28]

Dulleső.; Mitarbeiter Blum sollte die Deutschen um die Freilassung von zwei Gefangenen bitten. Der eine war Ferrucio Parri, einer der führenden Köpfe des italienischen Widerstandes; der

andere Antonio Usmiani, der als Agent für Dulles in Norditalien gearbeitet hatte. Die Freilassung der beiden konnte als Beweis für ernsthafte Kapitulationsabsichten gewertet werden. Und da das OSS-Hauptquartier in Washington bisher keinen Enthusiasmus für die deutschen Kontakte gezeigt hatte, erhoffte sich Dulles von der Freilassungsaktion einen Vorwand, um über Waibel weiterhin mit den Deutschen Verbindung halten zu können.[29] Er bat auch das alliierte Hauptquartier in Caserta um Instruktionen für den Fall, daß die Deutschen wirklich kapitulieren wollten. Die Antwort der Militärs war eindeutig: Kesselring brauche nur einen Parlamentär mit der weißen Fahne durch die Kampflinien zu schicken! Dulles kabelte umgehend zurück, ein solches Vorgehen sei unmöglich. Größte Geheimhaltung sei notwendig, um Kesselring, der von Gestapospitzeln umgeben sei, nicht in Gefahr zu bringen. Caserta stimmte daraufhin zu, eventuelle sich ergebende Vorgespräche in der Schweiz zu führen.[30]

Am 8. März kam ›Sunrise‹ vollends ins Rollen. Dulles wurde von Waibel unterrichtet, Karl Wolff befinde sich in Begleitung seines Adjutanten, Sturmbannführer Wenner sowie von Zimmer, Dollmann und Parilli auf dem Weg nach Zürich. Und: Mit ihnen kamen Parri und Usmiani.[31] Dulles war über die Entwicklung der Dinge überrascht. Er hatte weder an eine schnelle Freilassung der beiden Italiener Parri und Usmiani noch an das persönliche Erscheinen von Wolff gedacht. Er entschied sich für eine Zusammenkunft mit Wolff, obwohl er sich des Risikos dieser unautorisierten Handlung bewußt war: »I knew that if I put this question up to headquarters in Washington they would be forced there to make a high-level decision which would probably cramp my freedom of action and decision.«[32]

Seiner Ansicht nach würde eine vorzeitige Kapitulation eigenmächtiges Handeln entschuldigen: »After all, I reasoned, an intelligence officer should be free to talk to the Devil himself if he could gain any useful knowledge for the conduct of the termination of the war.«[33]

Wolff machte einen günstigen Eindruck auf Dulles. Er habe eingesehen, daß der Krieg für Deutschland verloren und die Allianz nicht zu spalten sei. Gegen die ›bedingungslose Kapitulation‹ als Diskussionsgrundlage erhebe er keine Einwände. Weiter versicherte er, ohne Wissen von Hitler oder Himmler zu handeln. Er wolle nichts anderes als den Krieg möglichst schnell beenden. Als erstes müsse Feldmarschall Kesselring dem Plan einer Kapi-

tulation zustimmen. Zusammen mit Botschafter Rahn[34] hoffte Wolff, Kesselring überzeugen zu können. Dann sollten Kesselring oder sein Stellvertreter in die Schweiz kommen, um eine Niederlegung der Waffen zu diskutieren.[35] Dulles war von Wolff sehr beeindruckt, auch wenn dem neutralen Beobachter die Vorschläge des SS-Generals Wolff ziemlich utopisch vorkommen müssen. Die militärische Situation der Deutschen an der italienischen Front war zu diesem Zeitpunkt nicht verheerend, da die alliierte Frühjahrsoffensive noch nicht begonnen hatte. Infolgedessen war Kesselring, loyal und durch den persönlichen Eid an Hitler gebunden, kaum zu Waffenstillstandsverhandlungen in der Schweiz bereit.

Beim Abfassen seines Berichts vom 8. März an Washington, London und Caserta über das Treffen mit Wolff unterlief Dulles ein schwerwiegender Fehler. Er berichtete, daß drei SS-Leute und ein Vertreter der Wehrmacht in die Schweiz gereist seien.[36] Dulles bemerkte seinen Irrtum und schrieb in seinem Bericht vom 9. März korrekt von vier SS-Leuten, korrigierte aber sein Telegramm vom 8. März nicht explizit. So mag in Caserta und bei den Combined Chiefs of Staff (CCS) der Eindruck entstanden sein, Kesselring sei an einer Kapitulation interessiert. Ganz offenbar traf das auf Sir Harold Alexander zu, den alliierten Oberbefehlshaber im Mittelmeerraum. Bis zu diesem Zeitpunkt war Alexander in seiner Situationsbeurteilung sehr vorsichtig gewesen und hatte sich jeden Kommentars über Dulles' Berichte nach Caserta enthalten.

Nun zeigte er sich in seinem Lagebericht vom 9. März an das State Department und das Foreign Office vom ehrlichen Bemühen Wolffs um eine Kapitulation der deutschen Truppen in Italien überzeugt. Er schlug vor, die Generäle Lyman Lemnitzer und Terence Airey nach Bern zu schicken. Sie sollten die Vollmachten der deutschen Repräsentanten prüfen. Den Deutschen sollte außerdem mitgeteilt werden, daß detaillierte Gespräche nur im alliierten Hauptquartier in Caserta im Rahmen der ›bedingungslosen Kapitulation‹ auf strikt militärischer Basis geführt werden könnten.[37] Alexanders Entscheid, gleich zwei hohe alliierte Generäle in die neutrale Schweiz zu entsenden, ohne sicher zu sein, ob Kesselring über ›Sunrise‹ unterrichtet war oder gar seine Zustimmung zu Verhandlungen gegeben hatte, war sehr gewagt, und eine gewisse Zurückhaltung wird nur im letzten Abschnitt seines Telegrammes deutlich: »Although it is wise to be prepared, the

fact that two of the leaders are Himmler and SS men makes me suspicious«.[38]

Eine zusätzliche Überschätzung der Bedeutung von ›Sunrise‹ entstand in London und Washington durch Änderungen, die OSS-Chef Donovan an Telegrammen von Dulles vornahm.[39] Dieser hatte geschrieben, Wolff und sein Gefolge wären »allegedly prepared to talk definitely«.[40] Donovans Korrekturen verliehen dem Satz eine viel stärkere Bedeutung: »They are allegedly prepared to make definite commitments in regard to terminating German resistance in Northern Italy.«[41]

Nun mußten Washington und London reagieren. Die Bitte Alexanders, Airey und Lemnitzer nach Bern schicken zu dürfen, machte einen Entscheid auf Regierungsebene notwendig. Als erstes mußte die Sowjetunion über das deutsche Angebot und die bisherigen Schritte benachrichtigt werden.[42] Die CCS waren mit Alexanders Vorschlägen einverstanden, vorausgesetzt, Lemnitzer und Airey reisten erst nach Benachrichtigung der Russen in die Schweiz. Am 11. März wurde die Sowjetunion von den Briten und Amerikanern korrekt über die deutsch-amerikanischen Kontakte in der Schweiz sowie über das geplante Vorgehen Alexanders unterrichtet.[43] Im letzten Moment versahen Churchill und Außenminister Anthony Eden das englische Telegramm mit einem Zusatz, in welchem sie die Russen um eine Stellungnahme baten und gleichzeitig versicherten, vor Erhalt der russischen Antwort keinen Kontakt zu den Deutschen herzustellen.[44] Den Amerikanern gefiel dies wenig, aber sie mußten Churchills eigenmächtiges Handeln akzeptieren.

Währenddessen ereignete sich im eigentlichen Operationsgebiet wenig. Am 11. März reiste Baron Parilli erneut in die Schweiz, um dem OSS im Auftrag Wolffs mitzuteilen, Feldmarschall Kesselring sei überraschend ins Führerhauptquartier nach Berlin beordert worden. Gerüchten zufolge solle Kesselring das Kommando an der Westfront übernehmen.[45] Damit zerschlugen sich Dulles' Hoffnungen auf einen schnellen Abschluß von ›*Sunrise*‹. Enttäuscht kabelte er am 12. März nach Caserta, daß Alexander Lemnitzer und Airey nicht in die Schweiz entsenden solle. Aber die beiden waren bereits via Frankreich auf dem Weg. Am 15. März wurden Lemnitzer und Airey in Zivil und mit falschen Pässen versehen über die Schweizer Grenze geschleust.[46] Dulles war erstaunt, daß Feldmarschall Alexander wesentlich schneller auf die in Aussicht gestellte Kapitulation reagiert hatte als er-

wartet. Offensichtlich waren in Caserta die Erfolgsaussichten eindeutig überschätzt, die Hindernisse aber unterschätzt worden.[47]

Die Ereignisse auf der politischen Ebene hatten inzwischen eine unerfreuliche Wendung genommen. Die Russen reagierten postwendend auf die Informationen über ›Sunrise‹. Noch am 12. März erhielt US-Botschafter Averell Harriman eine Antwort von Außenminister Molotow: Die Russen hätten keine Einwände gegen die vorgeschlagenen Gespräche zwischen anglo-amerikanischen Offizieren und Wolff. Allerdings sollten drei russische Vertreter bei den Diskussionen in der Schweiz anwesend sein.[48] Während die Briten mit dem russischen Begehren einverstanden waren[49] , sperrten sich die JCS dagegen. Eine russische Teilnahme an den Kapitulationsgesprächen war zu keinem Zeitpunkt vorgesehen gewesen. Die Russen brauchten in Bern nicht dabei zu sein, da Lemnitzer und Airey in der Schweiz keine eigentliche Verhandlungsbefugnis hätten. Sie sollten lediglich versuchen, bevollmächtigte deutsche Vertreter nach Caserta zu bringen. Erst dort würden die eigentlichen Verhandlungen, im Beisein der Russen, stattfinden. Feldmarschall Alexander würde die Sowjets über die Vorgänge in der Schweiz auf dem laufenden halten.[50]

Offensichtlich glaubte man auf amerikanischer Seite, die Angelegenheit mit der Sowjetunion auf diese Weise geklärt zu haben und politischen Schwierigkeiten ausweichen zu können. Wenig später sollte sich herausstellen, daß die Amerikaner die Bedeutung, die die Sowjetunion ›Sunrise‹ beimaß, massiv unterschätzten, denn die Sowjets reagierten am 16. März heftig auf die Ablehnung ihres Begehrens. Anscheinend verweigere die amerikanische Regierung den russischen Vertretern das Recht, an den Verhandlungen in Bern teilzunehmen. Dieser Entscheid sei »utterly unexpected and incomprehensible«. Deshalb könne die russische Regierung ihre Zustimmung zu Gesprächen zwischen Deutschen und Anglo-Amerikanern nicht geben und fordere, daß die Verhandlungen abgebrochen würden.[51] Das Mißtrauen der sowjetischen Führung wurde zusätzlich geschürt, als sie am 17. März ein Telegramm von Alexander erhielt, welcher von der Forderung der Sowjets nichts wußte. Alexander schrieb, die russischen Offiziere sollten nach Caserta kommen, um die Sowjetunion beim Gespräch mit den deutschen Repräsentanten zu vertreten, falls ein solches Treffen in Bern arrangiert werden könnte.[52] Die russische Antwort auf diese Botschaft fiel knapp aus: Da die Verhandlungen mit Wolff ganz abgebrochen würden, müßten die russischen

Offiziere nicht mehr nach Caserta reisen. Aus diesem Grund werde Alexanders Telegramm als Mißverständnis angesehen.[53]

Von dem Streit, der mittlerweile zwischen Moskau, London und Washington über ›Sunrise‹ ausgebrochen war, hatte Dulles keine Ahnung. Er wurde am 16. März von den CCS informiert, daß die Russen nicht in die Schweiz kommen, sondern erst an Verhandlungen in Caserta teilnehmen würden. Gleichzeitig wurden Lemnitzer und Airey autorisiert, mit den Deutschen in Kontakt zu treten.[54] Einen Tag später überbrachte Parilli neue Nachrichten von Wolff. Generaloberst Heinrich von Vietinghoff, ein persönlicher Freund Wolffs, habe Kesselrings Posten übernommen. Wolff ließ außerdem mitteilen, er werde am 19. März persönlich in die Schweiz kommen.[55] Aufgrund dieser Neuigkeit sah Dulles die Erfolgschancen für ›Sunrise‹ wieder steigen. Voller Eifer stürzte er sich in die Vorbereitungen. Als Ort des Treffens wurde eine Villa in Ascona gewählt, die einem Verwandten von Schulze-Gaevernitz gehörte.[56]

Am 19. März trafen Dulles, Schulze-Gaevernitz, Lemnitzer und Airey mit Wolff und dessen zwei Begleitern zusammen. Lemnitzer und Airey wurden Wolff als militärische Berater vorgestellt. Wolffs Auskünfte über Heinrich von Vietinghoff waren wenig ermutigend: Er sei völlig unpolitisch und ein Muster an Pflichterfüllung. Es würde schwierig werden, ihn zu einer selbständigen Aktion in Italien zu bewegen. Wolff schlug deshalb vor, Kesselrings Zustimmung für ›Sunrise‹ zu gewinnen. Mit Kesselrings Rückendeckung würde von Vietinghoff eher bereit sein, eine Kapitulation ins Auge zu fassen.[57] Lemnitzer und Airey wiesen Wolff noch einmal darauf hin, daß einzig eine ›bedingungslose Kapitulation‹ in Frage käme. Wolff stimmte zu, nur unter diesem Aspekt zu handeln. Dulles' Fazit über diese Begegnung fiel erwartungsgemäß positiv aus: »Es war das erste Mal im ganzen Krieg, daß sich hochrangige alliierte Offiziere auf neutralem Boden mit einem deutschen General trafen, um eine deutsche Kapitulation zu diskutieren, daß sie friedlich miteinander verhandelten, während ihre Armeen gegeneinander kämpften.«[58]

Die hoffnungsvollen Berichte von Lemnitzer, Airey und Dulles gelangten bis an die Spitze der amerikanischen und britischen Regierungen und verfehlten ihre Wirkung nicht. Die Beendigung des Krieges in Italien schien in Reichweite gerückt zu sein. Auch Molotows Forderung nach dem sofortigen Abbruch aller Verhandlungen in der Schweiz beunruhigte die Washingtoner Kreise

nicht.[59] Man war sich einig, daß dem russischen Begehren nicht nachgegeben werden sollte.[60] Die Formulierung der amerikanischen Antwort übernahm Kriegsminister Stimson.[61] Am 21. März übergab Harriman die Botschaft an Molotow. Er bezeichnete darin die russische Interpretation der Gespräche in der Schweiz als Mißverständnis, denn es sollten keine Verhandlungen in Bern stattfinden. Die Schweiz sei lediglich Kontaktstelle, um bevollmächtigte Deutsche nach Caserta zu bringen. Lemnitzer und Airey handelten außerdem ohne Instruktionen der amerikanischen Regierung, da es sich um eine rein militärische Angelegenheit handle und die Offiziere deshalb allein Feldmarschall Alexander unterstünden.[62]

Molotows prompte Antwort vom 22. März ließ wenig Gutes ahnen. Der sowjetische Außenminister wies die amerikanische Bemerkung, er habe den Zweck der Kontakte in der Schweiz falsch verstanden, scharf zurück: ». . . It is not a question of incorrect understanding regarding the purpose of the contact and it is not a misunderstanding, but something more.«[63]

Seit zwei Wochen seien hinter dem Rücken der Sowjetunion Gespräche zwischen deutschen Militärs und den westlichen Alliierten geführt worden, und das, obwohl die Sowjetunion die Hauptlast im Krieg gegen Deutschland getragen habe. Die Verhandlungen sollten deshalb sofort abgebrochen werden.[64] Molotows Antwort löste in Washington Verärgerung aus. Man kam überein, die Angelegenheit auf höchster Ebene zu behandeln. Präsident Roosevelt versicherte in einem Brief an Stalin, daß in der Schweiz Vorgespräche stattgefunden hätten. Kapitulationsverhandlungen würden nur in Caserta im Beisein russischer Repräsentanten geführt werden. Roosevelt versuchte Stalin mit dem Hinweis zu beruhigen, eine militärische Vereinbarung in Norditalien habe keine politischen Implikationen und verletze in keiner Weise das Prinzip der ›bedingungslosen Kapitulation‹. Aber Roosevelt machte auch deutlich, daß die USA den russischen Befürchtungen keinen großen Wert beimaßen und nicht gewillt waren, dem Begehren Molotows nachzukommen.[65]

In Stalins Antwort vom 29. März kam das Mißtrauen gegenüber seinen Alliierten offen zum Ausdruck: Das russische Drängen auf Abbruch von ›Sunrise‹ sei absolut gerechtfertigt; gegen Kapitulationsverhandlungen, die zur schnelleren Niederlage Deutschlands führten, sei nichts einzuwenden. Es müsse aber die Garantie gegeben sein, daß der Feind Verhandlungen nicht dazu

benutzen könne, Truppen zu verschieben, vor allem nicht an die russische Front. Die Russen hätten nur zur Sicherung dieser Garantie bei Gesprächen anwesend sein wollen – egal ob bei Schlußverhandlungen in Caserta oder Vorverhandlungen in der Schweiz.[66] Die Angst vor einem Separatfrieden zwischen Deutschland und den Westmächten wurde zwar noch nicht ausgesprochen, aber unmißverständlich angedeutet.

Die JCS zeigten sich von Stalins Anschuldigungen und seinem barschen Ton alarmiert. Ein offener Bruch zwischen der Sowjetunion und den westlichen Verbündeten wäre das einzige ›Wunder‹ gewesen, das den schnellen Zusammenbruch der deutschen Armeen verhindern konnte.[67] In seiner Antwort stellte Roosevelt mit Bedauern fest, wie sich wegen ›Sunrise‹ eine »atmosphere of regrettable apprehension and mistrust« entwickelt habe, und versicherte mit Nachdruck, daß keine Kapitulationsverhandlungen stattgefunden hätten. Alexander sei angewiesen, die Sowjetunion über etwaige Fortschritte auf dem laufenden zu halten. Es würden keine Entscheidungen getroffen werden, die es den Deutschen erlaubten, Truppen aus Italien abzuziehen. Im letzten Abschnitt zeichnete sich ein beginnendes Mißtrauen der Amerikaner gegenüber den deutschen Absichten ab. ›Sunrise‹ sei von einem Mann gestartet worden, der zum Kreis Himmlers gehöre. Es sei deshalb gut möglich, »that his sole purpose is to create suspicion and distrust between the Allies«.[68] Mit diesem Brief hoffte Roovevelt, Stalin von seiner aufrichtigen Haltung überzeugen zu können.

Während auf der politischen Ebene die Kontroverse über ›Sunrise‹ immer groteskere Formen annahm, herrschte im Operationsgebiet seit Wolffs Abreise aus Ascona Funkstille. Am 26. März erschien Zimmer in Chiasso mit einer Nachricht von Wolff, der sich immer noch in Kesselrings Hauptquartier an der Westfront befand: Er habe bis jetzt noch nicht mit Kesselring sprechen können; die Alliierten sollten sich in Geduld üben.[69] Die alliierten Hoffnungen erhielten erst am 31. März neuen Auftrieb, als Zimmer erneut in Chiasso auftauchte. Wolff sei wieder in seinem Hauptquartier in Fasano. Er habe Kesselrings Billigung für sein Vorhaben in Norditalien erhalten, eine Ausdehnung der Kapitulation auf die Westfront sei jedoch ausgeschlossen. Er plane, am 2. April nach Ascona zu kommen, wenn möglich mit Botschafter Rahn und von Vietinghoff oder einem seiner Stabsoffiziere.[70]

Das Ende aller Hoffnungen auf eine Ausdehnung von ›Sunrise‹ auf die Westfront war ein harter Schlag für Dulles und seine Gefährten. Aber die in Aussicht gestellte Ankunft Wolffs, von Vietinghoffs und Rahns hob die Stimmung wieder ein wenig. Doch zweifelten sowohl Dulles als auch Lemnitzer und Airey am persönlichen Erscheinen von Vietinghoffs. Die Enttäuschung war umso größer, als am 2. April lediglich Parilli in Ascona eintraf und zudem schlechte Neuigkeiten brachte. Wolff könne nicht in die Schweiz kommen, da Hitler mißtrauisch geworden sei und seine Familie unter Arrest halte. Auch habe er noch keine Gelegenheit gehabt, mit von Vietinghoff zu sprechen.[71] Diese Entwicklung ernüchterte Dulles wie Alexander. Der Feldmarschall war von den Kapitulationsabsichten der Deutschen nicht länger überzeugt und rief Lemnitzer und Airey nach Caserta zurück. Falls es wider Erwarten doch noch zu weiteren Kontakten käme, könne das OSS in Bern die Verbindung aufrechterhalten. Nach Meinung von Alexander wollte Wolff nichts mehr unternehmen und »... was resting on his oars in the hope that he had insured his personal safety«.[72]

Während Operation ›Sunrise‹ praktisch zum Erliegen gekommen war, traf am 3. April ein Telegramm Stalins in Washington ein, welches das russische Mißtrauen in krassester Form zeigte. Stalin ging so weit zu behaupten, daß Roosevelt über die Ereignisse nicht vollständig informiert sei. Nach seinen Informationen hätten bereits Verhandlungen stattgefunden, die in einem Abkommen mit Deutschland endeten. Danach würde Feldmarschall Kesselring die Westfront für den anglo-amerikanischen Vormarsch nach Osten öffnen und dafür erleichterte Waffenstillstandsbedingungen erhalten.[73] Präsident Roosevelt war regelrecht schockiert, von Stalin bezichtigt zu werden, ein Separatabkommen mit dem Feind abgeschlossen zu haben.[74] Er hatte immer geglaubt, eine gute Beziehung zu Stalin aufgebaut zu haben, und die unverhohlenen Anschuldigungen verärgerten und deprimierten ihn deshalb zutiefst.

Der Zeitpunkt schien gekommen, um gegenüber der Sowjetunion in dieser Affäre den gleichen harten Ton anzuschlagen.[75] In seiner Antwort an Stalin beteuerte Roosevelt, daß keine Verhandlungen in Bern stattgefunden hätten. Sollte es wider Erwarten doch noch zu einer Kapitulation in Italien kommen, würde das Prinzip der ›bedingungslosen Kapitulation‹ keinesfalls verletzt werden. Die Idee eines Separatabkommens mit Deutschland

wies Roosevelt schärfstens zurück. Der schnelle Vormarsch in Deutschland sei ausschließlich auf erfolgreiche militärische Aktionen zurückzuführen.[76] Premierminister Churchill schaltete sich ebenfalls ein und stellte sich ganz hinter Roosevelt.[77] Unterdessen war in Moskau auch eine Botschaft von Feldmarschall Alexander eingetroffen, in der er über die neuesten Entwicklungen von ›*Sunrise*‹ berichtete. Seine Repräsentanten seien wieder nach Caserta zurückgekehrt und beurteilten die Chancen für eine Kapitulation als gering.[78]

Diese Beteuerungen von allen Seiten mögen Stalin milder gestimmt haben. Der Ton in seinem letzten Brief an Roosevelt über ›Sunrise‹ vom 7. April war deutlich versöhnlicher. Er habe keineswegs die Ehrlichkeit und Verläßlichkeit von Churchill oder Roosevelt angezweifelt. Es sei zu einer Meinungsverschiedenheit gekommen darüber, wie weit ein Alliierter ohne den anderen gehen könne. Stalin war allerdings noch nicht völlig beruhigt. Trotz der Versicherungen von Roosevelt fiel es ihm schwer, den geringen Widerstand der Deutschen an der Westfront als Resultat militärischer Niederlagen anzuerkennen. An der Ostfront würden die Deutschen wie Verrückte um die kleinsten Orte kämpfen, während im Westen so wichtige Städte wie Kassel oder Mannheim ohne Widerstand kapitulierten.[79] Roosevelt wollte die besänftigte Haltung Stalins nutzen, um mit seiner Antwort die gespannten Beziehungen so weit als möglich zu entschärfen und die Kontroverse endgültig zu den Akten zu legen: »Thank you for the frank explanation of the Soviet point of view of the Bern incident which now appears to have faded into the past without having accomplished any useful purpose. There must not, in any event, be mutual distrust and minor misunderstandings of this character should not arise in the future.«[80]

Während der Höhepunkt der politischen Kontroverse über ›Sunrise‹ damit überschritten war, gab es erneut etwas Bewegung im Operationsgebiet. Parilli brachte am 9. April wieder ermutigendere Berichte von Wolff.[81] Von Vietinghoff sehe die Sinnlosigkeit der Fortführung des Krieges ein, wolle aber nicht als Verräter in die Geschichte Deutschlands eingehen. Er akzeptiere die Formel der ›bedingungslosen Kapitulation‹ als Grundlage, bestehe aber auf einer »ehrenhaften Lösung«. Zudem würden Wolff und von Vietinghoff den Text der Kapitulationserklärung sehen wollen. Dafür versprachen sie, Zerstörungen zu verhindern, Aktionen gegen Partisanen zu begrenzen und Gefangene zu beschützen.[82]

Nun war aber Feldmarschall Alexander vorsichtig geworden, denn er hatte die Lage zu Beginn von ›Sunrise‹ falsch eingeschätzt. Seine Antwort an Dulles fiel knapp aus. Die Kapitulationsbedingungen würden bevollmächtigten deutschen Parlamentären in Caserta ausgehändigt, keinesfalls vorher. Über das Problem der militärischen ›Ehre‹ verlor Alexander kein Wort.[83] In seinem Kommentar an die CCS vom 12. April, dem Todestag von Präsident Roosevelt, beurteilte Alexander die Aussichten für ›Sunrise‹ als praktisch hoffnungslos.[84] Man war in Caserta zur Ansicht gelangt, die Deutschen wollten mit ›Sunrise‹ vor allem einen Keil zwischen die westlichen Alliierten und die Sowjetunion treiben.[85] Die Briten waren derselben Meinung und empfahlen Washington, alle Kontakte zu den Deutschen abzubrechen.[86] Die amerikanische Regierung folgte dem britischen Vorschlag, ohne sich darüber mit dem OSS in Verbindung zu setzen. Am 21. April wurde Alexander von den CCS aufgefordert, ›Sunrise‹ als abgeschlossen zu betrachten. Der offensichtlich fehlende Wille der Deutschen zur Kapitulation und die aus ›Sunrise‹ resultierenden Komplikationen mit der Sowjetunion rechtfertigten keine Fortführung des Unternehmens.[87]

Währenddessen traf sich Dulles mit seinem Chef Donovan, der ihn über die Kontroverse zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion informierte. Donovan war von ›Sunrise‹ begeistert. Die Operation sollte auf alle Fälle zu Ende geführt werden, auch wenn Dulles nicht viel zu berichten hatte. Kurz danach, am 21. April, wurde Dulles von Washington angewiesen, alle Kontakte zu den Deutschen sofort abzubrechen.[88] Aber Dulles ließ sich nicht so einfach von ›Sunrise‹ abbringen. Er kabelte zurück, daß er sich praktischen Problemen gegenübersehe, die eine Durchführung des Befehls aus Washington erschwerten: Wie solle er es Waibel beibringen, der soviel riskiert hatte? Parilli sei bereits auf dem Weg, um Neuigkeiten von Wolff zu berichten. Schließlich stehe auch die Sicherheit von ›Wally‹ auf dem Spiel, einem Funker, den Wolff nach Mailand mitgenommen hatte, um eine direkte Verbindung zu gewährleisten.

Doch dieses Mal war Washington nicht gewillt, Dulles' Argumente gelten zu lassen. Der Kontakt sollte sofort abgebrochen werden.[89] Die Entwicklung an der Kampffront reduzierte die Bedeutung von ›Sunrise‹ beträchtlich. Die alliierte Schlußoffensive hatte am 21. April mit der Eroberung Bolognas begonnen. Zwei Tage später überschritten die Anglo-Amerikaner den Po. Gleich-

zeitig brach in Norditalien ein Partisanenaufstand aus. Die deutschen Truppen befanden sich an fast allen Frontabschnitten auf dem Rückzug. Das baldige Ende des Krieges in Italien war auch ohne ›Sunrise‹ abzusehen.

Nun aber kamen die Dinge ins Rollen. Waibel informierte Dulles am 23. April, daß Wolff sich auf dem Weg in die Schweiz befand. In seiner Begleitung seien sein Adjutant Wenner und Oberstleutnant Viktor von Schweinitz mit Vollmachten zur Unterzeichnung einer Kapitulation in Caserta.[90] Dulles bat Caserta und Washington sogleich um neue Instruktionen. Die Antwort aus der amerikanischen Hauptstadt war zweideutig: Dulles solle jede Aktion vermeiden, die als Fortführung von ›Sunrise‹ ausgelegt werden könnte. Würde aber Waibel auf eigene Faust handeln, so könnten all seine Informationen ans Hauptquartier weitergeleitet werden.[91] Die westlichen Alliierten wollten nicht noch einmal eine Kontroverse mit der Sowjetunion riskieren.

Dulles bat daraufhin die Deutschen zu warten, bis neue Instruktionen einträfen. Am 25. April kehrte Wolff nach Italien zurück, wo die Lage der deutschen Truppen immer katastrophaler wurde. Wenner sollte in seinem Namen die Kapitulation unterzeichnen.[92] Doch Wolff kam nicht weit. Unweit der Schweizer Grenze wurde er von italienischen Partisanen umstellt und konnte sich gerade noch in die Villa der SS-Grenzpolizei am Comer See flüchten. Darauf starteten Schulze-Gaevernitz und Waibel mit dem stummen Einverständnis von Dulles eine erfolgreiche Befreiungsaktion für Wolff.[93] Die Situation scheint völlig absurd: Ein amerikanischer Agent und ein Schweizer Offizier, eigentlich zur Neutralität verpflichtet, befreien einen Feind in der Gestalt eines SS-Führers aus den Händen von Freunden, nämlich italienischen Partisanen.

Offensichtlich spielten die politischen Umstände überhaupt keine Rolle mehr. Der Erfolg von ›Sunrise‹ stand auf dem Spiel, wenn Wolff nicht in sein Hauptquartier zurückkehren konnte. Im letzten Moment wollte Dulles die Chance für eine vorzeitige Kapitulation nicht verpassen, ansonsten hätte die Gefahr bestanden, daß die Rote Armee oder Titos kommunistische Verbände die Venezia Giulia und das strategisch wichtige Triest vor den westlichen Alliierten besetzen würden.[94] Dulles sah sich nicht nur als Retter von Menschenleben durch eine vorzeitige Kapitulation, sondern auch als Bewahrer der Freiheit durch die Eindämmung der »Roten Gefahr« im italienisch-jugoslawischen Grenzraum.

Am 26. April informierte Churchill Stalin über die veränderte Situation in der Schweiz. Bevollmächtigte Deutsche seien in der Schweiz erschienen und Feldmarschall Alexander sei ermächtigt, die ›bedingungslose Kapitulation‹ der deutschen Truppen an seiner Front entgegenzunehmen. Stalin solle deshalb unverzüglich russische Vertreter nach Caserta entsenden.[95] Am 27. April erhielt Dulles die langersehnte Nachricht der CCS, man solle die Deutschen sofort zur Unterzeichnung der Kapitulation nach Caserta zu bringen.[96] Nachdem Wenner und von Schweinitz sowie der russische Vertreter Kislenko im alliierten Hauptquartier eingetroffen waren, begannen die Schlußverhandlungen von ›Sunrise‹, die am 29. April mit der deutschen Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde endeten.[97] Der Waffenstillstand sollte am 2. Mai um 14.00 Uhr Ortszeit in Kraft treten.[98]

Zusammenfassung

Mit dem Abschluß von ›Sunrise‹ ging ein Kapitel zu Ende, das einerseits die ›Große Allianz‹ kräftig strapaziert und anderseits nur zu einem begrenzten Erfolg geführt hatte. Der Waffenstillstand erfolgte lediglich sechs Tage vor der allgemeinen Kapitulation des Dritten Reiches. Die schillerndste Person auf amerikanischer Seite war ohne Zweifel Allen Dulles. Die Hoffnung, aus einem Erfolg von ›Sunrise‹ persönliches Ansehen und größeres Prestige für das OSS zu ziehen, bestimmte fast durchgehend sein Verhalten. Annähernd zwei Monate lang ließ er sich von Karl Wolff hinhalten, ohne sich durch das Fehlen realer Fortschritte von ›Sunrise‹ abbringen zu lassen. Obwohl er Wolff anfänglich mißtraut hatte und vermutete, der Deutsche wolle aus den Kontakten einen persönlichen Vorteil gewinnen, war er von der Person des SS-Führers bald eingenommen. Er übersah, daß dieser kaum der geeignete Mann war, um in kurzer Zeit eine Kapitulation zustande zu bringen, denn Wolff hatte keine Befehlsgewalt über die kämpfenden Truppen. Bedenklich war zudem der nur lose Kontakt zwischen Dulles und Washington. Über den scharfen Briefwechsel zwischen den USA und der Sowjetunion bezüglich ›Sunrise‹ wurde er erst nach Beilegung der Kontroverse unterrichtet. Der spärliche Informationsfluß sowie das zum Teil eigenmächtige Handeln von Dulles führten umgekehrt dazu, daß Washington oft nur noch auf die Ereignisse in der Schweiz rea-

gieren konnte. Und möglichen politischen Konsequenzen seiner Operation widmete Dulles keine weiteren Gedanken.

Feldmarschall Alexander handelte zu Beginn von ›Sunrise‹ vorschnell, aber aus seiner militärischen Perspektive heraus korrekt. Verabredungsgemäß hielt er die Sowjetunion über die Ereignisse in der Schweiz auf dem laufenden. Da aber Alexander über den diplomatischen Austausch über ›Sunrise‹ nicht im Bilde war, verstärkte er mit seinen wahrheitsgetreuen Berichte an Moskau unwillentlich die russisch-anglo-amerikanische Kontroverse. In Washington trafen vor allem die Militärs die Entscheidungen über ›Sunrise‹, auch nachdem die Angelegenheit ein Politikum zwischen den Alliierten geworden war. Als sich die Chance einer deutschen Kapitulation in Italien andeutete, ging die amerikanische Militärführung darauf ein und ließ auch nicht davon ab, als sich deswegen ein ernsthafter Disput mit der Sowjetunion ergab. Erst als die Erfolgsaussichten für das Unternehmen gleich null schienen, schwenkte sie ohne Zögern auf den versöhnlicheren Ton der Sowjets ein.

Es muß an dieser Stelle betont werden, daß die Westmächte mit ›Sunrise‹ nie etwas anderes zu erreichen beabsichtigten als die ›bedingungslose Kapitulation‹. Ein separates Abkommen mit Deutschland gegen Rußland stand nie zur Diskussion. Die USA verweigerten der Sowjetunion die Teilnahme in der Schweiz zum einen aus der Befürchtung heraus, die Anwesenheit von Russen würde die Deutschen von Verhandlungen abhalten. Zum anderen sollte ein Exempel statuiert werden, dem russischen Drängen nicht immer nachzugeben. Die britische Haltung war weniger eindeutig. Wollte man zu Anfang von ›Sunrise‹ die russische Perspektive berücksichtigen, schwenkte Großbritannien beim Erkennen der amerikanischen Linie ohne Zögern auf den festeren Kurs ein. Aus der Rückschau erkannte man, daß die Sunrise-Affäre erstmals latente Gegensätze zwischen den Westmächten und der Sowjetunion an die Oberfläche brachte, die sich in der Folgezeit weiter verschärften. Das Mißtrauen und die harte Sprache Stalins veranlaßten maßgebliche amerikanische Diplomaten, Politiker und Militärs, einen insgesamt härteren Kurs gegen Moskau zu befürworten.[99] Insofern verbindet sich mit dem Namen ›Operation Sunrise‹ eine der ersten Etappen in Richtung auf den ›Kalten Krieg‹ der Siegermächte.

Anmerkungen

1 Churchill, Second World War, Bd. VI, S. 400.
2 Zum Westfeldzug der Alliierten siehe Eisenhower, Crusade in Europe.
3 Sir Harold Alexander wurde im November 1944 zum alliierten Oberbefehlshaber für das Mittelmeergebiet ernannt. Siehe Churchill, Second World War, Bd. VI, S. 230.
4 Waibel, 1945, S. 17–21. Major Max Waibel, der Leiter der Schweizer Nachrichtensammelstelle in Luzern, beschreibt ausführlich die militärische Situation und die deutschen Befehlsverhältnisse in Italien. Vgl. zu Waibel sowie zur Rolle des schweizerischen Nachrichtendienstes im Zweiten Weltkrieg: Braunschweig, Geheimer Draht nach Berlin.
5 Deakin, Brutal Friendship, S. 765.
6 Warlimont, Im Hauptquartier, S. 519.
7 Dulles, Secret Surrender, S. 39f. Siehe hierzu die Beiträge von Heike Bungert und Jürgen Heideking in diesem Band.
8 Ebd., S. 44.
9 Smith / Agarossi, Operation ›Sunrise‹, S. 57–58.
10 Dulles, Secret Surrender, S. 47.
11 Ebd., S. 48.
12 Smith / Agarossi, Operation Sunrise, S. 66.
13 Waibel, 1945, S. 27.
14 Deakin, Brutal Friendship, S. 762.
15 Dulles, Secret Surrender, S. 30–33.
16 Er hatte zuvor in der Kanzlei seines älteren Bruders John Foster Dulles, des späteren Außenministers unter Präsident Eisenhower, gearbeitet, und war 1941 für den Coordinator of Information, William J. Donovan, tätig geworden.
17 Toland, Finale, S. 237.
18 So berichtete sein engster Mitarbeiter, Gero von Gaevernitz, daß Dulles nie ein Restaurant durch dieselbe Tür verließ, durch die er es betreten hatte, obwohl in Bern bald allgemein bekannt war, daß er dem amerikanischen Geheimdienst angehörte. Siehe Gero von Gaevernitz an John Toland, zitiert in Smith / Agarossi, Operation Sunrise, S. 78.
19 Dulles, Secret Surrender, S. 16; zur Rolle des amerikanischen Geheimdienstes in der Schweiz und zu Bern als Spionagehauptstadt des Zweiten Weltkriegs vgl. Heideking, Die »Schweizer Straßen« des europäischen Widerstands, in: Schulz, Geheimdienste und Widerstandsbewegungen, S. 143–87.
20 Von Gaevernitz' Vater war als Vetreter des liberalen Flügels Mitglied des Reichstages und an der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung beteiligt gewesen. Dulles, Secret Surrender, S. 16–17; außerdem Heideking, Gero von Schulze-Gaevernitz, S. 281–290.
21 Präsident Roosevelt hatte auf einer Pressekonferenz in Casablanca im Januar 1943 – auch für Churchill überraschend – die Formel der ›bedingungslosen Kapitulation‹ für die Achsenmächte verkündet. Er wollte damit der Entstehung einer neuen ›Dolchstoßlegende‹, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg entstanden war, einen Riegel vorschieben. Darüber hinaus sollte das russische Mißtrauen gegenüber den Absich-

ten der westlichen Alliierten ausgeräumt werden. Siehe McNeill, America, Britain, and Russia, S. 270.

22 Dulles, Secret Surrender, S. 30. Vgl. den Beitrag von Jürgen Heideking in diesem Band.

23 Dulles hatte der Operation – etwas optimistisch – den Namen ›Sunrise‹ gegeben. Die Briten hatten die Operation unabhängig von Dulles ›Crossword‹ getauft. Siehe Churchill, Second Word War, Bd. VI, S. 387.

24 Waibel, 1945, S. 31. Waibels Motive sind auf persönlicher Ebene zu suchen. Er verstand sich als durchaus loyaler Schweizer Offizier, der sich aber durch die Verzögerung des Kriegsendes frustriert fühlte. Als sich mit ›Sunrise‹ überraschend die Möglichkeit bot, das Kriegsende gegebenenfalls zu beschleunigen, ergriff er die Gelegenheit, seinen Beitrag dazu zu leisten, ohne sich um persönliche Konsequenzen zu kümmern. Sein Buch über die Ereignisse wurde erst 1981 veröffentlicht, zehn Jahre nach seinem Tod, obwohl es bereits 1946 geschrieben worden war. Die Veröffentlichung 1946 wurde mit der Begründung verboten, daß Waibel gegen das Neutralitätsgesetz verstoßen habe.

25 Dulles, Secret Surrender, S. 72–73.

26 Waibel, 1945, S. 38.

27 Dulles, Secret Surrender, S. 75–77.

28 Ebd., S. 87.

29 Ebd., S. 77.

30 Ebd., S. 89–89; Smith / Agarossi, Operation Sunrise, S. 80–81.

31 Waibel, 1945, S. 47.

32 Dulles, Secret Surrender, S. 87.

33 Ebd., S. 87–88.

34 Rudolf Rahn war der deutsche Botschafter im besetzten Teil Italiens.

35 Dulles, Secret Surrender, S. 96–97.

36 Alexander C. Kirk (politischer Berater im Stab von Sir Harold Alexander, Caserta) an Secretary of State Stettinius, 9. 3. 1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 722.

37 Grew an Harriman, 11. 3. 1945, No. 564, FRUS 1945, Bd. III, S. 723–724. US-General Lemnitzer war der stellvertretende Stabschef von Alexander, General Airey der englische Chef des Nachrichtendienstes im alliierten Hauptquartier in Caserta.

38 Ebd.

39 Memorandum Grew (Stellvertretender Außenminister) an Roosevelt, 10. 3. 1945, NA RG 59, Department of State Files, Confidential File, 1945–1949, 740.00119 EW/3–945.

40 Smith / Agarossi, Operation Sunrise, S. 84.

41 Ebd.

42 In der Deklaration der Vier Nationen über Allgemeine Sicherheit vom 1. Dezember 1943 hatten die Sowjetunion, Großbritannien, die USA und China ihre Absicht erklärt, in allen Belangen, die die Kapitulation oder Entwaffnung des gemeinsamen Feindes betrafen, gemeinsam zu handeln. Siehe FRUS 1943, Bd. I, S. 756–757.

43 Grew an Harriman zur Übermittlung an Molotow, 11. 3. 1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 723–725.

44 Smith / Agarossi, Operation Sunrise, S. 86.

45 Dulles, Secret Surrender, S. 103–104.
46 Waibel, 1945, S. 69.
47 Dulles, Secret Surrender, S. 105.
48 Molotows Antwort an Harriman, 12. 3. 1945, No. 723, FRUS 1945, Bd. III, S. 725.
49 Leahy Diary, 13. 3. 1945, S. 42.
50 Memorandum der JCS an die CCS, 13. 3. 1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 727–728.
51 Harriman an Stettinius, 16. 3. 1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 731–732.
52 Alexander an Deane / Archer, 16. 3. 1945, NA RG 334 FX 44653.
53 Deane / Archer an die CCS, 18. 3. 1945, NA RG 218, MX23276, Adm. Leahy, 42–48.
54 Smith / Agarossi, Operation Sunrise, S. 97.
55 Dulles, Secret Surrender, S. 114.
55 Ebd., S. 114. Dulles' Beschreibung der Vorbereitungen entbehren nicht einer gewissen Komik. Die Deutschen sollten beispielsweise bei ihrer Ankunft ein Haus durch die Vordertür betreten und es sogleich in bester Agentenmanier durch die Hintertür wieder verlassen. Husmann, ein Freund von Waibel, und Parilli wurden beinahe von der Polizei verhaftet, da man sie für Schmuggler hielt. Sie hatten sich in der leeren Empfangshalle eines großen Hotels im Flüsterton unterhalten.
57 Ebd., S. 115–117.
58 Ebd., S. 123.
59 Harriman übermittelte Molotows Botschaft an Stettinius, 16. 3. 1945, No. M23247, FRUS 1945, Bd. III, S. 731–732.
60 Entscheidenden Einfluß auf die harte amerikanische Haltung gegenüber dem russischen Begehren hatten Botschafter Harriman und General Deane, Chef der Militärmission der amerikanischen Botschaft in Moskau. Zu deren Motiven siehe Clemens, Averell Harriman, John Deane, the Joint Chiefs of Staff, IHR 14/2 (1992); Deane, Seltsames Bündnis; Harriman / Abel, Special Envoy; Schiemann, ›Bern Incident‹, S. 98–107.
61 Hull an Dunn, 17. 3. 1945, NA, RG 59, Confidential File, 1945–1949. 740.00119 EW/3–1745.
62 Grew an Harriman, 20. 3. 1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 735–736.
63 Molotow an Harriman, 22. 3. 1945, NA RG 334, U.S. Military Mission to Moscow, European File, 43–45.
64 Ebd.
65 FDR an Stalin, 24. 3. 1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 737–739.
66 Stalin an Roosevelt, 29. 3. 1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 739–740.
67 Leahy, I Was There, S. 390.
68 Roosevelt an Stalin, 31. 3. 1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 740–741.
69 Dulles, Secret Surrender, S. 128.
70 Waibel, 1945, S. 80.
71 Dulles, Secret Surrender, S. 130–131.
72 Zitiert aus Leahy, I Was There, S. 393.
73 Stalin an Roosevelt, 3. 4. 1945, Correspondence during the Great Patriotic War of 1941–1945, Bd. II, S. 205f.
74 Bohlen, Witness to History, S. 208.

75 Siehe Leahy, der die Antwort im Auftrag Roosevelts verfaßte: »I prepared for the President, and sent to Mr. Stalin, a sharp reply to his message that approaches as closely to a rebuke as is permitted in diplomatic exchanges between states.« Zitiert nach Leahy Diary, S. 57.
76 Roosevelt an Stalin, 4.4.1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 745–746.
77 Churchill an Stalin resp. Roosevelt, 5.4.1945, No. 935, NA RG 218, Adm.Leahy,42–48.
78 Deane / Archer an Antonow, 7.4.1945, NA, RG 334, U.S. Military Mission to Moscow, European File, 43–45.
79 Stalin an Roosevelt, 7.4.1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 749–751.
80 Roosevelt an Stalin, 12.4.1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 756.
81 Parillis Erscheinen fiel mit dem Beginn der alliierten Frühjahrsoffensive in Italien zusammen. Siehe Waibel, 1945, S. 86.
82 Memorandum von Edward Buxton (Vize-Direktor des OSS) über Bericht von Dulles an Stettinius, 10.4.1945, NA RG 59, Confidential File, 1945–1949, 740.00119 EW/4–1045.
83 Dulles, Secret Surrender, S. 141.
84 Smith / Agarossi, Operation Sunrise, S. 130.
85 Dulles, Secret Surrender, S. 142.
86 Britische Botschaft an State Department, 14.4.1945, FRUS 1945, Bd. III, S. 757–758.
87 Alexander übermittelt CCS-Telegramm an Deane / Archer, 21.4.1945, FX63542, NA RG 334, U.S. Miliatary Mission to Mowcow, European File, 43–45.
88 Dulles, Secret Surrender, S. 162–163.
89 Ebd., S. 163–164.
90 Waibel, 1945, S. 113. Waibels Interesse bei den Verhandlungen bestand vor allem darin, einen Übertritt flüchtender deutscher Verbände in die Schweiz zu verhindern. Das konnte durch eine rasche Kapitulation erreicht werden.
91 Dulles, Secret Surrender, S. 165–166.
92 Ebd., S. 184.
93 Waibel, 1945, S. 130.
94 Dulles, Secret Surrender, S. 146–147. Dulles fürchtete, daß sich deutsche Truppen in der ›Alpenfestung‹ verschanzen und einen Endkampf liefern würden. Die Kapitulation in Italien reduzierte die Gefahr, daß sich deutsche Verbände in den Alpen Rückzugsgefechte lieferten.
95 Churchill an Stalin, 26.4.1945, Correspondence during the Great Patriotic War 1941–1945, Bd.I, S. 335–336. Als russischer Vertreter wurde General Kislenko, bis zu diesem Zeitpunkt militärischer Berater im ›Advisory Council‹ für Italien in Rom tätig, für Caserta bestimmt. Siehe Kopie von Stalins Telegramm an Churchill, 26.4.1945, NA RG 59, Confidential File, 1945–1949,740.00119 EW/4–2645.
96 Dulles, Secret Surrender, S. 197–198.
97 Alexander an War Department, 29.4.1945, No. FX67929, NA RG 59, Confidential File.
98 Dulles, Secret Surrender, S. 207.
99 Erst kürzlich hat Diane S. Clemens auf die Schlüsselrolle hingewiesen, die Averell Harriman und John Deane als führende Köpfe der diplo-

matischen und militärischen US-Vertretung in Moskau in diesem Zusammenhang spielten. Demnach machte sich Harriman ab März 1945 die Irritationen im Verhältnis Roosevelts zu Stalin sowie die aggressive Haltung des Moskauer Staatschefs angesichts von ›Operation Sunrise‹ zunutze. Zusammen mit Deane legte er in einer Serie von Telegrammen seine Ansicht von der sowjetischen Bedrohung dar und bereitete dadurch eine schleichende Abkehr von der Politik der Kooperation mit der Sowjetunion vor. Vgl. Clemens, Averell Harriman, John Deane, the Joint Chiefs of Staff, and the ›Reversal of Cooperation‹, in: IHR 14 (1992), S. 277–306.

Oliver Rathkolb

Professorenpläne für Österreichs Zukunft

Nachkriegsfragen im Diskurs der Forschungsabteilung Research and Analysis

»Austria was considered a very minor show. . .«, diese Aussage eines ehemaligen Mitglieds der Mitteleuropasektion von R&A, Lorenz Eitner, der bereits 1943 in Washington, D.C. für William Langers Behörde rekrutiert worden war, trifft das Grundproblem des vorliegenden Aufsatzes in mehrfacher Hinsicht.[1]

Die vorhandene, überaus spärliche Literatur zu Österreich-Bezügen dieses Fragenkomplexes beschränkt sich fast ausschließlich auf die Aktivitäten von Secret Intelligence (SI) und Special Operations (SO).[2] Nur Siegfried Beer hat bisher versucht, etwas Licht in das Dunkel von OSS-*Forschungs*abteilungen zu bringen, und zwar am Beispiel der Foreign Nationalities Branch (FNB), d. h. der Überwachung und Evaluation österreichischer Exilanten bzw. Exilantenorganisationen.[3] Wesentlich günstiger stellt sich die Literaturlage für R&A-Aktivitäten nach der Befreiung Österreichs 1945 dar – durch eine Edition des Verfassers und einige Aufsätze Beers.[4] Überdies ergibt sich für die Jahre 1943–1945 ein zusätzliches – nicht nur quellenkundliches – Problem, das John H. Herz für Deutschland offen aus seiner Erinnerung an die OSS-Zeit angesprochen hat: Die Kollektivproduktion der Schlüsseldokumente trotz der führenden Rolle von Franz Neumann, Herbert Marcuse und Otto Kirchheimer.[5] Es ist daher überaus schwierig, in dieser Planungsphase der Central European Section von R&A die Autorenschaft der Abteilungsstudien, die weiterge- schickt und in den Entscheidungsprozeß eingebracht werden sollten, exakt zu bestimmen. Für die Österreichstudien ist das überhaupt nur in Einzelfällen und kaum für Schlüsseldokumente möglich.

Hinzu kommt noch, daß es innerhalb der US-Nachkriegsplanungen eine Fülle von anderen Institutionen bzw. Personengruppen gab, die entsprechende Grundlagenarbeiten lieferten und die im Entscheidungsprozeß günstiger postiert waren, wie das Inter-Divisional Committee on Germany im State Department, das am 8. Juni 1944 ein Papier über ›Die Behandlung Österreichs‹ herausbrachte.[6] Auf die diversen militärischen Planungseinrichtungen soll hier nicht näher eingegangen werden.[7]

Als letzter Vorbehalt gegen eine analytische Aufarbeitung dieser Themenstellung bleibt noch die Tatsache, daß nur ein Bruchteil der Vorschläge und Grundlagenstudien tatsächlich bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt wurden. Auf sogenannter ›niederer‹ Ebene der Militäradministration im Lande selbst sollte 1945 ein zusätzlicher Konflikt offenkundig werden: SI-Leute des OSS sahen in den R&A-Mitarbeitern nur ›eggheads‹, die zuviel Papier produzierten, statt klassische Geheimdienstberichte zu verfassen; differenzierte politische Berichterstattung war kaum gefragt.[8] So blieb es kein Einzelfall, daß der OSS-Chef für Österreich, Charles Thayer, ein SI-Mann, empört reagierte, als sein R&A-Team nach der Befreiung Österreichs keine Meinungsumfrage darüber machen wollte, ob die hungernden Österreicher weißes oder dunkles Brot bevorzugten.[9]

Trotz dieser zahlreichen Einschränkungen soll versucht werden, den ›Österreichbezug‹ in der Mitteleuropaabteilung des OSS zu skizzieren. Mit allem Nachdruck muß aber darauf hingewiesen werden, daß es sich hierbei um keine Gesamtbestandsaufnahme der Austriaca in den R&A-Akten handelt, sondern um eine Studie über die Relevanz politischer Analysen und Vorschläge für die künftige Nachkriegsverwaltung im noch zu befreienden Österreich. Die übrigen Aufgaben, nämlich die Beschaffung und Auswertung derjenigen Informationen über Österreich, die für die amerikanische Kriegführung von Interesse waren, müssen daher unberücksichtigt bleiben.[10]

Bis zur Moskauer Deklaration vom 1. November 1943, in der erstmals von den Alliierten die Wiedererrichtung eines selbständigen Österreichs in seinen Grenzen vor 1938 aus propagandistischen Gründen zur Hebung des Widerstandes in Aussicht gestellt worden war,[11] existierte ein ›Österreichproblem‹ nur im Gesamtverband des Deutschen Reiches. Der eingangs zitierte Lorenz Eitner, ein Doktorand der Duke University mit Schwerpunkt Kunstgeschichte, der 1919 in Brünn als Sohn eines hohen Beamten des

Innenministeriums und Katharina Thonets (aus der berühmten Möbeldynastie) geboren war, hatte sich bereits 1943 freiwillig zur R&A-Abteilung des OSS gemeldet, konnte aber wegen seiner österreichischen Staatsbürgerschaft (er hatte der Status eines ›enemy alien‹) erst 1944 seine Tätigkeit aufnehmen. Eitner hatte vor allem in Berlin und Frankfurt/Main gelebt, ehe sein Vater 1935 mit der Familie als Mitarbeiter des amerikanischen Zweigs der Firma Thonet in die USA ging. Die Stimmung, aber auch die politische Schwerpunktsetzung für Österreich in der Washingtoner R&A-Abteilung beschrieb er folgendermaßen: »Die überragende Persönlichkeit in meinem Büro war Franz Neumann, ein ehemaliger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Autor eines vielgelesenen Buches über die Nazi-Diktatur: Behemot. Dunkel, glatzköpfig, ziemlich finster dreinschauend, dabei jedoch äußerst freundlich und – wovon man im OSS nicht immer ausgehen konnte – äußerst kompetent. Ihm gegenüber saß Herbert Marcuse, rothaarig, reizbar und ziemlich spitz; niemand hätte damals vermutet, daß er eines Tages ein einflußreicher Guru der amerikanischen Jugend werden würde. Zu den übrigen bemerkenswerten Personen in jenem Büro zählte Richard Krautheimer, der Kunsthistoriker . . . Außerdem gab es da noch eine Frau, die für die Tschechoslowakei zuständig war; ihr Name war, glaube ich, Fischer. Der Chef der Österreicher war ein Leutnant zur See mit Namen Henry Mayer, ein gelernter Historiker, der durch eine Art Unregelmäßigkeit der Haut jämmerlich wirkte. . .Ich erinnere mich nicht mehr daran, wann Edgar Johnson zu uns stieß, ein anderer Historiker (aus Nebraska?), ein kurzsichtiger, sehr ernster Mann mit vornübergebeugten Schultern, der sich sein Wissen über Österreich aus zweiter Hand angeeignet hatte, durch fleißiges Studieren, und der sich ganz offensichtlich unter den Neumanns & Marcuses nicht wohl fühlte (und wahrscheinlich auch nicht sonderlich ernst genommen wurde). Noch später kam ein weiterer (diesmal in der Tat ein echter) Österreicher namens Robert Neumann hinzu. Er war sehr ehrgeizig und darum bemüht, sich hervorzutun. . . Meine eigene Aufgabe in Washington war es, die deutsche Presse, Agentenberichte und Kriegsgefangenenbefragungen daraufhin durchzusehen, ob es Anzeichen eines österreichischen Untergrunds, Hinweise auf neue politische Bewegungen oder Symptome politischen oder wirtschaftlichen Versagens gäbe. . . Österreich sah man als einen sehr unbedeutenden Schauplatz [›Austria was considered a very minor show‹].

Und die führenden Leute in unserem Büro, zumeist ehemalige Deutsche mit Hang zum Sozialismus, machten kein Geheimnis aus ihrer Auffassung, daß eine Art Anschluß unvermeidlich, wenn nicht gar wünschenswert war«.[12]

Dieser Schlußsatz Eitners ist bezeichnend für die Art der Arbeit der R&A über Österreich. Bis zur Moskauer Deklaration 1943 gab es keine gesonderten Österreichplanungen. Primär sollte R&A strategisch-militärische Kurzanalysen über den Status des NS-Regimes in der »Ostmark bzw. den Alpen- und Donaugauen« erheben. Robert Neumanns Aufgabe war es, die diversen österreichischen Emigrantenorganisationen im Auge zu behalten und Kontakte zu wichtigen österreichischen Untergrundpersönlichkeiten, die aus Deutschland geflohen waren, zu halten.[13]

Politische Planungen mit deutlichen Unterschieden zur ›gesamtdeutschen‹ Diskussion lassen sich für 1943 noch nicht erheben. Erst mit dem Ausbau der Londoner Außenstelle der Research and Analysis Branch in der ersten Jahreshälfte 1944 wurde die Tendenz, Österreich und Deutschland getrennt zu behandeln, langsam spürbar. Im Februar 1944 beispielsweise kam der deutsche Exilant und Historiker Felix Gilbert als Chef der ›German-Austrian Section of R&A London‹ nach Großbritannien.[14] Zum eigentlichen Österreichexperten entwickelte sich aber ein amerikanischer Historiker, Paul R. Sweet, der seit September 1943 in Washington, D.C. und seit Oktober 1943 in London arbeitete. Sweet kannte Österreich von einem Archivaufenthalt im Winter 1933/34 und hatte eine Biographie über Friedrich von Gentz publiziert.[15] Auch in Deutschland hatte er 1937 einige Zeit gelebt. Typisch für die Inkonsistenz der damaligen OSS-Personalpolitik war, daß er bald wieder abgezogen und an die Psychological Warfare Branch der 12. Armee ›ausgeliehen‹ wurde. Im Frühjahr 1945 wurde er jedoch plötzlich zur Nummer Zwei des für Österreich bestimmten R&A-Teams unter Edgar N. Johnson bestellt und sollte im befreiten Österreich eine wichtige Rolle spielen.[16] Der Universitätshistoriker Johnson selbst schien in London der Hauptansprechpartner in Österreichfragen gewesen zu sein. So wurde er auch als Berater der US-Delegation bei der European Advisory Commission herangezogen, um seine Expertenmeinung zum Problem der Zoneneinteilung in Österreich darzulegen.

Im Winter 1943/44 stand die Mitteleuropagruppe von R&A London unter der Leitung Sinclair Armstrongs (Brown University), der bereits zum engeren ›akademischen‹ Kreis in Washing-

ton gehört hatte (mit Neumann, Marcuse, Gilbert und Johnson). Armstrong ging zum Military Government Training Center in Shrivenham und wurde durch Gilbert ersetzt. Soweit es sich derzeit rekonstruieren läßt, arbeiteten Sweet (bis Mai 1944), Johnson, Eitner (seit Juni 1944) und Robert G. Neumann primär an Österreichfragen. Das gesamte Londoner R&A-Team repräsentierte ebenfalls eine akademische Versammlung später erfolgreicher Wissenschaftler, unter ihnen vor allem Historiker (Gilbert, Crane Brinton, Perry Miller, Leonard Krieger, Arthur Schlesinger, Jr.), Soziologen (Edward Shills und Morris Janowitz), Philosophen (Hans Meyerhoff) sowie Ökonomen (Charles Kindleberger, Paul Sweezy, Walt W. Rostow und Chandler Morse).[17]

Das zentrale politische Problem, das die ›learned professors‹ – wie sie der spätere OSS-Chef für Österreich, Charles Thayer, geringschätzig bezeichnete[18] – im Hinblick auf Österreich beschäftigte, war, inwieweit die Moskauer Deklaration in die Praxis umgesetzt werden konnte. Bereits am 6. Januar 1944 – also nur knapp zwei Monate nach der alliierten Erklärung – lag ein erster Entwurf vor (»The Revival of Austrian Political and Constitutional Life under Military Government«). In einer am 14. August 1944 freigegebenen zentralen Studie (R&A 2111), die eine Zusammenfassung von sieben vorangegangenen Berichten darstellte,[19] sollten die künftigen Besatzungsoffiziere Richtlinien zur »Implementation under Military Occupation of the Moscow Declaration on Austria« erhalten.[20]

Sowohl der Aufbau als auch der Inhalt dieses Dokuments spiegelt den sozialwissenschaftlichen, aber auch den politischen Ansatz der ›Frankfurter Schule‹ im Washington R&A wider. Die Autoren erklärten bereits in ihrer Einleitung ganz offen, daß Österreich nicht nur als Staat, sondern auch als gesellschaftliche und wirtschaftliche Einheit zu bestehen aufgehört hätte und daß es »wohl bei der Masse der Leute kein starkes Unabhängigkeitsbestreben« gäbe.[21]

Insgesamt fehlte dem österreichen Staat alles Staats- bzw. Nationbildende: Es gab keine Armee oder Polizei, keine unabhängige Wirtschaft, und der heterogenen Bevölkerung mit vielen ›Reichs- bzw. Volksdeutschen‹ mangelte es an Nationalgefühl und Unabhängigkeitsstreben. Als Fazit einer ersten Stellungnahme zur Reaktion der österreichischen Bevölkerung auf die Moskauer Deklaration hatte R&A bereits am 14. April 1944 im Bericht No.

1704 betont, daß infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten nach der Befreiung die Anschlußtendenzen durchaus wieder die Oberhand gewinnen könnten.[22]

Trotz dieser deutlichen Warnungen mußte R&A positiv mit Umsetzungsvorschlägen reagieren. Als ›Wundermittel‹ sollte eine Militärregierung – damals durchaus noch unter der Ägide der United Nations gedacht – Österreich als Staat in seinen Grenzen vor 1938 wiederherstellen und eine provisorische Regierung als Instrument einsetzen. Als erste Maßnahme müßte die administrative Trennung von Deutschland vollzogen und der Anschluß aufgehoben werden. Die Gesetze der Jahre 1938–1945 sollten als ›Besatzungsgesetze‹ bezeichnet und aufgehoben werden, jedoch nur so weit wie für Entnazifizierungsmaßnahmen notwendig. Eine totale Aufhebung obliege dem österreichischen Volk. Die wirtschaftliche Trennung sollte durch eigene Währungen und einen Transfer von Fiskalmitteln der Reichsbank an eine provisorische österreichische Nationalbank realisiert werden. Bei der »creation of an Austrian population« sollten ›Reichsdeutsche‹ (d. h. all jene deutschen Staatsbürger, die bis 1938 nicht die österreichische Staatsangehörigkeit besessen hatten) und ›Volksdeutsche‹ nach Deutschland ausgewiesen werden – ohne Rücksicht auf etwaige NSDAP-Mitgliedschaft oder Parteilosigkeit. Emigranten könnten ebenso wie alle anderen ehemaligen österreichischen Staatsbürger möglichst rasch repatriiert und – falls sie Anti-Nazis waren – noch vor dem demokratischen Wiederbeginn integriert werden.

Die OSS-Planer erkannten sehr früh, daß die Moskauer Deklaration notwendigerweise zu einer österreichischen Regierung führen würde – möglicherweise vor dem Eintreffen alliierter Verbände. Eine derartige provisorische Regierung sollte akzeptiert werden, wenn keine Nazis, Austrofaschisten oder ›Reaktionäre‹ diese Regierung dominierten. Zur Wiederaufrichtung demokratischer Strukturen sollte aber nach wie vor eine Militärregierung herangezogen werden, die unter anderem lokale Wahlen und in weiterer Folge Nationalratswahlen vorzubereiten hatte. Hinsichtlich der Verfassungsfrage argumentierte R&A verworren: Einerseits wurde die Mai-Verfassung von 1934 als undemokratisch bezeichnet, andererseits sollte sie nicht aufgehoben werden, um nicht die ›Legalität‹ des international anerkannten Dollfuß-Schuschnigg-Regimes der Jahre 1934–1938 anzuzweifeln. Die Verfassung von 1920 in der Form von 1929 sollte hingegen nur als Übergangs-

regelung bis zu einer neuen Verfassungsgebung dienen (diese Verfassung gilt – mit Novellierungen und Ergänzungen versehen – noch heute).

Um die Unterschiede zu Deutschland zu betonen und die Moral der Österreicher zu heben, sollten die grundlegenden Freiheitsrechte von der Militärregierung – möglichst unter Zurückdrängung militärischer Sicherheitsinteressen – rasch gewährleistet werden (Rede-, Presse-, Versammlungs-, Vereins- und Religionsfreiheit). Der Zugang zu den unter alliierter Verwaltung stehenden Verlags- und Pressehäusern bzw. den Radiostationen sollte allen zugelassenen politischen Gruppierungen gestattet werden. Nur für ehemalige Nationalsozialisten konnten diese Rechte nicht gelten, auch sollten sie nicht bei den ersten Wahlen zugelassen werden.

Die demokratischen Kräfte in Österreich sollten von den Alliierten unterstützt werden – eine ›hands-off policy‹ wurde ausdrücklich abgelehnt. Die OSS-Planer rechneten mit einer soliden fortschrittlichen Mehrheit für die neue sozialdemokratische Partei und die Kommunisten. Die christlich-soziale Partei sollte ebenfalls wiedererstehen – jedoch ohne die alten Heimwehrverbindungen, wobei durchaus mit einer Spaltung in einen Bauernflügel und eine städtische Mittelklassepartei (letztere liberal-demokratisch, anti-sozialistisch und anti-bolschewistisch,) gerechnet wurde.

Während außerhalb der Parteien vor allem die Gewerkschaftsbewegung als wichtige künftige demokratische Kraft hervorgestrichen wurde, waren die Vorbehalte gegen die katholische Kirche groß. Hier sollte sich die Militärregierung zurückhalten und die Regelungen strittiger Fragen der gesetzgebenden österreichischen Nationalversammlung überlassen. Die OSS-Autoren fürchteten, die Kirche könne größeren politischen Einfluß gewinnen als unter Dollfuß und Schuschnigg.

Aktiv sollte die Militärregierung folgende demokratischen Kräfte in Österreich unterstützten: »Die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften, den demokratischen Flügel der Christlich Sozialen Partei, demokratische Kirchenkreise sowie etwaige liberale Gruppen aus der Mittelschicht . . .«.[23] Monarchisten und Großdeutschen sollte keine Unterstützung gewährt werden. Die Kommunistische Partei müßte auch aufgrund der Beziehungen zur UdSSR miteingeplant werden.

Als Unterstützungsmaßen für die Demokratisierung Österreichs waren drei Maßnahmenpakete vorgesehen:

1) ›De-Nazification‹: Trotz der kurzfristigen administrativen Probleme sollte die Entnazifizierung rigide durchgeführt werden. Personalmängel könnten auch relativ rasch durch ›Laien‹ aus den Bereichen der lokalen Verwaltung, der Sozialverwaltung, der Arbeitsgerichte, der Arbeiterkammern etc. behoben werden. Deutsches Eigentum sowie Eigentum von österreichischen Nazis (nach 1938) sollte beschlagnahmt und der österreichischen Regierung bzw. einer neutralen Vermögensverwaltung übergeben werden. ›Nazi laws‹ sollten möglichst rasch aufgehoben werden.

2) ›Use of democratic personnel‹: Als neue Elite sollten Nazi-Gegner und anti-faschistische Gruppen bevorzugt in die zentrale und lokale Verwaltung aufgenommen werden.

3) ›Relief and Rehabilitation‹: Um neuen ›Anschluß-Strömungen‹ vorzubauen, sollten die Österreicher gegenüber den Deutschen ökonomisch bevorzugt behandelt werden. Bewußt müßten Inflation, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliches Chaos – in das Österreich nach 1918 versunken war – vermieden werden. Abschließend betonte R&A die Notwendigkeit einer Drei-Mächte-Einigung über Österreich und forderte eine einheitliche Politik »as distinct from the more severe objectives of the military occupation«.[24]

Ein Vergleich mit einer nicht ganz zwei Monate vorher fertiggestellten Studie des Inter-Divisional Committee on Germany des State Department, »The Treatment of Austria«,[25] dokumentiert die inneradministrative Singularität der R&A-Studie 2111. Experten des Außenministeriums – vor allem die ›drafting officers‹ Eleanor Lansing Dulles, A.C. Vuillemin, S.D. Merlin, Leon W. Fuller, David Harris, Howard Trivers und Harold C. Vedeler – hatten einen geopolitisch-amerikanischen Ansatz gewählt. Im Vordergrund ihrer Überlegungen stand die Sorge um die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Österreichs nach der Trennung von Deutschland. Südtirol müßte an Österreich zurückgegeben werden, und künftige politische oder wirtschaftliche Unionen mit anderen Nachbarstaaten Mittel- und Osteuropas sollten nicht präjudiziert werden. Derartige Optionen erwog das OSS nie. Überdies wurde ein kurzfristiges, aber hartes militärisches Verwaltungssystem angestrebt. Die Demokratie sollte etwas später in Österreich beginnen, der Unterschied zur Behandlung Deutschlands aber deutlich spürbar werden. Ehemalige Nationalsozialisten und Austrofaschisten sollten ebenso wie im OSS-Entwurf nicht der neuen demokratischen Elite angehören. Auch eine Re-

stauration des Hauses Habsburg wurde ausdrücklich ausgeschlossen.

Die OSS-Studie war wesentlich konkreter als alle anderen Planungen. Die Autoren versuchten, die Befugnisse einer künftigen alliierten Militärregierung möglichst zugunsten lokaler demokratischer Kräfte zurückzudrängen. Ganz deutlich wurde die Bevorzugung der Linken (Sozialdemokraten und Kommunisten), wobei die künftige Stärke der Kommunisten – basierend auf dem vermeintlich überdurchschnittlich hohen Blutzoll bei Widerstandsaktivitäten – überschätzt wurde. Hier scheint sich der Einfluß der Frankfurter Schule – bis hin zur Diktion des Berichts – durchgesetzt zu haben. Auch die bisherige Präferenz der Beibehaltung des ›Anschlusses‹ – die nun politisch nicht mehr durchsetzbar war – bleibt immer wieder zwischen den Zeilen spürbar erhalten. Auf juristische Formalia wird kaum Rücksicht genommen, es dominieren politische Überlegungen.

Obwohl die Debatte über die Zoneneinteilung Österreichs 1944 auf der Ebene der European Advisory Commission noch zu keinem Abschluß gekommen war und es keinerlei konkrete alliierte Übereinstimmung über die Etablierung einer provisorischen österreichischen Regierung gab, setzte R&A ihre Arbeit fort – aufgrund fehlender politischer Richtlinien ein höchst schwieriges Unterfangen. Die Civil Affairs Division (CAD) des Kriegsministeriums (G–5) unter General John W. Hilldring bat R&A um Unterstützung bei der Herstellung von ›Guides‹ und Handbüchern über eine Vielzahl von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der künftigen US-Militärregierungen in Europa. Sie sollten dazu dienen, den Besatzungsoffizieren für die künftigen komplizierten Aufgaben möglichst genaue und umfassende Hinweise bzw. Informationen zu geben.[26] Auch die Foreign Economic Administration (FEA), Bureau of Areas, die über einen ›Austrian Special Services Staff‹ verfügte, wurde in diese Aufgabenstellung einbezogen – meist im Konkurrenzverhältnis zur R&A. Immerhin gehörten der FEA Rechtsexperten wie Willibald Plöchl oder als Berater der international renommierte Rechtslehrer Hans Kelsen an.

Sehr rasch versuchten sowohl R&A als auch das CAD das Manko an Österreich-Guides durch die Adaptierung von Deutschland-Studien zu ersetzen.[27] Der wichtigste Civil Affairs Guide für Österreich war das War Department Pamphlet No.31–229, »The Administrative Separation of Austria from Ger-

many«, das am 13. März 1945 – kurz vor der Befreiung Österreichs – freigegeben wurde. Längst hatten sich die ursprünglichen OSS-Empfehlungen geändert – sicherlich aufgrund des Drucks seitens des Außen- und des Kriegsministeriums. Nunmehr hieß es lapidar: »The immediate creation of an autonomous ›Austrian‹ government thus is out of the question«.[28]

Nun wurde nur noch an eine einzige alliierte Behörde oder an eine österreichische Verwaltungseinrichtung zentraler Natur unter alliierter Aufsicht gedacht. In der Praxis sollte sich letztlich die ursprüngliche OSS-Planung von 1944 durchsetzen – wenn auch mit mehreren Monaten Verzögerung, da die USA und Großbritannien der von den Sowjets unterstützten Provisorischen Regierung Renner einige Zeit die Unterstützung versagten.

In der Debatte zwischen War und State Department über diesen Bericht kam es zu einem bemerkenswerten Briefwechsel. Während das War Department die neuen OSS-Vorschläge eines direkten Eingreifens von Offizieren als öffentliche Amtsträger ablehnte und eher eine rasche Etablierung demokratischer österreichischer Strukturen auf lokaler Ebene verlangte, beharrte das State Department auf dieser Formulierung.[29] Aufgrund der umfassenden und sofortigen Entnazifizierung müßten Armeeoffiziere hier einspringen. Erst in zweiter Linie könnten vertrauenswürdige Österreicher auf lokaler Ebene Verwendung finden.

Beide Ministerien widersprachen hingegen den Vorschlägen von R&A für eine »gradual elimination of Nazi officials« und forderten eine rasche und effiziente Entnazifizierung im Sinne eines umfassenden Elitenaustauschs. Ebenso sollte ein Hinweis auf die sofortige Beendigung der Besetzung nach gesamtösterreichischen Wahlen – so von R&A vorgeschlagen – unterbleiben: »The ultimate transfer of sovereignty to the future Austrian state is a matter of tripartite decision and is dependent upon the entire complex of political factors in Central Europe«.[30] ›Policy Recommendations‹ der R&A wurden, wie dieses Beispiel zeigt, häufig nicht akzeptiert oder relativiert.

Aber auch auf Expertenebene geriet die Arbeit von R&A unter Kritik. So wurde der FEA intern vorgeschlagen, die Zustimmung zur Publikation des OSS-Handbuchs 2806 »A Civil Affairs Guide Program for Austria and the Applicability of the German Guides« zu verweigern, da es bereits zu viele Österreichstudien gebe, und die auf Deutschland bezogenen Studien nicht wirklich anwendbar seien.[31] Dieser Empfehlung wurde nicht entsprochen,

obwohl gerade im Bereich der Verwaltung sowie in Rechts- und Wirtschaftsfragen selbst im NS-System Unterschiede erhalten geblieben waren. So wurden folgende Kategorien von German Civil Affairs Guides von R&A auch für Österreich als anwendbar erklärt: »Guides concerned with de-Nazification ... with administrative organization ... subsistence needs ... establishment of international-law controls over certain types of property ... protection and rehabilitation of victims of Nazi persecution and discrimination«.[32]

Insgesamt beurteilt war die Praxis von R&A sicherlich vernünftig, sich auf zentrale Fragen für Österreich zu konzentrieren, aber es wäre wohl auch wichtig gewesen, das Informationsmonopol aufzugeben und beispielsweise die Arbeiten der FEA bezüglich des Wiederaufbaus zentraler Regierungseinrichtungen auf Landes- und Kreisebene zu akzeptieren oder zumindest zu adaptieren. Hier wurden Forschungskapazitäten sinnlos dupliziert. Aber das war wohl ein wesentliches Kriterium der Planungsarbeiten an sich.

Während die State Department-Planer ursprünglich primär ökonomische Fragen als zentral für Österreich angesehen hatten, setzte R&A nach wie vor auf den umfassenden Elitenaustausch als entscheidendes Element der Demokratisierung.[33] Im Unterschied zu Deutschland sollten neben der nationalsozialistischen Bewegung im engeren Sinn auch der Austrofaschismus und die großdeutsche Bewegung zerschlagen werden. Gegen den ›Civil Affairs Guide‹ über die Entnazifizierung Österreichs (R&A 2905) gab es bereits auf unterer administrativer Ebene heftige Widerstände seitens der FEA, insbesonders durch den engagierten Katholiken und ehemaligen Kirchenrechtslehrer Plöchl. Tatsächlich scheint dieser Guide nie veröffentlich worden zu sein – im Unterschied zu den eher technokratischen Studien über ›Die gesellschaftliche Struktur Österreichs‹, ›Private Versicherungen‹, ›Österreichiche Gewerkschaften und die Aussichten ihrer Wiederbelebung‹, ›Die Donau seit 1938‹, ›Bevölkerungsverschiebungen innerhalb Österreichs‹, ›Gehälter und Einkünfte in Österreich‹ oder ›Rechtliche und administrative Aspekte des Denkmalschutzes in Deutschland und Österreich‹.[34]

Versucht man, eine Bilanz der Auswirkungen von R&A-Studien auf die Österreichplanungen zu ziehen, so läßt sich feststellen, daß vor allem die ›Bibeln‹ der Military Government Officers, im kon-

kreten Fall das ›Austria Military Government Handbook‹ von diesen Arbeiten direkt und indirekt beeinflußt wurde. Zwar gab es eine Reihe britischer und US-amerikanischer Planungsoffiziere, die seit April 1944 in einer Schule in Shrivenham am ›Handbuch für Österreich‹ und ergänzenden ›Manuals‹ arbeiteten, doch war die ›technische‹ Abhängigkeit von den R&A Studien evident.[35] Besonders deutlich wird diese im ›Entnazifierungskapitel‹.

Kaum beeinflußt wurden hingegen die politischen Richtlinien für die amerikanische Österreichpolitik; hier lagen die zentralen Entscheidungen auf Ebene des State und War Departments bzw. hinsichtlich der Zonengestaltung beim Präsidenten selbst.

Tatsächlich finden sich im Jahr 1945 nur wenige R&A-Berichte bei den Unterlagen der US-Militärregierung. Vielmehr wurde der teilweise neue Stab von R&A unter der Leitung von Johnson und Sweet dazu verwendet, möglichst umfassende Informationen über die Mitglieder der Provisorischen Staatsregierung Renner zu beschaffen. Diese Aufgabe wurde rasch und mit großem Erfolg gelöst.[36] Zwar hatten die politischen Ereignisse in manchem die Einschätzungen der Forschungsabteilung von 1944 bestätigt, doch alle Studien gleichzeitig obsolet gemacht. Wesentlich effizienter agierte das R&A Austrian Team, das relativ rasch die massiven Vorbehalte von Diplomaten und Militärs gegen die Renner-Regierung widerlegte, die zunächst als kryptokommunistischer Statthalter Moskaus angesehen worden war. Damit wurde ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg zur Demokratisierung eines geeinten Österreich unter einer österreichischen Zentralregierung beseitigt.[37]

Der politische Ansatz von R&A gegenüber Österreich war radikal in bezug auf die Etablierung neuer demokratischer Eliten. Ebenso wie in Deutschland sollte die Rolle der Militärregierung zurückgedrängt und der Einfluß anti-nationalsozialistischer Kräfte erhöht werden.[38] Trotz der Forderung nach Elitenaustausch versuchte R&A, adminstrativen Zusammenbrüchen durch eine fallweise langsame Gangart bei der Entnazifizierung vorzubeugen.

Interessant ist, daß im Unterschied zu Deutschland keine Zerschlagung der Schwerindustrie (z. B. der Hermann Göring-Werke in Linz) angestrebt, sondern eine Enteignung des deutschen Kapitals zugunsten des neuen österreichischen Staates empfohlen wurde. Daß letztlich diese ›Verstaatlichung‹ tatsächlich in Österreich stattfand, war jedoch primär auf den Kalten Krieg zurück-

zuführen und galt als antikommunistische Überlebensnotwendigkeit wegen des sowjetischen Anspruches auf das deutsche Eigentum. Derartige Überlegungen gab es im State Department nicht, das 1944 Österreich vor allem in Zentraleuropa ökonomisch, aber auch politisch stärker integrieren wollte.

In der Forschungsabteilung des OSS wurden kaum geopolitische Fragen diskutiert , die hingegen das State Department spätestens 1945 intensiv beschäftigten. Die internationalen Rahmenbedingungen wurden weitgehend ignoriert. Für die R&A-Abteilung hatte die Kooperation mit den Siegermächten in Österreich immer Priorität, nach Auffassung des State Department sollte dagegen Großbritannien Österreich zusammen mit Süddeutschland administrieren. Einer sowjetischen Beteiligung war ebenso wie einer amerikanischen nur symbolische Bedeutung zugedacht.

Da die R&A-Mitarbeiter offensichtlich von der ökonomischen und politischen Lebensfähigkeit Österreichs wenig überzeugt war, sollte die besondere Hervorhebung des Befreiungscharakters der Okkupation eine wichtige Rolle in der Bildung von demokratischem Bewußtsein spielen.

Hinsichtlich der neuen politischen Struktur hatten sich die R&A-Planer von ihrer ideologischen Grunddisposition leiten lassen. Freilich wurde weder die Sozialistische noch die Kommunistische Partei Mehrheitspartei, auch zerfiel die Österreichische Volkspartei nicht in zwei Gruppen. Die künftige Rolle der Gewerkschaftsbewegung – vor allem in der Sozialpartnerschaft – wurde jedoch richtig erkannt (unter Hintanstellung der Bedeutung der Kammern bzw. der Industriellenvereinigung).

Resümierend bleibt festzuhalten, daß die politischen, sozialen und ökonomischen Analysen des OSS über Österreich vom Grundgedanken einer ›demokratischen‹ Gesellschaftsreform, durchgeführt von den antifaschistischen Eliten im Lande selbst, beherrscht wurden – also in letzter Konsequenz eine ›Umerziehung‹ von innen heraus voraussetzten. Die Militärregierung sollte die notwendigen formalen Rahmenbedingungen schaffen und ökonomische Hilfestellung gewähren.

Es ist wohl kein Zufall, daß Franz Neumann 1947 von der Unmöglichkeit schrieb, »die Deutschen mittels einer Militärregierung umzuerziehen«.[39] Nach Ansicht des Verfassers liegt jedoch die Krux in einem Strukturproblem des R&A-Ansatzes, der die Militärregierung nicht wirklich als ›Umerzieher‹ sehen wollte.

Dies sollte sich auf die Nachkriegsentwicklung der politischen Kultur insofern negativ auswirken, als der ›Elitenaustausch‹ die erste Entnazifizierungswelle in Österreich als negative Maßnahme beherrschte. Positive Demokratisierungsversuche gab es in den ersten Monaten in den Westzonen Österreichs nicht. Alle politischen Gruppen – selbst Widerstandsgruppierungen – waren verboten. Auch die erhoffte Medienfreiheit wurde in keiner Form gewährt. Von Umerziehung kann jedoch nicht gesprochen werden, das Erziehungssystem und die Erziehungsinhalte blieben unangetastet. Nur die restriktive Demokratisierung durch Entnazifizierung ohne Elitenaustausch war in der Praxis übernommen worden. Positive Maßnahmen wurden nicht durchgesetzt. Daß sich die politischen Ansätze der R&A-Abteilung bezüglich der Nachkriegsgestaltung Österreichs – mit Ausnahme der Entnazifizierung der ersten Monate – nicht durchsetzten, war wohl keine Schuld der ›Professoren‹, denen von den professionellen Militärs häufig zu viel Individualität und zu wenig Elastizität vorgeworfen wurde.[40]

Im Unterschied zu State Department und War Department dominierten aber in der R&A Branch deutsche und österreichische Interessen, nicht US-amerikanische, die sich doch deutlich in Richtung Großmachtkonfrontation entwickelten. ›Enemy aliens‹ berücksichtigten amerikanische Interessen nur in geringem Maße. Dies erklärt auch die Kritik an der Relevanz dieser Arbeiten – insbesonders für den konkreten realpolitischen Entscheidungsprozeß.[41] Als Analysematerial für die Entwicklung politischer Kultur in Deutschland und Österreich sind sie jedoch von großem Erkenntniswert.

Anmerkungen

1 Schreiben Professor Lorenz Eitner an den Verfasser, 14. Juni 1985, S. 2.
2 Vgl. insbesondere Persico, Piercing the Reich; außerdem Beer, Alliierte Planung, in: Karner, Burgenland 1945, S. 67–88 mit weiteren Literaturhinweisen, sowie Beer, »Ernest Cole«, Steirische Berichte 3 (1985), S. 16–20.
3 Beer, Exil und Emigration als Information, DÖW, Jahrbuch 1989, S. 132–144.
4 Rathkolb, Gesellschaft und Politik; Beer, Besatzung der Steiermark,

Informationen für Geschichtslehrer 6/1985, S. 14–26, sowie ders., Kärnten im Frühsommer 1945, Carinthia I 177 (1987), S. 415–452.

5 Herz, Vom Überleben, S. 280, Anm. 10.

6 Vgl. The Treatment of Austria, 8.6.1944, David Harris Papers B 1 Subject File Austria.

7 Näheres in den Unterlagen NA RG 260. ACA Austria, B 241 f USA-CA 1944. Vgl. dazu auch Keyserlingk, Austria in World War II, S. 87 ff.

8 Vgl. Rathkolb, Gesellschaft und Politik, S. 15.

9 Thayer, Diplomat, S. 176.

10 Leidenfrost, Amerikanische Besatzungsmacht, Bd. 1, S. 58.

11 Vgl. Keyserlingk, Austria in World War II, S. 123–156, und Robert Knight, Besiegt oder befreit? Eine völkerrechtliche Frage historisch betrachtet, in: Bischof / Leidenfrost, Bevormundete Nation, S. 75–92.

12 Schreiben Lorenz Eitner an den Verf, 14.6.1985, S. 2. Original in englischer Sprache.

13 Schreiben Robert G. Neumann an den Verf., 13.7.1982.

14 Katz, Foreign Intelligence, S. 81.

15 Schreiben Paul R. Sweet an Josef Leidenfrost, 2. Mai 1982, S. 1. (Kopie im Besitz des Verf.).

16 Rathkolb, Gesellschaft und Politik.

17 Vgl. Katz, Foreign Intelligence, S. 80; bezüglich des Anteils von Emigranten aus Deutschland und Österreich mit juristischer Ausbildung, die für R&A gearbeitet hatten, siehe Stiefel / Mecklenburg, Deutsche Juristen, S. 148–175.

18 Thayer, Diplomat, S. 176.

19 1. The Revival of Austrian Political Life (R&A No. 2111.1); 2.The Elimination of Totalitarian Laws from Austria 3. The administrative Separation of Austria from Germany (R&A 2110); 4. The Catholic Church in Austrian Politics; 5. Labor Movements in Austrian Politics; 6. Changes in Austria's Social Structure; 7. Welfare Problems in Austria«. NA RG 260 ACA Austria B 870 f Directives.

20 R&A 2111, »The Implementation under Military Occupation of the Moscow Declaration on Austria«, 16.8.1944, NA RG 260 ACA Austria B 870 f Directives (eine Kopie des Dokumentes verdanke ich Dr. Josef Leidenfrost).

21 Ebd., S.i.

22 Ebd., S. 4.

23 Ebd., S. 21.

24 Ebd., S. 25.

25 Vgl. The Treatment of Austria, 8.6.1944, David Harris Papers B 1 Subject File Austria.

26 Katz, Foreign Intelligence, S. 70.

27 Hilldring an Flory, 20.3.1945, Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Materialsammlung Kogelfranz (Kopie aus den NA).

28 U.S. Office of Strategic Services. Research and Analysis, The administrative separation of Austria from Germany, Washington, D.C. 1945, S. 45 (Library of Congress).

29 Hilldring an Matthews, 20.1.1945 und Hickerson an Hilldring, 30.1.1945 NA RG 59 740.00119 Control (Austria)/1–2045.

30 Hickerson an Hilldring, 30.1.1945, NA RG 59 740.00119 Control (Austria)/1–2045.
31 Oatman an Levitan, 23.1.1945, DÖW, Nachlaß Plöchl, No. 15.899/50/A.
32 Office of Strategic Services, Research and Analysis Branch, A Civil Affairs Guide Program For Austria and the Applicability of the German Guides, Washington, D.C. (16.1.) 1945, S. IV (Library of Congress).
33 Die R&A setzte im Januar 1945 folgende Programmgewichtungen: »De-Nazification and De-Fascistifization of Austria, Administrative Separation of Austria from Germany, Police and Public Safety, Social Security, Labor Problems, Welfare, Food Controls, Restoration of Austrian Economic Life, Foreign Trade and Exchange Controls, Control of Money and Banking, Treatment of German Property in Austria, Transportation Controls, Postal Services and Telecommunications in Austria, Electric Power, Public Finance, Revival of Austrian Political and Constitutional Life.«
34 Alle Exemplare sind in der Library of Congress verfügbar.
35 Wie Anm. 7.
36 Vgl. Leidenfrost, Amerikanische Besatzungsmacht, Bd. 1, S. 130–141, ausführlich zu diesem OSS R&A 3091: »The Provisional Government of Austria«.
37 Vgl. Rathkolb, Gesellschaft und Politik, S. 15.
38 Näheres im Beitrag von Petra Marquardt-Bigman in diesem Band.
39 Zitiert bei Söllner, Zur Archäologie der Demokratie, Bd. 1, S. 39.
40 Katz, Foreign Intelligence, S. 197.
41 Stiefel / Mecklenburg, Deutsche Juristen, S. 174f.

Verzeichnis der zitierten Literatur

Andrew, Christopher / Dilks, David (Hg.), The Missing Dimension. Governments and Intelligence Communities in the Twentieth Century, London and Basingstoke 1984.

Bauer, Otto, Die illegale Partei, Paris 1939.

Becker, Howard, The Nature and Consequences of Black Propaganda, in: AHS 13 (1949).

Beer, Siegfried, Der Agent »Ernest Cole«, in: Steirische Berichte 3/1985, S. 16–20.

Ders., Exil und Emigration als Information. Zur Tätigkeit der Foreign Nationalities Branch (FNB) innerhalb des amerikanischen Kriegsgeheimdienstes COI bzw. OSS, 1941–1945., in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Jahrbuch 1989, Wien 1989, S. 132–144.

Ders., Von der russischen zur britischen Besatzung der Steiermark. Berichte des amerikanischen Geheimdienstes OSS bzw. SSU über Besatzung und Universitätsleben in den ersten Nachkriegsmonaten, in: Informationen für Geschichtslehrer 6/1985, S. 14–26.

Ders., Allierte Planung, Propaganda und Penetration 1943–1945. Die künftigen Besatzungsmächte und das wiederzuerrichtende Österreich, von der Moskauer Deklaration bis zur Befreiung, in: Karner, Burgenland 1945, S. 67–88.

Bergmann, Hans Karl, Die Bewegung ›Freies Deutschland‹ in der Schweiz, 1943–1945, München 1974.

Besier, Gerhard (Hg.), Ökumenische Mission in Nachkriegsdeutschland. Die Berichte von Stewart W. Herman über die Verhältnisse in der evangelischen Kirche 1945/46, in: Kirchliche Zeitgeschichte 1 (1988), S. 151–187; S. 316–352.

Ders. / Thierfelder, Jörg / Tyra, Ralf (Hg.), Kirche nach der Kapitulation. Das Jahr 1945 – eine Dokumentation, Band 1: Die Allianz zwischen Genf, Stuttgart und Bethel, Stuttgart/Berlin/Köln 1989.

Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933

(International Biographical Dictionary of Central European Emigres 1933–45), hg. vom Institut für Zeitgeschichte und von der Research Foundation for Jewish Immigration. Unter der Gesamtleitung von Werner Röder und Herbert A. Strauss, München, New York, Paris 1980, 1983.
Bischof, Günter / Leidenfrost, Josef, Die bevormundete Nation, Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4, Innsbruck 1988.
Bohlen, Charles, Witness to History. 1929–1969, New York 1973.
Bosch, Michael / Niess, Wolfgang (Hg.), Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933–1945, Stuttgart 1984.
Bracher, Karl Dietrich / Funke, Manfred / Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 192), Darmstadt 1983.
Braunschweig, Pierre-Th., Geheimer Draht nach Berlin. Die Nachrichtenlinie Masson-Schellenberg und der Schweizerische Nachrichtendienst im Zweiten Weltkrieg, Zürich [3]1990.
Briegel, Manfred / Frühwald, Wolfgang (Hg.), Die Erfahrung der Fremde, Weinheim 1988.
Broszat, Martin / Schwabe, Klaus (Hg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989. Brown, Anthony Cave (Hg.), The Secret War Report of the OSS, 2 Bde., Berkeley 1976.
Burger, H. H., Operation Annie. Now it Can be Told, in: New York Times Magazine, February 17, 1946, 12–13, 48, 50. Casey, William J., The Secret War against Hitler, New York 1988.
Chalou, George C.(Hg.), The Secret War. The Office of Strategic Services in World War II, Washington , D.C. 1992.
Churchill, Winston S., The Second World War, London 1954.
Clay, Lucius D. Entscheidung in Deutschland, Frankfurt am Main 1950.
Clemens, Diane S., Averell Harriman, John Deane, the Joint Chiefs of Staff, and the ›Reversal of Co-operation‹ with the Soviet Union in April 1945, in: IHR 14 (1992), S. 277–306.
Correspondence between the Chairman of the Council of Ministers of the U.S.S.R. and the Presidents of the U.S.A. and the Prime Minister of Great Britain during the Great Patriotic War of 1941–1945, Moskau 1975.
Corvo, Max, The O.S.S. in Italy 1942–1945. A Personal Memoir, New York/Westport, Connecticut/London 1990.
Dallek, Robert, Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1932–1945, New York 1979.
Dalton, Hugh, The Fateful Years, London 1955.
Deakin, F. W., The Brutal Friendship. Mussolini, Hitler and the Fall of Italian Fascism, London 1962.
Deane, John R., Ein seltsames Bündnis: Amerikas Bemühungen während des Krieges mit Rußland zusammenzuarbeiten, Wien 1948.
Dorn, Walter L., Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944 bis 1945), in: VjZG 6 (1958), S. 60–77.
Dulles, Allen W., The Secret Surrender, London 1967.
Ders. / Schulze-Gaevernitz, Gero von, Unternehmen »Sunrise«: Die geheime Geschichte des Kriegsendes in Italien, Düsseldorf 1967.
Eisenhower, Dwight D., Crusade in Europe, New York 1948.

Erd, Rainer (Hg.), Reform und Resignation: Gespräche über Franz L. Neumann, Frankfurt am Main 1985.
Fischer, Alexander, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975.
Fleischhauer, Ingeborg, Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941–1945, Berlin 1986.
Fleming, Donald / Bailyn, Bernard (Hg.), The Intellectual Migration. Europe and America, 1930–1960, Cambridge/Mass.
Foot, M.R.D., The OSS and SOE. An Equal Partnership?, in: Chalou, Secret War, S. 295–300.
Ford, Franklin, The 20th of July in the History of the German Resistance, in: AHR , Juli 1946.
Friedrich, Carl J., and Associates, American Experiences in Military Government in World War II, New York 1948.
Frohn, Axel, Neutralisierung als Alternative zur Westintegration. Die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika 1945–1949, (Dokumente zur Deutschlandpolitik. Beihefte, Bd. 7. Hg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen), Frankfurt am Main 1985.
Gaddis, John L., The United States and the Origins of the Cold War 1941–1947, New York 1972.
Gaertringen, Freiherr Hiller von (Hg.), Ulrich von Hassell. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland. Nach der Handschrift revidierte und erweiterte Ausgabe unter Mitarbeit von Klaus Peter Reiß, Berlin [2]1989.
Glees, Anthony, Exile Politics during the Second World War. The German Social Democrats in Britain, Oxford 1982.
Gimbel, John, The American Occupation of Germany. Politics and the Military, 1945–1949, Stanford, CA, 1968.
Graml, Hermann, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt am Main, 1985.
Hagen, Paul, Will Germany Crack?, New York 1942.
Hammond, Paul, Directives for the Occupation of Germany: The Washington Controversy, in: Stein, American Civil-Military Decisions, S. 311–460.
Harriman, Averell W. / Abel, Elie, Special Envoy to Churchill and Stalin, 1941–1946, New York 1975.
Heideking, Jürgen, Die »Schweizer Straßen« des europäischen Widerstands, in: Schulz, Geheimdienste und Widerstandsbewegungen, S. 143–187.
Ders., Amerikanische Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg, in: Schulz, Partisanen und Volkskrieg, S. 147–177.
Ders., Gero von Schulze-Gaevernitz, in: Bosch/ Niess, Widerstand im deutschen Südwesten, S. 281–290.
Heideking, Jürgen / Mauch, Christof, Das Herman-Dossier. Helmuth James Graf von Moltke, die deutsche Emigration in Istanbul und der amerikanische Geheimdienst Office of Strategic Services, in: VfZG 40 (1992), S. 567–623.
Dies. (Hg.), USA und deutscher Widerstand. Analysen und Operationen des amerikanischen Geheimdienstes OSS, Tübingen 1993.

Herbst, Ludolf (Hg.), Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1986.
Herz, John H., Vom Überleben: Wie ein Weltbild entstand. Autobiographie, Düsseldorf 1984.
Hirschfeld, Gerhard (Hg.), Exile in Great Britain, Leamington Spa/New Jersey 1984.
Hofer, Walter, Das Attentat der Offiziere und das Ausland, in: Lill / Oberreuter, 20. Juli, S. 47–62
Hoffmann, Peter, The History of the German Resistance 1933–1945, Cambridge, Mass. ²1979.
Ders., Widerstand, Staatsstreich, Attentat, München ⁴1985.
Holborn, Hajo, American Military Government. Its Organization and Policies, Washington, D.C., 1947.
Ders., Germany and Europe: Historical Essays, Garden City, New York 1971.
Hughes, H. Stuart, Gentleman Rebel. The Memoirs of H. Stuart Hughes, New York 1990.
Ders., Franz Neumann between Marxism and Liberal Democracy, in: Fleming / Bailyn, Intellectual Migration, S. 446–462.
Jung, Hermann, Die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand, München 1972.
Kärnten im Frühsommer 1945. Drei Berichte und Analysen des amerikanischen Geheimdienstes OSS zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in einem britisch besetzten Bundesland, in: Carinthia I 177/1987, S. 415–452.
Karner, Stefan (Hg.), Das Burgenland im Jahr 1945. Beiträge zur Landesausstellung 1945, Eisenstadt 1985.
Katz, Barry M., Foreign Intelligence. Research and Analysis in the Office of Strategic Services 1942–1945, Cambridge, Mass./London 1989.
Ders., The Criticism of Arms: The Frankfurt School Goes to War, in: Journal of Modern History 59 (1987), S. 439–478.
Kettenacker, Lothar (Hg.), Das »Andere Deutschland« im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive, Stuttgart 1977.
Ders., The Influence of German Refugees on British War Aims, in: Hirschfeld, Exile in Great Britain, S. 101–128.
Keyserlingk, Robert H., Austria in World War II. An Anglo-American Dilemma, Kingston 1988.
Kießling, Wolfgang, Alemania Libre in Mexiko, Berlin 1974.
Kimball, Warren F., Swords or Ploughshares. The Morgenthau Plan for Defeated Nazi Germany, 1943–1946, Philadelphia/New York (et al.) 1976.
Knight, Robert, Besiegt oder befreit? Eine völkerrechtliche Frage historisch betrachtet, in: Bischof / Leidenfrost, Bevormundete Nation, S. 75–92.
Koebner, Thomas / Sautermeister, Gert / Schneider, Sigrid (Hg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit, 1939–1949, Opladen 1987.
Krohn, Claus-Dieter, »Let us be prepared to win the peace«. Nachkriegs-

planungen emigrierter deutscher Sozialwissenschaftler an der New School for Social Research in New York, in: Koebner / Sautermeister / Schneider, Deutschland nach Hitler, S. 123–135.
Leahy, William D., I Was There, London 1950.
Leidenfrost, Josef, Die amerikanische Besatzungsmacht und der Wiederbeginn des politischen Lebens in Österreich 1944–1947, Diss. phil. Bd. 1, Wien 1986.
Leonhard, Wofgang, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1962.
Lill, Rudolf / Oberreuter, Heinrich (Hg.), 20. Juli – Porträt des Widerstands, München 1989.
Link, Werner, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964.
Loth, Wilfried, Die Teilung der Welt 1941–1955, München 1980.
Löwenthal, Richard / von zur Mühlen, Patrick (Hg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin/Bonn 1982.
Marquardt-Bigman, Petra, Die Deutschlandanalysen des amerikanischen Geheimdienstes in der Kriegs-und Nachkriegszeit (1941–1949). Eine Untersuchung zur Tätigkeit der Research and Analysis Branch des Office of Strategic Services und ihrer Nachfolgeorganisationen im State Department, Diss. phil. Tübingen 1991.
Mastny, Vojtech, Russia's Road to the Cold War, New York 1979.
Ders., Stalin and the Prospects of a Separate Peace in World War II, in: AHR 77 (1985), S. 1366–1388.
McNeill, William H., America, Britain, and Russia. Their Cooperation and Conflict, 1941–1946, London 1953.
Mehringer, Hartmut / Schneider, Marc Dieter, Deutsche in der europäischen Résistance, in: Löwenthal / Mühlen, Widerstand und Verweigerung.
Moltmann, Günter, Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg, Heidelberg 1958.
Montgomery, John D., Forced to be Free. The Artificial Revolution in Germany and Japan, Chicago 1957.
Morgenthau, Henry, Jr., Germany Is Our Problem, New York and London, 1945.
Moulton, Harold G. / Marlio, Louis, The Control of Germany and Japan, Washington, D.C. 1944.
Neumann, Franz, Behemoth: The Structure and Practice of National Socialism, New York 1942; deutsch: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, hg. und mit einem Nachwort von Gert Schäfer, Frankfurt am Main 1984.
Nicholls, Anthony J., American views of Germany's future during World War II, in: Kettenacker, Das »Andere Deutschland«, S. 77–87.
O'Connor, Raymond G., Diplomacy for Victory: FDR and Unconditional Surrender, New York 1971.
O'Toole, G.J.A., The Encyclopedia of American Intelligence and Espionage. From Revolutionary War to the Present, New York/Oxford 1988.
Pech, Karl-Heinz, An der Seite der Résistance: die Bewegung ›Freies

Deutschland‹ für den Westen in Frankreich, 1943–1945, Berlin [2]1987 (1974).
Perrault, Gilles, Taupes Rouges contre SS, Paris 1986.
Persico, Joseph. E., Casey. From the OSS to the CIA, New York/London 1990.
Ders., Piercing the Reich: The Penetration of Nazi Germany by American Secret Agents during World War II, New York 1979.
Peters, Jan, Exilland Schweden, Berlin 1984.
Petersen, Neal H., From Hitler's Doorsteps: Allen Dulles and the Penetration of Germany, in: Chalou, Secret War, S. 273–294.
Peterson, Edward N., The American Occupation of Germany. Retreat to Victory, Detroit 1977.
Peterson, Walter F., Zwischen Mißtrauen und Interesse: Regierungsstellen in Washington und die deutsche politische Emigration 1939–1945, in: Briegel / Frühwald, Erfahrung der Fremde.
Pogue, Forrest C., The Supreme Command, Washington 1954.
Price, Arnold H., Rezension zu Katz, Foreign Intelligence, in: The Journal of Military History 55 (1991), S. 275–276.
Price, Hoyt / Schorske, Carl E., The Problem of Germany. With an Introduction by Allen W. Dulles, New York 1947.
Rathkolb, Oliver (Hg.), Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945, in englischer Originalfassung, Wien 1985.
Rubin, Barry, Istanbul Intrigues: A True-Life Casablanca, New York 1989.
Sainsbury, Keith, The Turning Point, Oxford/New York 1985.
Scheurig, Bodo, Freies Deutschland: Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1939–1945, München 1960.
Schiemann, Catherine, Die Bedeutung des ›Bern Incident‹ im Rahmen der anglo-amerikanisch-russischen Beziehungen 1945, Lizentiatsarbeit, Zürich 1984.
Schoenbaum, David, Deutschland als Gegenstand der amerikanischen Nachkriegsplanung, in: Herbst, Westdeutschland, S. 27–36.
Schulz, Gerhard (Hg.), Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1982.
Ders.(Hg.), Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert, Göttingen 1985.
Smith, Bradley F., The Shadow Warriors. OSS and the Origins of the CIA, New York 1983.
Ders. / Agarossi, Elena, Operation Sunrise. The Secret Surrender, New York 1979.
Smith, Richard Harris, OSS. The Secret History of America's First Intelligence Agency, Berkeley 1972.
Söllner, Alfons (Hg.), Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Band 1: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943–1945; Band 2: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946–1949, Frankfurt a.M. 1986.
Ders., Wissenschaftliche Kompetenz und politische Ohnmacht. Deutsche Emigranten im amerikanischen Staatsdienst 1942–1949, in: Koebner / Sautermeister / Schneider, Deutschland nach Hitler, S. 136–150.

Soley, Lawrence, Radio Warfare: OSS and CIA Subversive Propaganda, New York 1989.

Stafford, David, Britain and European Resistance, Toronto 1980.

Stein, Harold, (Hg.), American Civil-Military Decisions. A Book of Case Studies, Birmingham, Ala., 1963.

Steinbach, Peter, Nationalkomitee Freies Deutschland und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Exilforschung 8 (1990), S. 61–91.

Stiefel, Ernst C. / Mecklenburg, Frank, Deutsche Juristen im amerikanischen Exil (1933–1950), Tübingen 1991.

Sweet, Paul R., Der Versuch amtlicher Einflußnahme auf die Edition der »Documents on German Foreign Policy, 1933–1941, in: VfZG 39 (1991).

Thayer, Charles W., Diplomat, London 1960.

Toland, John, Das Finale. Die letzten hundert Tage, Zürich 1968.

Troy, Thomas F., Donovan and the CIA. A History of the Establishment of the Central Intelligence Agency, Frederick, Maryland 1981.

Waibel, Max, 1945. Kapitulation in Italien, Basel 1981.

Wala, Michael, Winning the Peace. Amerikanische Außenpolitik und der Council on Foreign Relations, 1945–1950, Stuttgart 1990.

War Report of the OSS, 2 Bde., with an new introduction by Kermit Roosevelt. Prepared by History Project, Stategic Services Unit, Office of the Secretary of War, War Department, Washington, D.C. 1976.

Warlimont, Walter, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht, 1939–1945, Frankfurt am Main 1962.

Wiggershaus, Rolf, Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung, München 1988.

Wiesner, Die organisierte Arbeiterbewegung im Nachkriegsdeutschland, in: Erd, Reform und Resignation, S. 172–182.

Winks, Robin W., Cloak & Gown. Scholars in the Secret War, 1939–1961, New York 1987.

Wuermeling, Henric L., Die weiße Liste: Umbruch der politischen Kultur in Deutschland 1945, Berlin 1981.

Ziemke, Earl F., The U.S. Army in the Occupation of Germany 1944–1946, (Army Historical Series), Washington, D.C. 1975.

Zink, Harold, The United States in Germany 1944–1955, Princeton, New Jersey 1957.

Abkürzungsverzeichnis

ABC	American-British Cooperation
AHR	American Historical Review
ASR	American Sociological Review
B	Box
BA	Bundesarchiv Koblenz
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i.Br.
BDO	Bund Deutscher Offiziere
C&D	Censorship and Documents (Division des OSS)
CALPO	Comité Allemange Libre pour l'Ouest
CCS	Combined Chiefs of Staff
CIA	Central Intelligence Agency
CID	Central Information Division (des OSS)
COI	Coordinator of Information
DND	Das Neue Deutschland
DÖW	Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands
Dulles Papers	Allen Dulles Papers, Seeley G. Mudd Library, Princeton, N.J.
E	Entry
ETO	European Theater of Operation
f	folder
FDB	Freie Deutsche Bewegung
FDRL	Franklin Delano Roosevelt Library, Hyde Park
FEA	Foreign Economic Administration
FNB	Foreign Nationalities Branch (des OSS)
FO	Foreign Office
FRUS	Foreign Relations of the United States
Harris Papers	David Harris Papers, Hoover Institution, Stanford, Cal.
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
IHR	International Historical Review

IJB	Internationaler Jugendbund
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
JCS	Joint Chiefs of Staff
JIC	Joint Intelligence Committee
JISC	Joint Intelligence Sub-Committee
Kreisky Archiv	Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Wien
KZG	Kirchliche Zeitgeschichte
Leahy Papers	Admiral Leahy Diary, Library of Congress, Manuscript Collection, Washington, D.C.
M.I.	Military Intelligence
MI-S	Military Intelligence des British Secret Service
MO	Morale Operations (Branch des OSS)
MR	Map Room Files
NA	National Archives (Washington, D.C.)
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NKVD	Narodnyj Komitet Vnutrennych Del (sowjet. Geheimdienst, Vorläufer des KGB)
OPD	Operations Division (des OSS)
OSS	Office of Strategic Services
OWI	Office of War Information
P.G.	Planning Group
POLAD	Political Advisor
Poole Papers	DeWitt Clinton Poole Papers, State Historical Society of Wisconsin
PRO	Public Records Office (London)
PSF	President Secretary's Files
PW	Prisoner of War
R&A	Research and Analysis (Branch des OSS)
RG	Record Group
SD	Sicherheitsdienst
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces
SI	Secret Intelligence
SIPO	Sicherheitspolizei
SIS	Secret Intelligence Service (engl. Geheimdienst)
SO	Special Operations Division (des OSS)
SOE	Special Operations Executive
SSU	Strategic Service Unit (des OSS)
Stimson Papers	Henry L. Stimson Diaries, Yale University Library, New Haven, Conn.
VfZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WCO	War Cabinet Office
WO	War Office
X–2	Counterintelligence Division (des OSS)

Register

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bandes

Heike Bungert, M.A. (Chapel Hill), Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Anglo-Amerikanischen Abteilung des Historischen Seminars der Universität Köln (seit 1992), zuvor Stipendiatin des Deutschen Historischen Instituts in Washington, D.C. und des DAAD sowie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen (1991–92). Forschungen zu französisch-amerikanischen Beziehungen während der Besatzungszeit Deutschlands (1945–49).

Jürgen Heideking, Dr. phil., Professor, Direktor der Anglo-Amerikanischen Abteilung des Historischen Seminars der Universität Köln (seit 1992), zuvor Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Washington, D.C. (1988–90) und Professor für Nordamerikanische Geschichte am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen (1990–92). – Buchveröffentlichungen u.a.: Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920–1931 (1979); Die Verfassung vor dem Richterstuhl. Vorgeschichte und Ratifizierung der amerikanischen Verfassung 1787–91 (1988).

Petra Marquardt-Bigman, Dr. phil. des., Research Assistant am Cummings Center for Russian and East European Studies, Tel Aviv University (bis 1992), seither in Washington, D.C.; zuvor Visiting Researcher an der Georgetown University sowie am Deutschen Historischen Institut, Washington, D.C. (1986–88);

Fellow der Wiener Library, Tel Aviv, und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen (1989–90). 1991 Promotion über die Research und Analysis Branch des Office of Strategic Services.

Christof Mauch, Dr. phil., Research Fellow des American Council of Learned Societies und Visiting Scholar an der Georgetown University Washington, D.C.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen. – Buchveröffentlichungen u.a.: Für eine Welt ohne Krieg. Otto Umfrid und die Anfänge der Friedensbewegung (1987, mit T. Brenner); Poesie-Theologie-Politik (1992); Herausgeber: Kurt Marti (1991)

Oliver Rathkolb, Dr. iur., Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte und Gesellschaft, Wien, und Wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Wien. – Buchveröffentlichungen, u.a.: »Es ist schwer jung zu sein«. Jugend und Demokratie in Österreich 1918–1988 (1989); Führertreu und Gottbegnadet. Künstlereliten im Dritten Reich (1991); Herausgeber: Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 (1985); Verdrängte Schuld, Verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955, (1986, mit S. Meissl und K.-D. Mulley).

Catherine Schiemann, Dr. phil., Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Zürich (1986–90), seither Freie Mitarbeiterin der Schweizerischen Friedensstiftung, Bern. – Buchveröffentlichung: Neutralität in Krieg und Frieden. Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten gegenüber der Schweiz. Eine diplomatiegeschichtliche Untersuchung (1991).